B 6897 F

Informationen zur politischen Bildung

269

4. Quartal 2000

Sozialer Wandel in Deutschland

Informationen *aktuell*
Schritte gegen Gewalt

Informationen
zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS Seite

Struktur und Entwicklung der Bevölkerung . . . 3
Bevölkerungswachstum . . . 3
Wanderungen . . . 5
Vertriebene und Flüchtlinge . . . 6
Deutsch-deutsche Übersiedlung . . . 7
Spätaussiedler . . . 8
Perspektiven . . . 9
Materielle Lebensbedingungen . . . 9
„Wirtschaftswunder" . . . 9
Rückstand in der DDR . . . 10
Annnäherung seit der Einheit . . . 10
Einkommensunterschiede . . . 11
Internationaler Vergleich . . . 13
Vermögensungleichheiten . . . 13
Rolle der Eliten in der Gesellschaft . . . 15
Elitenpluralismus . . . 15
Einflussstruktur . . . 16
Herkunft und Ausbildung . . . 17
Neue Bundesländer . . . 17
Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft . . . 19
Sozio-ökonomischer Strukturwandel . . . 19
Umschichtungen in Westdeutschland . . . 20
Umschichtungen in Ostdeutschland . . . 22
Veränderungen im „alten Mittelstand" . . . 22
Bauern . . . 23
Armut in der Wohlstandsgesellschaft . . . 24
Einkommensarmut . . . 24
Risikogruppen . . . 25
Obdachlose und Wohnungslose . . . 26
Soziale und psychische Folgen . . . 28
Ethnische Minderheiten . . . 29
Problematische Begriffe . . . 29
Europaweite Parallelen . . . 30
Ausländerpolitik . . . 30
Vielfältige Unterschiede . . . 32
Verbesserte sozio-ökonomische Lage . . . 33
Soziale Integration . . . 35
Perspektiven . . . 36
Soziale Mobilität – Aufstiege und Abstiege . . . 36
Auf- und Abstieg im Westen . . . 36
Offene und geschlossene Schichten . . . 37
„Öffnung" der Sozialstruktur . . . 37
DDR-Sozialstruktur . . . 38
Neue Bundesländer . . . 39
Bildungsexpansion und Bildungschancen . . . 39
Ursachen und Folgen . . . 41
Mehr Erfolgsaussichten . . . 42
Ungleiche Chancen . . . 43
Ursachen des sozialen Filters . . . 44
Entwicklungen in Ostdeutschland . . . 44
Ungleichheit zwischen Frauen und Männern . . . 45
Bildung und Ausbildung . . . 45
Arbeitswelt . . . 46
Politik . . . 48
Rolle in der Familie . . . 49
Ostdeutsche Frauen . . . 50
Modernisierung . . . 52
Grundlinien der Entwicklung . . . 52
Modernisierungsdefizite in der DDR . . . 53
Nachholende Modernisierung . . . 54
Facetten der modernen Sozialstruktur . . . 56
Soziale Schichten . . . 56
Soziale Lagen . . . 58
Soziale Milieus . . . 59
Jenseits von Klasse und Schicht? . . . 60
Literaturhinweise . . . 61

Zu diesem Heft:

Wie in allen modernen Staaten westlicher Prägung ist die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland einem raschen Wandel unterworfen. Insbesondere die Menschen in den neuen Ländern erlebten einen Umwälzungsprozess, wie er in solch kurzer Zeit im 20. Jahrhundert in Europa kaum zuvor geschehen ist.

Das vorliegende Heft versucht, die Sozialstruktur und den sozialen Wandel im Deutschland der letzten zwanzig Jahre auf knappem Raum aufzuzeigen und zu analysieren. Dabei wird besonderes Gewicht auf die Entwicklung in den neuen Bundesländern gelegt. Zum einen wird die drastische Steigerung von Löhnen, Gehältern und des gesamten Wohlstandsniveaus dargestellt – in der Versorgung mit langlebigen Konsumgütern ist kaum noch ein Unterschied zwischen den privaten Haushalten in Ost und West erkennbar –, zum anderen wird die Lücke, die es zwischen beiden Regionen in Löhnen, Gehältern und erst recht im Bereich des Vermögens immer noch gibt, herausgearbeitet. Diese Unterschiede sind für viele Ostdeutsche nach wie vor ein Quell der Unzufriedenheit – trotz aller Genugtuung über materielle Verbesserungen und das persönlich Erreichte. Vor allem die Arbeitslosigkeit bleibt in Anbetracht sinkender Wachstumsraten das zentrale Problem der neuen Länder: Dies umso mehr, wenn man bedenkt, dass „bereits die Hälfte aller Ostdeutschen zwischen 18 und 60 Jahren […] selbst Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht" (Detlef Pollack) haben.

Eine weitere zentrale Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet das Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Deutschen mit ihren ausländischen Mitbürgern. Unter der Überschrift „Ethnische Minderheiten" stellt Rainer Geißler die Zuwanderung dar und setzt sich mit den bekannten Urteilen über Ausländerkriminalität und Sozialleistungen an ausländische Arbeitnehmer auseinander. In einem eigenen Kapitel beschäftigt sich der Autor mit der stetigen Verringerung der sozialen Unterschiede zwischen Frauen und Männern in Deutschland.

Trotz der Betonung der Angleichung auf diesem Gebiet oder zwischen West- und Ostdeutschland stellt Geißler die nach wie vor bestehenden Unterschiede in der deutschen Gesellschaft heraus.

Jürgen Faulenbach

Struktur und Entwicklung der Bevölkerung

Rainer Geißler

Unter Bevölkerung versteht man die Gesamtzahl der Einwohner innerhalb eines politisch abgrenzbaren Gebietes. Sie ist ein Grundelement jeder Gesellschaft, und ihre Struktur und Entwicklung stehen in einer engen Wechselbeziehung zu anderen Teilen der Sozialstruktur. Einerseits wird die Bevölkerungsbewegung – die Geburtenziffern und die Lebenserwartungen sowie die Wanderungen – wesentlich durch soziale Faktoren mitbestimmt. So haben zum Beispiel die gesellschaftlichen Vorstellungen über Ehe und Familie Einfluss darauf, wieviele Kinder zur Welt gebracht werden, und das Wohlstandsniveau einer Gesellschaft beeinflusst sowohl die Höhe der Lebenserwartungen als auch die Aus- und Einwanderungen: Not produziert Auswanderungsdruck, Wohlstand zieht Einwanderer an. Andererseits haben die quantitativen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur vielfältige Rückwirkungen auf die Gesellschaft, auf die sozialen Institutionen und die Lebenschancen der Menschen – zum Beispiel auf das wirtschaftliche Leben und die Erwerbs- und Einkommenschancen, auf die Familien- und Haushaltsformen, auf das Bildungswesen und die Bildungschancen, auf das System der sozialen Sicherung und die verschiedenen Lebensrisiken.

Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten – wie die anderen Gesellschaften Europas und Nordamerikas auch – säkularen demographischen Tendenzen unterworfen, die alle industriellen Dienstleistungsgesellschaften in ähnlicher Form erfassen:

◇ Die Geburtenraten sind gesunken und bewegen sich seit langem auf einem niedrigen Niveau.

◇ Die einheimische Bevölkerung nimmt ab und wird immer älter.

◇ Daraus resultieren in vielen Ländern ein ökonomisch und demographisch bedingter Zuwanderungsbedarf und kontinuierliche Einwanderungen mit entsprechenden Integrationsproblemen. In Deutschland wurde und wird die Wanderungsdynamik noch durch die Folgen und Spätfolgen des Zweiten Weltkrieges verstärkt: Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, Spätaussiedler aus Osteuropa, Flüchtlinge und Übersiedler aus Ostdeutschland sind die diesbezüglichen Stichworte.

Bevölkerungswachstum

Im Jahr 1998 lebten auf dem Gebiet der Bundesrepublik 82 Millionen Menschen, das sind gut 17 Millionen oder 27 Prozent mehr als 1946. Dieses Bevölkerungswachstum setzt einen langfristigen, bis heute andauernden Trend fort, der sich in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts beobachten lässt (1814 lebten auf dem Gebiet des deutschen Reiches erst knapp 25 Millionen Einwohner). Die Bevölkerungszunahme vollzog sich nach 1948 ausschließlich in Westdeutschland; dort erfolgten zwei Wachstumsschübe, denen unterschiedliche Ursachen zugrunde lagen. Der erste Schub in den fünfziger und sechziger Jahren wurde durch drei große Zuwanderungswellen – Flüchtlinge beziehungsweise Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, Übersiedler aus der DDR, angeworbene Arbeitsmigranten aus Südeuropa – ausgelöst, aber auch durch die hohen Geburtenziffern während des so genannten „Babybooms". Der zweite Schub erfolgt im letzten Jahrzehnt und ist ausschließlich auf weitere Zuwanderungen zurückzuführen.

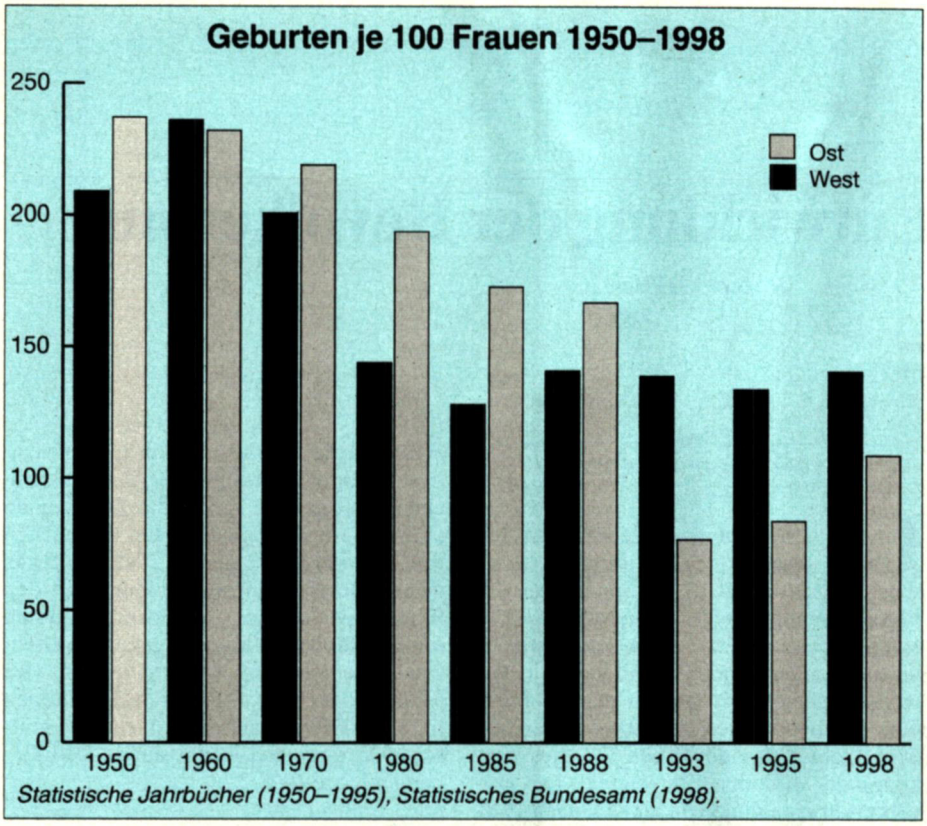
Während die Bundesrepublik zu den wichtigsten Einwanderungsländern der westlichen Welt gehört, stellte die DDR einen „Sonderfall" mit umgekehrten Vorzeichen dar: Sie war das einzige Land der Erde, dessen Bevölkerungsentwicklung seit den fünfziger Jahren durchgängig durch schrumpfende Zahlen gekennzeichnet war. Ihre Einwohnerzahl ging von 19,1 Millionen im Jahr 1948 auf 16,4 Millionen im Jahr 1989 zurück und nach der deutschen Vereinigung weiter auf 15,3 Millionen im Jahre 1998.

Geburtenrückgang

Die Geburtenentwicklung in der früheren Bundesrepublik ist in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren durch den so genannten „Babyboom" gekennzeichnet, eine Spätfolge des Zweiten Weltkrieges: Aufgeschobene Eheschließungen wurden nachgeholt, und die wirtschaftliche Stabilisierung nach den Wirren der Nachkriegszeit ermunterte zur Gründung von Mehrkinderfamilien. Dem Gipfel des Geburtenanstiegs Mitte der sechziger Jahre folgte dann allerdings eine rasante Talfahrt. Innerhalb eines Jahrzehnts halbierte sich die

Foto: Anna Neumann/laif

Seit Mitte der sechziger Jahre gibt es in Deutschland einen starken Geburtenrückgang. Jede neue Generation ist zahlenmäßig um etwa ein Drittel geringer als die ihrer Eltern.



Statistische Jahrbücher (1950–1995), Statistisches Bundesamt (1998).

Anstieg der Lebenserwartungen 1871–1997 (Jahre)

	Männer		Frauen	
	Ost	West	Ost	West
1871	36		38	
1910	45		48	
1950	63,9	64,6	67,9	68,5
1960	66,5	66,9	71,4	72,4
1970	68,1	67,4	73,3	73,8
1980	68,7	70,0	74,6	76,7
1987/89	69,9	72,4	76,0	78,9
1996/98	72,4	74,4	79,5	80,5

Eickenberg/Hurrelmann 1998 (1871, 1910); Herden/Münz 1998 (1950–1980); Enquête-Kommission 1998 (1987/89); Statistisches Bundesamt (1996/98).

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Ältere Menschen in Dresden. Die Alterspyramide verändert sich drastisch. Immer mehr rüstige Rentner stehen immer weniger aktiven jungen Beitragszahlern gegenüber.

Zahl der Geburten nahezu. 1965 brachten 100 Frauen noch durchschnittlich 250 Kinder zur Welt, 1975 nur noch 145 und 1985 war ein Tiefpunkt von 120 Kindern erreicht. In den neunziger Jahren lag die Zahl in der alten Bundesrepublik bei etwa 140 Kindern pro 100 Frauen (1998: 141 Kinder). Wenn die Kindergeneration über Geburten zahlenmäßig genauso stark werden soll wie die Elterngeneration, müssten 100 Frauen durchschnittlich 208 Kinder zur Welt bringen. In diesem Fall läge die „Nettoreproduktionsrate" der Bevölkerung – wie die Bevölkerungswissenschaft sagt – bei 100 Prozent. Seit 1975 liegt sie in Westdeutschland lediglich bei circa zwei Dritteln. Jede Kindergeneration schrumpft also um etwa ein Drittel im Vergleich zur Elterngeneration.

Die rückläufige Geburtenentwicklung lässt sich auch daran ablesen, dass immer mehr Frauen kinderlos bleiben. Von den Frauen des Geburtsjahrganges 1935 brachten nur neun Prozent kein Kind zur Welt. Unter den 1945 Geborenen waren es 15 Prozent, und vom Geburtsjahrgang 1960 werden es voraussichtlich 23 Prozent sein.

Die Geburtenziffern lagen in der DDR höher als in Westdeutschland. Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems brachte jedoch schockartige Verunsicherungen mit sich, die sich auch auf die Familienplanung in Ostdeutschland auswirkten. So halbierten sich in kürzester Zeit die Geburtenziffern, und auch die Eheschließungen und Scheidungen gingen in einem ähnlich dramatischen Ausmaß zurück. Seit 1995 stiegen die Geburtenzahlen in den neuen Ländern wieder langsam an, liegen allerdings immer noch erheblich unter dem westdeutschen Niveau – 1996 bei 93 Kindern pro 100 Frauen beziehungsweise bei einer Nettoreproduktionsrate von 44 Prozent.

Der Geburtenrückgang ist ein säkularer Prozess, der alle modernen Gesellschaften erfasst und dem ein vielschichtiges Bedingungsgefüge zugrunde liegt. Es lassen sich mindestens drei zentrale Ursachenkomplexe ausmachen:

◊ Der Funktions- und Strukturwandel der Familie: Der kontinuierliche Rückgang der Familienbetriebe und die stärkere Übernahme von Fürsorgeleistungen durch den Sozial- und Wohlfahrtsstaat vermindern die „ökonomische" Bedeutung der Kinder für die Eltern.

◊ Die „Emanzipation" der Frau: Der zunehmende Wunsch von Frauen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und sich aus der häuslichen Enge zu lösen, kollidiert mit ihren Erziehungsaufgaben. Dies trifft vor allem auf Frauen mit überdurchschnittlichem Qualifikationsniveau zu, so dass auch die Bildungsexpansion und die damit verbundene Höherqualifizierung von Frauen in diesem Ursachengeflecht eine Rolle spielen.

◊ Die Ausbreitung von anspruchsvollen und individualistischen Lebensstilen: Ge-

stiegene materielle und individualistische Ansprüche geraten zunehmend in Konflikt mit den Kosten, den zeitlichen Bindungen und den langfristigen Festlegungen, die Kinder verursachen.

Diese drei Hauptkomplexe sind mit drei weiteren Entwicklungstendenzen verknüpft, die ebenfalls zu den Ursachen für sinkende Geburtenziffern gezählt werden können:

◇ Emotionalisierte und enger gewordene Paarbeziehungen: Die Ergebnisse der Familienforschung zeigen, dass bei der Partnerwahl ökonomische und soziale Gründe tendenziell an Gewicht verlieren und Emotionen (Liebe) in den Vordergrund getreten sind. In stark auf einander bezogenen Zweierbeziehungen können Kinder als Last, Konkurrenz oder Störung erlebt werden.

◇ Zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz von Kinderlosigkeit: Private Lebensformen ohne Kinder werden zunehmend gesellschaftlich akzeptiert und als legitime Alternative zur „Normalfamilie" angesehen.

◇ Familienplanung: Die Geburt eines Kindes wird durch Aufklärung und bessere Mittel und Methoden der Empfängnisverhütung planbarer.

Lebenserwartung und Alterung

Neben dem Geburtenrückgang ist der Anstieg der Lebenserwartung der zweite wichtige säkulare Trend. Fortschritte in Medizin, Gesundheitsvorsorge, Hygiene und Unfallverhütung sowie die allgemeine Wohlstandssteigerung hatten zur Folge, dass sich die Lebenserwartungen westdeutscher Frauen von 68,5 Jahren im Jahre 1950 auf 80,3 Jahre in den Jahren 1996/98 erhöht hat, die der westdeutschen Männer von 64,5 auf 74,4 Jahre. Frauen leben im Durchschnitt etwa sechs Jahre länger als Männer.

Die Ursachen für die höheren Lebenserwartungen von Frauen sind nicht bis in alle Einzelheiten geklärt; es ist jedoch sicher, dass soziale Ursachen, die mit den traditionellen geschlechtstypischen Rollenbildern zusammenhängen, eine wichtige Rolle spielen. So pflegen Frauen einen gesundheitsbewussteren Lebensstil als Männer, gehen weniger Risiken ein und leben unter Bedingungen, die in einigen Bereichen der Gesundheit förderlicher sind: weniger belastende und gefährliche Arbeitsplätze, schonenderer Umgang mit dem eigenen Körper und seiner Gesundheit, gesündere Ernährung, weniger Tabak-, Alkohol- und Drogenkonsum, bessere Hygiene und Gesundheitsvorsorge. Außerdem erleiden sie seltener Unfälle mit Todesfolge, sind seltener Opfer von Mord und Totschlag und haben eine deutlich niedrigere Selbstmordrate.

In Ostdeutschland lag die Lebenserwartung Ende der achtziger Jahre niedriger als in Westdeutschland – bei den Frauen um 2,9 Jahre und bei den Männern um 2,5 Jahre. Nach der Vereinigung sind diese Differenzen bei den Frauen in den Jahren 1996/98 deutlich auf genau ein Jahr geschrumpft, bei den Männern liegen sie mit zwei Jahren weiterhin fast auf dem früheren Niveau. Das etwas kürzere Leben der Ostdeutschen gehört offensichtlich zum „Erbe des Sozialismus". Die jahrzehntelangen Unterschiede im Lebensstandard und in den Arbeits- und Umweltbedingungen dürften dafür die Ursache sein, auch Unterschiede in den Ernährungsgewohnheiten und in der medizinischen Versorgung werden als eventuelle Ursachen diskutiert.

Demographische Alterung 1871–2010

	1871	1950	1960	1970	1980	1990	1996	2010
unter 20 Jahre	43	31	29	31	26	22	22	17
20 bis unter 60 Jahre	47	55	55	50	54	58	57	55
über 60 Jahre	8	14	16	19	19	20	22	28

Statistische Jahrbücher (1871–1996); DIW-Prognose (2010).

Bedeutung für soziale Sicherung

Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartungen haben eine demographische Alterung der Bevölkerung mit erheblichen Auswirkungen und Problemen für die sozialen Sicherungssysteme zur Folge. Demographische Alterung bedeutet: Der Anteil der jüngeren Menschen an der Gesamtbevölkerung geht zurück, während gleichzeitig der Anteil der älteren Menschen zunimmt. 1950 entfielen auf einen Menschen im „Ruhestandsalter" (über 60 Jahre) vier Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 60 Jahren, in den neunziger Jahren waren es nur noch weniger als drei. Prognostische Modellrechnungen zeigen, dass sich die Relationen immer mehr zu Ungunsten der erwerbsfähigen Jahrgänge verschieben werden und dass innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte das Verhältnis von eins zu zwei unterschritten werden dürfte.

Der immer größere Anteil älterer Menschen treibt nicht nur die Kosten für Gesundheit und Pflege weiter in die Höhe, sondern es ist auch absehbar, dass der traditionelle so genannte „Generationenvertrag" der Alterssicherung – die erwerbstätige Generation finanziert über ihre Beiträge zur Rentenversicherung im wesentlichen die Renten der Ruhestandsgeneration (Umlageverfahren) – über kurz oder lang nicht mehr bezahlbar ist. Die Belastungen für die Erwerbsgeneration werden die Grenze des Erträglichen überschreiten, oder die Höhe der Renten wird unter die Grenze des Erträglichen abgesenkt. Daher muss neben die Alterssicherung über den „Generationenvertrag" eine zweite zusätzliche Säule entstehen, die auf individueller Eigenvorsorge gründet, zum Beispiel auf Ersparnissen oder langfristigen privaten Anlagen im Finanzmarkt.

Wanderungen

Wanderungen sind in Deutschland ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der Bevölkerungsentwicklung; sie beeinflussen maßgeblich die Einwohnerzahl und wichtige Aspekte der Sozialstruktur wie etwa die Alters-, Geschlechts- und Schichtstrukturen. Die Migration innerhalb Deutschlands ist in ihrem Ausmaß und in ihrer Größenordnung nahezu einzigartig unter den Industriegesellschaften. Berechnungen ergeben, dass die Bundesrepublik ohne Vertriebene und Flüchtlinge im Jahr 1989 nur circa 41 statt 62 Millionen Einwohner gezählt hätte, und in der DDR hätten ohne Ost-West-Wanderungen 1987 circa 20 statt lediglich 16,6 Millionen Menschen gelebt. Während der Geburtenrückgang und die demographische Alterung in beiden deutschen Gesellschaften – trotz aller Unterschiede – ähnliche säkulare Grundzüge aufweisen, vollzogen sich in der Bundesrepublik und in der DDR völlig gegensätzliche Wanderungsprozesse mit erheblichen unterschiedlichen Folgen für das Bevölkerungswachstum und für die damit zusammenhängenden sozioökonomischen und auch politischen Entwicklungen. Die Bundesrepublik zählt seit ihrer Gründung zu den wichtigsten Zuwanderungsländern der Welt. Hier lösten Zuwanderungen ein starkes Bevölkerungswachstum aus und stimulierten die wirtschaftliche und soziale Entwicklung; in der DDR dagegen verursachten Abwanderungen ein Schrumpfen der Bevölkerung und waren eine der Ursachen für wirtschaftliche, soziale und politische Krisen. Der Auswanderungsdruck und die Massenflucht am Ende der achtziger Jahre waren schließlich ein wichtiger Grund für den Zusammenbruch der DDR.

In Deutschland kann man nach dem Zweiten Weltkrieg sechs bedeutende, sich teilweise überlagernde Wanderungsströme unterscheiden:

◇ über 14 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge aus dem ehemaligen deutschen Osten (1944–1950), davon zogen circa acht Millionen in die Bundesrepublik und circa vier Millionen in die DDR;

◇ gut drei Millionen Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik bis zum Bau der Berliner Mauer (1945–1961);

◇ die Zuwanderung von Arbeitsmigranten, vor allem aus der Türkei, aus (Ex-)Jugoslawien, Italien, Spanien und Griechenland (insbesondere 1961 bis 1973 sowie seit 1989); 1999 lebten über sieben Millionen von ihnen (einschließlich ihrer Familienangehörigen) in Deutschland – circa 6,1 Millionen als „Ausländer" (Genaueres dazu auf Seite 29 ff.);

◇ vier Millionen deutschstämmige (Spät-) Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa (1950–1999), davon allein 2,6 Millionen seit 1988;

◇ circa 2,5 Millionen Übersiedler aus Ostdeutschland nach Westdeutschland im Zuge der Krise und des Zusammenbruchs der DDR (1989–1999); diesen stehen circa 1,2 Millionen Umzüge von Westdeutschland in die neuen Länder gegenüber;

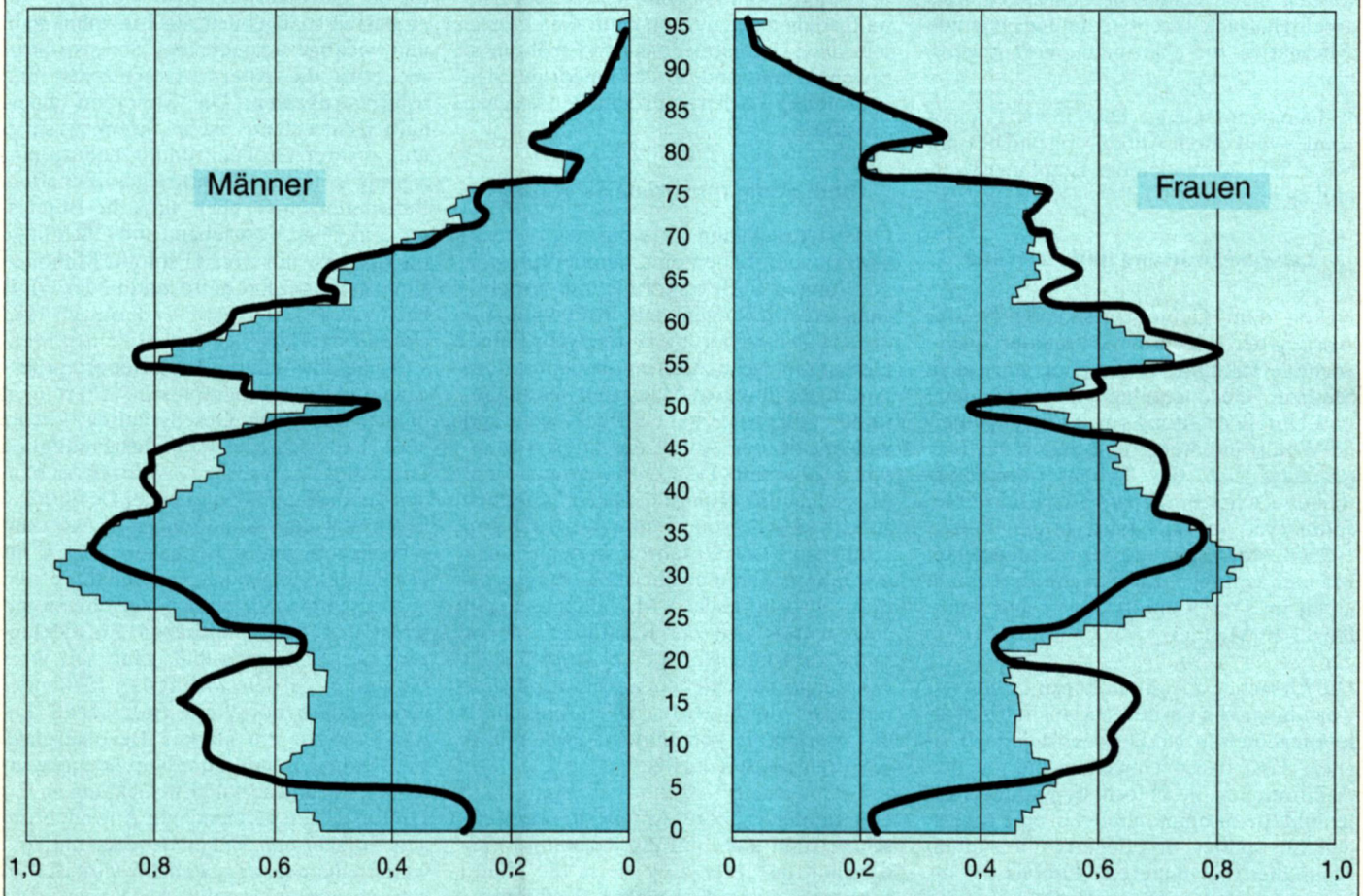
◇ circa 1,2 Millionen Flüchtlinge und Asylbewerber, insbesondere seit Mitte der achtziger Jahre (vgl. Seite 31 ff.); sie kommen vorwiegend aus europäischen Kriegs- und Krisenregionen (Ex-Jugoslawien, Türkei, Rumänien, Bulgarien), aber auch aus außereuropäischen Ländern. Ihre Struktur im Hinblick auf die Herkunftsländer verändert sich von Jahr zu Jahr.

Vertriebene und Flüchtlinge

In der Folge des Zweiten Weltkrieges wurden über 14 Millionen Deutsche durch Flucht und Vertreibung gezwungen, Ostmitteleuropa zu verlassen. Die größten Gruppen stellten neben den Schlesiern mit knapp 3,2 Millionen, die Sudetendeutschen mit 2,9 Millionen und die Ostpreußen mit 1,9 Millionen. Bis 1950 waren circa acht Millionen in die Bundesrepublik gezogen und knapp vier Millionen in die DDR; circa 2,3 Millionen verloren auf der Flucht oder in Lagern ihr Leben – durch Kampfhandlungen, Hunger und Entkräftung, aber auch durch Terror und Exzesse, durch Misshandlungen, Vergewaltigungen und Mord (vgl. dazu auch Informationen zur politischen Bildung Nr. 267 zum Thema „Aussiedler").

Die erzwungene Ost-West-Wanderung war von herausragender Bedeutung für die ost- wie westdeutsche Nachkriegsentwicklung. Einerseits stellte die Integration der Flüchtlinge in die sich gerade erst etablie-

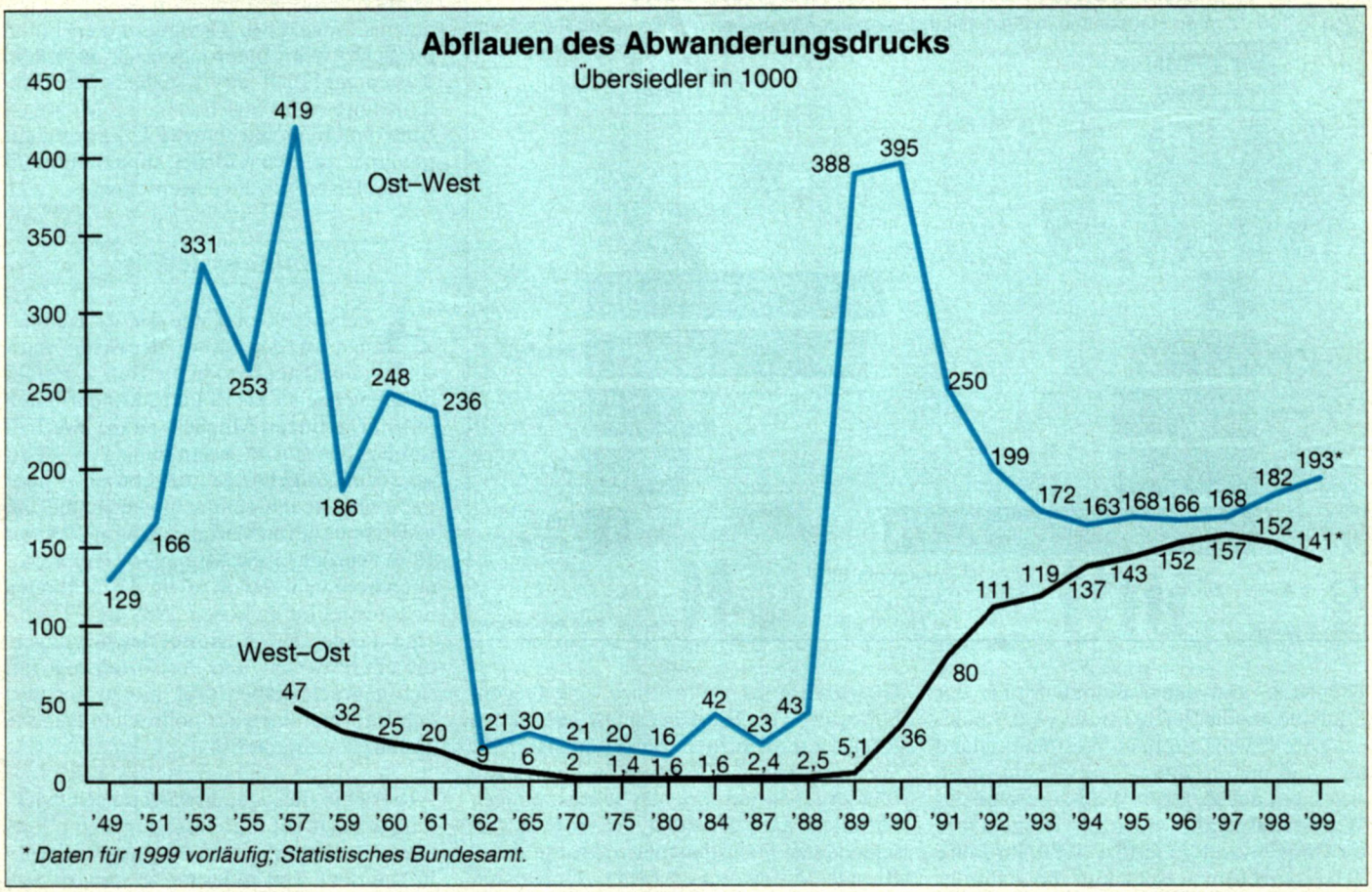
Altersaufbau der Bevölkerung am 31. Dezember 1995 (in Prozent)



Statistisches Bundesamt

Die historisch langfristige Wirkung demographischer Faktoren hat dazu geführt, dass sich der Altersaufbau der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet und in der DDR in den Grundstrukturen ähnelt. Die Bedingungen innerhalb der 40 Jahre getrennter Entwicklung haben jedoch auch wesentliche Unterschiede in der demographischen Entwicklung hervorgebracht. So war das Wanderungsgeschehen in der DDR geprägt durch einen Außenwanderungsüberschuss, die Altersstruktur wurde von der Ausreisepolitik der DDR-Regierung mitbestimmt. Bis Ende der siebziger Jahre wurde vor allem Rentnern die Ausreise genehmigt, während in den achtziger Jahren sich der Anteil jüngerer Ausreisender erheblich erhöhte. In der früheren Bundesrepublik Deutschland wurde die Altersstruktur durch Zuwanderungen überwiegend jüngerer Menschen positiv beeinflusst. Durch pronatalistische [geburtenfördernde – Anmerkung d. Red.] Maßnahmen konnte in der DDR der Anteil der Kinder und Jugendlichen gehalten und sogar erhöht werden. Der Anteil der unter 15-jährigen an der Gesamtbevölkerung betrug 1980 im früheren Bundesgebiet nur noch 17,8 Prozent, während er in der DDR auf fast 20 Prozent anstieg. Bis 1990 blieb dieser Anteil in der DDR etwa stabil, während er im früheren Bundesgebiet auf 15,5 Prozent weiter absank.

Zweiter Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel" vom 5. Oktober 1998.



renden zwei neuen deutschen Gesellschaften eine große Herausforderung und Belastung dar. Nach anfänglichen erheblichen Integrationsproblemen – 1950 war zum Beispiel jeder dritte Arbeitslose in der Bundesrepublik ein Vertriebener – gelang die rasche wirtschaftliche und gesellschaftliche Eingliederung. Sie war bereits Anfang der sechziger Jahre vollzogen und wird häufig als „Nachkriegswunder" bezeichnet. Heute weiß man, dass die Zuwanderer für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung waren und dass deren Arbeitskräftepotenzial zu einem „strukturellen Wachstumsfaktor" für die westdeutsche Wirtschaft wurde. Aufgrund des Verlustes ihrer Vermögen und wegen ihres Flüchtlingsstatus entwickelten sich die Vertriebenen zu einer besonders motivierten und aufstiegsorientierten Gruppe. Erwähnenswert ist noch ein Effekt, der einen neuen religionsgeschichtlichen Abschnitt einleitete: Die Aufnahme der Flüchtlinge brach die bis dahin charakteristischen konfessionell homogenen Milieus auf und verwandelte sie in Mischzonen.

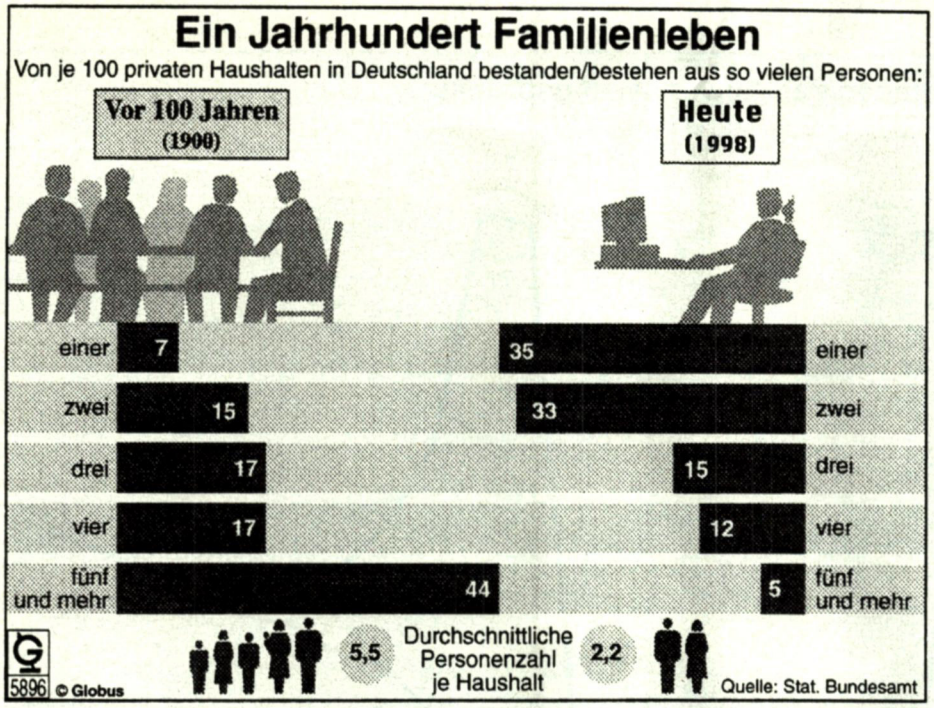
Deutsch-deutsche Übersiedlung

Seit der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten ist deren Bevölkerungsgeschichte durch deutsch-deutsche Migrationen gekennzeichnet. Umfangreiche Fluchtbewegungen stellten sich in erster Linie von Ost nach West ein. Die Bevölkerungszahl der DDR sank zwischen 1947 und 1961 kontinuierlich – insbesondere deshalb, weil der „revolutionäre" Umbau von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft viele Menschen veranlasste, der DDR den Rücken zu kehren. Die SED-Beschlüsse zur Verstaatlichung und Kollektivierung im Jahre 1952 ließen die Flüchtlingszahlen sprunghaft ansteigen. 1957 wurde die Auswanderung als „Republikflucht" kriminalisiert. Die Zwangskollektivierung der Bauern im Jahr 1960 und andere Sozialisierungs- und Kollektivierungsmaßnahmen sowie die sich ankündigende Absperrung der Grenze (sie wurde dann im August 1961 durch den Bau der Berliner Mauer endgültig vollzogen) ließen die Flüchtlingszahlen wieder dramatisch ansteigen. Zwischen 1950 und 1961 verließen 2,4 bis 2,6 Millionen Menschen die DDR. Zwang und Benachteiligungen durch die „revolutionären" Umwälzungen, Mangel an Freiheit und Demokratie, aber auch das zunehmende West-Ost-Wohlstandsgefälle waren die wichtigsten Motive der Massenabwanderung aus der DDR. Unter den Übersiedlern waren auch circa 700 000 Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten; ihnen wurden nach 1950 in der DDR keine staatlichen Integrationshilfen mehr gewährt.

Die deutsch-deutsche Grenze wurde nicht nur von Ost nach West, sondern auch umgekehrt von West nach Ost überquert. Zwischen 1950 und 1961 zogen circa 400 000 Bundesbürger in die DDR, eine vergleichsweise niedrige, aber gleichwohl beachtenswerte Zahl. Ein Teil dieser Menschen waren zurückkehrende DDR-Flüchtlinge, die der Bundesrepublik wieder den Rücken kehrten.

Die Massenwanderungen wirkten sich in den beiden Gesellschaften sehr unterschiedlich aus. Die Wirtschaft der DDR geriet durch die anhaltende Flucht von hochqualifizierten Arbeitskräften mit Hoch- und Fachschulabschluss sowie vieler Unternehmer, Handwerker, Facharbeiter und Bauern zunehmend in Schwierigkeiten. Innenpolitisch hatte die Massenauswanderung durchaus auch Vorteile für die Machtelite, wurde doch die DDR dadurch von systemkritischem Potenzial teilweise entlastet. Insgesamt erwies sich jedoch der ständige Verlust von qualifizierten Arbeitskräften als eine einschneidende wirtschaftliche Belastung, so dass sich die SED-Führung entschloss, die Auswanderung im August 1961 gewaltsam durch die Abriegelung der Grenze zu stoppen.

Man kann davon ausgehen, dass die Bundesrepublik von der Zuwanderung erheblich profitierte. Die häufig hohen Qualifikationen der Flüchtlinge und Übersiedler wurden auf dem Arbeitsmarkt für den wirtschaftlichen Aufschwung benötigt. Da die Zuwanderer meist auch sehr leistungsorientiert und einsatzfreudig waren, brachte ihre Integration keine ernsthaften Probleme mit sich; allerdings waren ihre schulischen und beruflichen Chancen nicht so gut wie die der einheimischen Bevölkerung.



Die Krise und der Zusammenbruch der DDR löste die letzte große Auswanderungswelle von Ost- nach Westdeutschland aus, und im vereinten Deutschland setzte sich dann der Zug gen Westen infolge des Wohlstandsgefälles noch für einige Jahre als Binnenwanderung fort. 1989, im Jahre der Grenzöffnung, schnellte die Zahl der Übersiedler auf 388 000 hoch, und 1990 zogen sogar 395 000 Menschen in die alten Länder um. 1993 bis 1997 pendelte sich dann die Zahl der Ost-West-Migranten zwischen 160 000 und 170 000 ein, seitdem ist sie wieder leicht angestiegen auf circa 190 000 im Jahr 1999. Insgesamt siedelten von 1989 bis 1999 fast 2,5 Millionen Ostdeutsche nach Westdeutschland über.

Gleichzeitig setzt allmählich eine Gegenbewegung von West nach Ost ein; neben Rückkehrern suchen auch immer mehr Westdeutsche ihre Chance in den neuen Ländern – darunter neben Selbstständigen vor allem auch leitendes Personal in verschiedenen Dienstleistungssektoren (zum Beispiel Verwaltung, Justiz, Universitäten) und Industrie.

Die Zahl der Fortzüge nach Ostdeutschland stieg von 5000 im Jahr 1989 über 80 000 im Jahr 1991 auf 157 000 im Jahr 1997 an, seitdem ist die Zahl wieder leicht auf circa 140 000 im Jahr 1999 zurückgegangen. 1996 war die Ost-West-Wanderungsbilanz nahezu ausgeglichen, seitdem ziehen jedoch wieder zunehmend mehr Menschen aus den neuen in die alten Länder als umgekehrt. Ostdeutschland büßte durch den Abwanderungsdruck nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems unter dem Strich circa 1,2 Millionen Einwohner ein, darunter viele jüngere, gut qualifizierte, dynamische, anpassungsfähige und leistungswillige Menschen.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Ein Sonderzug mit DDR-Bürgern, die in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag geflüchtet waren, erreicht am 4. November in Marktredwitz bundesdeutsches Gebiet. Eine umfassende Fluchtwelle kündigte im Laufe des Herbstes 1989 das Ende der DDR an.

Spätaussiedler

Auch nach dem Ende der Vertreibungen ist der Strom deutscher Aussiedler aus Osteuropa in die Bundesrepublik nie versiegt. Als isolierte Minderheiten mit nur geringen Möglichkeiten, ihre kulturelle Identität zu erhalten, zog es „deutsche Volkszugehörige" ungebrochen über mehr als vier Jahrzehnte hinweg in die „alte Heimat" ihrer Vorfahren. Von 1950 bis 1999 wurden vier Millionen Aussiedler aufgenommen, davon allein 2,6 Millionen Spätaussiedler zwischen 1988 und 1999 – eine Folge der Ausreiseerleichterungen, die „Perestroika" und Postsozialismus mit sich gebracht haben (vgl. hierzu ausführlich Informationen zur politischen Bildung Nr. 267 „Aussiedler").

Angesichts dieser unerwarteten Entwicklung änderte die Bundesregierung im letzten Jahrzehnt mehrfach ihre Aussiedlerpolitik, um die Zuwanderung zu steuern. Seit 1990 ist die Umsiedlung durch Behörden der Bundesrepublik zustimmungspflichtig, ab 1991 durften nur noch rund 220000 pro Jahr einreisen. Seit 1996 können Aufnahmeanträge zurückgewiesen werden, wenn den Aussiedlungswilligen ausreichende Deutschkenntnisse fehlen. Diese Einschränkungen ließen die Zahlen weiter sinken – auf 105000 im Jahr 1999. Die restriktiven Zuwanderungsmaßnahmen wurden von materiellen Zuwendungen an „deutsche Volkszugehörige" – so die Bezeichnung im Bundesvertriebenengesetz – in Osteuropa begleitet, um Anreize zum Verbleib insbesondere in Russland und Kasachstan zu bieten und den Aussiedlungsdruck zu mildern.

Der Zustrom der Aussiedler war in den sechziger und siebziger Jahren sehr erwünscht, trugen sie doch als hochmobile und motivierte Erwerbspersonen dazu bei, die regionalen Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu mindern. Der starke Anstieg und die andere Zusammensetzung im letzten Jahrzehnt hat die Situation verändert. Während in den achtziger Jahren 80 Prozent aller Aussiedler aus Polen und Rumänien kamen, dominierten in den neunziger Jahren die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion; diese stellen inzwischen fast das gesamte Kontingent (1999: 98,7 Prozent). Da sie im Duchschnitt erheblich jünger sind als die einheimische Bevölkerung – 1995 waren 38 Prozent von ihnen jünger als 20 Jahre (Deutsche 1999: 22 Prozent) – sind von ihnen demographische Entlastungseffekte für die sozialen Sicherungssysteme zu erwarten.

Ihre berufliche Eingliederung bringt dagegen Probleme mit sich. 70 bis 80 Prozent beherrschen die deutsche Sprache gar nicht oder nur sehr mangelhaft, und ihre Bildung und Berufsqualifikation entspricht – so wie ihre altersmäßige Zusammensetzung – den Strukturen, die die deutsche Bevölkerung um die Mitte des 20. Jahrhunderts aufwies. Die Unterschiede zwischen den Wert- und Normensystemen der Herkunftsländer und der hochentwickelten deutschen Dienstleistungsgesellschaft werden hier beispielhaft deutlich. Andererseits üben viele Aussiedler – meist Männer – handwerkliche Mangelberufe aus (zum Beispiel Schlosser, Mechaniker, Elektriker, Baufacharbeiter), so dass sie als regional und beruflich flexible Gruppe Lücken im Arbeitsmarkt füllen. Insgesamt sind sie spezifischen, zum Teil schmerzhaften Eingliederungsproblemen ausgesetzt: Sie betrachten sich als Deutsche, müssen aber häufig erfahren, dass sie in Deutschland Fremde sind und als Fremde angesehen werden.

Perspektiven

Trotz aller Unsicherheiten, die Prognosen in sich tragen, sind die folgenden Entwicklungen in den kommenden Jahrzehnten heute deutlich absehbar:

◇ Die Einwohnerzahl in der Bundesrepublik Deutschland wird zurückgehen.

◇ Das Alter der Bevölkerung wird sich kontinuierlich erhöhen.

◇ Die Anteile der ethnischen Minderheiten werden zunehmen, weil Deutschland einen ökonomisch und demographisch (System der sozialen Sicherung) begründeten Zuwanderungsbedarf hat und aus humanitären Gründen (Asylrecht, Genfer Flüchtlingskonvention) Zuwanderung zulassen muss (vgl. Seite 31 ff.).

Materielle Lebensbedingungen

Rainer Geißler

Die materiellen Lebensbedingungen entwickelten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den beiden Teilen Deutschlands sehr unterschiedlich. Mit der Dynamik der sozialen Marktwirtschaft konnte die zentrale Planwirtschaft des Ostens nicht Schritt halten, der Lebensstandard stieg in der Bundesrepublik erheblich schneller als in der DDR. Die Ost-West-Wohlstandsschere öffnete sich immer weiter und hatte weit reichende sozialpsychologische und politische Folgen. Sie war ein zentraler Ursachenkomplex für den Zusammenbruch der DDR, und der Abbau der ungleichen Lebensbedingungen zwischen alten und neuen Bundesländern war und ist die zentrale Herausforderung an das vereinigte Deutschland.

„Wirtschaftswunder"

In Westdeutschland setzte, nachdem die schlimmsten Kriegsfolgen überwunden waren, eine dramatische Aufwärtsentwicklung ein. Das „Wirtschaftswunder" ließ die Wirtschaftsleistung, die Einkommen und in ihrem Gefolge den Lebensstandard steil in die Höhe schnellen. Das Volkseinkommen – wie in der Wirtschaftswissenschaft die Gesamtheit aller produzierten Güter und Dienste genannt wird – „explodierte" zwischen 1950 und 1989 von gut 8600 DM auf fast 36000 DM pro Kopf der Bevölkerung (gerechnet in Preisen von 1989). Das ungeheure Tempo dieses Wachstums wird durch den historischen Vergleich deutlich: Der Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel errechnete, dass sich das Volkseinkommen in den eineinhalb Jahrhunderten von 1800 bis 1950 in etwa verdreifachte, während es in den vier Jahrzehnten nach 1950 gleich um mehr als das Vierfache zulegte. Weltweit gehört Westdeutschland seit langem zu den reichsten Ländern der Erde. In den neunziger Jahren rangierte es unter den Top Ten der umstrittenen „Weltrangliste", in der die Gesellschaften nach dem Bruttosozialprodukt je Einwohner geordnet sind.

Die Steigerung des Volkseinkommens spiegelt sich in einem entsprechenden, nahezu kontinuierlichen Wachstum der Reallöhne und der Haushaltseinkommen wider. Das real verfügbare Einkommen pro Kopf erreichte im Jahr 1991 seinen bisherigen Gipfel und lag nach den Berechnungen des Sozialökonomen Richard Hauser bei 25121 DM und damit um das 2,3-fache über dem Niveau von 1960. 1994 lag das reale Nettoeinkommen pro Kopf um acht Prozent unter dem Niveau von 1991 und stieg dann bis 1997 nur geringfügig wieder an. Die Rückwärtsentwicklung wurde vor allem durch die Erhöhung der Abgabenlast ausgelöst, die wiederum zum Teil mit den Kosten der deutschen Vereinigung zusammenhing. Sie war aber auch auf teilweise rückläufige, stagnierende oder nur geringfügig steigende Reallöhne und -gehälter zurückzuführen.

Erheblich rasanter schnellten die Vermögen in die Höhe. Jürgen Faik und Heinrich Schlomann haben aus den Angaben der Deutschen Bundesbank das Wachstum des Nettogeldvermögens ermittelt, das heißt der Summe aller Ersparnisse, Bausparguthaben, Versicherungsguthaben, Wertpapiere und Aktien. Zwischen 1960 und 1990 stieg es um das 11,5fache an, war und ist allerdings sehr ungleich auf verschiedene Bevölkerungsgruppen verteilt.

Die „Wohlstandsexplosion" in den Nachkriegsjahrzehnten lässt sich beispielhaft auch an den Wohnverhältnissen und an der Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen Konsumgütern illustrieren. Die Wohnungen und Eigenheime – ein zentraler Faktor für die Qualität des Familienlebens und ein wichtiges Refugium für die wachsende Freizeit – wurden geräumiger und komfortabler. Die Wohnfläche, die jeder Person im Durchschnitt zur Verfügung stand, hat sich von 15 Quadratmeter im Jahr 1950 auf 39 Quadratmeter 1997 fast verdreifacht; heute sind 90 Prozent aller Wohnungen mit Bad, Innen-WC und Zentralheizung ausgestattet, 1950 hatten noch 80 Prozent kein Bad. Auch die technischen Konsumgüter, die das Leben leichter und angenehmer machen, wie Autos, moderne Haushaltsgeräte und Kommunikationsmedien haben sich nach und nach ausgebreitet und gehören heute zur Normalausstattung. 1998 verfügten fast alle Haushalte über Telefon (97 Prozent), Farbfernseher (95 Prozent) und Waschautomat (91 Prozent), die überwiegende Mehrheit auch über mindestens einen Pkw (76 Prozent), einen Gefrierschrank (77 Prozent) und eine HiFi-Stereoanlage (70 Prozent).

Im internationalen Vergleich ist die Entstehung von Wohlstand und Massenkonsum nichts Außergewöhnliches, sondern im Rahmen der westlichen Welt eine normale Entwicklung, die sich in allen Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas in einer ähnlichen Form vollzog. Die deutsche Besonderheit besteht eher in der spezifischen Ausgangslage der Deutschen. Für die Kriegsgeneration war der schnelle und steile Aufstieg aus den Verwüstungen des Krieges und dem Elend der Nachkriegszeit besonders dramatisch und nahm für sie Züge eines „Wunders" an.

Rückstand in der DDR

Die Entwicklung in der DDR konnte mit dem westdeutschen Tempo nicht Schritt halten. Obwohl auch dort die Verdienste kontinuierlich zunahmen, hat sich die West-Ost-Wohlstandsschere immer weiter geöffnet. 1960 lag das reale, um die Kaufkraft bereinigte, durchschnittliche Haushaltseinkommen (netto) in der DDR nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin um 30 Prozent hinter dem westdeutschen zurück, 1970 um mehr als 40 Prozent und in den achtziger Jahren bereits um mehr als 50 Prozent. 1988, ein Jahr vor der Wende, verdienten ostdeutsche Arbeitnehmer nur 31 Prozent der westdeutschen Bruttoverdienste – das entspricht in etwa dem Produktionsniveau der DDR-Wirtschaft, das für die achtziger Jahre auf circa ein Drittel des westdeutschen geschätzt wird. Wegen der vielen Doppelverdiener war der Abstand zum Westen bei den Haushaltseinkommen nicht ganz so drastisch: 1988 erzielten die DDR-Privathaushalte ein Nettoeinkommen (Kaufkraft) von 47 Prozent des Westniveaus.

Der Rückstand im Lebensstandard lässt sich auch beim Wohnen und bei der Ausstattung mit Konsumgütern quantifizieren. Ostdeutsche wohnten enger (1989: 27 Quadratmeter pro Person – West 37 Quadratmeter), einfacher (1989: 49 Prozent der Wohnungen mit Bad, Innen-WC und Zentralheizung – West 79 Prozent) und in älteren Häusern (1989 mehr als die Hälfte in Vorkriegsbauten – West circa ein Viertel). Bei der Ausstattung von Pkws (1988: 52 Prozent aller Haushalte) und Haushaltsgeräten hinkte die DDR um mindestens 15 Jahre, bei den Telefonen (1988: 16 Prozent aller Haushalte) sogar um drei Jahrzehnte hinter der Bundesrepublik her. Dürre Zahlen dieser Art machen das Wohlstandsdefizit nur sehr unzureichend deutlich. Weitere Stichworte dazu sind die gravierenden Mängel im Angebot von Waren und Dienstleistungen sowie deren qualitative Unterschiede (zum Beispiel Trabant statt Golf).

Die Ursachen für das Wohlstands- und Produktivitätsdefizit liegen in erster Linie in der Leistungs-, Innovations- und Wachstumsschwäche der zentralen Planwirtschaft. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass auch die Ausgangslage in Ost und West nach dem Krieg sehr ungleich war: Der Historiker Rainer Karlsch hat ermittelt, dass die Ostdeutschen durch Reparationen pro Kopf um fast das 80fache höher belastet waren als die Westdeutschen. Dazu kamen zusätzliche Hemmnisse durch die erzwungene Einbindung in den osteuropäischen Wirtschafts- und Handelsraum sowie die Verluste an leistungsfähigen Arbeitskräften durch die ständige Westwanderung, die erst 1961 durch den Bau der Berliner Mauer und die Absperrung der Grenze mit Gewalt unterbunden wurde.

Die sich öffnende Wohlstandsschere wurde der DDR-Bevölkerung wegen des Westreiseverbots lange Zeit nicht in ihrem ganzen Ausmaß bewusst. Neben den Defiziten an Freiheit, politischer Teilnahme und Arbeitsqualität war sie jedoch eine – wenn nicht sogar die – zentrale Ursache für die wachsende Unzufriedenheit in den achtziger Jahren, für die Massenflucht im Jahre 1989 und schließlich für den Zusammenbruch der DDR, der möglich wurde, nachdem der außenpolitische Druck zur Erhaltung des Systems gewichen war.

Foto: Thomas Mayer/Christoph& Friends

Auf dem Weg zur Angleichung des Lebensniveaus. Zahlreiche Wohnbauten in der Dresdner Seevorstadt werden Anfang der neunziger Jahre komplett saniert.

Annäherung seit der Einheit

Die Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen und alten Ländern stellt seit der Wende die größte Herausforderung an die deutsche Gesellschaft und ihre Machteliten dar und bildet gleichzeitig einen zentralen Konfliktherd im Verhältnis von Ost- und Westdeutschen. Der verständliche Wunsch der Ostdeutschen nach einer möglichst raschen Anhebung ihres Lebensstandards auf das westdeutsche Niveau kollidiert mit der ökonomischen Notwendigkeit, dass Wohlstandsverbesserungen an Produktivitätsfortschritte gebunden sind und dass sich der enorme Produktivitätsrückstand nicht kurzfristig aufholen lässt.

Die West-Ost-Produktivitätslücke wurde zwar inzwischen in etwa halbiert, aber die weitere Annäherung an das Westniveau ist nach den Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft seit 1996 ins Stocken geraten. 1998 erwirtschafteten ostdeutsche Erwerbstätige pro Stunde – so wie bereits 1996 – erst 56 Prozent der Güter und Dienstleistungen von westdeutschen Erwerbstätigen; die Wertschöpfung pro Erwerbstätigen lag wegen der längeren Arbeitszeiten etwas höher – 1997 bei 62 Prozent des Westniveaus.

Durch Hilfen aus den alten Ländern im Zuge von Solidaritätsvereinbarungen wurde dafür gesorgt, dass sich die Wohlstandsschere schneller und weiter geschlossen hat als die Produktivitätsschere. 1998 verdienten die ostdeutschen Arbeitnehmer im Durchschnitt 2470 DM netto pro Monat im Vergleich zu 2820 DM ihrer westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Die einst weit klaffende Verdienstlücke – 1991 machte sie noch 45 Prozent aus – ist auf nominal zwölf Prozent zusammengedrückt worden, real dürfte der Abstand – unter anderem wegen der etwas niedrigeren Mieten – bei knapp zehn Prozent liegen. Nimmt man nicht die individuellen Löhne und Gehälter, sondern die Haushaltsnettoeinkommen als Maßstab, dann ist die West-Ost-Lücke noch etwas größer. Nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 1998 kamen die wenigen ostdeutschen Beamtenhaushalte auf 85 Prozent der entsprechenden westdeutschen Gruppe, Arbeiterhaushalte auf 83 Prozent, Angestelltenhaushalte auf 82 Prozent und Selbstständigenhaushalte nur auf 68 Prozent.

Besonders rasant vollzog sich die Erhöhung der Renten. Die produktionsorientierte Sozialpolitik der DDR hatte die aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Menschen stark vernachlässigt. Große Teile der Rentner und insbesondere die Rentnerinnen mussten mit Minimaleinkommen ein Dasein am Rand der Gesellschaft fristen. Durch die Übernahme des westdeutschen Systems der Alterssicherung wurden die meisten älteren Menschen quasi über Nacht aus dieser Randlage befreit. Zwi-

schen 1990 und 1999 stieg die durchschnittliche Nettoversicherungsrente in den neuen Ländern um mehr als das 2,5fache an. 1999 wurden einem ostdeutschen Durchschnittsrentner nur gut 60 DM monatlich weniger an Rente ausgezahlt als einem westdeutschen, der 1970 DM erhielt. Und ostdeutschen Rentnerinnen kam zugute, dass die länger im Erwerbsleben gestanden und dadurch höhere Rentenansprüche erworben hatten als westdeutsche: mit 1470 DM wurden ihnen im Schnitt 300 DM pro Monat mehr überwiesen als westdeutschen Frauen im Ruhestand.

Die historisch einmalige Einkommensexplosion in den neuen Ländern – sie stellt das Tempo der Lebensstandardsteigerungen in den „goldenen Jahren" des westdeutschen Wirtschaftswunders bei weitem in den Schatten – schlägt sich auch in der deutlichen Verbesserung der Wohnverhältnisse und in einem Ausstattungsschub der Haushalte nieder. Die Wohnfläche pro Person stieg von 28 Quadratmeter 1989 auf 33 Quadratmeter 1997 (West 1997: 39 Quadratmeter), etwa zwei Drittel der ostdeutschen Wohnungen wurden renoviert und modernisiert. 1997 waren 73 Prozent der Ostdeutschen mit ihren Wohnungen sehr zufrieden oder zufrieden. Ostdeutsche Haushalte sind 1998 genauso oder ähnlich gut mit Pkws, Waschautomaten, Gefrierschränken, Farbfernsehern, Telefonen, Mobiltelefonen (jeweils elf Prozent), Videokameras (jeweils 17 Prozent) und Videorecordern (West 63 Prozent, Ost 61 Prozent) versorgt wie westdeutsche. Zahlen dieser Art erfassen nur unzureichend oder auch gar nicht die Entstehung einer Konsumwelt nach dem Muster westlicher Wohlstandsgesellschaften, den Qualitätssprung im Dienstleistungsangebot, die Sanierung der Umwelt, die Verbesserung der Verkehrsnetze und der Gesundheitsversorgung oder den Reiseboom.

Konstante Ost-West-Lücke

Die Ost-West-Lücke im Einkommen, in den Wohnbedingungen und in anderen Aspekten des Lebensstandards wurde erheblich reduziert, aber es besteht weiterhin eine Lücke. Sie hat für die Ostdeutschen eine besondere psychologische Bedeutung. So schreiben die Berliner Soziologen Wolfgang Zapf und Roland Habich in ihrer Bilanz von 1999: „Der Vergleich mit den Westdeutschen zeigt eine Verringerung des Wohlstandsgefälles in den letzten neun Jahren. Größeres Gewicht dürfte aber die Wahrnehmung haben, dass der Abstand immer noch sehr deutlich ist." Besonders augenfällig wird er in den Vermögensverhältnissen. Obwohl sich das durchschnittliche Nettogeldvermögen in den ostdeutschen Haushalten zwischen 1990 und 1994 verdoppelt hat, macht es Ende 1993 mit durchschnittlich 21 700 DM pro Haushalt erst ein Drittel des Geldvermögens westdeutscher Haushalte aus. Auch die Lücke im Wohneigentum hat sich nur leicht vermindert: 1998 wohnen nur 26 Prozent (1993: 19 Prozent) der Ostdeutschen in Eigenheimen oder Eigentumswohnungen, von den Westdeutschen sind es 44 Prozent. Der Immobilienbesitz eines ostdeutschen Haushalts wird im Durchschnitt auf netto (abzüglich Restschulden) 190 000 DM geschätzt, in Westdeutschland beträgt der geschätzte Nettowert mit 362 000 DM fast das Doppelte.

Reales verfügbares Einkommen pro Kopf in DM
(bezogen auf Preise von 1991)
1960–1994

	West		Ost
1960	10 877	100	
1970	16 169	149	
1980	20 074	185	
1989	23 732	221	
1991	25 121	231	127 02
1994	23 150	213	144 38

Richard Hauser: Einkommen und Vermögen. In: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen 1998, S. 158.

Weitere Defizite bestehen beim Ausbau der Verkehrswege, bei der Sanierung verfallener und verfallender Stadtviertel und Dörfer, beim Zustand öffentlicher Gebäude und Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, Altersheime. Defizite dieser Art wurden zwar im vergangenen Jahrzehnt gemildert, aber es wird noch lange Zeit in Anspruch nehmen, um sie endgültig zu beseitigen.

Der soziale Umbruch hat für die Ostdeutschen nicht nur neuen Wohlstand, sondern auch eine Fülle von schmerzlichen Erfahrungen mit sich gebracht. Die größten Verunsicherungen hat die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit ausgelöst, etwa ein Drittel der Arbeitsplätze ist nach dem Zusammenbruch der DDR verloren gegangen. „Das Leiden aller Leiden ist die Arbeitslosigkeit." Dieser Satz Martin Walsers gilt für Ostdeutsche in besonderer Weise, war doch die DDR in stärkerem Maße eine „Arbeitsgesellschaft" mit Arbeitsplatzgarantie gewesen als die Bundesrepublik. Dennoch ist die Gesamtbilanz der Ostdeutschen über die Entwicklung der Lebensbedingungen für eine zunehmende Mehrheit positiv und nur für eine schrumpfende Minderheit negativ. Nach dem Wohlfahrtssurvey gaben 1998 59 Prozent (1993: 48 Prozent) der Bürger in den neuen Ländern an, dass sich die Lebensbedingungen seit 1990 verbessert haben, für 25 Prozent (1993: 29 Prozent) bestand kein Unterschied und nur 16 Prozent (1993: 23 Prozent) beurteilten die heutige Situation als Verschlechterung.

Das Tempo der Annäherung wäre ohne Leistungstransfers von West nach Ost in weltweit einmaliger Größenordnung nicht möglich gewesen. Nach den Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft beliefen sich die Nettotransfers (abzüglich zurückfließender Steuer- und Verwaltungseinnahmen) 1991 bis 1998 auf 1215 Milliarden DM, das heißt pro Einwohner der alten Länder (einschließlich Ausländer) auf knapp 2300 DM jährlich. Die Bundesbank hat errechnet, dass ein lediger westdeutscher Durchschnittsverdiener zwischen 1990 und 1996 Einkommensverluste von sechs Prozent durch zusätzliche Steuern und Sozialabgaben für den Aufbau Ost hinnehmen musste.

Trotz dieser Anstrengungen ist das vereinte Deutschland von einer Einheitlichkeit der Lebensbedingungen in Ost und West noch ein erhebliches Stück entfernt, und es ist absehbar, dass die soziale Einheit im Sinne der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse ein langwieriger Prozess ist. Die Folgen von fast einem halben Jahrhundert ungleicher Entwicklungen sind nicht innerhalb weniger Jahre zu beseitigen. Die Deutschen – insbesondere ihre wichtigen Entscheidungsträger und Meinungsführer – stehen dabei vor der Aufgabe, beim Abbau der West-Ost-Kluft ein mittleres „goldenes Tempo" zu finden, das weder die Geduld der Ostdeutschen noch die Solidaritätsbereitschaft der Westdeutschen überfordert.

Einkommensunterschiede

Vom enormen Anstieg des Wohlstands haben verschiedene Gruppen der Gesellschaft in unterschiedlichem Maße profitiert. Die Steigerung des Lebensstandards hat die sozialen Ungleichheiten nicht beseitigt. Alle Wohlstandsgesellschaften der Gegenwart zeichnen sich durch erhebliche Unterschiede im Einkommen und Besitz und damit verbundenen Lebenschancen aus, alle kennen sie Reichtum und Armut.

Die Kluft zwischen arm und reich wird dem sozial sensiblen Beobachter immer wieder in drastischer Form vor Augen geführt: In großstädtischen Ladenpassagen finden Pelzmäntel für 15 000 DM oder brillantbesetzte Uhren für 11 000 DM ihre Käufer, während vor den Schaufenstern derselben exklusiven Boutiquen Menschen neben leeren Weinflaschen und neben Plastiktüten, in denen sie ihr ganzes Hab und Gut mit sich führen, schlafen.

Nach der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) lag das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen im Jahr 1998 in den alten Ländern bei monatlich 5254 DM. Hinter diesem Durchschnittswert verbergen sich große Unterschiede. Ein Prozent der Haushalte darben mit weniger als 1000 DM und weitere elf Prozent mit weniger als 2000 DM. Knapp die Hälfte (46 Prozent) bewegt sich im Bereich zwischen 2000 und 5000 DM. Eine Minderheit von 8,5 Prozent gehört zu denjenigen, die mit mehr als 10 000 DM pro Monat einen großzügigen, zum Teil auch

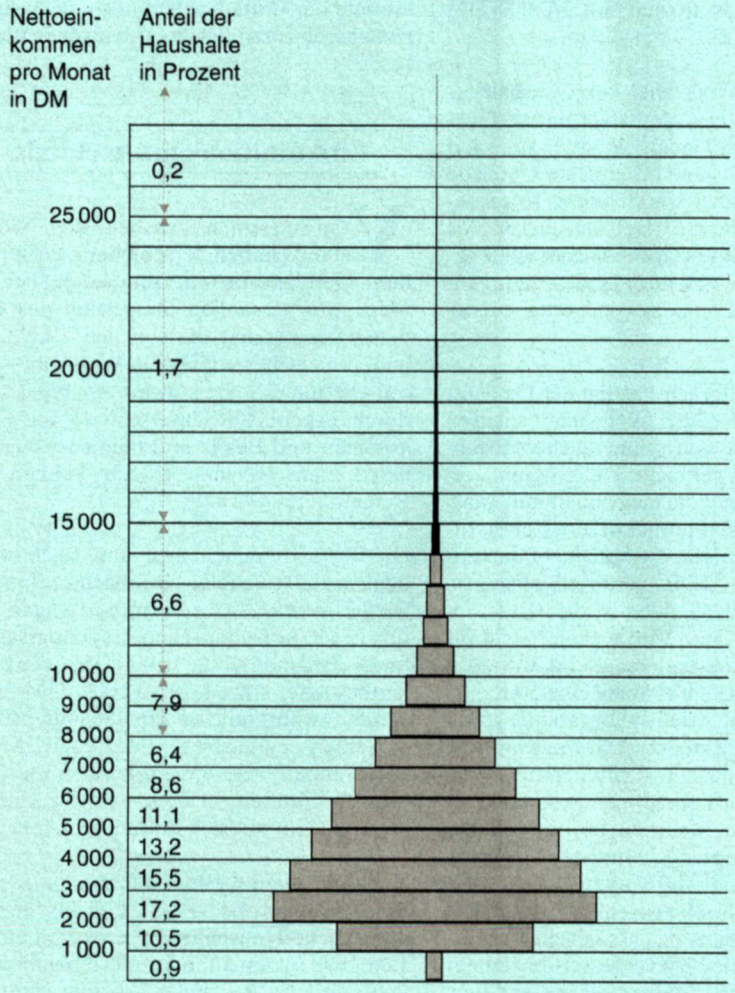
Verteilung des Nettoeinkommens* auf Bevölkerungsfünftel 1962–1995

	Anteil am Gesamteinkommen in Prozent					Verhältnis der Prozentanteile des 5. zum 1. Fünftel
	1. Fünftel	2. Fünftel	3. Fünftel	4. Fünftel	5. Fünftel	
1962	9,4	13,4	16,7	21,4	39,1	4,2
1973	10,5	14,3	17,6	22,1	35,5	3,4
1978	10,5	14,3	17,7	22,2	35,3	3,4
1988	9,9	14,4	17,9	22,4	35,4	3,6
1995 West	9,1	13,6	17,3	22,2	37,8	4,2
1995 Ost	10,4	15,2	18,8	22,8	32,8	3,2

* bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen pro Person

Richard Hauser: Einkommen und Vermögen. In: Bernhard Schäfers/Wolfgang Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen 1998, S. 164 (Datenbasis: 1962–1988 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, 1995 Sozio-ökonomisches Panel).

Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen (Westdeutschland 1998)



100 Prozent = 30 600 000 Haushalte

1998 gab es in den alten Bundesländern rund 30,6 Millionen private Haushalte, deren Nettoeinkommen die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) repräsentativ erhoben hat. Ausnahme: Die Spitze der Einkommens-„Antenne" – Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 35 000 DM – wurde nicht mehr erfasst.

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998; Statistisches Bundesamt.

luxuriösen Lebensstil pflegen können. Großverdiener mit mehr als 35 000 DM werden in der EVS nicht erfasst. Das Schaubild links unten zeigt, dass aus dem „Durchschnittsbauch" der Normalverdiener eine Pyramide von Haushalten mit überdurchschnittlichem Einkommen herausragt, die sich nach oben hin zunehmend verjüngt und schließlich bei den Spitzeneinkommen die Form einer ausgezogenen Autoantenne annimmt.

Den Inbegriff des Reichtums stellen nach allgemeinem Verständnis die „Millionäre" dar. Die Zahl der Einkommensmillionäre hat sich zwischen 1983 und 1992 mehr als verdoppelt: 1983 deklarierten gut 10 000 westdeutsche Steuerzahler bei den Finanzämtern ein jährliches Einkommen von mindestens einer Million, 1993 waren es bereits knapp 25 000.

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit gehört zu den gesellschaftspolitisch bedeutsamen und immer wieder diskutierten Fragen. Ist die Verteilung der Einkommen gleicher oder ungleicher geworden? Ist der Abstand zwischen Arm und Reich größer oder kleiner geworden? 1995 verfügte das obere Fünftel über 38 Prozent des gesamten Nettoeinkommens (bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen pro Person), das untere Fünftel nur über neun Prozent; der Einkommensanteil des oberen Fünftels lag damit um das 4,2fache über dem des unteren. Zwischen 1962 und 1995 blieb das gesamte Muster der Verteilung über die fünf Fünftel erstaunlich stabil. Leichte Tendenzen zu einer Umverteilung von „oben nach unten" zeigten sich in den sechziger und siebziger Jahren: Der Abstand zwischen oberem und unterem Fünftel ging vom 4,2fachen im Jahr 1962 auf das 3,4fache im Jahr 1978 zurück. Danach kehrte sich der Trend um, die Einkommensungleichheit nahm seit den achtziger Jahren wieder leicht, aber kontinuierlich zu und hatte 1995 mit dem 4,2fachen wieder das Niveau von 1962 erreicht. Andere Berechnungsmethoden bestätigen diese Tendenz einer zunächst abnehmenden und dann wieder ansteigenden Ungleichheit der Einkommen.

Bildungs- und Berufsgruppen

Einen soziologisch etwas konkreteren Einblick in die Einkommensverteilung vermitteln die Unterschiede zwischen Bildungs- und Berufsgruppen. Eine gute Ausbildung zahlt sich finanziell aus. Nach einer Studie von Peter Krause und Gerd Wagner gehörten 22 Prozent der westdeutschen Universitäts- und Fachhochschulabsolventen zu den Wohlhabenden, die über mindestens das Doppelte des durchschnittlichen Nettoeinkommens (bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen pro Person) verfügen, aber nur drei Prozent der Hauptschüler mit abgeschlossener Lehre und nur ein Prozent der Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Umgekehrt müssen 16 Prozent der Ungelernten mit weniger als

der Hälfte des Nettoeinkommens auskommen, von den Hauptschülern mit Lehre sind es sieben Prozent und von den Hochschulabsolventen nur ein Prozent.

Von den Berufsgruppen der alten Länder erzielen die Selbstständigen außerhalb der Landwirtschaft die höchsten Einkommen. Ihre Nettoeinkommen schwankten 1972 bis 1993 ungefähr zwischen dem 1,5fachen und 2,5fachen des Durchschnitts. Der Datenreport 1999 des Statistischen Bundesamtes weist das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in den Haushalten verschiedener Gruppen für das Jahr 1996 aus. Danach kommen die Selbstständigen (einschließlich Landwirte) auf 227 Prozent des Durchschnitts. Zu den Privilegierten gehören auch die Pensionäre mit 152 Prozent, gefolgt von den Beamten mit 116 Prozent und den Angestellten mit 105 Prozent. Unter dem Durchschnitt liegen die Rentner mit 95 Prozent und insbesondere die Arbeiter mit 73 Prozent. Sozialhilfeempfänger mussten sich mit 43 Prozent des Durchschnitts begnügen.

Internationaler Vergleich

Der internationale Vergleich erleichtert die Einschätzung darüber, ob die Einkommen in Deutschland besonders gleich oder besonders ungleich verteilt sind. In den USA und in Kanada sind die Einkommensunterschiede markanter als in Deutschland, innerhalb der europäischen Union nimmt Deutschland einen mittleren Rang ein. In acht von den 15 EU-Gesellschaften des Jahres 1994 waren die Unterschiede zwischen dem obersten und untersten Fünftel der Bevölkerung niedriger als in Deutschland (in den drei skandinavischen Gesellschaften, den drei Beneluxländern sowie in Frankreich und Österreich), deutlich höher lagen sie dagegen in sechs Ländern – am höchsten in Portugal, gefolgt von Griechenland, Irland, Großbritannien, Spanien und Italien.

Der EU-Vergleich macht auch deutlich, dass es innerhalb der entwickelten Gesellschaften keinen klaren Zusammenhang zwischen dem Wohlstandsniveau und dem Grad der Einkommensungleichheit gibt. Zum Teil sind niedrige Einkommen besonders ungleich verteilt, das gilt für Portugal und Griechenland: Sie erwirtschaften den niedrigsten Wohlstand und weisen gleichzeitig die größten Wohlstandsunterschiede zwischen oben und unten auf. Auch Finnland gehört zu den wirtschaftlich schwächeren Ländern, die Einkommen sind dort aber wegen einer anderen Sozialpolitik am gleichmäßigsten über die Bevölkerung verteilt. Die Gesellschaften mit der höchsten Wirtschaftskraft – Luxemburg, Deutschland, Österreich und Belgien – nehmen im Hinblick auf die Ungleichheit mittlere Positionen ein.

Unter den so genannten „Funktionalisten" der US-amerikanischen Soziologie wurde bereits in den vierziger Jahren die Theorie entwickelt, dass eine Leistungsgesellschaft auch soziale Ungleichheit benötigt. Materielle Leistungsanreize sind erforderlich („funktional"), um das Leistungspotenzial der Individuen und damit auch der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft zu mobilisieren. Die Kritiker dieser Theorie haben darauf hingewiesen, dass nicht alle Ungleichheiten beim Einkommen – und erst recht nicht beim Vermögen – etwas mit Leistung zu tun haben, dass in der Konkurrenz um gute Einkommen nicht alle Leistungsfähigen auch wirklich zum Zuge kommen und dass die Solidarität mit den sozial Schwachen Umverteilungen auch unabhängig vom Leistungsprinzip erforderlich macht. Dennoch ist das Prinzip „Leistung muss sich lohnen" ein wichtiges legitimes Verteilungsprinzip. Auf die gesellschaftlich zentrale und politisch umstrittene Frage, wie hoch die Unterschiede im verfügbaren Einkommen sein müssen, um die Leistungsbereitschaft nicht zu beeinträchtigen, und von welchem Punkt an die Umverteilungspolitik die wirtschaftlich-gesellschaftliche Dynamik hemmt, können die Sozialwissenschaften keine eindeutigen Antworten geben.

Vermögensungleichheiten

Die Statistik unterscheidet drei wichtige Grundarten des Vermögens: das Betriebsvermögen, das Immobilienvermögen (Haus- und Grundbesitz), über das 1998 gut die Hälfte (51 Prozent) der westdeutschen und ein Drittel der ostdeutschen Haushalte verfügten sowie verschiedene Varianten der Sparanlagen (Geldvermögen). Die letzten zuverlässigen Angaben zum Geldvermögen liegen für das Jahr 1993 vor. Fast alle haben Sparbücher angelegt (West 90 Prozent – Ost 87 Prozent), etwa zwei Drittel können auf Guthaben bei Lebensversicherungen zurückgreifen (West 68 Prozent – Ost 65 Prozent). Anlagen in Wertpapieren (West 46 Prozent – Ost 37 Prozent) und Guthaben bei Bausparkassen (West 42 Prozent – Ost 34 Prozent) sind nicht ganz so verbreitet. Die Chancen, Ersparnisse zu bilden, sind sehr ungleich. Wer wenig verdient, kann nur wenig oder auch gar nichts auf die hohe Kante legen. So ist es nicht verwunderlich, dass die Vermögensunterschiede noch erheblich krasser ausgeprägt sind als die Einkommensunterschiede. Nach den Berechnungen des Deutschen

Höhe und Ungleichgewicht der Einkommen in der EU 1994

	Anteil in Prozent am Gesamteinkommen				
	bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen pro Person in Kaufkrafteinheiten	oberes Fünftel	unteres Fünftel	Verhältnis der Anteile des oberen zum unteren Fünftel	Rang[1]
Luxemburg	23 532	39	8	4,8	8
Deutschland	14 197	38	8	4,9	9
Österreich	14 106	37	8	4,7	7
Belgien	13 727	37	8	4,6	6
Dänemark	13 589	33	10	3,2	2
Frankreich	13 510	38	8	4,5	4,5
Großbritannien	13 377	41	7	5,5	12
Niederlande	12 878	36	9	3,9	3
Irland	12 054	43	7	6,0	13
Schweden	11 881	34	8	4,5	4,5
Finnland	10 450	33	11	3,1	1
Italien	10 273	39	7	5,3	10
Spanien	9 046	40	7	5,4	11
Griechenland	8 221	41	7	6,2	14
Portugal	7 622	44	6	7,2	15
EU	12 522	39	8	5,0	

[1] Reihenfolge der Länder nach dem Grad der Ungleichheit (Rang 1 am wenigsten Ungleichheit, Rang 15 am meisten Ungleichheit).

Zusammengestellt nach Europäische Kommission (Hg.): Living Conditions in Europe, Ausgabe 1999, S. 60 und 62.

Foto: Dieter Zinn/laif

Während 1997 im verarbeitenden Gewerbe der neuen Länder die Höhe der Löhne bei etwa 72 Prozent der westdeutschen Effektivlöhne lag, verdienten stark nachgefragte Handwerker wie die Dachdecker bereits dasselbe wie ihre westdeutschen Kollegen.

Instituts für Wirtschaftsforschung zur Verteilung des Gesamtvermögens – Geldanlagen, Immobilien und Betriebsvermögen – hatte das reichste Zehntel der Haushalte 1993 fast die Hälfte des Vermögens aller Deutschen angehäuft, während die untere Hälfte der Bevölkerung nur über etwa ein Zehntel des Vermögensbestandes verfügte.

Die Vermögensunterschiede zwischen den verschiedenen Berufsgruppen bergen keine Überraschungen. Sie entsprachen 1993 – sieht man einmal vom Spezialfall der Landwirte ab – den Einkommensunterschieden. Selbstständige und Landwirte haben stark überdurchschnittliche Geldvermögen angesammelt und verfügen auch häufiger als andere über Grund- und Hausbesitz. Ihre Immobilien sind zudem überdurchschnittlich wertvoll. Dabei ist zu beachten, dass für beide Gruppen das Vermögen einen wichtigen Teil der Altersversicherung darstellt. Arbeiter befinden sich am anderen Ende der Skala. Sie sind zwar fast genauso häufig Immobilienbesitzer wie Angestellte, liegen aber mit ihrem Nettogeldvermögen von 46 000 DM pro Haushalt um ein gutes Viertel unter dem Durchschnitt von 63 000 DM.

Die hohen Vermögensbestände haben in den letzten Jahren eine Welle von Erbschaften in bisher unbekanntem Ausmaße ausgelöst. Der Soziologe Marc Szydlik hat eine repräsentative Studie über 40- bis 85-jährige ausgewertet und dabei festgestellt: 28 Prozent der Westdeutschen haben bis 1996 mehr als 25 000 DM geerbt, weitere neun Prozent erwarten eine Erbschaft in dieser Höhe. 14 Prozent konnten ein Erbe im Wert von mindestens 100 000 DM antreten, und weitere sieben Prozent sehen einem solchen Erbe entgegen. Immerhin gibt bereits jeder hundertste Westdeutsche an, ein Millionenerbe zu sein, und weitere 0,5 Prozent sehen eine Millionenerbschaft auf sich zukommen. Vermögen werden schichtspezifisch vererbt, es profitieren nicht nur, aber im besonderen Maße diejenigen, die auch bessere Chancen haben, aus eigener Kraft Vermögen zu bilden. So gehören nur zwölf Prozent der Hauptschulabsolventen zu den tatsächlichen oder zukünftigen Erben von mindestens 100 000 DM, aber 32 Prozent der Akademiker. Die Weitergabe der Vermögen von Generation zu Generation wird also die Vermögenskonzentration verstärken.

Unterschiede im Osten

In der DDR waren die Vermögensunterschiede im Zuge der sozialistischen Nivellierungspolitik stark eingeebnet worden. Zu den wichtigen Maßnahmen der egalitären Politik gehören Enteignungen (der Großgrundbesitzer, Großbauern und Bergwerke, der Großunternehmer in Industrie und Handel, der Banken und Versicherungen, der Flüchtlinge), Verstaatlichung und Kollektivierung, Restriktionen für den kleinen Rest der Selbstständigen sowie die Entwertung des Immobilienbesitzes. Auch die Einkommensunterschiede – zwischen Arbeitern, Angestellten und Genossenschaftsbauern, zwischen Genossenschaftsmitgliedern und Selbstständigen, aber auch innerhalb dieser Gruppen – wurden nach dem egalitären Prinzip der „Annäherung aller Klassen und Schichten" verkleinert. Arbeiter und Bauern erhielten dadurch vergleichsweise günstige Positionen im Ungleichheitsgefüge der DDR; die Opfer dieser „Annäherungspolitik" waren wichtige Leistungsträger wie Selbstständige und Hochqualifizierte sowie die Angestellten. Wohlstandsdefizit, soziale Nivellierung und die relativ günstige Soziallage von Arbeitern und Bauern rechtfertigen es, die DDR als eine nach unten – nicht zur Mitte hin – nivellierte Arbeiter- und Bauerngesellschaft zu charakterisieren.

Der Abbau der Einkommensungleichheit war in der DDR nicht unumstritten. Auf der Suche nach den „sozialen Triebkräften" des Wirtschaftswachstums distanzierten sich der Sozialstrukturforscher Manfred Lötsch und andere Wissenschaftler von traditionellen kommunistischen Gleichheitsvorstellungen und von einem starren „gleichmacherischen" (Manfred Lötsch) Gehaltssystem. Sie kritisierten die Missachtung des Leistungsprinzips und entwickelten die These von der Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede, die stark an die Argumente der amerikanischen Funktionalisten erinnert (vgl. Seite 13). Nach dieser These wirkt eine übertriebene Nivellierung leistungsfeindlich; sie bremse die sozioökonomische Entwicklung, da bestimmte Unterschiede im Einkommen und in den Lebensbedingungen als Leistungsanreize erforderlich seien.

Angleichung nach 1990

Nach dem Zusammenbruch der DDR wurde der Wohlstandsschub von einer Zunahme sozialer Ungleichheit in den neuen Ländern begleitet. Leistungshemmende soziale Nivellierung hat sich in zunehmende soziale Differenzierung verwandelt. Die Hintergründe dieser Trendumkehr sind die Reprivatisierung der Wirtschaft und des Immobilienmarktes, der Neuaufbau des Mittelstandes von Selbstständigen und Freiberuflern sowie die Spreizung der Lohn- und Gehaltsstrukturen. In ihrem Gefolge vergrößerten sich die Einkommens- und Vermögensunterschiede und die damit verknüpften Unterschiede in den Lebensbedingungen und Lebenschancen. Im Zusammenhang mit dem Wohlstandsschub bedeutet dies Differenzierung und Polarisierung nach oben: die sozialen Abstände zwischen Oben und Unten werden auf einem insgesamt höheren Niveau größer.

1997 lagen die Bruttoverdienste von Angestellten und Produktionsarbeitern in verschiedenen Leistungsgruppen in den neuen Ländern fast so weit auseinander wie in Westdeutschland. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wird die Zunahme sozialer Ungleichheit nur allmählich sichtbar, weil die Entwicklung in verschiedenen Wirtschaftssektoren unterschiedlich verläuft und von relativierenden Prozessen begleitet wird – von gegenläufigen Nivellierungen und vorübergehenden Verwerfungen in der Umbruchphase.

Zu den vorübergehenden Verwerfungen gehört das von Branche zu Branche unterschiedliche Tempo der Annäherung an das Westniveau. So wurden 1997 im zum Teil krisengeschüttelten verarbeitenden Gewerbe erst 72 Prozent der westdeutschen Effektivlöhne gezahlt, im Handel 77 Pro-

zent, im Baugewerbe 83 Prozent, im Öffentlichen Dienst bereits 86 Prozent, und die stark nachgefragten Dachdecker oder Gebäudereiniger verdienten dasselbe wie ihre Westkollegen. Zu den materiellen Gewinnern der Einheit gehören neben der großen Mehrheit der Rentner die Freiberufler (Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater und ähnliche) und die größeren Unternehmer (ab zehn Mitarbeiter). Deren Einkommen lagen 1994 erheblich weiter über dem Durchschnitt als in den alten Ländern. Im allgemeinen sind jedoch die schichtspezifischen Einkommensunterschiede 1994 noch nicht so stark ausgeprägt wie in Westdeutschland. Auffallend ist, dass sich auch die neuen kleineren Selbstständigen (bis neun Mitarbeiter) in der schwierigen Startphase mit unterdurchschnittlichen Einkommen begnügen müssen.

Die Gesamtentwicklung wurde von der Ungleichheitsforschung bisher nur bis zu Mitte der neunziger Jahre mit genauen Zahlen dokumentiert. Die Einkommensungleichheit hat in den ersten fünf Jahren nach der Vereinigung langsam aber stetig zugenommen, ist jedoch 1995 noch deutlich vom westlichen Ungleichheitsniveau entfernt. Mit dem schnellen Einkommensanstieg vollzog sich eine Verlagerung von der Mitte in die oberen und unteren Bereiche der Einkommenshierarchie: die Mitte schrumpfte, Menschen in extremen Lagen nahmen dagegen zahlenmäßig zu. 1991 stand nach den Berechnungen von Richard Hauser für 57 Prozent der Ostdeutschen ein Nettoeinkommen zwischen 75 Prozent und 125 Prozent des Durchschnitts zur Verfügung, 1995 waren es nur noch 49 Prozent (West 40 Prozent). Der Anteil derjenigen, die mit weniger als 50 Prozent auskommen mussten, verdoppelte sich in diesem Zeitraum von vier auf acht Prozent (West elf Prozent), und die starken Einkommensklassen mit mehr als 150 Prozent des Durchschnitts wuchsen von acht Prozent auf zehn Prozent (West zwölf Prozent). Dem oberen Fünftel stand 1995 das 3,2fache des unteren Fünftels zur Verfügung (West: das 4,2fache).

Die neuen Vermögen der Ostdeutschen hinken zwar vom Umfang her noch weit hinter den westdeutschen Vermögensbeständen her, sind aber ähnlich ungleich, teilweise sogar noch ungleicher verteilt als in Westdeutschland. Der Konzentrationsgrad beim Bruttogeldvermögen liegt in den neuen Ländern etwas niedriger, beim Immobilienvermögen aber deutlich höher als in den alten Ländern. Die Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Verteilung des Bruttogeldvermögens auf verschiedene Berufsgruppen macht Ähnlichkeiten, aber auch Abweichungen zwischen Ost und West deutlich. In den neuen Ländern verfügten Arbeiter 1993 über 83 Prozent des Durchschnitts für alle Haushalte (West 74 Prozent), Beamte über genau 100 Prozent (West 118 Prozent), Angestellte über 132 Prozent (West 106 Prozent) und Selbstständige über 188 Prozent (West 245 Prozent).

Die Konturen der sozialen Ungleichheit treten auch deshalb schärfer hervor, weil die nivellierenden Rahmenbedingungen des sozialistischen Alltags verschwunden sind. Unterschiede in der Verfügung über Geld ermöglichen stärker als vorher eine verschiedenartige Lebensgestaltung, unterschiedliche Konsum- und Freizeitchancen. Die nach unten nivellierte „Gesellschaft der kleinen Leute" verwandelt sich nach und nach in eine Mittelschichtengesellschaft mit stärkeren sozialen Abstufungen auf gehobenem Wohlstandsniveau.

Die Privatisierung und Reprivatisierung (Rückübertragung an Alteigentümer) des ostdeutschen Produktivvermögens hatte eine radikale Veränderung der Besitzverhältnisse zur Folge. Beim Verkauf von circa 14000 ehemaligen volkseigenen Unternehmen durch die Treuhandanstalt hatten betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte absolute Priorität. Da es den Ostdeutschen weitgehend an Kapital und marktwirtschaftlich-unternehmerischem Know-how mangelte, kommen die neuen Eigentümer überwiegend aus Westdeutschland, ein Teil auch aus dem Ausland. Wenn ostdeutsche Privatpersonen als Käufer auftraten, dann im wesentlichen beim so genannten Management-Buy-Out, das heißt, wenn Unternehmen von leitenden Mitarbeitern oder Teilen der Belegschaft übernommen wurden. Circa ein Drittel der privatisierten bzw. reprivatisierten Betriebe haben diese Form, meist handelt es sich dabei um kleine mittelständische Dienstleistungsunternehmen. Am Gesamtwert der von der Treuhandanstalt abgeschlossenen circa 35000 Kaufverträge sind sie mit nur etwa drei Prozent beteiligt. Rund 84 Prozent der Gesamtkaufsumme brachten westdeutsche Eigentümer und circa acht Prozent ausländische Unternehmer auf; rund fünf Prozent entfielen auf ostdeutsche Gebietskörperschaften, vor allem auf die Länder. Experten vermuten, dass die Privatisierungsaktion eher zu einer Konzentration des Produktivvermögens als zu einer breiten Streuung geführt hat. Sicher ist, dass sich das ostdeutsche Produktivvermögen überwiegend in westdeutscher Hand befindet.

Rolle der Eliten in der Gesellschaft

Rainer Geißler

Die Sozialwissenschaften verstehen unter Eliten in der Regel Machteliten, die Träger gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Macht. Dieser kleine Kreis von Personen übt den größten Einfluss auf wichtige Entscheidungen aus, von denen viele oder auch alle Mitglieder einer Gesellschaft betroffen sind.

Elitenpluralismus

Die Struktur der Machteliten zeigt in modernen Gesellschaften ein bestimmtes Gliederungsmuster. Eine moderne Gesellschaft ist in verschiedene Funktionsbereiche (Sektoren) wie Politik, Wirtschaft, Kultur und andere Bereiche ausdifferenziert. Daher ist es sinnvoll, innerhalb der Machteliten verschiedene Funktionseliten – sie werden auch sektorale Eliten oder Teileliten genannt – zu unterscheiden, die in den jeweiligen Sektoren die wichtigsten Entscheidungsträger umfassen. In vielen Studien wird die Machtelite in neun Funktionseliten in folgenden Sektoren untergliedert: Politik, Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Gewerkschaften, Massenmedien, Kultur, Wissenschaft und Militär.

Die Elitenstruktur einer hochdifferenzierten Gesellschaft ist in zweifacher Hinsicht pluralistisch: Zum einen sind die verschiedenen Sektoren und Funktionseliten hoch spezialisiert und relativ autonom (funktionaler Pluralismus), zum anderen entwickelt sich unter einem gemeinsamen Dach von politischen Überzeugungen – dem Konsens über die demokratischen Grundregeln – ein politisch-weltanschaulicher Pluralismus. Dem Elitenpluralismus sind jedoch Grenzen gesetzt: Um schädliche Abschottungen zu vermeiden, bedarf es der „strukturellen Elitenintegration". Die regelmäßige Zusammenarbeit der Eliten über die Sektoren und politisch-weltanschaulichen Gruppierungen hinweg ist nötig, um Entscheidungen aufeinander abzustimmen und um die optimale Beteiligung aller gesellschaftlichen Bereiche und Organisationen an den wichtigen Entscheidungen zu ermöglichen.

Einflussstruktur

Das politische Institutionensystem der Bundesrepublik sichert einen gewissen Pluralismus der Führungsgruppen. Die Konkurrenz der Parteien, Verbände und Interessengruppen, eine föderalistische Verfassung, eine unabhängige Justiz sowie die relative Autonomie der Massenmedien, der Wissenschaft und Kultur schaffen Raum für ein Gegeneinander verschiedener Teileliten beim Ringen um Einfluss. Aber in diesem pluralistischen Mit- und Gegeneinander gibt es bestimmte Einflussstrukturen; nicht alle Funktionseliten und Interessengruppen sind mit gleicher Machtfülle ausgestattet. Im Zentrum der Machtstruktur stehen die politischen Eliten im engeren Sinn. Ihre Position wurde durch die Weiterentwicklung des liberalen Rechtsstaats zum sozialen Wohlfahrtsstaat erheblich gestärkt. Ihre Entscheidungen beschränken sich heute nicht nur auf die traditionellen staatlichen Aufgaben der inneren Ordnung und der äußeren Sicherheit, sondern greifen planend und steuernd in viele Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ein.

Großen Einfluss üben auch die Wirtschaftseliten aus, deren Struktur weiterhin vom Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geprägt ist. Durch die zunehmenden internationalen Wirtschaftsverflechtungen (Globalisierung) haben die multinationalen Großunternehmen und damit die Wirtschaftseliten ihre Stellung weiter stärken können. Das politisch-wirtschaftliche Machtzentrum wird durch einflussreiche Verwaltungs- und Medieneliten ergänzt. Andere Funktionseliten – insbesondere das früher einflussreiche Militär – sind heute eher an der Peripherie der Machtstruktur angesiedelt.

Ämterkumulation (eine Person besetzt gleichzeitig mehrere Führungspositionen) und Elitenzirkulation (der Wechsel von Personen zwischen verschiedenen Teileliten) kommen relativ selten vor. Hoch ist dagegen die Rotation des Führungspersonals. Die Machtträger verweilen in der Regel nur vier bis acht Jahre in den Spitzenpositionen – in der Wirtschaft, in den Verbänden und in den Massenmedien dauert die Zugehörigkeit zur Positionselite länger als im zentralen politischen Bereich, wo die Wählerinnen und Wähler für eine beschleunigte Rotation des Führungspersonals sorgen. Auch die Verwaltungselite ist dieser politischen Dynamik ausgesetzt. So scheiden zum Beispiel die Spitzenbeamten der Bundesregierung im Durchschnitt bereits nach fünf Jahren wieder aus ihren Ämtern aus.

Während das System der Weimarer Republik bei großen Teilen der Machteliten auf große Distanz oder Ablehnung stieß, verbindet die Führungsschichten der Bundesrepublik eine breite grundsätzliche Zustimmung zur bestehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Die Bereitschaft zu Kompromissen und die Anerkennung von Mitbestimmung und Reformen in gewissen Grenzen haben einen hohen Stellenwert in ihren politischen Grundüberzeugungen. Auf der Basis dieses Grundkonsenses existiert innerhalb der Machteliten ein Pluralismus von politischen Einstellungen.

Die politischen Orientierungen der Eliten sind jedoch kein genaues Spiegelbild der Einstellungs- und Meinungsvielfalt in der Gesamtgesellschaft. Im Vergleich zur Bevölkerung sind die Machteliten liberaler eingestellt, während sozialdemokratische Positionen bei ihnen schwächer ausgeprägt sind. Die verschiedenen Funktionseliten weichen in ihren Parteineigungen erheblich voneinander ab. Sieht man einmal von den Gewerkschaften ab, so sind FDP-Anhänger in allen Eliten deutlich stärker vertreten als in der Wählerschaft. Genau umgekehrt verhält es sich mit den SPD-Anhängern: Mit Ausnahme der SPD-Bastion der Gewerkschaften sind sie in allen Teileliten mehr oder weniger stark unterrepräsentiert. CDU/CSU-Anhänger dominieren im relativ unbedeutenden Militär, aber auch in der mächtigen Wirtschaftselite; und nach 16

Sozialprofil und Ausbildung der Eliten 1981 und 1995

Teileliten	Beruf des Vaters												Ausbildung			
	gesellschaftliche Führungsgruppen[1] %		mittlere Beamte/ Angestellte %		mittlere und kleinere Selbstständige[2] %		Arbeiterelite[3] %		ausführende Dienstleistungsschicht[4] %		Arbeiter %		Hochschulabschluss %		Frauenanteil %	
	81	95	81	95	81	95	81	95	81	95	81	95	81	95	81	95
Politik (CDU/CSU)	28	42	24	18	27	27	5	2	5	1	11	10	74	78	6	26
Politik (SPD)	27	46	21	17	7	15	7	4	6	3	32	15	55	76	5	36
Politik (FDP)	67	52	13	20	17	20		4			4	4	68	78	12	20
Politik (B90/Die Grünen)		39		15		20		3		7		15		70		56
Politik (PDS)		33		31		8		3		8		17		81		59
Verwaltung	44	48	31	25	15	15	2	2	2	2	6	8	94	94	1	6
Wirtschaft	55	52	19	14	17	22	3	4	2	1	4	7	72	77	1	2
Gewerkschaften	9	14	12	21	11	12	13	12	11	6	45	35	8	30	7	12
Massenmedien	50	49	21	21	15	14	5	1	4	5	6	10	47	70	2	7
Wissenschaft	49	50	20	20	18	17	2	3	6	4	5	6	96	100	1	4
Militär	32	50	21	24	2	15	4		2	3		9	33	31	0	1
Kultur	54	61	19	6	15	23	4	3	2	3	5	5	62	85	7	14
Sonstige	44	46	25	28	16	14	3		3	2	10	10	71	87	7	12
Eliten insgesamt	45	47	22	20	16	17	4	3	4	3	10	10	69	77	3	13
Bevölkerung[5]	15	19	27	27	7	6	4	5	11	12	36	32				

1981 Bundesrepublik, 1995 Vereiniges Deutschland

[1] Selbstständige ab 10 Mitarbeiter, Freie Berufe, höhere Beamte, Leitende Angestellte; [2] bis 9 Mitarbeiter (ohne Landwirte); [3] Meister, Poliere, Vorarbeiter; [4] einfache Angestellte und Beamte; [5] Angaben für 1984 und 1995

Datenbasis: Mannheimer Elitestudie 1981; Potsdamer Elitestudie 1995 (Berechnungen von Hilke Rebenstorf)
Bevölkerung: Sozio-ökonomisches Panel 1984 und 1995 (Berechnungen von Jürgen Schupp)

Jahren CDU/CSU-FDP-Regierung sind sie Mitte der neunziger Jahre auch in der einflussreichen Verwaltungselite überproportional vertreten. Die Grünen haben ihren Erfolg in der Wählergunst auf die Eliten übertragen können, wo der Anteil ihrer Anhängerschaft in etwa dem Umfang ihres Wählerpotentials vergleichbar ist.

Herkunft und Ausbildung

Die deutschen Machteliten sind weder eine in sich geschlossene Kaste, noch ein einigermaßen repräsentatives Spiegelbild der Gesamtbevölkerung. Nur wenige Führungspositionen wurden und werden „vererbt"; die Eliten sind im wesentlichen Aufsteigereliten. Allerdings wird das Vordringen ganz nach oben um so schwieriger, je tiefer die Herkunftsgruppe in der Schichtungshierarchie angesiedelt ist. 1995 haben 47 Prozent der Eliteangehörigen Väter, die dem kleinen Kreis der gesellschaftlichen Führungsgruppen (Großunternehmer und größere Selbstständige mit zehn oder mehr Mitarbeitern, Freie Berufe, höhere Beamte, Leitende Angestellte) angehören und weniger als ein Fünftel der Gesellschaft ausmachen.

An der Dominanz dieser oberen Schichten, die bereits für die Eliten der Weimarer Republik und der Nachkriegszeit kennzeichnend war, hat sich im Vergleich zu 1981 – damals stammten 45 Prozent der Eliteangehörigen aus diesen Führungsgruppen – so gut wie nichts verändert. Etwas schwächer vertreten ist die gesellschaftliche Mitte – die mittleren und gehobenen Beamten und Angestellten stellen 20 Prozent der Väter von Eliteangehörigen, die Selbstständigen (bis neun Beschäftigte) 17 Prozent und die Arbeiterelite (Meister, Vorarbeiter) drei Prozent. Den Kindern aus den unteren Gruppen der Arbeiter und der einfachen Angestellten und Beamten ist der Zugang zur Spitze zwar nicht verschlossen, aber mit zehn bzw. drei Prozent sind diese deutlich unterproportional vertreten.

Zwischen 1981 und 1995 hat sich an der sozialen Auslese beim Aufstieg in die Eliten insgesamt so gut wie nichts verändert. Bei einigen Teileliten – insbesondere bei den Parteieliten – lassen sich allerdings durchaus Verschiebungen in der sozialen Rekrutierung beobachten. Die Gewerkschaften sind mit Abstand weiterhin der wichtigste Aufstiegskanal für Kinder aus Familien von Arbeitern und aus der gesellschaftlichen Mitte. Nur 14 Prozent der Gewerkschaftsführer stammen aus den Führungsgruppen, aber fast die Hälfte aus der Arbeiterschaft (wenn man dazu auch die Arbeiterelite zählt).

Die beiden großen „Volksparteien" CDU/CSU und SPD haben sich dagegen deutlich gegenüber dem Zugang aus der Mitte und von unten geschlossen. Der Anteil der Arbeiterkinder an der SPD-Elite hat sich von 32 Prozent im Jahre 1981 auf 15 Prozent im Jahr 1995 mehr als halbiert, die SPD-Führung rekrutiert sich inzwischen mit 46 Prozent sogar etwas häufiger aus den gesellschaftlichen Führungsgruppen als die CDU/CSU-Elite mit 42 Prozent. Die Führungen von Bündnis 90/Die Grünen und mehr noch der PDS sind sozial offener als diejenigen der beiden großen Parteien. Die FDP-Elite – 1981 von ausgeprägt großbürgerlichem Zuschnitt – hat sich etwas geöffnet. Erwähnenswert ist des weiteren, dass sich die Aufstiegsmöglichkeiten für Arbeiterkinder in einigen Bereichen außerhalb der Politik etwas verbessert haben – in der militärischen Elite, in der Medienelite und geringfügig auch in der Wirtschaftselite.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Spitzengewerkschafter unter sich (v.l.): Klaus Wiesehügel, IG BAU-Vorsitzender; Roland Issen, DAG-Vorsitzender, und der Vorsitzende des DGB, Dieter Schulte. Arbeiterkindern gelingt der Aufstieg in die Elite häufig auch über die Gewerkschaften.

Die wichtigste Ursache dafür, dass so wenige Angehörige aus den unteren Schichten in die Entscheidungszentren der Gesellschaft vordringen können, liegt an den schichttypisch ungleichen Bildungskarrieren (vgl. Seite 43 f.). Der Weg an die Spitze führt in der Regel über die Universität. Immer seltener gelingt Menschen ohne Hochschulabschluss ein Aufstieg in die obersten Führungspositionen: 1968 waren es noch 40 Prozent, 1981 noch 31 Prozent und 1995 nur noch 23 Prozent der Eliteangehörigen.

Für Frauen ist der Aufstieg in die Machteliten ähnlich schwierig wie für Angehörige der unteren Schichten – wenn auch aus anderen Gründen (vgl. dazu Seite 45 ff.). Der Frauenanteil ist zwischen 1981 und 1995 von 3,4 auf 12,5 Prozent gestiegen, wobei die politischen Eliten – und dort wiederum Bündnis 90/Die Grünen und die PDS – besonders hohe Zuwächse bzw. Anteile verzeichnen. Vor allem den ostdeutschen Frauen, für die in der DDR der Zugang zum Zentrum der Macht verriegelt war, wurden durch die Vereinigung die Türen zu einigen Teileliten quasi über Nacht aufgestoßen. Mit 30 Prozent ist der Frauenanteil bei der neuen Ostelite fast dreimal so hoch wie bei der Westelite mit elf Prozent.

Neue Bundesländer

Das kommunistische Herrschaftssystem der DDR hatte eine völlig andere Elitenstruktur hervorgebracht. Nicht pluralistische Funktionseliten, sondern eine hierarchisch strukturierte Monopolelite mit einer enormen Machtfülle bei einem kleinen Führungskern hatte sich herausgebildet. Diese zentralistische Monopolelite steuerte gleichzeitig alle wichtigen Bereiche des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Lediglich die Kirchenelite konnte sich dem Monopolanspruch teilweise entziehen, sie wurde allerdings durch eine politisch forcierte Säkularisierung der Bevölkerung zunehmend um ihren Einfluss gebracht. Eine doktrinäre Parteischulung, eine zentral gesteuerte politisierte Kooptation (die Führungsgremien bestimmten, wer in sie aufsteigen durfte); der Aufstieg über Parteikarrieren, insbesondere innerhalb der SED und die strikte Kontrolle durch den Staatssicherheitsdienst vereinigten Menschen von unterschiedlicher sozialer Herkunft zu einer ideologisch relativ homogenen Gruppe, auf die der selbstgewählte Begriff „herrschende Klasse" gut passt. Interne Differenzierungen nach Funktionsbereichen, Generationen oder Parteizugehörigkeiten waren nebenrangig. Ämterhäufung, überlange Verweildauer in den Spitzenpositionen und eine dadurch bedingte zunehmende Überalterung („Vergreisung") waren weitere Merkmale.

Diese Überkonzentration der Macht widersprach nicht nur den Normen einer pluralistischen Demokratie, sondern auch den

Prinzipien sozioökonomischer Effizienz: Sie produzierte an der Spitze Inkompetenz und Unbeweglichkeit; die übermäßig zusammengeballte Macht war gleichzeitig paralysiert.

Der Systemwechsel nach dem Zusammenbruch der DDR ging einher mit einem grundlegenden Strukturwandel der Elite und einem radikalen Austausch der Führungsschichten. Die wesentlichen Linien dieses grundlegenden Strukturwandels lassen sich idealtypisch als die Transformation einer Monopolelite in pluralistische Eliten nach westlichem Muster beschreiben. Nach der Auflösung der zentralistisch-hierarchisch strukturierten und politisch-ideologisch relativ homogenen Machtelite entstanden teilautonome und plurale Funktionseliten mit einer größeren Bandbreite politischer und weltanschaulicher Orientierungen. Der Strukturwandel der Elite ging einher mit der stärkeren Ausdifferenzierung der Sozialstruktur in verschiedene teilautonome Sektoren. Die zentrale Steuerung der gesellschaftlichen Teilbereiche durch das politische Machtzentrum wurde beseitigt. Wirtschaft, Massenmedien, Wissenschaft, Kultur und Justiz erlangten relative Unabhängigkeit und wurden neu geordnet. Ihre internen Strukturen wurden gleichfalls dezentralisiert und pluralisiert.

Der Strukturwandel wurde begleitet von einem fast vollständigen Austausch der Führungsschicht. Die DDR-Elite verlor – von wenigen Ausnahmen abgesehen – Ämter und Einfluss. Lediglich die politisch kaum kompromittierte Kirchenelite hat den Umbruch nahezu unbeschadet überlebt. Von den 410 Spitzenpositionen außerhalb der Kirche, die in die Potsdamer Elitestudie einbezogen wurden, waren Mitte der neunziger Jahre lediglich elf (= 2,7 Prozent) von „Altkadern" aus der DDR-Elite besetzt. Ausnahmen dieser Art finden sich insbesondere in den Massenmedien.

Westdeutsche in den Eliten der neuen Länder (1995)

Sektor	Prozent	N
Politik	13	22
Verwaltung	87	68
Wirtschaft	88	7
Verbände	0	0
Gewerkschaften	80	8
Medien	45	34
Wissenschaft	50	12
Militär	100	10
Kirchen	14	1
insgesamt	40	163

Datenbasis: Potsdamer Elitestudie.

Christian Welzel: Demokratischer Elitenwandel. Opladen 1997, S. 101.

Elitentransfer

Die Eliten in Ostdeutschland wurden tiefer greifend ausgetauscht als die westdeutschen Eliten nach dem Zusammenbruch des NS-Systems – unter anderem deshalb, weil in der alten Bundesrepublik Personen mit Sachkompetenz und Führungsfähigkeit bereitstanden, um in die neuen Führungspositionen einzurücken. Ein wichtiges Charakteristikum der Eliten in den neuen Ländern ist ihre Durchmischung mit Westdeutschen. 40 Prozent der Spitzenpositionen waren 1995 von „Westimporten" besetzt. Elitentransfer von West nach Ost fand vor allem beim Militär, in der Verwaltung, in der Justiz und in den Großunternehmen der Wirtschaft statt – Sektoren, in denen Ostdeutsche mit einer spezifischen Sachkompetenz kaum zur Verfügung standen oder – wie beim Militär und bei der Justiz – politisch belastet waren. Aber auch unter den zehn Spitzenfunktionären der Gewerkschaften in den neuen Ländern befinden sich nur zwei Ostdeutsche.

Dagegen wird die ostdeutsche Bevölkerung im zentralen politischen Bereich hauptsächlich durch Ostdeutsche vertreten, von den Angehörigen der politischen Eliten stammen nur 13 Prozent aus dem Westen. Die wenigen Westler nehmen allerdings besonders einflussreiche Exekutivämter ein: Thüringen und Sachsen werden von westdeutschen Ministerpräsidenten regiert, und etwa ein Viertel der ostdeutschen Landesminister stammt aus dem Westen. Die Medienelite und die Wissenschaftselite rekrutieren sich etwa jeweils zur Hälfte aus Ost- und Westdeutschen. Im Mediensektor muss dabei deutlich zwischen Presse und Funkmedien unterschieden werden: Obwohl die wichtigen Presseorgane nach der Privatisierung westdeutschen Eigentümern gehören, sitzen in den Chefredaktionen überwiegend Ostdeutsche. Die neu aufgebauten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten dagegen werden von aus dem Westen stammenden Intendanten geleitet, und auch die bedeutenden Direktorenposten wurden fast ausschließlich mit „Westimporten" besetzt. Beim MDR ist von acht Direktoren nur der technische Direktor ein Ostdeutscher.

Im Führungspersonal auf niedrigeren Leistungsebenen sind Westdeutsche nicht so stark vertreten wie unter den Eliten. Das Muster „je höher die Position, desto wahrscheinlicher eine Besetzung mit Westpersonal" (Derlien 1998) ist für den politischen Bereich, die Verwaltung, das privatwirtschaftliche Management und die Massenmedien belegt; es dürfte auch für die anderen Sektoren gültig sein.

Durch den historisch einmaligen Elitentransfer haben die neuen Länder von den Sachkompetenzen und Erfahrungen der Westdeutschen profitiert, er hat die effiziente Modernisierung der ostdeutschen Sozialstruktur zweifellos gefördert. Andererseits wird der Umbau dadurch von Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen deutlich belastet, und das in den neuen Ländern weit verbreitete Gefühl der „Überfremdung" und „Kolonialisierung" wird weiter genährt. Es wird zusätzlich noch dadurch verstärkt, dass Ostdeutsche in den Spitzenpositionen auf Bundesebene – Regierung, Verwaltung, Justiz, Verbände, Gewerkschaften, Militär, öffentlich-rechtliche Medien – nur relativ schwach vertreten sind und dass sich die privatisierte Wirtschaft im wesentlichen im Besitz westdeutscher Kapitaleigner befindet. Der Wahl von Wolfgang Thierse (SPD) zum Präsidenten des Deutschen Bundestages (1998) und von Angela Merkel zur Vorsitzenden der CDU (April 2000) kommt in diesem Zusammenhang hohe symbolische Bedeutung zu.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Zu einem Spitzengespräch treffen sich im März 1999 (v. l.) Präsident von Gesamtmetall Werner Stumpfe, BdI-Präsident Hans-Olaf Henkel, Bundeswirtschaftsminister Werner Müller und der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks Dieter Philipp.

Genuin ostdeutsche Eliten

Die neuen genuin ostdeutschen Eliten sind überwiegend akademisch qualifizierte Aufsteiger aus Gruppen, deren Karriere in der DDR wegen einer mehr oder weniger starken Distanz zum sozialistischen System blockiert war. Gut die Hälfte von ihnen hatte vor dem Sprung an die Spitze keine Leitungsfunktion inne (unter den westdeutschen Eliten gelang nur 15 Prozent ein so steiler Aufstieg nach 1988). Ein weiteres Drittel stammt aus den „unteren Subeliten", das heißt aus niedrigen und daher auch wenig exponierten Leitungspositionen. Knapp die Hälfte war zu DDR-Zeiten einer Partei beigetreten – 28 Prozent der SED und 18 Prozent einer Blockpartei; 68 Prozent der ehemaligen Parteimitglieder hatten jedoch in den Parteien keine Funktionen übernommen. Immerhin 24 Prozent der neuen Führungsschicht hatten sich einer oppositionellen regimekritischen Bürgerrechtsbewegung angeschlossen. Die frühere Distanz von großen Teilen der neuen Elite zum DDR-System wird auch daran erkennbar, dass 58 Prozent religiös erzogen worden waren und nur 30 Prozent sozialistisch.

Unter den westdeutschen Eliten dominieren die Juristen (39 Prozent) und die Wirtschaftswissenschaftler (20 Prozent). Da diese Ausbildung in der DDR ideologiebefrachtet war und daher heute diskreditiert ist, stammen die neuen Eliten aus anderen Studienrichtungen: 45 Prozent haben ein ideologieneutrales naturwissenschaftliches oder technisches Studium absolviert (westdeutsche Eliten: 16 Prozent, und acht Prozent gehören zu den wenigen in der DDR ausgebildeten Theologen (westdeutsche Eliten: zwei Prozent Theologen). Weitere vom Westen abweichende Merkmale sind das niedrigere Alter und der hohe Frauenanteil. Mit einem Altersdurchschnitt von 47 Jahren ist die ostdeutsche Elite um sieben Jahre jünger als die westdeutsche, und mit 30 Prozent sind die Frauen fast dreimal so gut repräsentiert wie in den alten Ländern (Frauenanteil elf Prozent).

Die neuen ostdeutschen Eliten stehen politisch deutlich weiter links als die westdeutschen. CDU/CSU- und FDP-Anhänger sind unter ihnen erheblich seltener, Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen sind dagegen doppelt so stark vertreten, dazu kommen noch zwölf Prozent Anhänger der PDS. Einstellungsunterschiede zu Grundproblemen des politischen Systems zwischen Ost- und Westdeutschen spiegeln sich auch in den Eliten wider. Ostdeutsche Eliten plädieren häufiger für die Einführung plebiszitärer Elemente (Volksbegehren und Volksentscheid) und für ein Mehr an Staat, verbunden mit höheren Erwartungen an staatliche Sozialleistungen. Sie sind also gleichzeitig basisdemokratischer und etatistischer orientiert, sie fordern eine stärkere Beteiligung aller Staatsbürger an den politischen Entscheidungen und erwarten zudem vom Staat mehr regulierende Eingriffe, insbesondere zugunsten der sozial Schwachen.

Die meisten Besonderheiten der neuen ostdeutschen Eliten – Durchmischung mit Westdeutschen, häufigere steile Aufstiege, jüngeres Alter – können als Übergangsphänomene der Umbruchphase angesehen werden. Sie dürften sich langfristig abbauen. Von größerer Beständigkeit dürfte dagegen der hohe Frauenanteil sein. Er liegt im historischen Trend und kann als Indikator einer modernen Sozialstruktur gelten.

Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft

Rainer Geißler

Die berühmte Drei-Sektoren-Theorie des sozioökonomischen Wandels beschreibt und erklärt grundlegende langfristige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Ausgangspunkt dieser Theorie ist die Einteilung der Produktionsstruktur in drei Sektoren:

◇ in einen primären Sektor der Produktgewinnung (insbesondere Landwirtschaft, auch Forstwirtschaft und Fischerei);

◇ in einen sekundären Sektor der Produktverarbeitung (Industrie und Handwerk, meist einschließlich Bergbau und Baugewerbe) und

◇ in einen tertiären Sektor der Dienstleistungen (Handel, Verkehr, Kommunikation, Verwaltung, Bildung, Wissenschaft, Beratung, Sozial- und Gesundheitswesen unter anderem).

Sozio-ökonomischer Strukturwandel

Die Drei-Sektoren-Theorie besagt, dass sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit in allen Gesellschaften zunächst vom primären auf den sekundären Sektor und anschließend vom sekundären auf den tertiären Sektor verlagert, oder mit anderen stark vereinfachenden Worten: Agrargesellschaften verwandeln sich zunächst in Industriegesellschaften und Industriegesellschaften schließlich in Dienstleistungsgesellschaften. Die Schwerpunktverlagerung hin zum tertiären Sektor ist – wie auch die vorherigen Entwicklungen – mit wichtigen Veränderungen in der Sozialstruktur, im Schichtgefüge und in den Lebens- und Arbeitsbedingungen verknüpft.

In der Regel wird der Strukturwandel durch zwei grobe statistische Eckdaten angezeigt: Durch den Anteil der drei Sektoren an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung (am Bruttosozialprodukt) und an der Verteilung der Erwerbstätigen auf die drei Sektoren. Bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts hinein war Deutschland eine Agrargesellschaft, mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen war im primären Sektor beschäftigt. Vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein durchlief Deutschland dann die Phase einer Industriegesellschaft: Immer mehr Erwerbstätige arbeiteten im sekundären Sektor – in den fünfziger und sechziger Jahren fast die Hälfte. Der Anteil der Erwerbstätigen im primären Bereich schrumpfte kontinuierlich – von gut einem Drittel um die Jahrhundertwende auf sieben Prozent im Jahre 1970.

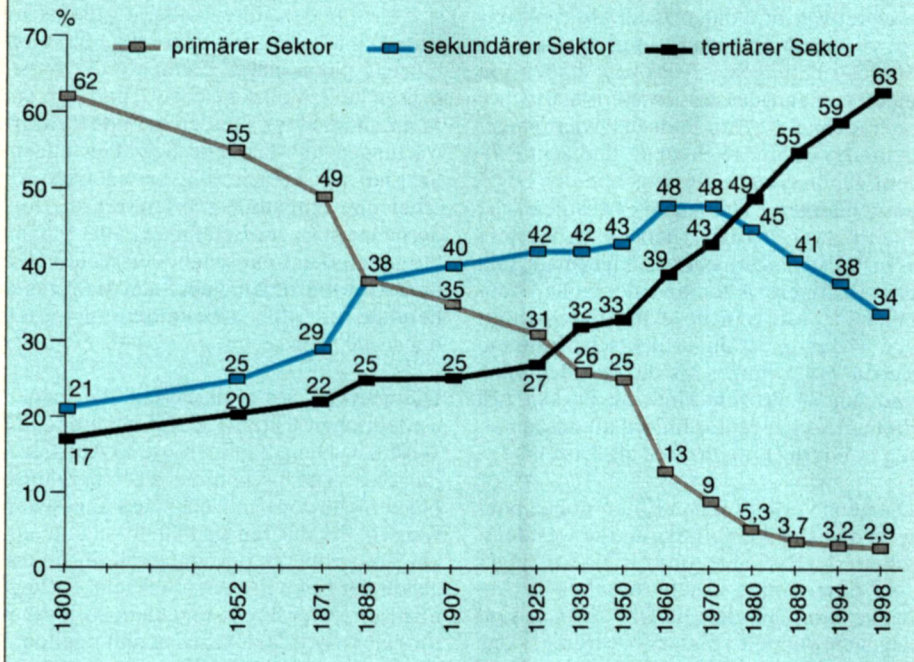
Gleichzeitig stieg der Anteil der Dienstleister kontinuierlich an und überholte in den siebziger Jahren den inzwischen rückläufigen Anteil der Erwerbstätigen in der Produktverarbeitung. Seit den siebziger Jahren ist Deutschland also zu einer Dienstleistungsgesellschaft geworden. Der tertiäre Sektor dominiert in der Beschäftigung und in der Wertschöpfung; er dehnt sich immer weiter aus, während der industriell-handwerkliche kontinuierlich zurückgeht und der Primärsektor auf einen kleinen, weiter schrumpfenden Rest zusammengedrückt wird. 1998 arbeiteten in den alten Ländern 64 Prozent der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor, 34 Prozent im Produktionssektor und nur noch 2,6 Prozent im primären Sektor. Allerdings ist dabei zu beachten, dass ein großer Teil der Dienstleistungen „produktionsbezogen" ist – sie dienen der Planung und Durchführung der Güterproduktion sowie der Verteilung der Güter. Daher ist es durchaus angemessen, die moderne Gesellschaft als eine industrielle Dienstleistungsgesellschaft zu bezeichnen.

Ursachen

Die Ursachen des skizzierten Strukturwandels sind sehr vielschichtig. Man kann einen primär ökonomischen Ursachenkomplex von einem systemisch-soziologischen Ursachenkomplex unterscheiden. Auf die ökonomischen Ursachen haben bereits die Klassiker der Drei-Sektoren-Theorie hingewiesen: Die ungeheuren Produktivitätsfortschritte in der Agrarproduktion und Güterherstellung setzen Arbeitskräfte frei, die in den Dienstleistungssektor verlagert werden. Der Dienstleistungssektor kann

Erwerbstätige nach Produktionssektoren

Deutsches Reich und Bundesrepublik[1] 1800–1998 (in Prozent)



[1] 1950–1989 alte Länder, ab 1994 Gesamtdeutschland

Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen ²1995, S. 29; Statistisches Bundesamt.

als Auffangbecken für die „überflüssig" gewordenen Arbeitskräfte dienen, weil dort die Rationalisierung und die Produktivitätszuwächse zumindest teilweise stärkeren Einschränkungen unterliegen. So lassen sich zum Beispiel Schulunterricht oder Pflegedienste an alten Menschen nicht in dem Maße automatisieren wie die Montage von Autos oder Fernsehgeräten. Zudem erhöht sich mit dem Anstieg der Realeinkommen auch die private Nachfrage nach Dienstleistungen.

Der Anteil von Aufwendungen, die der private Verbraucher für Dienste ausgibt, steigt nachweislich stetig an. In die Verschiebungen bei der privaten Nachfrage spielen auch weitere Veränderungen in den Lebensbedingungen, im Wertesystem oder in der Bevölkerungsstruktur hinein: zum Beispiel stärkere Nachfrage nach Freizeitangeboten durch sinkende Arbeitszeiten, höherer Bedarf an Unterhaltung und Versorgung durch die Alterung der Bevölkerung oder vermehrte Nachfrage nach Reparatur- und Wartungsdiensten durch die Technisierung des Alltags.

Systemisch-soziologische Ursachen hängen insbesondere mit der wachsenden Komplexität sozialer und ökonomischer Systeme zusammen. Mit der zunehmenden Kompliziertheit der Gesellschaft steigt ihr Bedarf an Regelung, Vermittlung und Steuerung; sie erfordert ein Mehr an Planung, Abstimmung und Kontrolle sowie ein Mehr an Kompetenzen und Ausbildung.

Entwicklung in der DDR

In der DDR hatte sich die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft erheblich verzögert. Deren sozioökonomische Struktur im Jahre 1989 glich in etwa derjenigen der Bundesrepublik im Jahre 1965; sie wies also einen Tertiärisierungsrückstand – wie der Rückstand im Ausbau des tertiären Sektors (oder Dienstleistungssektors) von Fachleuten genannt wird – von etwa 25 Jahren auf. 1989 arbeiteten in der DDR noch 50 Prozent der Erwerbstätigen in der Güterproduktion (West 40 Prozent), 40 Prozent waren im Dienstleistungsbereich beschäftigt (West 55 Prozent) und noch elf Prozent im primären Sektor (West vier Prozent). Die unterentwickelte Dienstleistungsstruktur der DDR war zudem noch deformiert: Ein Kennzeichen waren „ineffiziente" Personalüberhänge. Wo es Dienstleister gab, waren es ihrer zu viele. So waren zum Beispiel an den Universitäten der DDR pro 100 Studenten fast dreimal so viele hauptberufliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tätig wie in der Bundesrepublik.

Die Ursachen für den Tertiärisierungsrückstand in der DDR lagen in der Vernachlässigung des Dienstleistungssektors durch die sozialistische Wirtschaftsplanung sowie vor allem in der niedrigen Produktivität. Der Produktivitätsrückstand der DDR-Wirtschaft band zu viele Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft.

Mit der deutschen Vereinigung hat sich die West-Ost-Lücke im tertiären Sektor ruckartig geschlossen. Die Verteilung der ostdeutschen Erwerbstätigen auf die drei Sektoren hatte sich 1992 bereits nahezu und 1993 dann endgültig an das westdeutsche Muster angeglichen. Hintergrund dieses dramatischen Strukturumbruchs – eine Entwicklung, die in Westdeutschland 25 Jahre dauerte, wurde in Ostdeutschland innerhalb von etwa drei Jahren nachgeholt – war der Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie, der radikale Wandel der Landwirtschaft und eine damit verbundene Arbeitsmarktkrise von historisch einmaligen Dimensionen. Eine Industriegesellschaft verwandelte sich in den Krisen des ökonomischen Umbruchs sozusagen über Nacht in eine Dienstleistungsgesellschaft.

Erwerbstätige nach Produktionssektoren 1950–1998

(in Prozent)

	West			Ost		
	Prim.	Sek.	Tert.	Prim.	Sek.	Tert.
1950	25	43	33	31	42	27
1960	13	48	39	17	49	34
1970	9	48	43	13	51	36
1980	5	45	49	11	52	38
1989	3,7	41	55	11	50	40
1991	3,5	40	56	7	42	51
1998	2,6	34	64	3,8	35	63

Statistisches Bundesamt.

Umschichtungen in Westdeutschland

Mit der Tertiärisierung geht ein Strukturwandel des gesellschaftlichen Schichtgefüges einher. Die groben Linien dieser Umschichtungen lassen sich rasch skizzieren. Seit der Industrialisierung im ausgehenden 19. Jahrhundert war die Arbeiterschaft fast ein Jahrhundert lang die quantitativ dominierende Schicht. Seit den fünfziger Jahren, wo sie noch etwa die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung stellte, ging ihr Anteil zunächst langsam, in den achtziger und neunziger Jahren dann immer schneller zurück. In der Mitte der achtziger Jahre wurden die Arbeiter von den Angestellten als zahlenmäßig größte Gruppe abgelöst. 1998 machten Angestellte zusammen mit den Beamten 55 Prozent der westdeutschen Erwerbstätigen aus, nur noch ein Drittel (33 Prozent) waren als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig.

Die Feinstrukturen der Umschichtung sind nur schwer zu ermitteln. Die gesellschaftliche Mitte mit ihrer Vielfalt an Gruppen mit unterschiedlichen Funktionen, Sozialagen und Mentalitäten hatte bereits den Sozialstrukturanalytikern der Industriegesellschaft großes Kopfzerbrechen bereitet, und mit der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft ist die Situation noch unübersichtlicher geworden. Unter Sozialstrukturforschern wird darüber diskutiert, welche Untergruppen innerhalb der Dienstleistungsschichten unterschieden werden können und ob es sinnvoll ist, Angestellte und Arbeiter oder Angestellte und Beamte als Schichten oder Teilschichten gegeneinander abzugrenzen.

Angestellte

Angestellte verrichten Tätigkeiten in den drei klassischen Dienstleistungsbereichen:

◇ als kaufmännische Angestellte im Handel und in Warenhäusern, bei Banken und Versicherungen oder auch in den Ein- und Verkaufsabteilungen der Industriebetriebe;

◇ als technische Angestellte – als Werkmeister, Techniker, Ingenieure, Laboranten, Wissenschaftler unter anderem – in Betrieben, die mit zunehmender Technisierung auf immer mehr Spezialisten angewiesen sind;

◇ als Büroangestellte zur Bewältigung der „bürokratischen" Aufgaben in den wachsenden Verwaltungsstäben insbesondere der Großorganisationen.

Aber auch in anderen Aufgabenbereichen tauchen Angestellte auf: in den Sektoren von Verkehr, Kommunikation, Information, Massenkommunikation oder im Erziehungs-, Sozial-, Rechts-, Beratungs- und Gesundheitswesen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen ist in der Privatwirtschaft tätig; von den 17,2 Millionen Angestellten des Jahres 1998 waren lediglich 2,4 Millionen (14 Prozent) im Öffentlichen Dienst beschäftigt.

Angestellte mit einfachen Tätigkeiten – wie Kellnerin, Busfahrer, Tankwart, Verkäufer oder Schreibkraft am PC – werden häufig zur „ausführenden Dienstleistungsschicht" zusammengefasst. Im Gegensatz zu den manuellen Arbeitern verrichten sie zwar nicht-manuelle Tätigkeiten, im Hinblick auf ihre Soziallage – Einkommen, Qualifikationsniveau, Sozialprestige – oder ihre arbeitsrechtliche Stellung unterscheiden sie sich jedoch kaum von der Arbeiterschaft. Obwohl sie von ihrem Status her neben und nicht über der Arbeiterschaft rangieren, ordnet sich die große Mehrheit der Mittelschicht zu.

Im Zuge der Tertiärisierung und dem damit einhergehenden Anstieg der Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt haben sich insbesondere die mittleren und höheren Dienstleistungsschichten ausgedehnt. Die Zahl der mittleren, gehobenen und höheren Angestellten und Beamten – zum Beispiel im Bildungssystem, im Gesundheitswesen, bei den Sozialen Diensten, in den staatlichen Bürokratien, im Medien- und Kommunikationssektor, in den Verwaltungs-, Marketing- und Entwicklungsabteilungen der Wirtschaftsunternehmen – hat erheblich zugenommen. Im Vergleich zur Arbeiterschaft verrichten sie in der Regel anspruchsvollere Tätigkeiten, verfügen über höhere Qualifikationen, ein höheres Sozialprestige und können sich aufgrund besserer Verdienste einen höheren Lebensstandard leisten. Mitte der neunziger Jahre lagen die durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommen (pro Kopf) von mittleren Angestellten um etwa ein Viertel und von höheren Angestellten um circa zwei Drittel über demjenigen von Facharbeitern. Berufsständische, auf Abgrenzung bedachte Traditionen haben sich im „arbeiterfernen" kaufmännischen Bereich stärker erhalten als im „arbeiternahen" technischen Bereich.

Beamtenschaft

Auch die Beamtenschaft, die in Deutschland als sozialer Stand eine bis ins Mittelalter zurückreichende historische Tradition hat, ist im Zuge der Tertiärisierung – insbesondere in den siebziger Jahren – von circa 800 000 im Jahr 1950 auf circa zwei Millionen in den neunziger Jahren stark angewachsen. Hintergrund dieses Wachstums ist insbesondere die Funktionserweiterung des Staates: Mit der Wende des liberalen Rechtsstaates zum sozialen Wohlfahrtsstaat, der immer stärker planend und steuernd in die gesellschaftliche Entwicklungen eingreift, hat sich die Palette der staatlichen Aufgaben ständig erweitert.

Die Beamten haben zwar deutliche Verluste an Exklusivität hinnehmen müssen; so ist etwa ihre rechtliche Sonderstellung abgebröckelt, vorteilhafte beamtenrechtliche Regelungen haben durch die Verbesserung der Alters- und Krankenversorgung und des Kündigungsschutzes von Angestellten des öffentlichen Dienstes auch Eingang in das Arbeitnehmerrecht gefunden. Dennoch weist die Soziallage der Beamten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen wichtige Besonderheiten auf: Deutlich überdurchschnittliche Qualifikationen ermöglichen ihnen ebenso überdurchschnittliche Einkommen, und günstige Sozialversicherungen sowie eine absolute Arbeitsplatzgarantie sichern sie besser als andere Gruppen gegen bestimmte Risiken der modernen Gesellschaft ab. Nach den Befunden der Wohlfahrtsforschung – diese misst die „Wohlfahrt" verschiedener Gruppen sowohl nach „objektiven" Merkmalen wie Einkommen als auch nach „subjektiven" Merkmalen wie Zufriedenheit, Sorgen oder Ängsten – ermöglicht ihnen diese privilegierte Soziallage besser als anderen Berufsgruppen ein Leben in Zufriedenheit und ohne „große Sorgen" um die Zukunft.

Studien zu den schichtspezifischen Lebenschancen lassen zwei weitere vorteilhafte Besonderheiten der Beamten hervortreten: Sie sind in der Lage, die Chancen auf politische Teilnahme besonders gut zu nutzen sowie ihren Kindern besonders gute Bildungschancen zu ermöglichen. Beamtinnen und Beamte engagieren sich zum Beispiel häufiger als andere Berufsgruppen in den Parteien; eine Folge davon ist die so genannte „Vorbeamtung" der Parlamente, die ab und zu öffentlich diskutiert wird: Derzeit stellt diese Berufsgruppe 37 Prozent der Bundestagsabgeordneten, in den Landtagen der alten Länder sieht es ähnlich aus. Nach der letzten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks hatten 1996 49 Prozent der Beamtenkinder ein Universitätsstudium aufgenommen, im Vergleich zu 36 Prozent der Selbstständigenkinder, 26 Prozent der Angestelltenkinder und sechs Prozent der Arbeiterkinder.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Kassiererin im Supermarkt: Dieser Beruf verlangt hohe Konzentration und ist körperlich anstrengend; er gehört zu den drei klassischen Dienstleistungsbereichen.

Arbeiterschaft

Die stark schrumpfende Arbeiterschaft ist im Zuge des Wohlstandsschubs sozial aufgestiegen. Der Wandel ihrer Soziallage wird häufig mit dem Stichwort „Entproletarisierung" treffend charakterisiert: Die Arbeiter nahmen am steigenden Lebensstandard, an der immer besseren sozialen Absicherung der sozialen Risiken und an der wachsenden Freizeit teil und konnten die „proletarischen Elemente" ihrer Lebenslage – materielle Not, höchst ungesicherte Berufs- und Existenzbedingungen – in der Regel abstreifen. Dennoch haben sich arbeitertypische Lebensbedingungen und Lebensstile nicht völlig verflüchtigt. Arbeiterinnen und Arbeiter unterliegen am Arbeitsplatz häufiger als andere Berufsgruppen strenger Kontrolle und haben weniger Möglichkeiten zur Selbstgestaltung der Arbeit, Mitbestimmung und zum Dazulernen. Ihre Arbeit ist überdurchschnittlich häufig körperlich schwer und belastend, sodass sie dabei überdurchschnittlichen Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind und zum Beispiel häufiger als Angestellte vor dem 50. Lebensjahr berufsunfähig werden.

Arbeiterkinder verbleiben wegen ihrer vergleichsweise schlechten Bildungschancen (vgl. Seite 43 ff.) mehrheitlich in ihrer Schicht und suchen auch mehrheitlich ihre Partnerinnen bzw. Partner aus dem Arbeitermilieu. Heiraten innerhalb derselben Schicht haben, wie verschiedene neuere Studien übereinstimmend zeigen, eher zu- als abgenommen.

In einer Studie aus den neunziger Jahren über das Leben von Arbeiterinnen und Arbeitern aus Wolfsburg und Hamm gaben 70 Prozent der Befragten an, dass sich ihre Lebensstile von denen der Angestellten unterscheiden. Und auch im Selbstverständnis ist die Zugehörigkeit zu einer spezifischen Schicht bei der Mehrheit weiterhin lebendig: 1996 stuften sich 72 Prozent der Un- und Angelernten und 61 Prozent der Facharbeiter nicht in die Mittelschicht, sondern in die Unter- bzw. Arbeiterschicht ein.

Die moderne Arbeiterschaft ist keine homogene, sondern eine in sich differenzierte Schicht. Eine besondere Problemgruppe stellen die Un- und Angelernten – zum Beispiel im Baugewerbe, in der industriellen Fertigung, bei den Reinigungs- und Transportdiensten oder bei der Müllabfuhr – dar. Sie unterliegen der Gefahr sozialer Ausgrenzung, weil sie im Zuge der Höherqualifizierung der Erwerbstätigen (vgl. Tabelle auf Seite 41) zu einer immer kleiner werdenden Minderheit geschrumpft sind, bei der sich Benachteiligungen unterschiedlicher Art häufen. Große Teile von ihnen verrichten schwerste, gefährliche und schmutzige Arbeiten, erzielen unterdurchschnittliche Einkommen und genießen nur ein niedriges soziales Ansehen. Sie sind besonders hohen Gesundheitsrisiken ausgesetzt, und die Gefahr, arbeitslos zu werden, liegt in den neunziger Jahren etwa um das Dreifache, ihr Armutsrisiko um etwa das Doppelte über dem Durchschnitt. Am politischen Leben nehmen sie – sieht man einmal von der Minimalform der Wahlbeteiligung und der Gewerkschaftsmitgliedschaft ab – kaum teil, nur ein Prozent von ihnen ist zum Beispiel Mitglied einer politischen Partei (im Vergleich zu 14 Prozent der höheren Beamten und Angestellten, bei den Facharbeitern sind es immerhin noch drei Prozent); von der Verbesserung der Bildungs- und Mobilitätschancen haben ihre Kinder nur wenig profitiert (vgl. Seite 36 f.).

Umschichtungen in Ostdeutschland

Unter dem Einfluss sozialistischer Politik und Ideologie hatte sich in der DDR eine Schichtstruktur mit quantitativen und qualitativen Besonderheiten herausgebildet. Im oberen Bereich war die so genannte „soziale Schicht der Intelligenz" angesiedelt, zu der alle Personen mit Hoch- oder Fachschulabschluss gezählt wurden – eine Schicht, die in der westdeutschen Sozialstrukturforschung nicht in dieser Form abgegrenzt und benannt wurde. Die Intelligenz war SED-loyal, und ihre Leistungsbereitschaft und Effizienz war durch eine egalitäre „Nivellierung nach unten" – wie es der DDR-Soziologe Manfred Lötsch nennt – beeinträchtigt. Große Teile der Intelligenz bildeten den Kern einer Schicht, auf die der Begriff „Dienstklasse" gut passt: Die hierarchisch gegliederte sozialistische Dienstklasse der leitenden, mittleren und unteren Funktionäre in den Parteien und Massenorganisationen, in Staat und staatlich gelenkter Wirtschaft sowie in Medien, Kultur und Wissenschaft halfen der Monopolelite bei der Durchsetzung ihrer Herrschaftsansprüche.

Die gesellschaftliche Mitte bildeten die Arbeiter, Angestellten und Genossenschaftsbauern. Unterschiede im Einkommen und Lebensstandard zwischen ihnen waren weitgehend eingeebnet, zum Teil sogar – im Vergleich zum Westen – in ihr Gegenteil verkehrt worden. Die materielle und ideologische „Hofierung der Arbeiterklasse" (Manfred Lötsch) hatte unter anderem zur Folge, dass Angestellte in der Industrie 1988 nur 70 Prozent der Nettoeinkommen von Industriefacharbeitern erzielten. Die Unterschicht der DDR bildeten – ähnlich wie in der Bundesrepublik – die Un- und Angelernten. Sozialstrukturforscher der DDR wiesen wiederholt darauf hin, dass sich in dieser Problemgruppe Benachteiligungen vielfältiger Art bündelten – schwere körperliche und physisch schädigende Arbeit, ungünstige Wohnbedingungen, schlechte Qualifikation sowie niedrige gesellschaftliche Aktivität.

Nach dem Untergang der DDR näherte sich das ostdeutsche Schichtgefüge teilweise nach und nach dem westdeutschen Muster an. Die sozialistische Dienstklasse hat sich umgehend nach der Umwälzung des Herrschaftssystems aufgelöst. Die wachsenden Dienstleistungsschichten setzten sich – zumindest im Hinblick auf das Einkommen, aber auch auf ihre Arbeitssituation – stärker als vorher von der schrumpfenden Arbeiterschaft ab. Nur wenige wurden bisher in den privilegierten Status der Beamten erhoben. (Das Berufsbeamtentum war in der DDR abgeschafft worden.) Mit dem Ende der „Hofierung" büßten die Arbeiter bei steigendem Lebensstandard ihre relativ begünstigte Position im Schichtgefüge ein. Ihre Steuerprivilegien aus DDR-Zeiten wurden beseitigt und ihre Einkommenssteigerungen vollziehen sich langsamer als die anderer Gruppen aus der gesellschaftlichen Mitte. Un- und Angelernte sind besonders hart von den Krisenerscheinungen des Umbruchs betroffen. Sie werden besonders häufig aus dem Arbeitsmarkt hinausgedrängt; Lähmungserscheinungen, Handlungsschwäche, Sorgen, Ängste, Orientierungslosigkeit und Unzufriedenheit sind unter ihnen besonders weit verbreitet.

Veränderungen im „alten Mittelstand"

Neben der Tertiärisierung ist der zahlenmäßige Rückgang der Selbstständigen – bei gleichzeitiger Zunahme der abhängig Beschäftigten – die zweite wichtige sozioökonomische Entwicklungstendenz. In Wirtschaft und Politik werden Selbstständige – mit Ausnahme der Großunternehmer – etwas vage als „Mittelstand" bezeichnet, in der Soziologie häufig als „alter Mittelstand", um sie vom „neuen" Mittelstand der Angestellten – der inzwischen allerdings auch bereits ein Jahrhundert alt ist – abzugrenzen.

Karl Marx hatte den Mittelständen in der Mitte des 19. Jahrhunderts den baldigen Untergang prophezeit: Sie würden im Konkurrenzkampf der Großunternehmen, der „Mono- und Oligopole" zerrieben. Diese düstere Prognose hat sich in der Bundesrepublik allenfalls teilweise erfüllt. Der Anteil der Selbstständigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) wurde zwar von 32 Prozent im Jahr 1950 auf elf Prozent in den achtziger Jahren zusammengedrückt, ist aber seitdem stabil und dehnt sich durch die starke Zunahme von Betrieben und Unternehmen im Dienstleistungssektor sogar wieder geringfügig aus. 1998 gab es in den alten Ländern gut drei Millionen Selbstständige und 370 000 mithelfende Familienangehörige; sie machten zusammen 11,7 Prozent aller Erwerbstätigen aus. 2,3 Millionen von ihnen bieten Dienstleistungen an.

Die Selbstständigen stellen eine ausgesprochen leistungsmotivierte, flexibel agierende, experimentier- und risikofreudige Gruppe mit wichtigen sozioökonomischen Funktionen dar. Schichtungssoziologisch

sind sie – im Hinblick auf Qualifikation, Einkommen und Vermögen sowie Sozialmentalität – sehr heterogen zusammengesetzt. Selbstständigkeit sichert nicht nur ein hohes Maß an Autonomie im Arbeitsleben, sondern zahlt sich in der Regel auch aus. Die Durchschnittsverdienste der Selbstständigen liegen meist um mehr als das Doppelte über dem Normalverdienst. Allerdings arbeitete diese Berufsgruppe 1998 mit durchschnittlich 49,5 Stunden pro Woche auch circa 15 Stunden länger als Arbeiter und Angestellte sowie 12 Stunden länger als Beamte. Nach dem Datenreport 1999 des Statistischen Bundesamtes erzielten die Haushalte von Selbstständigen im Jahre 1996 ein durchschnittliches Nettoeinkommen von monatlich 14400 DM, der Durchschnitt aller Privathaushalte lag bei 5070 DM. Allerdings ist die Spannbreite der Einkommen zwischen den Selbstständigen besonders hoch. 1998 musste sich zum Beispiel jeder zehnte Selbstständigenhaushalt mit weniger als 1800 DM netto pro Monat begnügen.

Die Entwicklung des alten Mittelstandes in Ostdeutschland weist charakteristische Besonderheiten auf. Die sozialistische Machtelite hat bei der Erfüllung der Marxschen Prophezeiung kräftig nachgeholfen und die Selbstständigen in der DDR durch ihre Sozialisierungs- und Kollektivierungspolitik fast vernichtet. Der kleine Rest von circa 180000 Selbstständigen (gut zwei Prozent der Erwerbstätigen), die in den achtziger Jahren insbesondere im Handwerk noch „überlebt" hatten, war zu einem sozioökonomischen Kümmerdasein verurteilt, da seiner wirtschaftlichen Aktivität durch Planvorgaben und hohe Steuern enge leistungshemmende Fesseln angelegt waren.

Der Neuaufbau eines handwerklich-industriellen und tertiären Mittelstands in den neuen Ländern gehört wegen seiner Bedeutung für die sozioökonomische Effizienz zu den vorrangigen Zielen der deutschen Vereinigung; er stieß und stößt aber auf erhebliche Schwierigkeiten. 1998 gibt es in den neuen Ländern wieder 543000 Selbstständige und 19000 mithelfende Familienangehörige. Sie machen – sieht man einmal von der Landwirtschaft ab – circa vier Fünftel des westdeutschen Umfangs der Gruppe aus. Defizite bestehen insbesondere noch in einigen Dienstleistungsbranchen. Die „neuen Selbstständigen" in Ostdeutschland weisen im Vergleich zum westdeutschen Mittelstand noch zahlreiche Besonderheiten auf: Eine buntere Zusammensetzung nach Herkunft und Soziallage; mehr Klein- und Kleinstbetriebe aus Gründen des Kapitalmangels, mehr „Notgründungen" aus der tatsächlichen oder drohenden Arbeitslosigkeit heraus sowie eine extreme Polarisierung der Einkommen, wobei die durchschnittlichen Einkommensprivilegien die westdeutschen Dimensionen bisher nicht erreicht haben und Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen erheblich zahlreicher sind als in den alten Ländern.

Bauern

Die Bauern waren über Jahrhunderte die prägende Schicht der Sozialstruktur in den europäischen Gesellschaften. Erst mit der Industrialisierung wurden sie allmählich als dominante Gruppe verdrängt. 1950 stellten sie in der Bundesrepublik noch ein Viertel der Erwerbstätigen. Im Zuge der Tertiärisierung schrumpften sie jedoch dann schnell zu einer immer kleiner werdenden Minderheit zusammen. Von den 1,6 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr 1949 sind 1999 in den alten Ländern nur noch 415000 übrig geblieben. Nur noch 183000 von ihnen – in der Regel Familienbetriebe mit durchschnittlich 43 Hektar Land – dienen ihren Besitzern zum Haupterwerb; die Mehrheit (232000) sind Klein- und Kleinstbetriebe mit durchschnittlich 12 Hektar Land, die nur zu Nebenerwerbszwecken genutzt werden. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft ist von etwa fünf Millionen im Jahr 1950 auf knapp 1,3 Millionen im Jahr 1999 geschrumpft, und nur noch 287000 Menschen – das sind weniger als ein Prozent aller Erwerbstätigen – arbeiteten als Vollbeschäftigte auf Bauernhöfen – darunter 222000 Betriebsinhaber (einschließlich der wenigen mithelfenden Familienarbeitskräfte).

Die materielle Lage der bäuerlichen Bevölkerung stellt sich sehr vielschichtig dar. Bauern verfügen in der Regel über erhebliche Vermögenswerte, dennoch ist ihre finanzielle Situation häufig sehr angespannt. Ihre Einkommensentwicklung ist großen Schwankungen unterworfen und hinkt seit Mitte der siebziger Jahre unter dem Preisdruck der Agrarüberschüsse hinter den Steigerungen bei vergleichbaren Löhnen im gewerblichen Bereich her. Ihr durchschnittliches Nettohaushaltseinkommen pro Kopf liegt erheblich unter dem der anderen Selbstständigen; es ist auch deutlich niedriger als das der Arbeiter. Die vorläufigen Zahlen im Agrarbericht 2000 der Bundesregierung dokumentieren die großen Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft. Das wirtschaftlich stärkste Viertel der Haupterwerbsbetriebe erzielte 1998/99 ein Gesamteinkommen (Bruttoeinkommen des Betriebsinhaberehepaares) von durchschnittlich 123000 DM pro Jahr, ihre Besitzer gehören also zu den Wohlhabenderen der deutschen Gesellschaft. Aber 23 Prozent der Haupterwerbsbetriebe erwirtschafteten 1999 weniger als 10000 DM Gewinn und weitere 14 Prozent weniger als 20000 DM; fast die Hälfte musste 1999 Eigenkapitalverluste hinnehmen.

Obwohl die materielle Lage vieler Höfe so prekär ist, erbringen selbstständige Landwirte ein hohes Arbeitspensum: 1999 absolvierten sie im Durchschnitt eine 59-Stunden-Woche. Lange und unregelmäßige Arbeit bei vergleichsweise niedrigen Einkommen und wirtschaftlichen Sorgen – diese Situation macht ein Ergebnis älterer und neuerer Studien verständlich: Die meisten Bauern sind in hohem Maße unzufrieden. In der industriellen Dienstleistungsgesellschaft sind sie nicht nur zu einer kleinen Minderheit geworden, sondern der soziokulturelle Wandel hat viele von ihnen in eine prekäre Randlage abgedrängt. Nach einer Studie des Ifo-Instituts schätzten 1999 42 Prozent der deutschen Landwirte (Zahlen für Gesamtdeutschland) ihre wirtschaftliche Lage als ungünstig oder sehr ungünstig ein und nur 13 Prozent als gut oder sehr gut.

Ost-Struktur mit Zukunft

In der DDR wurde die Agrarstruktur stufenweise grundlegend umgewälzt. Der Enteignung der Großgrundbesitzer und Großbauern in den Jahren 1945/1946 folg-

Foto: Knut Müller/Christoph & Friends

Ökologisches Selbsthilfeprojekt in Krummenhagen, Mecklenburg-Vorpommern. Nur relativ wenige Landwirte wagten in den neuen Ländern in Anbetracht von Kapitalmangel und begrenzten Gewinnaussichten den Schritt in die Selbstständigkeit.

te die Kollektivierung der Landwirtschaft: Bis 1960 wurden die Familienbetriebe fast ohne Ausnahme beseitigt. Die etwa 740000 Alt- und Neubauern des Jahres 1951 mussten sich – teils unter Anwendung von Zwang und Terror – zu großen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zusammenschließen. Aus kleinen und mittleren Höfen entstanden riesige „Agrarfabriken", die jeweils entweder auf Pflanzenbau oder auf Tierzucht spezialisiert waren. Eine Pflanzenbau-Genossenschaft bewirtschaftete im Durchschnitt mit 360 Personen circa 4500 Hektar Land. Aus selbstständigen Bauern wurden „Genossenschaftsbauern", das heißt landwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte in arbeitsteiligen Großbetrieben. In die sozialistische „Arbeiter- und Bauern-Gesellschaft" waren sie gut integriert. Genossenschaftsbauern erzielten wegen der staatlich hoch subventionierten Erzeugerpreise überdurchschnittliche Einkommen, und in ihren Arbeitsbedingungen ähnelten sie stark den Arbeitnehmern in anderen Bereichen – nur geringfügig höhere Arbeitszeiten, regelmäßiger Jahresurlaub, Trennung von Arbeit und Freizeit.

Nach der Vereinigung vollzog sich der Strukturumbruch auf dem Lande mit besonderer Dramatik und Radikalität. Dem Zusammenschrumpfen der enormen personellen Überkapazitäten im primären Sektor auf westdeutsches Niveau sind circa 80 Prozent der Arbeitsplätze zum Opfer gefallen – ein historisch einmaliger Einbruch. Im Agrarsektor zeichnet sich ein ostdeutscher Sonderweg ab, weil spezifische Strukturen, die die sozialistische Agrarrevolution hervorgebracht hatte, in veränderter Form überleben. 1999 bewirtschafteten knapp 3000 LPG-Nachfolgegesellschaften in stark veränderter Form noch 54 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Der Personalbestand der Betriebe wurde um circa 90 Prozent auf durchschnittlich 34 Arbeitskräfte reduziert bei einer Betriebsgröße von gut 1000 Hektar.

Obwohl die Agrar- und Subventionspolitik der Bundesregierung am westdeutschen Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes orientiert ist, haben nur wenige Genossenschaftsbauern den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt. 1999 existierten circa 7600 Einzelbetriebe von Haupterwerbslandwirten, die sich im Vergleich zu ihren westdeutschen Kollegen wie moderne „Großagrarierer" ausnehmen; ihre Höfe sind mit circa 130 Hektar um das Dreifache größer. Dazu kommen noch gut 3000 Personengesellschaften, zu denen sich zwei oder mehr Einzelbetriebe aus ökonomischen Gründen zur Kooperation zusammengeschlossen haben.

Die unsicheren Daten über die Gewinne und Einkommen im Agrarbericht 2000 der Bundesregierung zeigen an, dass die Personengesellschaften mit Abstand am effizientesten wirtschaften; aber auch die Gewinne der ostdeutschen Einzelbetriebe liegen „aufgrund der größeren Produktionskapazitäten deutlich höher als im früheren Bundesgebiet". Auch die Gewinne pro Arbeitskraft in den LPG-Nachfolgegesellschaften liegen über dem westdeutschen Durchschnitt. Einige Experten vermuten, dass sich in den ostdeutschen Großbetrieben die moderneren, zukunftsträchtigeren Produktionsstrukturen herausgebildet haben. Es sieht so aus, als ließe sich die gute Integration der ostdeutschen Bauern in die sozialistische Industriegesellschaft für die wenigen Überlebenden in die neue industrielle Dienstleistungsgesellschaft hinüberretten.

Armut in der Wohlstandsgesellschaft

Rainer Geißler

Armut in einem der reichsten Länder der Welt – das klingt paradox, entspricht aber der Situation in der Bundesrepublik. Die Armut im heutigen Deutschland ist nicht vergleichbar mit dem Massenelend, das die Industrialisierung begleitete, oder mit der kümmerlichen Lebenssituation breiter Bevölkerungskreise in der Zwischen- und Nachkriegszeit; Wohlstandswachstum und Sozialstaat haben die Armut quantitativ und qualitativ verändert, aber sie haben sie nicht beseitigen können.

Das Problem, was Armut ist, wer zu den Armen gehört, welche Lebensumstände als Leben in Armut bezeichnet werden sollen, ist unter Sozialwissenschaftlern, Sozialarbeitern und Politikern umstritten. Einig ist sich die Armutsforschung über drei Aspekte der Armut:

1. Armut in der Bundesrepublik ist keine absolute, sondern relative Armut. Mit anderen Worten: Armut ist in entwickelten Gesellschaften keine Frage des physischen Überlebens mehr – wie noch in vielen Ländern der Dritten oder Vierten Welt –, sondern eine Frage eines menschenwürdigen Lebens; die Armutsgrenze wird nicht durch ein physisches, sondern durch ein soziokulturelles Existenzminimum markiert.

2. Armut wird als interkulturell und historisch relative Erscheinung begriffen: Was Armut ist, variiert interkulturell von Gesellschaft zu Gesellschaft und historisch von Zeitabschnitt zu Zeitabschnitt. So definiert der Rat der Europäischen Union verarmte Personen als „Einzelpersonen, Familien oder Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist". Was in einer Gesellschaft als „annehmbares Minimum" angesehen wird, verändert sich im Laufe der Zeit mit dem Wandel der Lebensverhältnisse in der Gesamtgesellschaft. Festlegungen dieser Art beruhen auf gesellschaftlichen bzw. politischen Mehrheitsmeinungen und werden nicht von allen Parteien, Wissenschaftlern oder Gesellschaftsmitgliedern geteilt.

3. Armut ist mehrdimensional: Sie ist nicht nur ein ökonomisch-materielles, sondern gleichzeitig auch ein soziales, kulturelles und psychisches Phänomen. Ökonomische und materielle Unterversorgung ist gekoppelt mit der Versagung von allgemein anerkannten Lebenschancen in wesentlichen Bereichen der menschlichen Existenz, mit dem weitgehenden Ausschluss von der Teilnahme am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben.

Einkommensarmut

Angaben zur Zahl der Armen tauchen in den Medien am häufigsten im Zusammenhang mit Meldungen über Sozialhilfeempfänger auf. Das komplexe System von Sozialhilfeleistungen soll den soziokulturellen Mindestbedarf für ein menschenwürdiges Leben sicherstellen und greift ein, wenn Personen oder Familien nicht mehr in der Lage sind, das gesellschaftlich zuerkannte Existenzminimum aus eigener Kraft und durch andere soziale Versorgungsleistungen zu sichern. Der Mindestbedarf, der durch die Sozialhilfe garantiert wird, lässt sich also als die politisch festgesetzte, „offizielle" Armutsgrenze ansehen. Er errechnet sich nach einem komplizierten Verfahren und sichert den Empfängern ein Einkommen im Bereich zwischen 40 Prozent und 50 Prozent des Durchschnittseinkommens, vermutlich liegt es näher bei 40 Prozent als bei 50 Prozent. Die Hilfeleistungen variieren leicht von Bundesland zu Bundesland. In Nordrhein-Westfalen erhielt eine allein stehende Per-

Sozialhilfeempfänger (HLU) 1963–1998[1]

	Alte Länder		Neue Länder	
	Absolute Zahl	Anteil an der Bevölkerung in Prozent	Absolute Zahl	Anteil an der Bevölkerung in Prozent
1963	560 000	1,1		
1969	510 000	0,8		
1973	676 000	1,1		
1978	908 000	1,5		
1983	1 140 877	1,9		
1987	1 549 942	2,5		
1991	1 818 739	2,8	217 348	1,4
1995	2 240 945	3,4	274 748	1,8
1998	2 490 000	3,7	418 000	3,0

[1]Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) jeweils am 31. Dezember des Jahres.

Statistisches Bundesamt.

son 1997 so genannte „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt" (HLU) in Höhe von durchschnittlich 1039 DM: 540 DM als Eckregelsatz, dazu 393 DM für Warmmiete und 106 DM als einmalige Leistung für besondere Anschaffungen.

In den sechziger Jahren nahm die Zahl der Sozialhilfeempfänger deutlich ab, aber entgegen den ursprünglichen Erwartungen kehrte sich dieser Trend in den siebziger Jahren um. Seitdem geraten kontinuierlich immer mehr Menschen unter die Sozialhilfegrenze. Ende 1982 wurde die Millionengrenze überschritten, Ende 1992 die Zweimillionengrenze, und Ende 1998 mussten in den alten Ländern bereits 2,5 Millionen Menschen (= 3,7 Prozent der Bevölkerung) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in Anspruch nehmen – etwa ein Viertel von ihnen waren Ausländer; zu den Sozialhilfeempfängern im früheren Bundesgebiet kommen noch knapp 420 000 Einwohner aus den neuen Ländern (= drei Prozent der Bevölkerung).

Bei der Interpretation dieser Zahlen müssen die vielen Tücken der Sozialhilfestatistik beachtet werden. Die HLU-Daten unterschätzen zum Beispiel erheblich die Zahl der Menschen, die unter bzw. an der Sozialhilfegrenze leben müssen, weil sie die so genannte „Dunkelziffer der Armut" – auch „verdeckte Armut" genannt – nicht erfassen. Nach einer Studie des Frankfurter Instituts für Sozialberichterstattung und Lebenslagenforschung (ISL) haben in den letzten zwei Jahrzehnten nur weniger als die Hälfte der Sozialhilfeberechtigten ihre Ansprüche auf staatliche Unterstützung auch wirklich geltend gemacht. Viele arme Menschen wissen gar nicht, dass ihnen in ihrer Situation Sozialhilfe zusteht, und viele scheuen auch den Gang zum Sozialamt aus Stolz oder Scham, aus Furcht vor der Stigmatisierung als Almosenempfänger, oder auch, weil sie in einigen Fällen verhindern möchten, dass Kinder oder andere Verwandte zur finanziellen Unterstützung verpflichtet werden, wie es das Sozialhilfegesetz vorsieht. 1995 bezogen nur 30 Prozent der ostdeutschen Sozialhilfeberechtigten und 51 Prozent der westdeutschen die ihnen eigentlich zustehende staatliche Unterstützung. Rechnet man die Dunkelziffer zur Zahl der Sozialhilfempfänger hinzu, dann lebten Ende 1997 etwa 5,5 Millionen bzw. rund 6,5 Prozent der Bevölkerung an oder unter der offiziellen Armutsgrenze.

Die europäische international vergleichende Armutsforschung arbeitet mit dem weiter gefassten Begriff der „relativen Armut": Arm sind danach Einzelpersonen oder Familien, die über weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens – gewichtet nach Anzahl und Alter der in einem Haushalt lebenden Personen – verfügen (50-Prozent-Grenze). (Vgl. Tabelle auf S. 26.) Wer mit weniger als 40 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen muss, befindet sich danach in „strenger Armut" (40-Prozent-Grenze). Unter der 50-Prozent-Grenze leben erheblich mehr Menschen als an oder unter der offiziellen Sozialhilfegrenze. 1995 waren danach rund 8,6 Millionen Personen im früheren Bundesgebiet (13 Prozent) und 1,2 Millionen Personen in den neuen Bundesländern (7,9 Prozent) arm. Der Umfang der relativen Armut stagnierte in den achtziger Jahren, nahm dann aber in den neunziger Jahren – ähnlich wie die Zahl der Sozialhilfebedürftigen – wieder leicht zu.

Im europäischen Vergleich war Deutschland im Kampf gegen die Armut recht erfolgreich. 1993 war nur in Dänemark relative Armut (50-Prozent-Grenze) seltener, in neun anderen Gesellschaften der Europäischen Union war sie zum Teil erheblich weiter verbreitet. In der EU insgesamt lebten 17 Prozent der Menschen in relativer Armut im Vergleich zu elf Prozent in Deutschland.

Risikogruppen

Als Risikogruppen werden Bevölkerungsgruppen mit einem besonders hohen Anteil von Armen bezeichnet; die Zugehörigkeit zu ihnen ist also mit einem besonders hohen Risiko verknüpft, an oder unter der Armutsgrenze leben zu müssen. Mit dem Wandel der Armut hat sich auch die Struktur der Risikogruppen verändert. So sind heute teilweise andere Menschen besonders von Armut betroffen als früher.

In den sechziger und siebziger Jahren waren alte Menschen – insbesondere die älteren Frauen – besonders hohen Armutsrisiken ausgesetzt. Die Altersarmut wurde jedoch durch die Verbesserung der Alterssicherung, vor allem durch die Dynamisierung der Renten, eingedämmt; ältere Menschen sind heute erheblich seltener arm als andere. Auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind – sieht man einmal von der überwiegend weiblichen Risikogruppe der Alleinerziehenden ab – stark

Foto: Christoph & Friends

Frauen warten im Flur eines Leipziger Arbeitsamtes auf die Vermittlung von Arbeitsplätzen. Die Frauen in den neuen Bundesländern gehören zu den Verlierern der Wiedervereinigung. Sie sind in weit höherem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer.

Relative Armut in der EU im Jahre 1993

Arme Menschen (in Prozent der jeweiligen Bevölkerung), die über weniger als 50 Prozent des jeweiligen Durchschnittseinkommens (Haushaltsnettoeinkommen pro Person, gewichtet nach Alter) verfügen.

Dänemark	6
Deutschland	11
Belgien	13
Frankreich	14
Luxemburg	15
Spanien	20
Italien	20
Irland	21
Griechenland	22
Großbritannien	22
Portugal	26
Niederlande	keine Angaben
EU	17

Eurostat: Living conditions in Europe, 1998, S. 142.

eingeebnet worden. 1997 lebten 9,1 Prozent der Frauen im Vergleich zu 8,5 Prozent der Männer unter der 50-Prozent-Grenze. Heute sind insbesondere Kinder und Jugendliche von Armut bedroht. 14 Prozent der jungen Menschen unter 16 Jahren leben in relativer Armut, und unter den Sozialhilfeempfängern sind sie fast doppelt so häufig vertreten wie der Bevölkerungsdurchschnitt.

Im Zuge der Massenarbeitslosigkeit hat sich auch die Risikogruppe der Arbeitslosen in den achtziger Jahren enorm ausgedehnt. Immer häufiger reicht die Arbeitslosenunterstützung nicht aus, um das soziokulturelle Existenzminimum sicherzustellen. 1980 gab es erst 80000 arbeitslose Sozialhilfempfänger, 1997 waren es 564000 in den alten und 139000 in den neuen Ländern. Arbeitslose rutschen auch besonders häufig unter die relative Armutsgrenze; 1997 mussten sich 24 Prozent von ihnen mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens begnügen, im Vergleich zu 34 Prozent im Jahre 1995. Auch unter Ausländern ist Armut weit verbreitet. 1997 lebte ein Fünftel der Migrantenfamilien aus den ehemaligen Anwerbeländern unter der 50-Prozent-Grenze. Erwähnenswert sind auch die 416000 Asylbewerber, deren Überleben 1998 durch Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gesichert wurde.

Armut dringt auch zunehmend in die erwerbstätige Bevölkerung vor. Erwerbstätigkeit mindert zwar die Armutsrisiken deutlich, aber 1997 mussten auch vier Prozent der Vollerwerbstätigen und sieben Prozent der Teilzeitbeschäftigten unter der 50-Prozent-Grenze leben. Die aus anderen Gesellschaften bekannten „working poor" bilden auch in Deutschland ein bedeutendes Segment der Armutsbevölkerung. 1995 reichten die niedrigen Einkommen von gut einer Million Erwerbstätigen nicht aus, um das offizielle Existenzminimum (Sozialhilfegrenze) für sich oder ihre Familie zu sichern. Rund 110000 ließen ihre Not durch Sozialhilfe mildern, rund 900000 machten nach einer Studie des Frankfurter Instituts für Sozialberichterstattung und Lebensgrundlagenforschung ihre Ansprüche nicht geltend und lebten in „verdeckter Armut". 1998 bezogen bereits knapp 150000 Erwerbstätige – 130000 Westdeutsche und 19000 Ostdeutsche – laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Aus der soziodemographischen Struktur der Armutsbevölkerung (50-Prozent-Grenze 1997), die Roland Habich und Peter Krause berechnet haben, lassen sich die folgenden Faktoren ableiten, die Armutsrisiken und Schutz vor Armut wesentlich beeinflussen: Allein erziehen, Arbeitslosigkeit, Kinderreichtum (Familien mit mindestens drei Kindern), Ausländerstatus, kein Lehrabschluss und Kindheit/Jugend (bis 15 Jahre) sind (in dieser Reihenfolge) diejenigen Lebensumstände, die das Risiko, in die relative Armut abzurutschen, am meisten erhöhen. Den besten Schutz gegen Armut bieten eine gute Ausbildung (am besten ein Hochschulabschluss, aber auch das Abitur), das Pensionär- oder Rentnerdasein, ein Leben zu zweit ohne Kinder sowie die Vollzeiterwerbstätigkeit.

Obdachlose und Wohnungslose

Materielle Not hat häufig Wohnungsnot und Obdachlosigkeit zur Folge. Menschen ohne eigene Wohnung gehören zu den Ärmsten der Armen; ihre Mittel reichen nicht aus, um sich eine eigene Unterkunft zu leisten. Über Art und Umfang der Obdachlosigkeit kursiert eine Fülle von Missverständnissen, weil wichtige Begriffe wie „Obdachlose" oder „Wohnungslose" im Amtsdeutsch wie in der Wissenschaft, der Sozialpädagogik, in den Medien oder in der Umgangssprache mit sehr unterschiedlichem Bedeutungsgehalt verwendet werden. Nach der Definition der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe (BAG) ist wohnungslos, wer weder über Wohneigentum noch „über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt".

Wohnungslosigkeit kann sehr unterschiedliche Formen annehmen. Die meisten Wohnungslosen leben in provisorischen Notunterkünften. Diese werden ihnen von den Gemeindebehörden mietfrei zur Verfügung gestellt, weil sie nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft eine Wohnung zu finanzieren. Menschen in Notunterkünften dieser Art haben zwar eine Wohnung, leben darin aber nicht als Mieter mit entsprechenden Rechten, sondern nur als vorübergehend geduldete Nutzer mit minderem Status, stärkeren behördlichen Reglementierungen und eingeschränkter Privatsphäre, weil die Behörden jederzeit Rechte auf Zutritt und Kontrolle haben. Auch viele Aussiedler waren im letzten Jahrzehnt in Notunterkünften untergebracht, bis sie eine Mietwohnung gefunden hatten.

Da das Statistische Jahrbuch keine Angaben darüber enthält, wie viele Menschen in unwürdigen Verhältnissen wohnen müssen, lässt sich die Zahl der Wohnungslosen nur schätzen. Dank der Bemühungen der BAG sind die Schätzungen in den vergangenen Jahren zuverlässiger geworden, enthalten aber immer noch erhebliche Ungenauigkeiten. Da sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt seit Ende der achtziger Jahre durch drei Millionen Aus- und Über-

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Obdachloser in einer Ladenpassage 1995 am Stachus in München.

siedler krisenhaft zugespitzt hatte, ist die Zahl der Wohnungslosen seit 1985 deutlich angestiegen. Der Höhepunkt war mit circa 930000 im Jahr 1996 erreicht, seit dem ist die Zahl rückläufig, 1998 betrug sie circa 690000. Insbesondere viele Aussiedler konnten die Notunterkünfte verlassen, aber auch Westdeutschen gelang es besser als vorher, im Mietwohnungsmarkt Fuß zu fassen. Viele Neubauten sowie preisgünstige Wohnungen, die durch den Abzug der alliierten Truppen frei geworden waren, trugen zu diesem Rückgang ebenso bei wie die Anstrengungen von Kommunen und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe (Übernahme von Mietschulden, vermehrte Beratungsangebote).

In den neuen Ländern zeichnet sich eine gegenläufige Entwicklung ab: anhaltende hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Einkommensarmut sowie ein lückenhaftes Hilfesystem lassen die Zahl der Wohnungslosen kontinuierlich ansteigen – nach Schätzungen der BAG von circa 23000 (1992) über rund 43000 (1994) auf 76000 im Jahr 1998.

Die vordergründigen Ursachen der Wohnungslosigkeit sind in der Regel Mietschulden. Obwohl die Mehrheit der deutschen Bevölkerung laut Umfragen meint, Obdachlose hätten sich selbst in diese Situation gebracht, ist Wohnungslosigkeit nur selten ein ausschließlich selbst verschuldeter Zustand. Strukturelle Hintergründe der Notlage, die in Mietschulden offenbar wird, sind Armut und Arbeitslosigkeit in Zusammenhang mit einer angespannten Situation am Wohnungsmarkt. Die Belastung armer Familien durch die Mieten ist extrem hoch. Haushalte mit Niedrigeinkommen müssen davon im Durchschnitt 44 Prozent für die Miete aufbringen, bei Familien mit durchschnittlichem oder höherem Einkommen ist dieser Anteil nicht einmal halb so groß. Arbeitslosigkeit und unverschuldete Notlagen, zum Beispiel durch Krankheit, haben bei der Entstehung von Obdachlosigkeit eine große Bedeutung, familiäre Ereignisse wie Scheidung oder Geburten spielen ebenfalls eine Rolle, sind aber von minderem Gewicht.

Von Wohnungsnot betroffen sind dieselben Gruppen, die bereits als Risikogruppen für Einkommensarmut bekannt sind: Insbesondere kinderreiche Familien, allein erziehende Mütter sowie Kinder und Jugendliche. Für 1998 schätzt die BAG den Anteil der Minderjährigen an den Wohnungslosen auf 31 Prozent.

Wohnungslose im strengen Sinn

Die letzte Stufe der sozialen Deklassierung ist mit der Wohnungslosigkeit im strengen Sinn erreicht. Wohnungslos im strengen Sinn ist die relativ kleine Gruppe von Menschen, die kein dauerhaftes Dach über dem Kopf haben. Sie leben im Freien, „machen Platte" (so der Jargonausdruck) in Parks, auf der Straße oder an anderen öffentlich zugänglichen Stellen, in nicht genutzten

Kinder und Armut

[...]

Anlass für die Untersuchung war, dass Armut bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland kein marginales Phänomen mehr ist. Vielmehr weisen die unter 18-Jährigen im Vergleich zu anderen Altersgruppen die höchste Armutsbetroffenheit auf. [...]

Im Jahr 1998 waren insgesamt etwa drei Millionen Personen auf Sozialhilfe angewiesen, darunter etwa eine Million Kinder und Jugendliche. Hinzu kommt eine etwa gleich große Gruppe, die mit ihrer Familie unterhalb der Sozialhilfegrenze lebt, aber aus verschiedenen Gründen ihren Sozialhilfeanspruch nicht realisiert. Neuere Analysen gelangen zu dem Ergebnis, dass im Jahr 1998 etwa jedes siebte Kind respektive jeder siebte Jugendliche in einer Familie lebte, die mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens auskommen muss und damit als „(einkommens-)arm" bezeichnet wird. [...]

◇ Arme Kinder und Jugendliche gibt es in allen Regionen, auch in ländlichen Gegenden. In größeren Städten ist jedoch eine deutliche Häufung festzustellen. Armut tritt also auch außerhalb von sozialen Brennpunkten und nicht nur räumlich begrenzt auf.

◇ Arme Kinder und Jugendliche leben überwiegend in „vollständigen" Familien beziehungsweise mit beiden (leiblichen) Eltern. Es sind also – trotz höherer Armutsgefährdung – nicht nur Kinder aus Ein-Eltern-Familien von Armut betroffen.

◇ Kinder aus kinderreichen Familien sind zwar deutlich armutsgefährdeter, aber auch viele Kinder und Jugendliche aus Kleinfamilien fallen unter die Armutsgrenze.

◇ Auch in armen Familien sind die Väter mehrheitlich berufstätig. Ist der Vater in einer „vollständigen" Familie jedoch arbeitslos, steigt die Armutsgefährdung für die Kinder deutlich an.

◇ Armutsgefährdet sind besonders Kinder und Jugendliche ohne deutschen Pass. Dennoch stellen deutsche Kinder die Mehrzahl der Armutsgruppe.

◇ Ein unsicherer ausländerrechtlicher Aufenthaltsstatus führt extrem häufig zu Armut. [...]

Zunächst einmal gilt: Kinderarmut ist in allen Kommunen, die in die Studie einbezogen waren, vorzufinden. Die armen Kinder leben jedoch im Vergleich zu den nicht-armen signifikant häufiger in Großstädten und in „sozialen Brennpunkten". Je größer die Gemeinde ist, aus der die untersuchten Vorschulkinder kommen, desto höher ist der Armutsanteil. [...]

Arme Kinder stammen deutlich häufiger als nicht-arme Kinder aus Ein-Eltern-Familien sowie aus Familien mit drei und mehr Kindern. Die dominante Lebensform ist jedoch bei allen Kindern – ob arm oder nicht-arm – die traditionelle „vollständige" Familie: 80 Prozent der nicht-armen Kinder leben mit beiden leiblichen Eltern zusammen und immerhin noch fast 60 Prozent der armen Kinder. Von den anderen Lebensformen haben vor allem zwei eine größere Bedeutung: zum einen die Mutter-Kind(er)-Familie, zum anderen die Mutter-Kind(er)-Stiefvater-Familie. [...]

Im Bereich Grundversorgung weisen 40 Prozent der armen gegenüber 15 Prozent der nicht-armen Kinder Mängel auf. Am deutlichsten äußert sich familiäre Armut hier im verspäteten und unregelmäßigen Zahlen von Essensgeld und sonstigen Beiträgen für Kindertagesstättenaktivitäten. Häufig kommt es auch vor, dass arme Kinder hungrig in die Einrichtung kommen und dass dem Kind die körperliche Pflege fehlt. Relativ selten ist dagegen das Fehlen von notwendiger Kleidung.

Mehr als doppelt so häufig wie nicht-arme Kinder weisen arme Kinder Einschränkungen bzw. Auffälligkeiten im kulturellen Bereich auf: 36 Prozent der armen Kinder sind mit Blick auf ihr Spielverhalten auffällig, 38 Prozent versus 16 Prozent bezüglich ihres Sprachverhaltens und schließlich 34 Prozent versus 18 Prozent mit Blick auf ihr Arbeitsverhalten.

Weist ein Kind in einem der drei oben genannten „kulturellen" Bereiche Einschränkungen auf, so macht dies den Übertritt in die Regelschule deutlich unwahrscheinlicher. [...]

Arme Kinder sind [... im sozialen Bereich deutlich häufiger eingeschränkt beziehungsweise auffällig als nicht-arme Kinder (36 versus 18 Prozent). [...]

Auch in Bezug auf ihre Gesundheit beziehungsweise körperliche Entwicklung weisen arme Kinder häufiger Einschränkungen beziehungsweise Auffälligkeiten als nicht-arme Kinder auf. Hier ist jedoch der Unterschied zwischen armen und nicht-armen Kindern von allen Bereichen am geringsten ausgeprägt.

Arme Kinder haben häufiger als nicht-arme Kinder gesundheitliche Probleme beziehungsweise sind in ihrer körperlichen Entwicklung zurückgeblieben. Hinsichtlich chronischer Erkrankungen und motorischer Entwicklung gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden Gruppen. [...]

Wenn schon die Kindheit von Armut geprägt ist. Sozialbericht der Arbeiterwohlfahrt 2000 zu Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. In: Frankfurter Rundschau vom 26. Oktober 2000.

Wohnungen, einige verbringen die Nächte in Notübernachtungshäusern, den so genannten „Obdachlosenasylen". Wer ohne Obdach leben muss, dem ist eine elementare Grundlage für ein gesichertes, menschenwürdiges Leben entzogen. Die Wohnung ist nicht nur materielle Basis für Wärme, Schutz und Geborgenheit, sondern unabdingbare Voraussetzung für Arbeit, Familie, Privatleben, Hygiene, für bestimmte Formen der Kommunikation (zum Beispiel Postzustellung) und für ein Mindestmaß an sozialer Anerkennung. Ein Leben auf der Straße bedeutet ein Leben außerhalb vieler, ja nahezu aller Normen. Die Belastungen, die mit dem ungesicherten und entwürdigenden Leben eines „Landfahrers" oder „Stadtstreichers" verbunden sind, haben bei längerer Dauer körperliche und psychische Schäden sowie vorzeitige Alterung zur Folge und verringern die Lebenserwartung um etwa zehn Jahre. Die Zahl der Wohnungslosen wurde lange Zeit auf etwa 130 000 bis 150 000 geschätzt. Diese Angabe bezieht sich auch auf solche Menschen, die nicht ausschließlich auf der Straße leben, sondern phasenweise auch in Heimen, Asylen oder bei Verwandten bzw. Freunden eine Notunterkunft erhalten. Nach den neuesten genaueren Schätzungen der BAG umfasst der harte Kern derjenigen, die über längere Perioden „Platte machen", in den alten Ländern 30 000 bis 35 000 Personen.

Betroffen von Wohnungslosigkeit im strengen Sinn sind hauptsächlich allein stehende Männer im Alter zwischen 20 und 50 Jahren. Der Frauenanteil, der früher bei drei bis fünf Prozent lag, ist in den letzten Jahren auf circa zehn Prozent gestiegen. Etwa ein Fünftel der Wohnungslosen sind ehemalige Strafgefangene, die nach ihrer Haftentlassung nicht oder noch nicht wieder Fuß fassen konnten.

Armut auf Zeit

Armut und Wohnungslosigkeit sind für den Einzelnen und für die Gesellschaft um so folgenschwerer, je länger sie andauern. Wenn Menschen über lange Zeit oder auf Dauer in Mangellagen leben müssen, verschlimmern und verfestigen sich die psychischen und sozialen Folgen. Es kann dazu kommen, dass extreme Benachteiligungen von Generation zu Generation weitergegeben werden.

Die so genannte „dynamische" Armutsforschung der neunziger Jahre ermöglicht genauere Einblicke in die Dynamik der Armut, in die Bewegungen über die Armutsgrenzen hinweg und damit auch in die Dauer von Sozialhilfebezug, relativer Armut und Wohnungslosigkeit. Nach einer Langzeitstudie von Sozialwissenschaftlern der Universität Bremen geht mit der Zunahme der Zahl von Sozialhilfeempfängern eine durchschnittlich kürzere Bezugsdauer einher – vor allem deshalb, weil Arbeitslose im Durchschnitt nur vergleichsweise kurz sozialhilfeabhängig sind. Zu Beginn der neunziger Jahre stand jede bzw. jeder Zweite nach spätestens einem Jahr wieder auf eigenen Füßen, nur 22 Prozent waren länger als vier Jahre und nur ein kleiner Kern von elf Prozent war länger als fünf Jahre auf HLU angewiesen.

Armutsrisiken und Schutz vor Armut

Armutsraten in Prozent nach der 50 Prozent-Grenze (1997)	
Durchschnitt Wohnbevölkerung	9
Durchschnitt deutsche Wohnbevölkerung	7
Risikogruppen (mind. 14 Prozent)	
Einelternfamilien	30
Arbeitslose	24
Familien mit mind. 3 Kindern	22
Ausländer	20
Personen ohne abgeschlossene Lehre	16
Kinder 0–15 Jahre	14
Schutz vor Armut (maximal 5 Prozent)	
ältere Alleinlebende (über 65 Jahre)	5
Abitur	5
Vollzeiterwerbstätige	4
Partner-Haushalte ohne Kinder	3
ältere Partner-Haushalte (über 65 Jahre)	3
Hochschulabschluß (Uni, Fachhochschule)	1

Zusammengestellt nach Roland Habich/Peter Krause: Einkommen und Lebensqualität im vereinten Deutschland. In: DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 2000, Heft 2, S. 226 f. (Datenbasis: Sozioökonomisches Panel 1997.)

Roland Habich und Peter Krause haben aus dem Datensatz des Sozio-ökonomischen Panels errechnet, dass auch das Leben in relativer Armut nur für wenige von Dauer ist. In den sechs Jahren von 1990 bis 1995 rutschten zwar 23 Prozent der Bevölkerung zumindest kurzfristig unter die 50-Prozent-Grenze, aber nur für gut ein Viertel der Betroffenen (sechs Prozent der Gesamtbevölkerung) dauerte diese Situation länger als drei Jahre und nur gut ein Zehntel (2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) war gezwungen, über die gesamte Periode von sechs Jahren ein Leben in relativer Armut zu fristen. Je extremer die Mangellage ist, um so schneller gelingt es den Menschen, dieser wieder zu entkommen. Von denjenigen, die zwischen 1990 und 1995 von strenger Armut (40-Prozent-Grenze) betroffen waren, mussten 15 Prozent länger als drei Jahre und „nur" 2,5 Prozent sechs Jahre lang in dieser Notsituation ausharren, bei der 50-Prozent-Grenze waren es 27 bzw. elf Prozent. Im armutsnahen Bereich der 60-Prozent-Grenze mussten 40 Prozent mindestens drei Jahre und 17 Prozent sechs Jahre leben.

Die Fluktuation über die Grenzen von Armut und Wohnungslosigkeit ist also relativ hoch. Randständigkeit ist heute in der Regel kein Dauerschicksal. In den sprichwörtlichen „Teufelskreis" von Armut und Wohnungslosigkeit, aus dem es dann kein Entrinnen mehr gibt, gerät nur eine Minderheit der Betroffenen. Die bisherige Antwort der deutschen Wohlstandsgesellschaft auf das Problem der Armut ist nicht ihre Beseitigung, sondern ihre Befristung – die Armut auf Zeit.

Diese Problemlösung hat auch ihre Kehrseite: Das befristete Schicksal der Randständigkeit wird auf viele Schultern verteilt. Zwischen 1990 und 1996 gerieten immerhin fast ein knappes Viertel (23 Prozent der Deutschen) zumindest kurzfristig unter die 50-Prozent-Armutsgrenze. Auch Angehörige der mittleren und sogar auch der höheren Schichten sind gewissen Armutsrisiken ausgesetzt. So mussten 1997 ein Prozent der Hochschulabsolventen, vier Prozent der Menschen mit Abitur und sechs Prozent der Personen mit Realschulabschluss mit weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen. Allerdings darf die Vorstellung von einer „Demokratisierung der Risiken" im Sinne von „Gemeinsamkeiten der Risiken über unterschiedliche Einkommenshöhen, Bildungsabschlüsse hinweg" (Ulrich Beck) nicht darüber hinwegtäuschen, dass deutliche schichtspezifische Risikounterschiede bestehen. Die Gefahr, an den Rand der Gesellschaft zu geraten, war zum Beispiel 1997 unter Un- und Angelernten um das Sechzehnfache höher als unter Hochschulabsolventen, und längere Armutsperioden tauchen bei Menschen ohne Ausbildungsabschluss relativ häufig, bei Abiturienten und insbesondere bei Akademikern nur noch in Ausnahmefällen auf.

Soziale und psychische Folgen

Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer ärmer." Obwohl mehr als drei Viertel der Deutschen dieser Formel 1999 zustimmten, gibt sie die Situation am Rande der Gesellschaft nicht richtig wieder. Die Sozialhilfesätze werden in etwa prozentual der durchschnittlichen Einkommensentwicklung angepasst; dadurch profitieren auch die Armen in bescheidenem Maß von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung. Allerdings verhindert diese „Dynamisierung" der Sozialhilfeleistungen nicht, dass sich die Schere zwischen offizieller Armutsgrenze und Durchschnittsverdiensten immer weiter öffnet. Die Armen werden zwar nicht immer ärmer, aber die Armutskluft wird immer größer; der Abstand im Lebensstandard zwischen Armen und Bevölkerungsdurchschnitt nimmt kontinuierlich zu.

Die Grundsituation der Armut wird – auch bei längerer Dauer – von den Betroffenen sehr unterschiedlich bewältigt. Ein Teil der Sozialhilfebezieher (HLU) betrachtet die

Abhängigkeit von staatlicher Hilfe als Überbrückung einer vorübergehenden Krisensituation, die zum Beispiel durch Krankheit, Scheidung oder Probleme im Beruf ausgelöst wurde. In Bremen gelang es der überwiegenden Mehrheit (mehr als 75 Prozent), ihre Mangellage aktiv zu bewältigen und zu überwinden. Dazu gehören auch viele allein erziehende Mütter. Diese entscheiden sich zum Teil sogar bewusst für die Sozialhilfe; sie sehen sie als befristete und vorübergehende Versorgungsalternative zur Ehe oder Erwerbsarbeit an, die es ihnen erlaubt, sich besser der Erziehung ihrer kleinen Kinder widmen zu können. Die Bremer Wissenschaftler haben zwei Hauptproblemgruppen ausgemacht: zum einen die „resignierten oder alternativlosen Langzeitbezieher", die mangels Alternativen wider Willen in eine langfristige Abhängigkeit geraten sind; zum anderen die „missglückten Überbrücker", deren Versuche, die Notlage aktiv zu bewältigen, gescheitert sind.

Eine Bielefelder Studie über 11- bis 15-jährige Kinder und Jugendliche aus dem Jahr 1994 belegt, dass sich ein Leben in Armut sehr nachteilig auf das Wohlbefinden, das Selbstvertrauen und den Gesundheitszustand der jungen Menschen auswirkt. So klagten zum Beispiel 26 Prozent der Randschichtenkinder über häufige (täglich/öfters die Woche) Schlafstörungen (alle Befragten: 17 Prozent), 22 Prozent über häufige Kopfschmerzen (alle: 12 Prozent), 22 Prozent über häufige Nervosität (alle: 13 Prozent) und 16 Prozent geht es häufig „allgemein schlecht" (alle: sieben Prozent).

Foto: Christoph & Friends

Bettler mit Hunden auf Düsseldorfs feiner Einkaufsmeile, der Königsallee.

Wohnungslose werden in hohem Maße diskriminiert und stigmatisiert, negative Eigenschaften werden stark überschätzt. Studien zu den Folgen dieser Notlage für Einstellungen und Verhalten machen sichtbar, dass Wohnungslosigkeit tendenziell mit folgenden Erscheinungen verbunden ist:

◇ Tendenzen zur sozialen Isolation: Rückzug aus Vereinen und Organisationen sowie Abnahme von Sozialkontakten außerhalb der Siedlungen;

◇ überdurchschnittlich häufige körperliche und psychische Erkrankungen, in Kombination mit ärztlicher Unterversorgung;

◇ Zunahme von Orientierungsunsicherheiten, von negativen Selbsteinschätzungen und niedrigem Selbstvertrauen, von Inaktivität, Apathie, Resignation und Hoffnungslosigkeit;

◇ Zunahme von Aggressivität, Verhaltensauffälligkeiten und Kriminalität.

Ethnische Minderheiten

Rainer Geißler

In den sechziger Jahren treten die ethnischen Minderheiten als neues quantitativ gewichtiges Segment der westdeutschen Sozialstruktur in Erscheinung. 1960 lebten erst knapp 700000 Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik; im Zuge der Anwerbung von Gastarbeitern stieg ihre Zahl im Laufe eines Jahrzehnts um mehr als das Vierfache auf knapp drei Millionen im Jahr 1970 an, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nahm in diesem Zeitraum von 1,2 Prozent auf 4,9 Prozent zu. Bis zum Ende der neunziger Jahre hat sich ihre Zahl nochmals mehr als verdoppelt: 1999 lebten 7,34 Millionen Ausländerinnen und Ausländer auf deutschem Gebiet; sie machen derzeit neun Prozent der Wohnbevölkerung aus. Und es ist absehbar, dass sich das Wachstum dieses multiethnischen Segments langfristig fortsetzen wird.

Die ethnischen Minderheiten sind nicht gleichmäßig auf die Bundesrepublik verteilt, sondern konzentrieren sich auf die alten Bundesländer und dort wiederum auf Großstädte und industrielle Ballungszentren. Nur 320000 Ausländerinnen und Ausländer lebten 1998 in den neuen Ländern (= 2,2 Prozent der Wohnbevölkerung) im Vergleich zu sieben Millionen in Westdeutschland (= 10,5 Prozent der Wohnbevölkerung). Frankfurt wies Anfang 1996 mit 29 Prozent den höchsten Ausländeranteil auf, gefolgt von Offenbach (28 Prozent), Stuttgart 27 Prozent), München (23 Prozent) und Mannheim (28 Prozent).

Problematische Begriffe

Es ist ausgesprochen schwierig, diesen relativ neuen, vielgestaltigen und dynamischen Teil der deutschen Sozialstruktur sprachlich angemessen zu benennen. Bis in die siebziger Jahre hinein hatte sich in der Umgangssprache und in der Öffentlichkeit der Begriff „Gastarbeiter" eingebürgert. Er geht davon aus, dass angeworbene Arbeitskräfte aus anderen Ländern lediglich vorübergehend als „Gäste" in deutschen Betrieben beschäftigt sind und dann nach einigen Jahren wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Die Amtssprache verwendete von Anbeginn an den rechtlichen Begriff „ausländische Arbeitnehmer" bzw. „Ausländer". Als in den siebziger Jahren zunehmend deutlich wurde, dass immer mehr Arbeitskräfte aus den Anwerbeländern langfristig oder auch auf Dauer in Deutschland bleiben wollten und zu „Dauergästen" wurden, wurde der überholte Ausdruck „Gastarbeiter" nach und nach auch in der Umgangssprache durch den Begriff „Ausländer" verdrängt.

Wortzusammensetzungen wie „Ausländerpolitik", „Ausländerfragen", „Ausländergesetz", „Ausländerbeiräte", „Ausländerbeauftragte" oder „Ausländerfeindlichkeit" markieren wichtige Problembereiche

Ausländeranteile in Europa 1950 und 1996
(in Prozent)

	1996	1950
Luxemburg	33,0	9,9
Schweiz	19,3	6,1
Norwegen	9,1	0,5
Belgien	9,0	4,3
Österreich	9,0	4,7
Deutschland	8,8	1,1
Frankreich	6,0	4,1
Schweden	6,0	1,8
Niederlande	4,7	1,1
Dänemark	4,2	k. A.
Großbritannien	3,4	k. A.
Irland	3,2	k. A.
Portugal	1,7	0,3
Griechenland	1,5	0,4
Spanien	1,3	0,3
Finnland	1,3	0,3
Italien	1,0	0,1

Harald W. Lederer: Migration und Integration in Zahlen. Bonn 1997. European Commission/Eurostat: Living Conditions in Europe. Luxemburg 1999.

im Umgang der deutschen Gesellschaft mit diesen Gruppen. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht – vor allem bei der Analyse von Integrationsproblemen und -prozessen – hat der rechtliche Begriff des Ausländers entscheidende Nachteile: Angehörige von nicht-deutschen ethnischen Gruppen, die die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, werden als „Deutsche" erfasst, obwohl deren Integrationsprobleme mit der Einbürgerung in vielen Bereichen nicht gelöst sind. Das führt zu sprachlich paradoxen Situationen: so ist zum Beispiel der Vorsitzende des Bundesausländerbeirats im Jahr 1999, Murat Çakir, kein Ausländer, sondern ein Deutscher. So lange nur wenige Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hatten, fiel diese Schwäche des Begriffs nicht so sehr auf.

Mit der Liberalisierung der Einbürgerungspraxis wird die Zahl der Deutschen nicht-deutscher Herkunft stark ansteigen, und es ist absehbar, dass dem Ausländerkonzept dasselbe Schicksal zuteil werden wird wie dem Gastarbeiter-Begriff: Er erfasst nur noch einen immer kleiner werdenden Ausschnitt aus dem multi-ethnischen Segment. Ausländer-Statistiken bilden die wirklichen Quantitäten und Vorgänge im multi-ethnischen Segment immer unzureichender ab. Zudem haften dem Ausländerbegriff zum Teil integrationshemmende Nebenbedeutungen an: Er akzentuiert Unterschiede und einen minderen Rechtsstatus, Er betont stark das „Nichtdazugehören", das „Ausgrenzende". Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass sich die „Ausländer" selbst lieber als „Migranten" oder „Arbeitsmigranten" bezeichnen. Aber auch die zunächst unverfänglich erscheinenden Begriffe „Migranten", „Arbeitsmigranten" oder auch „Zuwanderer" haben ihre Tücken: Das Merkmal des „Wanderns", auch „Zuwanderns" trifft nur auf die erste Generation zu, aber nicht mehr auf die Nachfolge-Generationen, die dann in Deutschland geboren wurden.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht bietet sich zur Benennung des multi-ethnischen Segments der Begriff der „ethnischen Minderheiten" an, der sowohl in klassischen Einwanderungsländern als auch in europäischen Nachbarländern gebräuchlich ist. Er verdeutlicht, dass es sich um Bevölkerungsgruppen handelt, die zahlenmäßig in der Minderheit und in sich vielfältig differenziert sind. Gemeinsam ist allen ethnischen Minderheiten die Vorstellung einer nicht-deutschen Abstammung und Herkunft. Der soziologische Begriff der Minderheiten deutet außerdem darauf hin, dass zumindest Teile dieser Gruppen in einer unterlegenen, benachteiligten Situation leben und dass zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten besondere Probleme des Umgangs miteinander und der Integration bestehen.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Türkinnen beim Einkauf in Berlin-Kreuzberg Mitte der 90er Jahre.

Europaweite Parallelen

Das Wachstum der ethnischen Minderheiten ist keine Besonderheit der deutschen Sozialstruktur. Auch in vielen anderen europäischen Gesellschaften – in der Schweiz und in Norwegen, in allen Ländern der Europäischen Union, selbst in den ehemaligen Auswanderungsländern Spanien und Italien – hat die Zahl der Zuwanderer in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Am höchsten lag der Ausländeranteil im Jahr 1996 in den beiden Kleinstaaten Luxemburg (33 Prozent) und Schweiz (19 Prozent). Deutschland gehört zusammen mit Norwegen, Belgien und Österreich zu einer Gruppe von Gesellschaften, die einen überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil von etwa neun Prozent aufweisen.

Beim internationalen Vergleich der Ausländeranteile muss allerdings beachtet werden, dass diese Prozentwerte stark von der Einbürgerungspraxis und vom Staatsbürgerschaftsrecht der jeweiligen Länder abhängen, und diese variieren stark von Gesellschaft zu Gesellschaft. Da in Deutschland nur wenige Ausländer eingebürgert wurden und da Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland vor der Reform des Staatsbürgerschaftsrechs am 1. Januar 2000 geboren wurden, die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern erhielten (Abstammungsprinzip bzw. ius sanguinis = Recht des Blutes) ist die Zahl der ethnischen Minderheiten in Deutschland nicht viel größer als die Zahl der Ausländer. In den meisten anderen Ländern der EU sind die ethnischen Minderheiten wegen großzügigeren Einbürgerungsbestimmungen erheblich umfangreicher als es die Ausländerstatistiken nachweisen.

Nach Berechnungen von Harald W. Lederer vom Europäischen Forum für Migrationsstudien an der Universität Bamberg ist der Anteil der von 1986 bis 1994 eingebürgerten Ausländer in fast allen EU-Ländern um ein Vielfaches höher als in Deutschland – in Schweden zum Beispiel um mehr als das Zehnfache –, und in einigen Gesellschaften, wiebeispielsweise in Großbritannien, den Niederlanden, Portugal und Spanien, gilt bei der Geburt von Kindern das Territorialprinzip (ius soli = Recht des Bodens), das heißt, das Kind ausländischer Eltern erwirbt mit der Geburt die Staatsangehörigkeit des Geburtslandes.

Ausländerpolitik

Die Jahre 1955 bis 1973 markieren die erste Periode, die „Anwerbephase" in der deutschen Nachkriegsgeschichte der Arbeitsmigration. Um ihren Arbeitskräftebedarf zu decken, warb die

aufblühende westdeutsche Wirtschaft Menschen aus den Mittelmeer-Ländern an und schloss entsprechende Abkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) ab. Zu den Hintergründen der Anwerbemaßnahmen gehört auch die Absperrung der deutsch-deutschen Grenze im Jahr 1961, die den Zuzug von Übersiedlern aus der DDR weitgehend zum Erliegen brachte und den Arbeitskräftemangel verschärfte. Wie begehrt und hoch willkommen Ausländer seinerzeit in Deutschland waren, macht das folgende Ereignis deutlich: Die zweimillionste „Gastarbeiterin", eine Jugoslawin, wurde 1972 in München vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit und vom bayrischen Arbeitsminister mit Sekt und Blumen begrüßt und mit einem tragbaren Fernsehgerät beschenkt.

Die zuständigen deutschen Stellen, die Entsendeländer und nicht zuletzt die Betroffenen selbst gingen anfangs vom Rotationsprinzip aus: Die angeworbenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten nach einigen Jahren in ihre Heimatländer zurückkehren und – bei Bedarf der deutschen Wirtschaft – durch neue „Gastarbeiter" ersetzt werden. So kamen zwischen 1955 und 1973 circa 14 Millionen Ausländer in die Bundesrepublik, und circa elf Millionen kehrten wieder zurück.

Erste Integrationsversuche

Ölkrise, Wirtschaftsrezession und drohende Arbeitslosigkeit veranlassten die Bundesregierung im Jahr 1973, einen bis heute gültigen Anwerbestopp zu verhängen. Damit wurde die nächste Phase – man kann sie mit dem Stichwort „Konsolidierung und erste Integrationsversuche" (1973 bis 1980) versehen – eingeleitet. Obwohl die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer von 2,6 Millionen im Jahr 1973 innerhalb von drei Jahren unter die Zwei-Millionen-Grenze sank und diese erst in den neunziger Jahren wieder überschritt, nahm die ausländische Wohnbevölkerung weiter zu. Familiennachzug und hohe Geburtenraten waren die Ursachen dieses Wachstums. Gleichzeitig wiederholte sich in Deutschland ein Phänomen, das die Schweiz bereits zwei Jahrzehnte vorher erfahren hatte; der schweizerische Schriftsteller Max Frisch hat es auf die einprägsame Formel gebracht: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen." Es wurde deutlich, dass das rein ökonomisch gedachte Rotationsprinzip die menschlichen Aspekte der Arbeitsmigration außer Acht gelassen hatte. Die angeworbenen Migranten verwandelten sich immer häufiger von kurzfristigen „Gastarbeitern" in länger verweilende Arbeitnehmer oder auch bleibewilligen Einwanderer.

Die deutsche Gesellschaft stand damit vor der Herausforderung, den bleibewilligen Teil der ausländischen Arbeitsmigranten einzugliedern. Die sozialliberale

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Die zweimillionste ausländische Arbeitnehmerin, eine Jugoslawin, wird im März 1972 vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, mit Blumen empfangen.

Regierung trug dieser Aufgabe Rechnung, indem sie 1978 das Amt des Integrationsbeauftragten – die genaue Bezeichnung lautete „Beauftragter der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen" – einrichtete.

Asylsuchende

Mit dem Beginn der achtziger Jahre wurde ein neues bis heute andauerndes Migrationsphänomen offensichtlich: Die Anziehungskraft Deutschlands für Asylsuchende aus den Krisengebieten der europäischen und außereuropäischen Welt, wo

Die 20 größten ethnischen Minderheiten (1998)
nur Ausländer, ohne Eingebürgerte

Staatsangehörigkeit	1998 alle Ausländer in 1000	1998 alle Ausländer Anteil an allen Ausländern	1980 alle Ausländer in 1000	1980 alle Ausländer Anteil an allen Ausländern
Türkei	2110	28,8	1462	32,8
BR Jugoslawien*	719	9,8	632	14,2
Italien	612	8,4	618	13,9
Griechenland	363	5,0	297	6,7
Polen	284	3,9	60	1,3
Kroatien	209	2,9	–	–
Bosnien und Herzegowina	190	2,6	–	–
Österreich	185	2,5	172	3,9
Portugal	132	1,8	112	2,5
Spanien	131	1,8	180	3,7
Iran, Islam. Republik	115	1,6	28	0,6
Großbritannien	114	1,6	–	–
Niederlande	112	1,5	–	–
USA	111	1,5	77	1,7
Frankreich	106	1,5	–	–
Rumänien	90	1,2	10	0,2
Vietnam	85	1,2	14	0,3
Marokko	83	1,1	36	1,0
Afghanistan	68	0,9	6	0,1
Libanon	55	0,8	–	–
Ausländer insgesamt	7320	100,0	4453	100,0

* 1998 nur Serbien und Montenegro

Harald W. Lederer: Migration und Integration in Zahlen. Bonn 1997. Bundesverwaltungsamt, Ausländerzentralregister, Statistisches Bundesamt.

Foto: Christoph &Friends

Stadtfest in der Fußgängerzone von Lünen, Nordrhein-Wesfalen. Zahlreiche Gruppen ausländischer Bürgerinnen und Bürger bieten Proben ihrer nationalen Küche an.

Krieg, Elend und Unterdrückung herrschen. 1980 verdoppelte sich die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vorjahr und überstieg mit 108 000 erstmals die 100 000-Linie. Die Beschäftigung und Eingliederung der Arbeitsmigranten und der Zuwanderungsdruck durch Flüchtlinge vermengten sich zu einem neuen Problemgemisch, auf das die Politiker mit einer „Wende in der Ausländerpolitik" reagierten, wie es Karl-Heinz Meier-Braun, Leiter der Ausländerredaktion des SDR, nennt. Die zaghaften Integrationsbemühungen Ende der siebziger Jahre schlugen um in „ein Rennen nach einer Begrenzungspolitik" (Meier-Braun). Der Konsolidierungsphase mit ersten Integrationsversuchen folgte eine fast zwei Jahrzehnte dauernde „Abwehrphase" (1981–1998).

Dabei geriet die Integration der Arbeitsmigranten bei den Politikern immer mehr in Vergessenheit, obwohl der diesbezügliche Problemdruck zunahm. Der Wandel vom „Gastarbeiter" zum „Einwanderer" schritt kontinuierlich voran. Umfragedaten des Sozioökonomischen Panel zeigen, dass immer mehr Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbeländern ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden hatten und sich darauf einrichteten, auf längere Zeit oder auch auf Dauer in der Bundesrepublik zu leben. 1984 wollten nur 30 Prozent dauerhaft in Deutschland bleiben. 1995 waren es bereits 47 Prozent, von der zweiten Generation 52 Prozent. Konkrete Rückkehrabsichten äußerte so gut wie niemand mehr. Dieser Orientierungswandel führte dazu, dass sich immer mehr Ausländer immer länger in Deutschland aufhalten. 1997 lebten etwa zwei Drittel aller Türken und Griechen, 71 Prozent der Italiener und 82 Prozent der Spanier bereits seit mindestens zehn Jahren in der Bundesrepublik. Von allen ausländischen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren waren 1998 bereits 65 Prozent hier geboren.

Die Verwandlung der Gastarbeiter zu Einwanderern vollzog sich eher im Stillen, die öffentliche Aufmerksamkeit konzentrierte sich statt dessen – insbesondere nach der deutschen Vereinigung in den neunziger Jahren – auf Asylsuchende und Flüchtlinge. Mit der Krise und dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems nahm der Zuwanderungsdruck eine neue Qualität an: Zu den Asylsuchenden aus den Armut- und Konfliktregionen der Dritten Welt kamen viele Menschen, die die geöffneten Grenzen im Osten dazu nutzten, den Krisen und dem Krieg in Ost- und Südosteuropa zu entkommen. Die Zahl der Asylsuchenden nahm zu Beginn der neunziger Jahre stark zu und erreichte 1992 mit 438 000 Antragstellern den Höhepunkt. Deutschland gehört zu den bevorzugten Zielen der nach Westeuropa strebenden Menschen, wenn auch die Zahl der Asylsuchenden pro Kopf der Bevölkerung in einigen Gesellschaften noch höher liegt. So kamen zum Beispiel im Gipfeljahr 1992 in Schweden auf 1000 Bewohner zehn Anträge auf Asyl, in Deutschland lediglich fünf. 1991 lagen die entsprechenden Werte in der Schweiz bei 6,2, in Österreich bei 3,6 und in Deutschland bei 3,3. Mit der Änderung des Asylrechts durch die „Drittstaatenregelung" im Jahre 1993 ging die Zahl der Asylsuchenden schlagartig zurück. 1999 fiel sie mit 95 000 auf den niedrigsten Stand seit 1987. Im Hinblick auf die Gesamtzahl der Ausländer lässt sich sagen: Das erneute starke Wachstum von 4,5 Millionen im Jahr 1988 auf 7,3 Millionen im Jahr 1993 ist zu mehr als einem Drittel auf die Zuwanderung von Flüchtlingen zurückzuführen.

Zusammenfassend lässt sich die Entwicklung des multi-ethnischen Teils der Gesellschaft wie folgt charakterisieren: Deutschland ist seit den sechziger Jahren aus ökonomischen, demographischen und humanitären Gründen de facto zu einem Einwanderungsland geworden – allerdings zu einem „Einwanderungsland wider Willen". Die Politik war zu sehr mit Begrenzung und Abwehr befasst und hat es darüber versäumt, ein durchdachtes Konzept zur Eingliederung der ethnischen Minderheiten zu entwickeln und der deutschen Bevölkerung bei der Bewältigung der Integrationsprobleme zu helfen. Ein nebensächlicher, aber symptomatischer Ausdruck dieser Haltung ist die Umbenennung des für diese Probleme zuständigen Amtes: Zu Beginn der achtziger Jahre wurde aus dem „Integrationsbeauftragten" die „Ausländerbeauftragte" – oder genauer: „Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen".

Vielfältige Unterschiede

Das multi-ethnische Segment ist in sich ausgesprochen vielgestaltig, differenziert und dynamisch. Die Minderheiten unterscheiden sich nicht nur durch ihre verschiedenen ethnischen Zugehörigkeiten, sondern auch durch Unterschiede im Rechtsstatus, in den Zuwanderungsmotiven und im Grad der Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft.

Deutsche nicht-deutscher Herkunft

Rechtlich eingegliedert ist die kleine Gruppe von derzeit schätzungsweise 750 000 ehemaligen Ausländern, die von 1972 bis 1999 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben. Sie sind Deutsche nichtdeutscher Herkunft und haben dieselben Rechte und Pflichten wie alle Staatsbürger der Bundesrepublik. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der in Deutschland lebenden ethnischen Minderheiten ist kleiner als in den meisten anderen EU-Staaten, wo erheblich großzügiger eingebürgert wurde. Nach Harald B. Lederer gab es in Deutschland zwischen 1986 und 1994 rund 253 000 Einbürgerungen, im Vergleich zu 537 000 in Großbritannien und 486 000 in Frankreich. Selbst kleine Gesellschaften wie die Niederlande und Schweden kamen mit 247 000 bzw. 228 000 Einbürgerungen in diesem Zeitraum fast an die deutschen Ziffern heran.

Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts ab 1. Januar 2000 hat die Einbürgerungen erheblich erleichtert: Ein Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit besteht jetzt bereits nach acht Jahren Daueraufenthalt in Deutschland (vorher 15 Jahre), und für die in Deutschland geborenen Kinder, deren Vater oder Mutter mindestens acht Jahre in Deutschland leben, gilt das „Optionsmodell"; mit der Geburt in Deutschland erwerben sie zur Staatsangehörigkeit ihrer Eltern automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit, und sie müssen sich dann beim Erreichen der Volljährigkeit für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Durch diese Neuregelungen dürfte die Zahl der Deutschen nicht-deutscher Herkunft in den nächsten Jahren deutlich ansteigen. Denn der

Wunsch nach Einbürgerung hat sich unter den Ausländern in den letzten Jahren stark verbreitet. Nach einer MARPLAN-Studie waren im Jahr 1996 die Hälfte der Arbeitsmigranten aus den Anwerbeländern an der deutschen Staatsangehörigkeit sehr oder etwas interessiert. Die jüngste Untersuchung der Berliner Ausländerbeauftragten unter den in Berlin lebenden Türken signalisiert ein deutlich steigendes Interesse: Zwischen 1993 und 1999 hat der Anteil unter ihnen, der einen Antrag auf die deutsche Staatsangehörigkeit gestellt hat oder stellen möchte, von 46 Prozent auf 61 Prozent zugenommen.

Ausländische Arbeitsmigranten

Circa 6,1 der 7,3 Millionen Ausländer, die 1998 in Deutschland lebten, können den ausländischen Arbeitsmigranten und ihren Familien zugerechnet werden. Gut 4,3 Millionen stammen aus den früheren Anwerbestaaten Türkei, Ex-Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und Marokko. Ihr Anteil an allen Ausländern ist jedoch von 75 Prozent im Jahr 1980 auf 60 Prozent zurückgegangen. Die größten Kontingente stellen die Türken mit 2,1 Millionen (29 Prozent aller Ausländer), die Angehörigen der heutigen Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) mit 719 000 (zehn Prozent), der Italiener mit rund 600 000 (acht Prozent) und die Griechen mit 363 000 (fünf Prozent). Als nächstgrößte Gruppe der Arbeitsmigranten folgen dann bereits die Polen 284 000 (vier Prozent); deren Zahl hat sich nach der Krise der sozialistischen Systeme seit Mitte der achtziger Jahre in etwa verdreifacht.

Die Statistik nach Staatsangehörigkeit erfasst die ethnische Vielfalt nur unzureichend, weil sich hinter derselben Staatsangehörigkeit unterschiedliche ethnische Gruppen verbergen können. So wird zum Beispiel geschätzt, dass sich unter den gut zwei Millionen Personen mit türkischer Staatsangehörigkeit auch 350 000 bis 550 000 Kurden befinden, und weitere circa 30 000 Kurden stammen aus dem Libanon, dem Irak, Iran und aus Syrien. Auch die circa 150 000 Sinti und Roma sind in verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten (rumänisch, jugoslawisch oder deutsch) registriert.

Flüchtlingsgruppen

1,2 Millionen oder ein Sechstel der Ausländer des Jahres 1998 sind Flüchtlinge. Sie kommen aus vielen Ländern und Kulturen und unterscheiden sich insbesondere auch durch den unterschiedlichen Rechtsstatus:

◇ Circa 435 000 sind anerkannte Flüchtlinge mit unbefristeter Aufenthaltsgenehmigung, Arbeitserlaubnis, Rechten auf soziale Sicherung sowie Ansprüchen auf Eingliederungshilfen. Die meisten von ihnen sind Menschen, die offiziell als Asylberechtigte anerkannt wurden; sie machen einschließlich ihrer Familienangehörigen circa 300 000 Personen aus. Eine zweite große Gruppe bilden die so genannten „Kontingent- und Konventionsflüchtlinge", die Deutschland im Rahmen internationaler humanitärer Hilfsaktionen und Vereinbarungen (zum Beispiel Genfer Flüchtlingskonvention) aufgenommen hat; dazu gehören etwa 35 000 Boat People aus Vietnam (1979) und circa 100 000 jüdische Emigranten aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die in den neunziger Jahren gekommen sind. Die Statistik zu den Kontingent- und Konventionsflüchtlingen registriert allerdings nur die Zugänge und sagt nichts darüber aus, wie viele Flüchtlinge dann auch in Deutschland geblieben sind.

◇ Die Zahl der so genannten „de-facto-Flüchtlinge" liegt etwas niedriger, sie wird auf 370 000 geschätzt. Diese haben keinen Asylantrag gestellt oder ihr Antrag wurde abgelehnt. Dennoch werden sie in Deutschland vorübergehend geduldet, weil sie bei einer Abschiebung in ihre Herkunftsländer erheblichen konkreten Gefahren ausgesetzt wären oder weil es andere humanitäre Gründe für ihre Anwesenheit in Deutschland gibt. Eine Arbeitserlaubnis kann unter bestimmten Voraussetzungen erteilt werden.

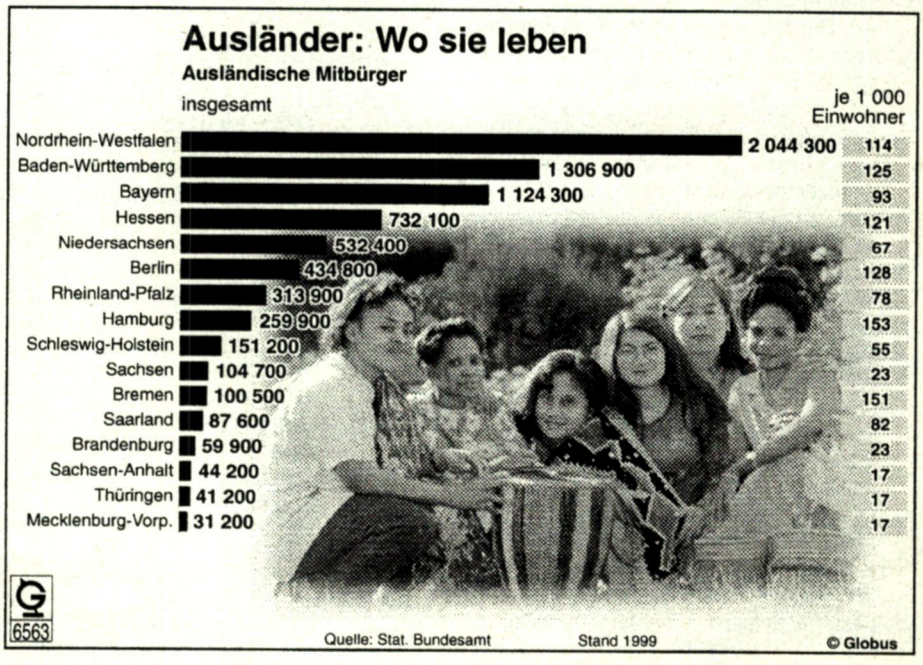
◇ Die rund 100 000 Bürgerkriegsflüchtlinge des Jahres 1998 kamen fast ausschließlich aus Bosnien-Herzegowina. Der spezielle Rechtsstatus des Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlings wurde mit der Asylrechtsänderung 1993 neu geschaffen. Flüchtlinge dieses Typs dürfen keinen Antrag auf Asyl stellen. Sie werden vorübergehend aufgenommen und können eine befristete Arbeitsgenehmigung erhalten. Wenn die staatlichen Behörden nach der Beendigung des Kriegszustandes die Aufnahmeerlaubnis zurücknehmen, müssen sie unverzüglich in ihre Heimat zurückkehren.

◇ Etwa 285 000 Asylbewerberinnen und -bewerber, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, unterliegen strikten Reglementierungen: Aufenthalt nur im Distrikt der zuständigen Ausländerbehörde, keine Arbeitserlaubnis sowie seit 1994 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die unter dem Sozialhilfeniveau liegen.

Verbesserte sozio-ökonomische Lage

Die angeworbenen Arbeitskräfte wurden seinerzeit für einfache, meist un- und angelernte Tätigkeiten benötigt. Arbeitsmigranten rückten daher überwiegend in die unterste Ebene der deutschen Schichtungshierarchie ein, die deutsche Gesellschaft wurde – anders als in klassischen Einwanderungsländern wie USA, Kanada oder Australien – durch die Zuwanderer „unterschichtet". Die Daten des sozio-ökonomischen Panels zeigen, dass die Ausländer aus den wichtigsten Anwerbestaaten (Türkei, Ex-Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien) ihre Situation etwas verbessern konnten. Waren 1984 noch 70 Prozent als un- oder angelernte Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt, so waren es 1997 nur noch 51 Prozent. Stattdessen arbeiteten sie häufiger als einfache Angestellte (zehn statt vier Prozent) oder mittlere/höhere Angestellte (13 statt drei Prozent). Insbesondere die zweite Generation konnte ihre Lage verbessern. 1997 waren nur noch 22 Prozent als Un- oder Angelernte tätig, 22 Prozent als einfache Anstellte und 35 Prozent hatten den Aufstieg in mittlere oder höhere Angestelltenpositionen geschafft. Im Vergleich zu den deutschen Erwerbstätigen ist jedoch auch die zweite Generation – und erst recht die Elterngeneration – erheblich häufiger in Positionen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen beschäftigt.

Ausländer verrichten überproportional häufig belastende und gefährliche Arbeiten. Da sie auch überdurchschnittlich in krisenanfälligen Branchen beschäftigt sind (schrumpfendes produzierendes Gewerbe, Stahl und Bau) und dort zusätzlich noch in den besonders bedrohten Positionen mit



Wirtschaftliche Effekte der Zuwanderung

[...] Die Immigranten tragen durch namhafte Steuer- und Beitragszahlungen spürbar zur Finanzierung von öffentlichen Gütern bei, die von ihnen eher unterproportional in Anspruch genommen werden (vgl. Tabelle). [...]

Die öffentliche Hand realisiert einen zuwanderungsbedingten Überschuss der staatlichen Einnahmen über die entsprechenden Ausgaben; damit beteiligen sich die Zuwanderer an solchen Kosten des Staates, die auch ohne ihren Zuzug und Aufenthalt anfallen würden. Der Beitrag der Ausländer zu diesen „social overhead cost" erscheint mit circa 30 Milliarden DM p.a. – als Differenz der von ihnen aufgebrachten Steuern und Abgaben (100 Milliarden DM) und den in Anspruch genommenen staatlichen Leistungen (70 Milliarden DM) – keineswegs als zu hoch veranschlagt; danach wird die deutsche Bevölkerung pro Jahr und Kopf um ca. 400 DM entlastet, was beitragsmäßig in etwa dem Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer entspricht. [...]

Die 1996 gezahlten 1,4 Millionen Renten an ausländische Staatsangehörige setzen sich aus 500 000 an ausländische Rentner mit dauerndem Aufenthalt im Inland und 900 000 an solche im EU-Ausland (530 000) sowie im NIcht EU-Ausland (370 000) zusammen; in diesen Fällen wurden durch eine frühere Tätigkeit in Deutschland Rentenansprüche an das hiesige Versicherungssystem erworben. Diese Rentenfälle machen gegenwärtig 6 vH des deutschen Rentenbestands aus; vor zehn Jahren betrug der Anteil erst 4 vH. An den gegenwärtig insgesamt geleisteten Rentenausgaben partizipieren Ausländer indes nur zu grob gerechnet 2 bis 3 vH (7 bis 10 Milliarden DM). Diese Gruppe empfängt also weit unterproportional Leistungen, ist aber an ihrer Aufbringung mit knapp ihrem Erwerbstätigenanteil von 8 vH beteiligt. [...]

Bezüglich der Gesetzlichen Krankenversicherung ist zu berücksichtigen, dass das Durchschnittsalter der Ausländer um etwa 10 Jahre niedriger als das der Deutschen ist (30 Jahre gegenüber 40); vor allem ist der Anteil der ausländischen „Altersbevölkerung" (Personen im Alter von 60 und mehr Jahren) um ein Vielfaches geringer (etwa 5 vH gegenüber 22 vH). Dies hat zur Folge, dass schätzungsweise nur die Hälfte für Leistungen und Krankheitsaufwendungen an Ausländer erforderlich ist gegenüber einer Situation, in der die Ausländer die gleiche Altersstruktur hätten wie die Deutschen. [...]

Anders als in den bisher diskutierten Sicherungsbereichen ist für die Arbeitslosenversicherung eine relativ starke „Repräsentanz" von Ausländern unter den Leistungsempfängern typisch; ihre Arbeitslosenquote ist – wie erwähnt – mit annähernd 20 vH doppelt so hoch wie die der Deutschen [...] und übersteigt bei weitem ihren Bevölkerungs- und Erwerbspersonenanteil (9 vH 1996). Arbeitslose Ausländer (482 000 im Jahresdurchschnitt 1996) stellen damit ein Fünftel aller Arbeitslosen. [...]

Die starken Zuwanderungen seit 1988 hatten erhebliche Auswirkungen auf den kurzfristigen Wirtschaftsablauf: 1991 entstanden zusätzlich 85 000 Arbeitsplätze und das Sozialprodukt lag um 5 vH höher als ohne die Zuwanderung, die durchschnittliche Wachstumsrate war also zwischen 1988 und 1991 um 1,3 vH-Punkte p.a. höher, wobei der Private Verbrauch wegen der relativ hohen Konsumneigung der Immigranten um 1,4 vH-Punkte mehr expandierte, die Rate des Staatsverbrauchs aber nur um 0,5 vH-Punkte zunahm. [...]

Zusammenfassend ist aus den vorliegenden Untersuchungen zu schließen, dass die Zuwanderungen der Vergangenheit in ökonomischer und gerade auch in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht im Saldo positiv zu beurteilen sind und fiskalisch einen erheblichen Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft darstellten. Vieles spricht dafür, dass entsprechende günstige Effekte auch von zukünftigen Immigrationen nach Deutschland ausgehen. Problematisch erscheinen nicht nur in ökonomischer, sondern auch in gesellschaftlicher Hinsicht die erheblichen Integrationsdefizite bei den ansässigen Ausländern der zweiten und dritten Generation; sie zeigen sich – trotz spürbarer Fortschritte in der jüngeren Vergangenheit – insbesondere im Bildungssystem und – daraus folgend – auf den Arbeitsmärkten. So haben die ausländischen Beschäftigten nicht am gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel hin zum Dienstleistungssektor und dort wiederum vor allem nicht an der Entwicklung in den gut dotierten Dienstleistungsberufen partizipieren können. [...]

Ullrich Heilmann und Hans Dietrich von Loeffelholz, Ökonomische und fiskalische Implikationen der Zuwanderung nach Deutschland. In: RWI-Papiere Nr. 52, Essen 1998, S. 12 ff.

Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1961–1999

Jahr	Absolute Zahl	Anteil in Prozent der Bevölkerung
1960	686 000	1,2
1967	1 807 000	3,0
1968	1 924 000	3,2
1969	2 381 000	3,9
1970	2 976 000	4,9
1971	3 439 000	5,6
1975	4 090 000	6,6
1980	4 453 000	7,2
1989	4 846 000	7,7
1991*	5 882 000	7,3
1999	7 340 000	9,0

* Zahlen ab 1991 für das vereinte Deutschland.

Statistisches Bundesamt; Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

niedrigen Qualifikationsanforderungen, sind ihre Arbeitsplatzrisiken – und in deren Gefolge auch die Armutsrisiken – besonders hoch. In den neunziger Jahren lag ihre Arbeitslosenrate in der Regel um etwa 80 Prozent über derjenigen der westdeutschen Erwerbstätigen, 1999 bei 18,4 Prozent (Westdeutsche 9,9 Prozent). 1997 mussten 20 Prozent der ausländischen Haushalte aus den wichtigsten Anwerbestaaten mit weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen gewichteten pro-Kopf-Einkommens auskommen im Vergleich zu sieben Prozent der westdeutschen Haushalte.

Die ethnischen Minderheiten sind trotz aller Gemeinsamkeiten, die ihre Randständigkeit ausmachen, sehr facettenreiche Gruppen mit unterschiedlichen Lebensbedingungen. So sind die Angehörigen aus den Gesellschaften der Europäischen Union – wie aus Italien, Griechenland, Spanien, Portugal – in der deutschen Bevölkerung besser akzeptiert als Minderheiten aus anderen Herkunftsländern. Eine besondere Problemgruppe stellen die über zwei Millionen türkischen Staatsangehörigen dar. Sie verrichten nicht nur besonders häufig schwere und belastende Arbeiten und erleben als Muslime einen intensiven Kulturkonflikt, sondern sie unterliegen auch spezifischen Isolationstendenzen und ziehen als äußerlich auffällige Minderheit die Antipathien der ausländerfeindlichen Teile der deutschen Bevölkerung in besonderem Maße auf sich.

Eine Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen aus dem Jahre 1998 kommt zu dem Ergebnis, dass Ausländer auf dem Arbeitsmarkt kaum mit deutschen Arbeitskräften konkurrieren, „die Zuwanderer [...] üben [...] Tätigkeiten aus, für die nicht ausreichend einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen". Das RWI hat auch die finanziellen Folgen der Zuwanderungen für die öffentliche Hand einer genaueren Analyse unterzogen. Belastungen bringen – neben verschiedenen speziellen Kosten wie Eingliederungshilfen, Leistungen für Asylbewerber unter anderem – die hohen Arbeitslosenraten unter den Ausländern mit sich; die Auszahlung der Arbeitslosenversicherung an Ausländer übersteigt deren Beitragszahlungen um schätzungsweise zehn bis 15 Milliarden DM jährlich.

Diesen Belastungen stehen jedoch – wegen des niedrigeren Durchschnittsalters der ausländischen Bevölkerung – erhebliche Entlastungen bei der Krankenversicherung und vor allem bei der Rentenversicherung gegenüber. Ausländer zahlen circa zehn Milliarden DM jährlich mehr an Beiträgen in die gesetzliche Krankenversicherungen ein, als sie an Aufwendungen für Krankheiten erhalten. Und von den Beiträgen an die gesetzliche Rentenversicherung bringen ausländische Staatsangehörige circa acht Prozent auf, während sie nur zwei bis drei Prozent der ausgezahlten Renten erhalten.

Unter dem Strich sind die zugewanderten Ausländer für den deutschen Steuerzahler ein Gewinn. Da sie deutlich mehr an Steuern und Versicherungsbeiträgen einzahlen, als sie an Leistungen von der öffentlichen Hand und von den Versicherungen erhalten, wird – so die Analyse des RWI – „die deutsche Bevölkerung pro Jahr und Kopf um circa 400 DM entlastet, was betragsmäßig in etwa dem Solidarzuschlag der Einkommensteuer entspricht". Die Rechnung über die finanziellen Folgen der Zuwanderung hängt stark von der Arbeitslosenrate und der Altersstruktur der ethnischen Minderheiten ab und wird anders aussehen, wenn sich Arbeitslosigkeit oder Durchschnittsalter dieser Gruppen verändern.

Die Daten des Mikrozensus belegen, dass Ausländer immer zahlreicher als Selbstständige in der deutschen Wirtschaft Fuß fassen. Mit 8,8 Prozent ist 1998 die Selbstständigenquote unter den ausländischen Erwerbstätigen fast so hoch wie unter den Deutschen (10,1 Prozent); 1980 lag sie erst bei 4,7 Prozent. Die ausländischen Betriebe stellen Arbeitsplätze bereit und beteiligen sich an der Berufsausbildung. Nach einer Untersuchung des Essener Zentrums für Türkeistudien haben allein die etwa 47 000 türkischen Firmen des Jahres 1997 202 000 Arbeitsplätze geschaffen, und 70 Prozent von ihnen sind bereit, Lehrlinge auszubilden.

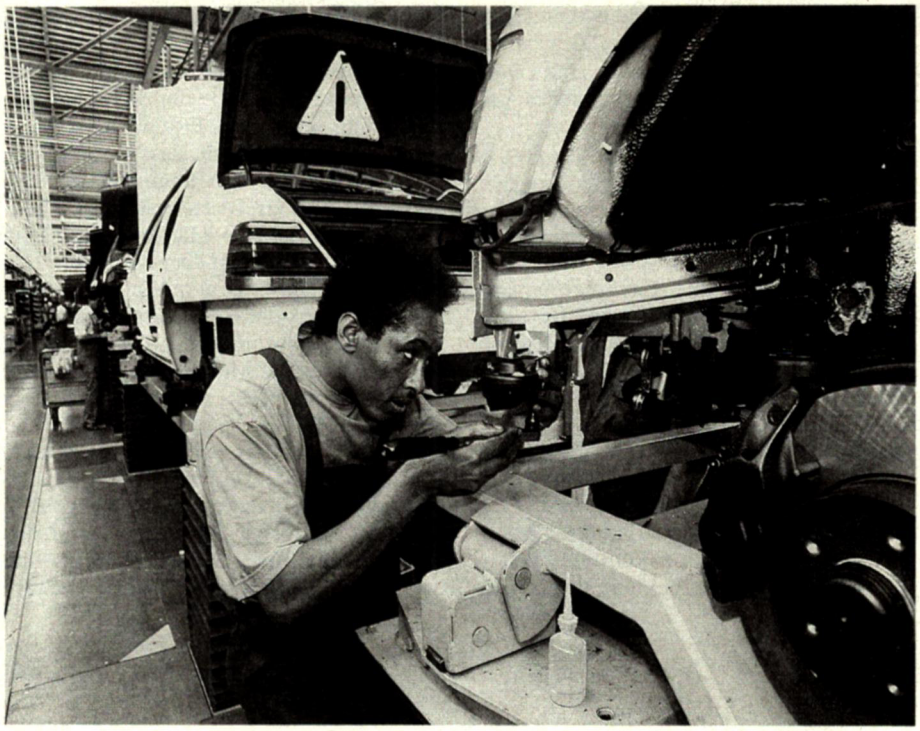


Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Fließbandarbeiter aus Eritrea im Sindelfinger Mercedes-Benz-Werk Anfang der 90er Jahre.

Soziale Integration

Ein wichtiger Gradmesser der sozialen Integration der ethnischen Minderheiten sind die Bildungs- und Ausbildungschancen der Jugendlichen. Im allgemein bildenden Schulwesen konnte die zweite Generation ihre Defizite deutlich vermindern. Verließen 1983 noch ein gutes Drittel der ausländischen Jugendlichen das deutsche Bildungssystem ohne Hauptschulabschluss, so hatte sich dieser Anteil bis 1997 auf 20 Prozent verringert (Deutsche 1997: acht Prozent). Auf der anderen Seite stieg der Anteil der Abiturienten von 5,6 Prozent im Jahr 1985 auf neun Prozent im Jahr 1997 (Deutsche 1997: 26 Prozent) und der Anteil der jungen Ausländerinnen und Ausländer mit Realschulabschluss von 19 Prozent auf 28 Prozent (Deutsche 1997: 41 Prozent). Beim Vergleich mit den Schulabschlussquoten von deutschen Jugendlichen sind zu beachten, dass Ausländerkinder viel häufiger aus sozial schwachen Familien stammen, für die auch innerhalb der deutschen Bevölkerung weiterhin erhebliche Bildungsbarrieren bestehen.

Alarmierend sind die Hindernisse für junge Ausländer in der Berufsausbildung. Nach einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung von 1999 war jede/r Dritte der 20- bis 29-jährigen Ausländerinnen und Ausländer ohne abgeschlossene Berufsausbildung, unter den jungen Deutschen betrug dieser Anteil acht Prozent. Neben den hohen Anteilen von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss gibt es zwei weitere wichtige Ursachen für die Nachteile von Migrantenkindern bei der Berufsausbildung: Fehleinschätzungen in den Migrantenfamilien über den Wert einer gründlichen Berufsausbildung und der Wunsch nach schnellem Verdienst treffen zusammen und dies ist ein Grund dafür, dass ausländische Jugendliche bei deutschen Betrieben häufig auf Vorbehalte und auch im öffentlichen Dienst auf Einstellungshindernisse stoßen.

Weitere Hinweise auf die zunehmende soziale Eingliederung der ethnischen Minderheiten sind die Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse, die kontinuierliche Zunahme der persönlichen Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern. Das Mannheimer Zentrum für Umfragen (ZUMA) ermittelte, dass 1980 erst zwölf Prozent der Deutschen nachbarliche Kontakte zu Ausländern hatten und nur 15 Prozent Ausländer zu ihren Freundes- und Bekanntenkreis zählten. 1996 waren diese Anteile auf 37 Prozent bzw. 51 Prozent angestiegen. Elf Prozent der 18 bis 44-jährigen Westdeutschen lebten 1996 mit ausländischen Ehe- oder Lebenspartnern zusammen.

Andererseits machen die gewalttätigen Ausbrüche von Fremdenhass in den neunziger Jahren in erschreckender Weise auf die Problemzonen der Integration aufmerksam. Auch verschiedene neuere Untersuchungen zu den Einstellungen der Deutschen gegenüber Ausländern signalisieren zunehmende Probleme im Verhältnis von deutscher Mehrheit und ethnischen Minderheiten. So zeigt zum Beispiel der Sozialwissenschaftler Michael Terwey in einer Panel-Studie, dass sich unter Westdeutschen intolerante Vorbehalte gegenüber Ausländern zwischen 1994 und 1996 wieder etwas ausgebreitet hatten, nachdem sie zuvor zwischen 1980 und 1994 kontinuierlich zurückgegangen waren.

Zu den Klischees, die Vorurteile fördern, integrationshemmend wirken und Fremdenangst stimulieren, gehört auch das pauschale Bild vom „kriminellen Ausländer". Es ist in der Bevölkerung und in der Medienöffentlichkeit weit verbreitet und weckt Vorstellungen von einer besonders hohen kriminellen Belastung der ausländischen Erwerbstätigen, die nachweislich falsch sind. Eine differenzierte Analyse der Polizeilichen Kriminalstatistik belegt, dass Arbeitsmigranten im allgemeinen genau so gesetzestreu sind wie die Deutschen. Den Zahlen, die das Bundeskriminalamt im Jahr 2000 veröffentlicht hat, lässt sich folgendes entnehmen: Unter den polizeilich registrierten Tatverdächtigen des Jahres 1999 war die Kerngruppe der in Deutschland lebenden Ausländer – ausländische Arbeitnehmer, Selbstständige, Studenten und Schüler – lediglich mit 7,2 Prozent vertreten; das entspricht in etwa ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung.

Verschiedene neuere kriminologische Studien zeigen jedoch auch, dass Teile der zweiten Generation in besonderem Maße kriminell gefährdet sind. Ausländische Schülerinnen und Schüler begehen häufiger Eigentums- und Gewaltdelikte als deutsche, und unter den Häftlingen im Jugendstrafvollzug von Nordrhein-Westfalen sind die jungen Angehörigen der ausländischen Wohnbevölkerung um etwa 50 Prozent überrepräsentiert. Die Ursachen der größeren kriminellen Gefährdung sind nicht in allen Einzelheiten geklärt. Sicher ist, dass die sozialen Integrationsdefizite –

hohe Raten von Armut und Arbeitslosigkeit unter den Migrantenfamilien, überdurchschnittliche Ausbildungs- und Chancendefizite bei den Migrantenkindern – eine wichtige Rolle spielen.

Perspektiven

Die Studien zur Bevölkerungsentwicklung – durch die Bevölkerungswissenschaft, durch Wirtschaftsinstitute, durch die Enquête-Kommission „Demographischer Wandel" des Deutschen Bundestages, durch das Statistische Bundesamt – gehen von erheblichen Zuwanderungen in den nächsten Jahrzehnten aus. Wanderungsprognosen bergen stets viele Unsicherheiten, und die heutigen Vorhersagen über zukünftige Zuwanderungen muten zudem auf den ersten Blick angesichts der derzeitigen hohen Arbeitslosigkeit überraschend an. Ihr demographischer Hintergrund sind die niedrigen Geburtenraten in der deutschen Bevölkerung. Deutsche Frauen bringen so wenig Kinder zur Welt, dass die nächsten Generationen in den alten Ländern jeweils um etwa ein Drittel und in den neuen Ländern um die Hälfte kleiner sein werden als die Mütter-Generationen. Das Statistische Bundesamt prognostizierte im Juli 2000, dass die Bevölkerung Deutschlands ohne Zuwanderungen von heute 82 Millionen auf 59 Millionen im Jahr 2050 zurückgehen würde.

Ein Bevölkerungsrückgang in diesem Ausmaß würde sowohl die Wirtschaft als auch das System der sozialen Sicherung in erhebliche Schwierigkeiten bringen. Es ist nicht genau vorherzusagen, wie viele Menschen in den nächsten Jahrzehnten zuwandern werden. Die meisten Berechnungen gehen von durchschnittlichen Jahreszahlen aus, die zwischen 100 000 und 300 000 Zuwanderern liegen. Für die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „bleibt 200000 [...] der wahrscheinlichste Wert für den zukünftigen durchschnittlichen Wanderungssaldo pro Jahr". Es ist also absehbar, dass sich in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die Entwicklung zu einer „Einwanderungsgesellschaft modernen Typs" aus ökonomischen, demographischen und humanitären Gründen fortsetzen wird. Die Politik und die deutsche Bevölkerungsmehrheit werden also zukünftig weiterhin mit der Herausforderung konfrontiert sein, mit diesen wachsenden Minderheiten fair und verständnisvoll umzugehen, sie als notwendigen und nützlichen Teil der deutschen Gesellschaft anzuerkennen und durch Gewährung gleicher Chancen einzugliedern.

Soziale Mobilität – Aufstiege und Abstiege

Rainer Geißler

Moderne Sozialstrukturen sind dynamisch; sie verändern sich ständig und zwingen dadurch viele Menschen, sich im sozialen Gefüge zu bewegen, mobil zu sein. Die Soziologie spricht von sozialer Mobilität, wenn sich Individuen im sozialen Positionsgefüge bewegen und ihre Positionen wechseln – zum Beispiel ihren Beruf, ihren Betrieb, ihre Stellung innerhalb eines Betriebes oder ihre Schicht.

Um die Vielfalt der Mobilitätsprozesse in modernen Gesellschaften zu erfassen, werden verschiedene Typen sozialer Mobilität unterschieden. Von vertikaler Mobilität wird gesprochen, wenn mit dem Positionswechsel ein sozialer Aufstieg oder Abstieg verbunden ist, wenn die neue Position höher oder niedriger, besser oder schlechter ist als die alte. Horizontale Mobilität liegt vor, wenn mit der Bewegung im Positionsgefüge keine Besser- oder Schlechterstellung verbunden ist. Wechselt ein Arbeiter lediglich den Betrieb, dann bewegt er sich horizontal; steigt er nach Ablegung der Meisterprüfung in eine Vorgesetztenposition auf oder verliert er seinen qualifizierten Arbeitsplatz und muss Hilfsarbeiten verrichten, bewegt er sich vertikal.

Eine weitere wichtige Unterscheidung ist die zwischen Karrieremobilität (= Intra-Generationenmobilität) und Generationenmobilität (= Inter-Generationenmobilität). Bei der Karrieremobilität geht es um den sozialen Aufstieg oder Abstieg im Lebenslauf eines Menschen. Die Weiterqualifikation und Beförderung auf der einen und der Verlust des qualifizierten Arbeitsplatzes auf der anderen Seite sind Beispiele für diesen Typ von Mobilität. Generationenmobilität meint den Positionswechsel in der Generationenfolge; es wird danach gefragt, ob Kinder einen ähnlichen sozialen Status einnehmen wie ihre Eltern oder ob sie im Vergleich zu ihrer Herkunftsfamilie sozial aufgestiegen oder abgestiegen sind.

Die Dynamik einer modernen Sozialstruktur weist stets einen Doppelaspekt auf: Zum einen bewegen sich Menschen im Berufs- oder Schichtgefüge einer Gesellschaft; zum anderen befindet sich auch das Gefüge selbst – die Berufsstruktur oder die Schichtstruktur – in ständiger Bewegung. Es verändert kontinuierlich seine Struktur. Strukturwandel und soziale Mobilität sind eng miteinander verknüpft: Menschen werden durch den Strukturwandel „gezwungen", ihre Positionen zu wechseln. Schrumpfende Schichten oder Berufsgruppen – wie zum Beispiel die Bauern – „verdrängen" Menschen, sie üben einen Abstoßeffekt aus; expandierende Schichten – zum Beispiel Dienstleistungsschichten – „ziehen" Menschen „an", sie üben einen Sogeffekt aus.

Der Mobilitätsforschung wird mit Recht vorgeworfen, dass sie sich zu sehr auf die Mobilität von Männern konzentriert und dabei die Auf- und Abstiegsprozesse bei Frauen erheblich vernachlässigt hat. So liegen keine repräsentativen und gleichzeitig anschaulichen Daten dafür vor, welche soziale Stellung Töchter im Vergleich zu ihren Eltern einnehmen. Daher beziehen sich die folgenden Ausführungen zur Generationenmobilität nur auf den Vergleich von Söhnen mit ihren Vätern.

Auf- und Abstieg im Westen

Die stark expandierende höhere Dienstleistungsschicht (gehobene und höhere Beamte sowie hochqualifizierte und leitende Angestellte) macht zusammen mit den Freiberuflern und Unternehmern das „obere Viertel" der heutigen Gesellschaft aus – 13 Prozent der Väter und 24 Prozent der Söhne gehören diesen Schichten an. Sie können ihre Angehörigen recht gut gegen sozialen Abstieg in die Mitte und nach unten absichern. Zwischen 63 und 52 Prozent der Söhne bleiben in diesen Schichten, nur zwischen sechs und 13 Prozent steigen in die „unteren" 40 Prozent der Gesellschaft, in die Arbeiterschichten ab. Auch die große Mehrheit der Söhne von kleineren und mittleren Selbstständigen kann ihren Status erhalten oder verbessern, nur jeder Zehnte muss einen Abstieg in die Arbeiterschichten in Kauf nehmen.

Auf der anderen Seite sind die Aufstiegschancen der Arbeitersöhne nach oben begrenzt, wobei eine deutliche Staffelung innerhalb der Arbeiterschichten besteht. Ins obere Viertel gelangen 16 Prozent

(Facharbeiter) bzw. zehn Prozent (Un-, Angelernte). Etwa die Hälfte der Arbeitersöhne – 51 bzw. 53 Prozent – wird wieder Arbeiter.

Die Mobilitätsmuster der Bauernsöhne ähneln stark denjenigen der Facharbeitersöhne. Da die Bauern eine stark schrumpfende Schicht sind, kann nur knapp jeder Vierte den Hof seines Vaters übernehmen. Zwei Fünftel derjenigen, die durch den Strukturwandel aus der Landwirtschaft vertrieben werden, wechseln in die Arbeiterschichten über, die gute Hälfte davon in die Gruppe der Un- und Angelernten. 17 Prozent steigen ins obere Viertel der Gesellschaft auf.

Die kleine Gruppe der ausführenden Dienstleistungsschicht (einfache Angestellte und Beamte) und die Arbeiterelite (Meister, Vorarbeiter) sind typische aufstiegsorientierte „Durchgangsschichten". Ihre Mobilitätsmuster ähneln sich stark. Nur wenige Söhne verbleiben in diesen Schichten, jeder Fünfte steigt ins obere Viertel auf, etwa jeder Dritte in die mittlere Dienstleistungsschicht. 27 bzw. 34 Prozent wechseln in die „normalen" Arbeiterschichten über, was zumindest für die Söhne der Arbeiterelite sozialen Abstieg bedeutet.

Offene und geschlossene Schichten

Andere Mobilitätstabellen enthalten unter anderem die Selbstrekrutierungsquoten (Verbleib der Kinder in der Schicht der Eltern) und vermitteln ein Bild von der Offenheit oder Geschlossenheit einer Schicht gegenüber anderen Schichten. Die Bauernschaft, die innerhalb einer Generation auf ein Viertel zusammengeschrumpfte, ist eine nahezu geschlossene Besitzklasse im klassischen Sinne: nur wer über ausreichend Besitz – bei den Landwirten Besitz an Grund und Boden – verfügt, erhält Zugang zu ihr. Daher rekrutiert sich die Bauernschaft zu 95 Prozent aus Bauernsöhnen.

Auch die Unternehmer (ab zehn Mitarbeitern) haben den Charakter einer relativ geschlossenen Besitzklasse gewahrt; der Besitz an Betriebskapital ist bei ihnen ein wichtiges Zugangskriterium. Circa zwei Drittel rekrutieren sich aus den Selbstständigen insgesamt, wobei 30 Prozent von Vätern mit kleineren Betrieben stammen; die Söhne sind also innerhalb der Selbstständigen aufgestiegen.

Hohe Selbstrekrutierungsraten zeichnen auch die Arbeiterschichten im unteren Bereich der Gesellschaft aus – eine Folge der relativ schlechten Aufstiegschancen von Arbeiterkindern und der geringen Abstiegsgefahren „von oben". Zwei Drittel der Arbeiter stammen aus Arbeiterfamilien. Nimmt man noch die Bauernsöhne hinzu, die Arbeiter geworden sind, so haben 72 bzw. 76 Prozent der Arbeiter einen Vater aus der Arbeiter- und Bauernschaft, bei Berücksichtigung der Arbeiterelite sind es sogar 80 Prozent.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Stolz präsentieren diese jungen Leute aus Bayern ihre Meisterbriefe in Land- und Hauswirtschaft. Mit der Meisterprüfung ist häufig ein sozialer Aufstieg verbunden.

Die zahlenmäßig stark geschrumpfte Gruppe der kleinen und mittleren Selbstständigen ist dagegen keine typische Besitzklasse mehr. Ihre Selbstrekrutierungsquote (einschließlich Unternehmer) ist mit 38 Prozent erstaunlich niedrig. Sie ist – wie auch die bereits erwähnten hohen Fluktuationsraten zeigen – vergleichsweise offen für Zugänge aus allen anderen Schichten. Auffällig sind die relativ hohen Anteile (28 Prozent) der Arbeitersöhne.

Das obere Viertel der Gesellschaft ist zur Mitte und – mit Einschränkungen – nach unten hin geöffnet. Die Selbstrekrutierungsquote der quantitativ zunehmend höheren Dienstleistungsschicht ist mit 21 Prozent sehr niedrig, die Hälfte dieser Schicht stammt nicht aus dem oberen Viertel. Die ebenfalls stark expandierende mittlere Dienstleistungsschicht (mittlere Beamte und Angestellte) stammt überwiegend aus der gesellschaftlichen Mitte und immerhin noch zu 40 Prozent aus den Arbeiterschichten (ohne Arbeiterelite).

„Öffnung" der Sozialstruktur

Es ist unbestritten, dass die deutsche Sozialstruktur durch den Zweiten Weltkrieg stark erschüttert wurde. Zerstörungen, Vertreibungen, Verluste an Besitz und Vermögen, Neuaufbau von Existenzen und schnelles Wirtschaftswachstum haben die Menschen sozial durcheinander gewirbelt. Aber was passierte, nachdem die Kriegs- und Nachkriegswirren vorüber waren? Die Antworten der Mobilitätsforscher auf diese Frage sind zögerlich und zum Teil auch widersprüchlich. Insgesamt zeichnet sich aber der Eindruck ab, dass sich die westdeutsche Sozialstruktur zunehmend geöffnet hat. Drei Entwicklungen lassen sich festhalten:

1. Zunahme der vertikalen Generationenmobilität: Charakteristisch für die sechziger und siebziger Jahre ist – wenn man den sozialen Status der Kinder mit dem ihrer Eltern vergleicht – ein erheblicher Schub an Aufwärtsmobilität bei gleichzeitigem Rückgang der Abwärtsmobilität. Aus einer Studie des Sozialstrukturforschers Heinz-Herbert Noll lässt sich errechnen, dass 1970 einem Abstieg 1,8 Aufstiege gegenüber standen, 1979 waren es 2,5. Die Zunahme der Aufstiegschancen kam den Töchtern und Söhnen aus allen Schichten zu Gute. So waren 1970 fünf Prozent der 30- bis 40-jährigen Arbeitersöhne in die höchsten Dienstleistungsgruppen (gehobene und höhere/leitende Beamte und Angestellte) aufgestiegen, 1979 waren es mit elf Prozent mehr als doppelt so viele. Aus der gesellschaftlichen Mitte (Söhne von Werkmeistern sowie mittleren Angestellten und Beamten) hatten 1970 25 Prozent den Aufstieg in die erwähnte höhere Dienstleistungsschicht geschafft, 1979 waren es 38 Prozent. In den achtziger Jahren hat sich diese Dynamik in abgeschwächter Form fortgesetzt.

2. Zunahme der vertikalen Karrieremobilität: Auch die vertikale Karrieremobilität hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Der Soziologe Peter A. Berger bestätigt für die achtziger Jahre, was frühere Untersuchungen für die siebziger Jahre festgestellt hatten: Die Aufstiegschancen nach dem Einstieg in den Beruf haben in den achtziger Jahren weiter zugenommen; dies gilt vor allem für Frauen, deren berufliches Vorankommen früher stärker

Foto: Christoph & Friends

Die Aus- und Weiterbildung für junge Führungskräfte, beispielsweise im Management, wird wegen der notwendigen Sprachkompetenz zunehmend international ausgerichtet.

blockiert war. Im Vergleich zu anderen Dienstleistungsgesellschaften in Europa und Nordamerika ist die Karrieremobilität im deutschen Schichtgefüge allerdings relativ niedrig. Beruflicher Aufstieg ist in Deutschland offensichtlich schwieriger als in vergleichbaren Ländern, weil die beruflichen Laufbahnen besonders eng an bestimmte Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse gekoppelt sind.

3. Zunahme der Mobilität über mehrere Schichten hinweg („Langstreckenmobilität"): Vertikale Mobilität war in der Bundesrepublik bis in die siebziger Jahre primär Mobilität in die benachbarten Schichten. Der traumhafte Aufstieg aus einfachen Verhältnissen in die oberen Schichten gelingt nur wenigen; und noch seltener taucht die extreme soziale Deklassierung auf, der „freie Fall" aus den oberen Etagen der Gesellschaft in das Kellergeschoss. Die Studie von Heinz-Herbert Noll zeigt, dass sich in den siebziger Jahren mit der zunehmenden Aufstiegsdynamik auch die zurückgelegten Entfernungen vergrößert haben.

Hinter der „Öffnung" der Gesellschaft stecken zwei miteinander verbundene Entwicklungstendenzen der Berufs- und Schichtstruktur: Die eine „erzwingt" Aufstiegsmobilität, die andere erleichtert sie. Der erste Aspekt des Strukturwandels kann als Umschichtung nach oben bezeichnet werden. Mit dem Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, mit der Expansion der Dienstleistungsberufe, mit den höheren Qualifikationsanforderungen in der Berufswelt, mit der Verlagerung des Gewichts von der körperlichen zur geistigen Arbeit schrumpfen die unteren Schichten der manuell Arbeitenden, gleichzeitig dehnen sich mittlere und obere Schichten im tertiären Sektor aus. Diese Umschichtung nach oben „erzwingt" Aufstiegsmobilität und behindert massenhaften sozialen Abstieg.

Zu den schrumpfenden unteren Schichten gehören seit langem die Bauern und die un- und angelernten Arbeiter, seit den siebziger Jahren auch zunehmend die Facharbeiter und die ausführende Dienstleistungsschicht. Die expandierenden mittleren und höheren Schichten – dazu gehört auch die Arbeiterelite – dagegen „ziehen Menschen an". Die Unterschichtung der Sozialstruktur durch die Ausländer in den sechziger und siebziger Jahren hat der deutschen Bevölkerung noch zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten gebracht, da die „Gastarbeiter" vorwiegend die unterste Ebene der Schichtungshierarchie besetzten. Erleichtert wird der Schichtwechsel durch eine zweite Entwicklung: durch die zunehmende Dominanz der relativ offenen Bildungsschichten über die relativ geschlossenen Besitzschichten. Die Zugehörigkeit zu den Besitzschichten des alten Mittelstandes – insbesondere Bauern, aber auch andere Selbstständige – ist an die Verfügung über Betriebsmittel, Kapital oder Grund und Boden gebunden. Daher sind Übergänge „von außen" in diese Schichten relativ schwer. In die Bildungsschichten dagegen – Angestellte, Beamte – wird der Zugang über Ausbildungszertifikate ermöglicht, die leichter zu erwerben sind als Kapital oder Grund und Boden. Daher sind Bildungsschichten nachweislich vergleichsweise offen. Durch die Ausdehnung der Dienstleistungsmittelschichten auf Kosten des alten Mittelstandes öffnet sich also die Sozialstruktur.

DDR-Sozialstruktur

Die Entwicklung der vertikalen Mobilität in der DDR zeigt einen charakteristischen Zwei-Phasen-Verlauf: Einer Phase hoher sozialer Mobilität bei der revolutionären Umwälzung der ostdeutschen Sozialstruktur in den Nachkriegsjahren folgte eine Phase abnehmender Mobilität, und diese mündete schließlich in den achtziger Jahren in eine Phase der Erstarrung ein, in der den Kindern aus unteren Schichten der Zugang in die höchste Bildungsschicht stärker blockiert war als in der Bundesrepublik. Nach der revolutionären Öffnung der vertikalen Mobilitätskanäle in der Startphase der DDR etablierte sich die neue Führungsschicht der sozialen Aufsteiger und schottete sich zunehmend gegen den Zugang von unten ab; die sozialen Mobilitätskanäle schlossen sich wieder. Diese Entwicklung wurde bereits von den DDR-Soziologen erkannt und durch Mobilitätsanalysen nach der Wende bestätigt.

Ein wichtiges Ziel beim Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft nach dem Ende des Krieges war der Austausch der Führungsschichten: Die alten „bürgerlichen" Führungsgruppen (Manager, Leitende Angestellte und Beamte, Lehrer und Professoren, Richter und Staatsanwälte, Offiziere) sollten durch eine systemloyale „neue sozialistische Intelligenz" ersetzt werden, die zu möglichst großen Teilen aus den Arbeiter- und Bauernschaften stammen sollte. Auch nach dem Neuaufbau sollte die Sozialstruktur mobil sein; die sozialistische „Intelligenz" – so wurden in der DDR alle Personen mit Fachschul- oder Hochschulabschluss bezeichnet – sollte sich ständig proportional aus allen Gruppen der Gesellschaft rekrutieren, das heißt alle Schichten sollten in der Intelligenz entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten sein (Proporz-Dogma).

Die Erneuerung der Führungsschichten war in den sechziger Jahren weitgehend abgeschlossen und hatte den Arbeiter- und Bauernkindern der „Aufbaugeneration" ausgesprochen gute Aufstiegschancen gewährt (vgl. Seite 45). Um 1970 stammten 39 Prozent der Professoren, 53 bis 57 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer und 75 bis 82 Prozent der Betriebsleiter, Staatsanwälte, Richter und Offiziere aus der „Arbeiter- und Bauernklasse" (Bei diesen Prozentangaben ist zu beachten, dass die DDR-Quellen den Begriff der „Arbeiterklasse" nicht präzise definieren und dass sie damit aus ideologischen Gründen großzügig umgingen. Dazu zählten auch Gruppen, die nach westlichem Verständnis nicht zu den Arbeitern gehören wie zum Beispiel Funktionäre mit einem Ausbildungsabschluss unterhalb des Fachschulniveaus oder auch Soldaten). In den beiden folgenden Jahrzehnten schlossen sich dann die Aufstiegskanäle wieder, die sozialistische Intelligenz rekrutierte sich in einem politisch gesteuerten Ausleseprozess zunehmend aus sich selbst. Im letzten Kompendium zur „Sozialstruktur der DDR" (1988) schrieben die DDR-Soziologen Manfred Lötsch und Artur Meier, dass „die Reproduktion sozialer Ungleichheiten" in der DDR „offenbar eine gesetzmäßige Erscheinung" sei. Westdeutsche Untersuchungen – von Rainer Geißler (1990) sowie Karl Ulrich Mayer und Heike

Solga (1994) – konnten zeigen, dass die Aufstiegswege für Arbeiterkinder in der Endphase der DDR stärker blockiert waren als in Westdeutschland.

Neue Bundesländer

Der Strukturumbruch in den neuen Bundesländern nach der Wende vollzog sich zum Teil im Zeitraffertempo und zwang die Ostdeutschen vorübergehend zu außergewöhnlich hoher Mobilität. Zur hohen Strukturmobilität, die von den Anpassungsprozessen der Wirtschaft und Berufsstruktur ausgeht (Schließung der Tertiärisierungslücke, Agrar- und Industriekrise, Verschwinden der sozialistischen Dienstklasse, Abbau der Überkapazitäten im öffentlichen Dienstleistungssektor, Umstrukturierung der Arbeitsorganisation in vielen Bereichen, Neuaufbau eines Mittelstandes) kamen weitere Auf- und Abstiege im Zuge der Entpolitisierung: Politisch kompromittierte und fachlich inkompetente Anhänger des alten Systems in höheren und gehobenen Positionen wurden ausgetauscht. Die hohe Umbruchsmobilität flaute dann nach etwa drei Jahren wieder ab; 1994 unterschieden sich die ostdeutschen Muster der Karrieremobilität kaum noch von den Westdeutschen.

Hohe Umbruchsmobilität

Durch mehrere repräsentative Studien lassen sich die Konturen der Umbruchsmobilität genauer erkennen:

◊ Die Arbeitsmarktmobilität hat sich im Jahr nach der Währungsunion stark erhöht. Obwohl der westdeutsche Arbeitsmarkt bereits sehr dynamisch war, mussten von Mitte 1990 bis Mitte 1991 zweieinhalbmal so viele ostdeutsche Erwerbstätige die Stelle wechseln und dreimal so viele aus dem Erwerbsleben ausscheiden wie im Westen der Bundesrepublik Deutschland.

◊ Hinter den Turbulenzen an der „Oberfläche" des Arbeitsmarktes verbargen sich jedoch auch beachtliche Kontinuitäten in einigen Kernstrukturen des Positionsgefüges. Etwa zwei Drittel derjenigen, die sich im Beschäftigungssystem halten konnten, waren ohne Stellenwechsel durchgängig beschäftigt. Zu den „Ruhezonen" gehörte insbesondere der staatliche Dienstleistungsbereich – Erziehungs- und Gesundheitswesen oder Kommunalverwaltungen.

◊ Die Mobilitätsströme verliefen zudem häufiger horizontal und seltener vertikal; dies gilt insbesondere dann, wenn man nur das Beschäftigungssystem betrachtet und Arbeitslose, Vorruheständler etc. ausblendet. 56 Prozent der Ostdeutschen, die nicht aus dem Arbeitsmarkt verdrängt wurden, haben ihren Status zwischen 1990 und 1994 nicht gewechselt (Westdeutsche in diesem Zeitraum 69 Prozent).

◊ Bei einem Niveauwechsel überwogen die sozialen Abstiege. Rechnet man Arbeitslose, Vorruheständler, ABM-Beschäftigte und Umschüler zum „Unten", dann waren 83 Prozent der vertikal Mobilen bis 1994 soziale Absteiger. Auch innerhalb des ostdeutschen Erwerbssystems war vertikale Mobilität häufiger Mobilität nach unten: 26 Prozent mussten zwischen 1990 und 1994 absteigen, nur 18 Prozent gelang ein sozialer Aufstieg. In Westdeutschland setzte sich dagegen in diesem Zeitraum die langfristige Tendenz fort. Karrieremobilität war häufiger Aufwärtsmobilität: Den 20 Prozent Aufsteigenden standen elf Prozent Absteigende gegenüber.

◊ Die Chancen auf Statuserhalt oder Aufstieg bzw. die Risiken sozialen Abstiegs waren ungleich verteilt. Durch die Entpolitisierung der Sozialstruktur verloren große Teile der alten Führungsschichten – nach den beiden bisher vorliegenden nicht repräsentativen Studien etwa 50 bis 60 Prozent der Inhaber von Leitungspositionen – ihre Stellungen, insbesondere, wenn gute fachliche Qualifikationen fehlten. Ihr Abstieg eröffnete gut Qualifizierten aus der „oberen" Mitte – in Konkurrenz mit Westlern – Aufstiegschancen. Fach- und Hochschulabsolventen aus dem Dienstleistungsbereich hatten darüber hinaus auch gute Chancen auf Statuserhalt. Etwa drei Viertel der gehobenen und höheren Angestellten überstanden die Wende ohne Statuseinbußen. In der Mitte der Gesellschaft waren und sind insbesondere Arbeiter und Angestellte aus Industrie und Landwirtschaft vom sozialen Abstieg bedroht; noch stärker allerdings die Un- und Angelernten, die in hohem Maße von der Arbeitsmarktkrise betroffen sind und kaum Aufstiegschancen haben.

Die psychischen Folgen hoher sozialer Mobilität können als zwiespältig eingestuft werden. Auf der einen Seite hat die hohe Beschleunigung des Strukturwandels – im Zusammenspiel mit einer extremen Veränderung nahezu aller Lebensumstände – bei vielen Ostdeutschen eine „neue große Unsicherheit" ausgelöst, die viele Facetten aufweist: Herausreißen aus Gewohntem; Entwertung von fachlichen, sozialen, moralischen und politischen Qualifikationen; Identitätskrisen; Zusammenbruch bisheriger sozialer Kontakte, unter anderem am Arbeitsplatz. Die Lage der Menschen wurde zusätzlich dadurch erschwert, dass die Dynamik im Zeitraffertempo auf eine Bevölkerung traf, die darauf nicht vorbereitet war: Gerade soziale Sicherheit und Betreuung waren in der DDR wesentliche Bestandteile ihrer sozialen Situation. Ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit verkehrte sich über Nacht in ein Übermaß an Unsicherheit. Vielen Ostdeutschen wurde daher in den Jahren des Umbruchs in außergewöhnlicher Weise Geduld und das Ertragen von Unsicherheiten und Frustrationen abverlangt. Auf der anderen Seite stellte das Aufbrechen alter Strukturen auch Chancen bereit: Die Herausforderungen an die Umstellungsfähigkeit und Flexibilität beinhalteten auch Chancen zum Lernen, zu neuer Offenheit und zu neuen Formen der Selbstverwirklichung.

Bildungsexpansion und Bildungschancen

Rainer Geißler

Moderne Gesellschaften werden zu Recht häufig als „Wissensgesellschaften" bezeichnet. Dieser Begriff hebt hervor, dass Wissen und Bildung zunehmend an Bedeutung für die Entwicklung und die Konturen einer modernen Sozialstruktur gewonnen haben. Die so genannte Bildungsexpansion gehört zu den auffälligen Erscheinungen des sozialstrukturellen Wandels der letzten Jahrzehnte

Mit Bildungsexpansion ist zum einem die enorme Ausdehnung des Bildungswesens gemeint, insbesondere der Ausbau der Realschulen, der Gymnasien sowie der Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten. Immer mehr junge Menschen besuchen weiterführende Bildungseinrichtungen, erwerben mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse und verweilen immer länger im Bildungssystem. Dieser Trend wird deutlich sichtbar, wenn man die heutige Verteilung der jungen Menschen auf die verschiedenen Schulformen mit der Situation in den fünfziger Jahren vergleicht. Die damalige Volksschule war die wirkliche „Hauptschule" der ersten Nachkriegsjahrzehnte. 1952 wurde sie noch von 79 Prozent der Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse besucht. Nur etwa ein Fünftel der Jugendlichen ging seinerzeit auf weiterführende Schulen: 13 Prozent auf Gymnasien und sechs Prozent auf Realschulen. 1960 waren die Abiturienten noch eine kleine exklusive Gruppe, lediglich sechs Prozent eines Schülerjahrgangs erwarben die allgemeine Hochschulreife, 1997 waren es bereits 28 Prozent. Die Zahlen für 1998 verdeutlichen den Boom der Realschulen, Gymnasien und integrierten Schulen und die damit verbundene Krise der Hauptschule. 1998 gingen 30 Prozent der 13-

jährigen auf ein Gymnasium, 24 Prozent besuchten eine Realschule und weitere 17 Prozent integrierte Schulen. Seit Beginn der neunziger Jahre ist das Gymnasium zur meist besuchten Schulform avanciert. Die Hauptschule dagegen wird ihrem Namen schon seit den siebziger Jahren nicht mehr gerecht; 1998 wurde sie nur noch von 21 Prozent der 13-jährigen besucht. In vielen Großstädten liegen die Besuchsquoten noch erheblich niedriger, und in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen ist sie im Zuge der Umgestaltung des sozialistischen Bildungswesens gar nicht erst eingerichtet worden.

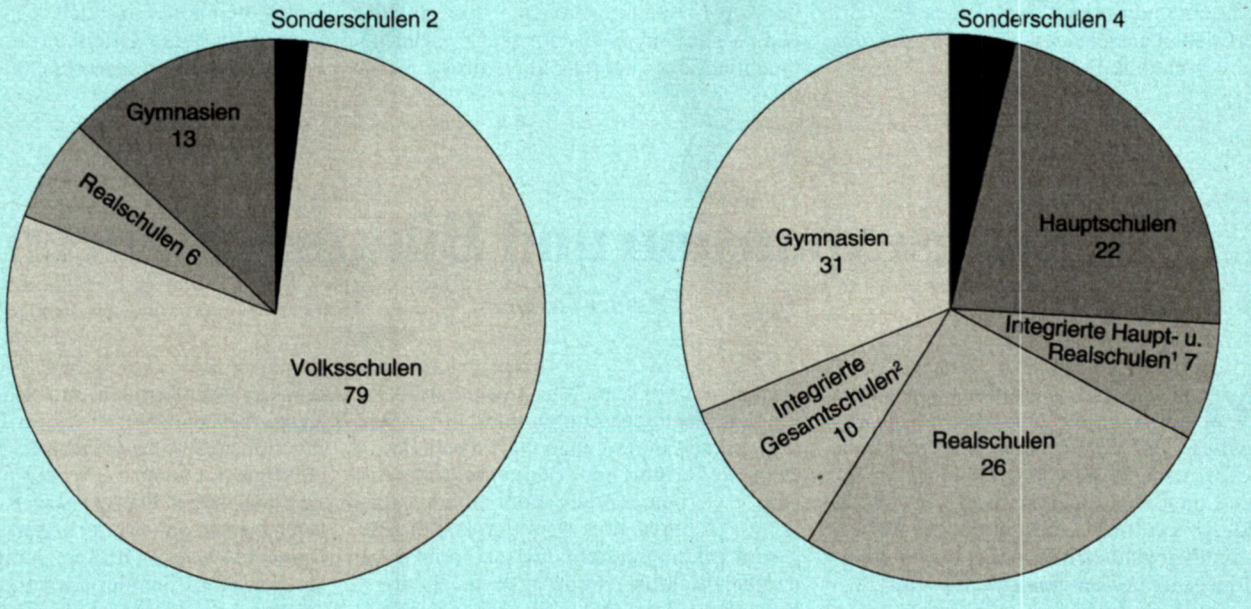
Die Zahl der Lernenden an den Hochschulen hat sich noch erheblich stärker ausgeweitet als an den Gymnasien. 1960 nahmen nur sechs Prozent eines Jahrgangs ein Universitätsstudium auf und weitere zwei Prozent ein Fachhochschulstudium. Bis 1997 sind diese Anteile inzwischen auf 20 Prozent bzw. 10 Prozent angestiegen. In Westdeutschland liegen die Studienanfängerquoten noch etwas höher, mehr als ein Drittel eines Jahrgangs beginnt ein Studium an einer Universität oder einer Fachhochschule.

Die andere Seite des Qualifikationsspektrums markiert die Problemzone der Bildungsexpansion. Etwa ein Zehntel der jungen Menschen bleibt auch heute noch ohne eine ausreichende Grundqualifikation; ihre Chancen auf eine angemessene Teilnahme am Leben einer Wissens- und Bildungsgesellschaft sind daher erheblich beeinträchtigt. Der fehlende Schulabschluss hat weitere Folgen: Zwei Drittel dieser Jugendlichen bleiben anschließend ohne Lehrabschluss. Insgesamt haben 1999 von den jungen Deutschen (20–29 Jahre) acht Prozent keine Berufsausbildung abgeschlossen, von den jungen Ausländern sind es sogar 33 Prozent. Der Anteil von Jugendlichen, die das Bildungssystem ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist von 17 Prozent im Jahr 1970 auf acht bis neun Prozent in den achtziger Jahren zurückgegangen. Dieser Prozentsatz ließ sich allerdings weder in Westdeutschland noch in der DDR oder den neuen Bundesländern weiter verringern.

Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht stellt sich die Bildungsexpansion als eine kontinuierliche Höherqualifizierung der Bevölkerung dar. Die Qualifikationsstruktur der Gesellschaft verbessert sich langsam, aber stetig, weil die schlechter qualifizierten älteren Jahrgänge wegsterben und besser ausgebildete jüngere Jahrgänge nachwachsen. Bis in die sechziger Jahre hinein waren die typischen Erwerbstätigen ungelernte Arbeitskräfte; diese stellten in den fünfziger Jahren mehr als zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung. 1998 bildeten sie nur noch ein deutlich kleineres, weiterhin schrumpfendes Segment des Arbeitsmarktes im Umfang von 22 Prozent in den alten und 13 Prozent in den neuen Bundesländern. Prognosen gehen davon aus, dass sich der Anteil der Ungelernten bis zum Jahre 2010 nochmals halbieren wird. Die typischen Erwerbstätigen von heute sind die gelernten, zum Teil auch angelernten Fachkräfte, diese stellten 1998 in Ost und West jeweils 56 Prozent der Erwerbstätigen. Gleichzeitig haben immer mehr Menschen überdurchschnittliche Qualifikationsabschlüsse erworben. Der Anteil von Meistern, Fachschul- und Fachhochschulabsolventen hat sich seit den sechziger Jahren fast verdoppelt und lag im Jahr 1998 bei 14 Prozent (West) bzw. 21 Prozent (Ost). Noch stärker war das relative Wachstum der Akademiker: ihr Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung hat sich von drei Prozent Mitte der sechziger Jahre auf neun Prozent in den alten und elf Prozent in den neuen Bundesländern mehr als verdreifacht. Schichtungssoziologisch lässt sich die Höherqualifizierung der Bevölkerung als „Umschichtung nach oben" interpretieren: Untere Bildungsschichten schrumpfen, mittlere und höhere Bildungsschichten dehnen sich aus.

Die Bildungsexpansion setzte in der Bundesrepublik bereits in den fünfziger Jahren ein. Ein weiterer kräftiger Schub erfolgte dann im Zusammenhang mit den bildungspolitischen Debatten der sechziger Jahre. Bildungsökonomen hoben den Nutzen der Bildung für das Wirtschaftswachstum hervor (Bildung als Humankapital), und in Bildungsforschung und -politik wurde auf die gesellschaftspolitische Bedeutung der Bildungschancen hingewiesen. „Bildung ist Bürgerrecht" lautete zum Beispiel eine einflussreiche Schrift von Ralf Dahrendorf aus dem Jahre 1965. Obwohl der Ruf nach besseren Bildungschancen seit den späten siebziger Jahren fast verstummt ist und mit ökonomischen Argumenten vor so genannten „Qualifikationsüberschüssen" gewarnt wird, setzte sich die Bildungsexpansion ungebrochen fort. Sie hat eine Eigendynamik entwickelt, die sich relativ unabhängig von direkten politischen und wirtschaftlichen Impulsen vollzieht

Schulbesuch (7. Klasse) an verschiedenen Schularten 1952 und 1997



[1] hauptsächlich in Sachsen und Thüringen
[2] einschl. Freie Waldorfschulen

Zusammengestellt nach Jahrbuch der Schulentwicklung 6/1990, S. 48 und Bundesministerium für Bildung und Forschung: Grund- und Strukturdaten 1998/99, S. 66 f.

Ursachen und Folgen

Der strukturelle Motor der Bildungsexpansion liegt in zwei miteinander verknüpften Strängen der gesellschaftlichen Entwicklung, die beide den Bedarf an besseren Qualifikationen stetig steigern.

Den einen Strang hat der Soziologe Helmut Schelsky bereits 1961 als die Entfaltung der „wissenschaftlich-technischen Zivilisation" bezeichnet. Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt durchdringen immer stärker das tägliche Leben in der Arbeitswelt und in der Freizeit, in der Öffentlichkeit und im Privatleben. Der rasante Siegeszug des Computers im letzten Jahrzehnt ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie technische Neuerungen die Anforderungen an die Fähigkeiten der Menschen erhöhen. Zur wissenschaftlich-technischen Zivilisation gehört auch die Fortentwicklung und der zunehmende Einsatz von Sozialtechnologien, das heißt von speziellen Kenntnissen, um die immer komplizierter werdenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Abläufe besser zu planen, zu kontrollieren und zu steuern.

Der zweite Entwicklungsstrang lässt sich mit den Stichworten zunehmende Komplexität und zunehmende Verflechtungen kennzeichnen. Verwissenschaftlichung und Technisierung gehen einher mit einer zunehmenden Spezialisierung und Differenzierung der Sozialstruktur sowie mit der Entstehung immer größerer Zusammenhänge, durch die das Leben des Einzelnen mitbestimmt wird. Ein Aspekt der zunehmenden Verflechtungen wird seit einiger Zeit unter dem Schlagwort „Globalisierung", das heißt der Zunahme globaler, weltweiter Zusammenhänge diskutiert. Die zentrale Bedeutung von Wissen und Bildung in einer modernen Gesellschaft dieses Typs – verwissenschaftlicht, technisiert, differenziert, umfassend verflochten – ist offensichtlich: Sie sind eine wesentliche Voraussetzung und Triebkraft für die ökonomische und soziale Entwicklung.

Die Bildungsexpansion ist jedoch nicht nur die Antwort auf einen steigenden Bildungsbedarf, sondern sie unterliegt auch einer nur schwer kontrollierbaren Eigendynamik, die „Qualifikationsüberschüsse" hervorbringen kann. Ihre Triebfeder ist die Konkurrenz der Menschen um Statussicherung und sozialen Aufstieg. Da eine gute Ausbildung immer stärker zur Voraussetzung für gute Lebenschancen wird, nimmt der Druck zu, weiterführende Bildungseinrichtungen zu besuchen. Man möchte individuellen Nutzen für den eigenen Sozialstatus aus einem Bildungsvorsprung vor anderen erzielen und nimmt große Mühen auf sich, diesen Vorsprung zu halten oder durch weitere Bildungsanstrengungen wieder herzustellen, wenn andere ihr Bildungsniveau verbessern. Der amerikanische Sozialwissenschaftler Fred Hirsch hat bereits vor zwei Jahrzehnten die Problematik derartiger Bemühungen für den Einzelnen in einem anschaulichen Bild verdeutlicht: „Wenn jeder auf Zehenspitzen steht, sieht keiner besser."

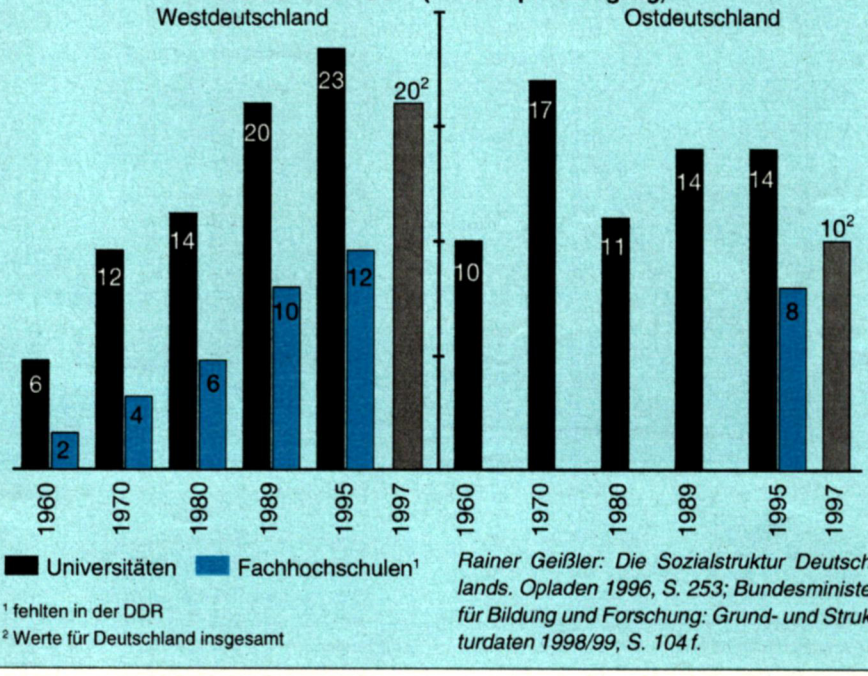
Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen 1964–1998 (in Prozent)

	Universität[1]		Fachhochschule Fachschule[2] Meister		Lehre, Berufsfachschule Anlernberufe		Ungelernte[3]	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
1964[4]	3	3	8	9	36	20	54	63
1976[5]	6	5	12	9	51	50	29	35
1980	6	6	15	10	56	55	20	29
1989[6]	8	7	18	12	61	58	13	23
1998	11	9	21	14	56	56	13	22

[1] einschl. Lehrerausbildung [2] einschl. Technikerausbildung [3] einschl. Teilausbildung in der DDR
[4] DDR 1965 – die Zahlen für die Bundesrepublik sind aus methodischen Gründen (Mängel bei der Kategorisierung) nicht ganz zuverlässig [5] DDR 1975 [6] DDR 1988

Statistisches Bundesamt; Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen [2]1996, S. 251.

Studienanfängerquoten in Ost- und Westdeutschland 1960 bis1997 (Prozent pro Jahrgang)



[1] fehlten in der DDR
[2] Werte für Deutschland insgesamt

Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen 1996, S. 253; Bundesminister für Bildung und Forschung: Grund- und Strukturdaten 1998/99, S. 104 f.

Die Höherqualifizierung der Bevölkerung hat das soziale Leben in vielen Bereichen beeinflusst:

◇ Ein höheres Bildungsniveau ist mit einem Mehr an Reflexion und Selbstfindung verbunden und fördert die Tendenzen zur Individualisierung. Menschen mit guter Bildung denken mehr als andere über eingefahrene Traditionen nach; auf der Suche nach ihrem individuellen Stil stellen sie traditionelle Werte und Normen eher in Frage und weichen eher von dem, was üblich ist, ab. Ein Mehr an Bildung fördert daher die Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen im Wertebereich, bei den Lebensformen und Lebensstilen.

◇ Besser qualifizierte Menschen verlangen nach mehr Mitbestimmung. Daher geht von der Bildungsexpansion ein Demokratisierungsdruck auf die Macht- und Herrschaftsstrukturen aus.

◇ Mädchen und Frauen konnten die neuen Chancen auf eine bessere Bildung in besonderem Maße nutzen und frühere Bildungsbenachteiligungen nach und nach beseitigen (siehe Seite 45 ff.). Die Bildungsexpansion leistet also einen Beitrag zur Verringerung der sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

◇ Die Pluralisierung der Formen des privaten Zusammenlebens – der „Monopolverlust" der bürgerlichen Familie – ist teilweise von der Bildungsexpansion beeinflusst. Mit einem höheren Bildungsniveau hängen nachweislich folgende Entwicklungen zusammen: spätere Heirat bei Frauen und späterer Zeitpunkt für die Geburt von Kindern, steigende Kinderlosigkeit, neue Formen des Privatlebens wie nichteheliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften, Alleinleben in der jüngeren Generation.

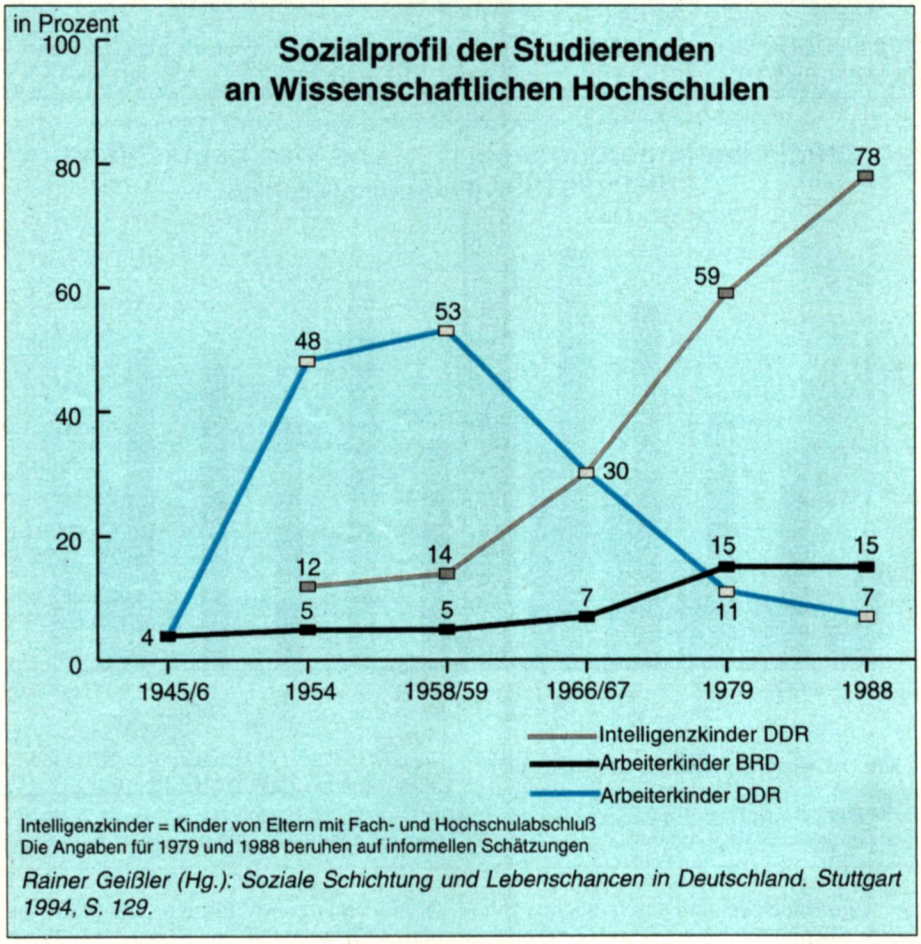
◇ Schließlich beeinflusst der Ausbau der Fach- und Hochschulen die altersspezifische Differenzierung der Sozialstruktur. Immer mehr junge Menschen zwischen 18

Studienanfängerinnen an Universitäten nach dem Beruf des Haushaltsvorstandes

(alte Länder 1969–1995, in Prozent)

	1969	1979	1989	1999
Arbeiter	3	4	5	7
Angestellte	15	24	24	25
Selbstständige	11	16	25	32
Beamte	27	35	43	44
alle Berufsgruppen	10	13	18	22

Zusammengestellt nach Soziologischer Almanach 1979 und Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks.



Intelligenzkinder = Kinder von Eltern mit Fach- und Hochschulabschluß
Die Angaben für 1979 und 1988 beruhen auf informellen Schätzungen

Rainer Geißler (Hg.): Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland. Stuttgart 1994, S. 129.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Eine Medizinstudentin feiert ihre Promotion. Der „Doktor" ist immer noch synonym für den Arztberuf. An deutschen Universitäten ist die Promotion die Voraussetzung für eine wissenschaftliche Laufbahn.

und 30 Jahren verweilen im Bildungssystem und treten erst relativ spät ins Berufsleben ein. Da diese Personen nicht mehr zu den Jugendlichen, aber von ihren Lebensbedingungen her auch noch nicht eindeutig zu den Erwachsenen gehören, werden sie „Postadoleszente" („Nachjugendliche") oder auch „Junge Erwachsene" genannt; sie befinden sich in einer Übergangsphase vom Jugendlichen zum Erwachsenen.

Mehr Erfolgsaussichten

Bildung ist in der modernen Gesellschaft die Voraussetzung dafür, gesellschaftliche Chancen wahrzunehmen und soziale Risiken zu minimieren. Mit einem guten Qualifikationsniveau hängen die Chancen auf beruflichen Erfolg und auf Lebensstandard genauso zusammen wie die Chancen auf Selbstbestimmung und Freiheit. Die folgenden Beispiele sollen diese allgemeinen Aussagen etwas konkretisieren:

◇ Der Einstieg oder Aufstieg in höhere berufliche Positionen ist immer häufiger an einen Hochschulabschluss gebunden. So hatten zum Beispiel 1997 82 Prozent aller Leitenden Angestellten der deutschen Wirtschaft erfolgreich ein Hochschulstudium abgeschlossen, 36 Prozent waren sogar promoviert, und nur 13 Prozent verfügten nicht über das Abitur. Diese „Akademisierung" vollzieht sich in ähnlicher Form auch in anderen Berufsfeldern sowie in den höheren Ebenen des politischen Bereichs, zum Beispiel in den Parlamenten, in den Parteien und selbst in den Gewerkschaftsführungen.

◇ Das individuelle „Bildungskapital" lässt sich in der Regel über gesellschaftliche Führungspositionen auch in entsprechend gute Einkommen und einen hohen Lebensstandard umsetzen. Universitätsabsolventen verdienten 1995 mehr als das Doppelte eines Ungelernten und circa 75 Prozent mehr als eine gelernte Fachkraft.

◇ Eine gute Qualifikation schafft darüber hinaus auch die psychischen Voraussetzungen für ein höheres Maß an individueller Lebensgestaltung und Lebensstilisierung, ein Herauslösen aus überkommenen Traditionen und Bindungen, an einer Lebensführung nach eigenen Wünschen und Vorstellungen. Die viel zitierte Individualisierung des Lebens in der Moderne vollzieht sich daher vor allem im Umfeld akademischer Milieus.

◇ Auch von den Risiken der modernen Gesellschaft sind nicht alle gleichmäßig betroffen, die modernen Risiken sind nicht „demokratisiert", wie es eine verbreitete, aber irreführende Formulierung

behauptet. Eine gute Ausbildung bietet keinen absoluten Risikoschutz, aber sie kann Risiken erheblich herabsetzen: So ist die Gefahr, unter die Armutsgrenze zu rutschen, für Ungelernte um das sechszehnfache höher als für Hochschulabsolventen; das Risiko der Ungelernten, arbeitslos zu werden, liegt um das Vierfache über dem der Akademiker. Abiturienten werden zudem nur äußerst selten zu Haftstrafen verurteilt; etwa zwei Drittel der Häftlinge im Jugendstrafvollzug haben die Hauptschule nicht abgeschlossen, und nur etwa jeder Tausendste hat ein Gymnasium besucht.

Ungleiche Chancen

Die Chancengleichheit beim Zugang zu dem wichtigen gesellschaftlichen Gut Bildung ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Unter Chancengleichheit wird in der Regel verstanden, dass alle – entsprechend ihren Fähigkeiten und Leistungen – gleiche Chancen zum Erwerb mittlerer oder höherer Ausbildungsabschlüsse erhalten. Leistungsfremde Kriterien – wie zum Beispiel Geschlecht, soziale Herkunft, Wohnort, Religion oder Nationalität – sollen bei der notwendigen Auslese im Bildungssystem keine Rolle spielen. In den sechziger Jahren bestand jedoch unter Bildungsforschern und -politikern Einigkeit darüber, dass die Bildungschancen ungleich verteilt waren, oder anders formuliert, dass im deutschen Bildungssystem neben der Auslese nach Leistung auch eine leistungsunabhängige und daher „illegitime" soziale Auslese stattfand. Als wichtige benachteiligte Gruppen wurden Mädchen und Arbeiterkinder identifiziert. Hat die Bildungsexpansion diese Bildungsungerechtigkeiten mildern oder beseitigen können? Während die Bildungsdefizite der Mädchen inzwischen verschwunden sind (vgl. Seite 45 ff.), erweisen sich die schichttypischen Chancenunterschiede als außerordentlich widerstandsfähig. Nicht nur in Deutschland, auch in anderen europäischen Gesellschaften gelang es nicht, die Bildungsbenachteiligung der Kinder aus unteren Schichten im Zuge der Bildungsexpansion entscheidend abzubauen.

Die Bildungsstatistik dokumentiert diese gesellschaftlich relevanten Zusammenhänge und Entwicklungen nur lückenhaft: Differenziert gegliederte Daten sind vergleichsweise alt, und längere Zeitreihen bis in die letzten Jahre hinein sind nur grob untergliedert. Dennoch lassen sich die empirischen Bruchstücke zu einem Gesamtmosaik zusammensetzen. Von der enormen Ausweitung der Bildungschancen profitieren durchaus die Kinder aus allen Schichten, allerdings in unterschiedlicher Weise (vgl. die Tabellen links und unten). Während die Arbeiterkinder die Realschulen inzwischen genauso häufig besuchen wie Kinder aus der gesellschaftlichen Mitte, kam die Expansion der Gymnasien und Hochschulen vor allem den Kindern aus mittleren Schichten (mittlere Angestellte und Beamte, Landwirte, Selbständige ohne Hochschulabschluss) zugute. Diese konnten ihren Abstand zu den sehr guten und nur noch beschränkt steigerungsfähigen Bildungschancen der Kinder aus Akademikerfamilien verringern. Auch die Kinder von Facharbeitern und unteren Dienstleistungsschichten besuchen heute häufiger als früher Gymnasien und Hochschulen; ihr Chancenzuwachs blieb jedoch hinter dem der Mittelschichten zurück, so dass sie im verschärften Wettbewerb um höhere Ausbildungszertifikate gegenüber der Mitte an Boden verloren haben.

Die Kinder der Ungelernten stellen nach wie vor die stark benachteiligten Schlusslichter im Bildungswettlauf dar. Für sie ist die Hauptschule weiterhin die Regelschule geblieben, und nur eine Minderheit unter ihnen besucht ein Gymnasium. Nur jedes 50. Kind eines Ungelernten beginnt mit einem Universitätsstudium im Vergleich zu 82 Prozent der Kinder von Freiberuflern (Ärzten, Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern etc.); die universitären Studienchancen der Letztgenannten sind also um das 41fache höher als diejenigen der Kinder von Ungelernten.

Die schichttypischen Effekte bei der Erweiterung der Bildungschancen lassen sich auch an folgendem Beispiel gut erkennen: Arbeiterkinder haben in den neunziger

Schichtspezifische Schulbesuchs- und Studierquoten[1] (in Prozent)

Chancen	Beruf und Bildung des Familienvorstandes[2]	Hauptschule (13–14-jährige) 1989	Realschule (13–14-jährige) 1989	Gymnasium (17–18-jährige) 1989	insgesamt	Studienanfänger	
						Wiss. Hochschulen 1987/88	Fachhochschulen 1987/88
stark begünstigt	selbständige Akademiker	(2)	(10)	76	93	82	11
	Beamte mit Abitur	(7)	12	77	81	67	14
	Angestellte mit Abitur	(8)	20	73	73	58	15
begünstigt	Beamte mit mittlerem Abschluss	(13)	32	47	33	21	11
	Angestellte mit mittlerem Abschluss	16	31	46	29	20	9
ausgeglichen	nichtakad. Selbständige (o. Landwirte)	33	29	34	24[3]	16[3]	8[3]
	Beamte ohne mittleren Abschluss	16	31	28	25	15	10
	Angestellte ohne mittleren Abschluss	28	37	24	21	13	8
benachteiligt	selbständige Landwirte	47	36	17	–[4]	–[4]	–[4]
	deutsche Arbeiter mit Lehre	52	30	14	11	6	5
stark benachteiligt	deutsche Arbeiter ohne Lehre	65	21	7	4	2	2

( ) Prozentzahlen, die aus weniger als 50 Fällen berechnet sind.

[1] Anteil an den Gleichaltrigen der jeweiligen Schicht, die einen bestimmten Schul- oder Hochschultyp besuchen (Lesebeispiel: 76 % der 17–18-jährigen Kinder von selbständigen Adademikern besuchten 1989 ein Gymnasium).
[2] Die Rangordnung der Schichten orientiert sich an den Studienchancen an Wissenschaftlichen Hochschulen.
[3] Die Studierquoten beziehen sich auf Selbständige ohne Hochschulabschluss einschließlich Landwirte.
[4] nicht erhoben (vgl. Anm. 3).

Rainer Geißler: Soziale Schichtung und Bildungschancen. In: Ders. (Hg.): Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland. Stuttgart [2]1994, S. 118 (Datenbasis: Mikrozensus-Auswertung von Helmut Köhler).

Foto: Christoph & Friends

Neben Akademikerkindern besuchen vor allem die Kinder aus den Mittelschichten das Gymnasium. Computerunterricht wie hier in Leverkusen sollte selbstverständlich sein.

Jahren ein Jahrhunderthoch an universitären Studienchancen erreicht; sieben von hundert beginnen ein Universitätsstudium – noch nie studierte ein so hoher Anteil von ihnen an Universitäten wie heute. Dennoch nehmen sich ihre Studienchancen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen ausgesprochen bescheiden aus. Kinder aus anderen Gruppen konnten ihre Chancen innerhalb kurzer Zeit um mehr als sieben Prozentpunkte steigern, Beamtenkinder zum Beispiel von 33 Prozent im Jahr 1986 auf 48 Prozent im Jahr 1991; das ist eine Steigerungsrate, die mehr als das Doppelte der Studienchancen von Arbeiterkindern insgesamt ausmacht.

Ursachen des sozialen Filters

Wo liegen die Ursachen der fortdauernden scharfen sozialen Auslese im Bildungssystem? Eine häufig gehörte Erklärung lautet: Es liegt an der Auslese nach Leistung – wer tüchtig und leistungsfähig ist, setzt sich durch. Diese Erklärung enthält einen richtigen Kern, ist aber einseitig und unvollständig. Bildungssozilogie und Sozialisationsforschung haben in vielen Untersuchungen zweierlei herausgearbeitet: Zum einen, dass Leistungsunterschiede mit Unterschieden in den Sozialisationsmilieus zusammenhängen und zum anderen, dass die Auslese im Bildungssystem nicht nur Auslese nach Leistung ist, sondern dass dabei auch leistungsunabhängige soziale Kriterien eine Rolle spielen. Neuere Untersuchungen zeigen, dass das komplexe Ursachengeflecht des sozialen Filters – das Zusammenspiel von schichttypischen Sozialisationsvoraussetzungen im Elternhaus mit schichttypischen Auslesemechanismen in den Schulen – auch heute noch wirksam ist.

Das Leistungspotenzial der Kinder wird unter den Sozialisationsbedingungen im oberen Bereich der Gesellschaft und auch im mittleren Bereich im Durchschnitt besser entwickelt als im unteren. Natürlich gibt es ein „einheitliches Sozialisationsmilieu" weder in Arbeiterfamilien noch in Mittel- oder Oberschichtfamilien. Die Sozialisationsbedingungen variieren von Familie zu Familie. Dennoch erleichtert das Aufwachsen in Familien von Ärztinnen, Lehrern oder Leitenden Angestellten in der Regel eine erfolgreiche Bildungskarriere (zum Beispiel im Durchschnitt höhere Bildungsansprüche, höherer materieller und geistiger Anregungsgehalt, stärkerer Glaube an die eigene Leistungsfähigkeit, weniger Orientierungs- und Motivations- oder auch Finanzierungsschwierigkeiten bei der Ausbildung).

Die sozialisatorischen Schichteffekte werden in ihrer Wirkung verstärkt durch eine zum Teil leistungsunabhängige soziale Auslese im Bildungssystem. Etwas pointiert lässt sich dieser leistungsunabhängige soziale Filter wie folgt beschreiben: Leistungsstarke Unterschichtenkinder bringen es im Bildungssystem nicht einmal so weit wie leistungsmittelmäßige Kinder aus anderen Schichten. Eine entscheidende Weiche in der Bildungskarriere wird beim Übergang von der Grundschule in das viergliedrige System der Sekundarstufe gestellt.

Eine Untersuchung an 13000 Hamburger Fünftklässlern aus dem Jahr 1996 geht der Frage nach, welchen Einfluss die Schichtzugehörigkeit (hier gemessen am Bildungsniveau der Väter) und die Leistungsfähigkeit der Kinder (gemessen an einem standardisierten Leistungstest) auf die Empfehlungen der Grundschullehrerinnen für den Besuch eines Gymnasiums haben. Nur 16 Prozent der Kinder von Vätern ohne Hauptschulabschluss erhielten eine Empfehlung für das Gymnasium, aber 40 Prozent der Kinder von Vätern mit Realschulabschluss und 70 Prozent der Kinder von Vätern mit Abitur. Diese Unterschiede sind nur zum Teil auf Unterschiede in den Leistungen zurückzuführen. Die Studie belegt, dass bei Kindern aus bildungsschwachen Familien strengere Maßstäbe gelten, um eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, als bei Kindern aus bildungsstarken Familien. Damit eine Gymnasialempfehlung wahrscheinlich wird, mussten Kinder von Vätern ohne Hauptschulabschluss 98 Punkte im Leistungstest erzielen. Hatte der Vater Realschulabschluss, dann reichten 77 Punkte aus und Kinder von Vätern mit Abitur benötigten lediglich 65 Punkte; eine Elternentscheidung für das Gymnasium wurde in diesen Familien bereits bei 50 Testpunkten wahrscheinlich. Für die Gymnasialempfehlung der Grundschule brauchten die Kinder aus der bildungsschwächsten Schicht also eine Testleistung, die um circa 50 Prozent höher lag als bei den Kindern aus der bildungsstärksten Schicht.

Diese Hamburger Studie bestätigte schichttypische Weichenstellungen am Ende der Grundschulzeit, die bereits aus älteren Studien bekannt sind: Unterschichtenkinder mit guten Leistungen erhalten erheblich seltener eine Empfehlung für Gymnasien als andere Kinder derselben Leistungsstärke; und die Eltern aus diesen Kreisen machen dann von den selteneren Empfehlungen auch noch seltener Gebrauch.

Der leistungsunabhängige soziale Filter ist dann beim Übergang in die Universitäten erneut wirksam: Arbeiterkinder mit guten Leistungen auf dem Gymnasium wollen seltener studieren (43 Prozent) als Oberstufenschüler und -schülerinnen der mittleren Leistungsstufe, die aus Familien von Selbstständigen (55 Prozent), Beamten (50 Prozent) oder Angestellten (44 Prozent) stammen. Erst an der Hochschule ist der soziale Filter außer Kraft gesetzt. Die vergleichsweise wenigen Studierenden aus Arbeiterfamilien haben zwar überdurchschnittlich häufig mit Finanzierungsproblemen sowie mit Orientierungs- und Motivationsschwierigkeiten zu kämpfen, aber ihr Durchhaltevermögen an den Hochschulen ist genauso gut (oder schlecht) wie bei den Studierenden mit anderer sozialer Herkunft.

Entwicklungen in Ostdeutschland

Die Bildungsentwicklung wurde in der DDR erheblich stärker politisch und administrativ gesteuert als in der Bundesrepublik. Einer früher forcierten Expansionsphase – in den sechziger Jahren schlugen in der DDR mehr Jugendliche die Bildungswege zum Abitur und an die

Universitäten ein als in Westdeutschland – folgte in den siebziger Jahren eine Drosselung des Zugangs zur höheren Bildung. Daher lagen 1989 die ostdeutschen Abiturienten- und Studierendenquoten mit jeweils 14 Prozent erheblich unter den Westdeutschen von 25 Prozent (Abiturienten) bzw. 20 Prozent (Universitätsstudierende). Mit dem Untergang der DDR verschwand auch die politische Blockade der Bildungsexpansion, ein Ansturm auf die neu eingerichteten Gymnasien und – mit entsprechender Zeitverzögerung – auf die Hochschulen setzte ein. Inzwischen ist die einst gebremste Bildungsexpansion so gut wie nachgeholt: der Besuch der verschiedenen Schulformen ähnelt inzwischen dem westdeutschen Muster, und die Studienanfängerquoten steigen und werden in Kürze das westdeutsche Niveau erreicht haben.

Erwähnenswert ist beim Ost-West-Vergleich, dass in der DDR weniger Menschen ohne berufliche Grundausbildung blieben als in der Bundesrepublik. Dieser Unterschied ist auch heute noch vorhanden: 1998 gab es unter den ostdeutschen Erwerbstätigen 13 Prozent Ungelernte im Vergleich zu 22 Prozent unter den westdeutschen.

Interessant, aber gleichzeitig desillusionierend ist die Entwicklung der schichttypischen Bildungschancen in der DDR. Mit einem ganzen Bündel revolutionärer bildungspolitischer Maßnahmen hat die sozialistische Führung im ersten Jahrzehnt nach der Gründung der DDR das „bürgerliche Bildungsmonopol gebrochen". Den Arbeiterkindern wurden die Universitäten in dramatischer Weise geöffnet – teilweise durch gezielte Unterstützung (zum Beispiel Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten), zum Teil aber auch durch bewusst in Kauf genommene Verstöße gegen das Leistungsprinzip, zum Beispiel durch den so genannten „Arbeiter-und-Bauern-Bonus", mit dem leistungsschwächere Kinder aus den bisher benachteiligten Schichten den leistungsstärkeren Kindern des Bürgertums bei der Zulassung zu weiterführenden Bildungseinrichtungen vorgezogen wurden.

Seit Ende der fünfziger Jahre setzte jedoch eine Phase zunehmender sozialer Schließung der DDR-Hochschulen ein, die bis zum Untergang der DDR anhielt. Die Zugangswege zu den Universitäten verstopften für Arbeiterkinder immer mehr, das „bürgerliche Bildungsmonopol" wurde allmählich abgelöst durch ein Bildungsprivileg der neuen sozialistischen Führungsschichten. In der Schlussphase der DDR in den achtziger Jahren vollzog sich die soziale Auslese auf dem Weg in die Universitäten schärfer als in der Bundesrepublik: die Anteile der Arbeiterkinder unter den Studierenden waren kleiner als in Westdeutschland, die Anteile der Akademikerkinder dagegen etwa doppelt so groß. Nach der Wiedervereinigung wurde die hohe soziale Selektivität des ostdeutschen Bildungssystems zwar gemildert, aber neuere Studien deuten darauf hin, dass der Beruf und das Qualifikationsniveau der Eltern die Bildungschancen der Kinder in den neuen Ländern immer noch stärker beeinflussen als in der früheren Bundesrepublik.

Ungleichheit zwischen Frauen und Männern

Rainer Geißler

Neben den schichtspezifischen Differenzierungen gehören die sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu den wesentlichen Charakteristika der Sozialstruktur moderner Gesellschaften. Die Sozialstrukturanalyse geht davon aus, dass soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern nicht von natürlichen, biologischen Unterschieden herrühren, sondern dass ihnen im wesentlichen soziale Ursachen zugrunde liegen. In der industriellen Gesellschaft hat sich eine besondere Form der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Arbeitswelt, im öffentlichen Leben und in der Privatsphäre herausgebildet. Zwischen Männern und Frauen existieren typische Unterschiede in den sozialen Lebensbedingungen und gesellschaftlichen Rollenanforderungen, die sich über geschlechtsspezifische Sozialisationsprozesse auch auf die Persönlichkeit, auf Einstellungen, Motivationen und Verhaltensweisen niederschlagen.

Wie in allen entwickelten Gesellschaften sind auch in Deutschland Differenzierungen dieser Art in den letzten Jahrzehnten abgeschwächt worden. Offenbar gehört die Tendenz zur Minderung der sozialen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen zu den allgemeinen „emanzipatorischen Trends" (Norbert Elias) der modernen Gesellschaft. Mit der Verringerung der geschlechtstypischen Unterschiede erhöht sich gleichzeitig die Sensibilität gegenüber den verbliebenen. Es breitet sich das Bewusstsein aus, dass viele der weiterhin bestehenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern sozial ungerecht sind.

Bildung und Ausbildung

Die Entwicklung in den ersten Nachriegsjahrzehnten zeigt, dass sich im Bildungsbereich geschlechtstypische Ungleichheiten am schnellsten und besten abbauen lassen. Mädchen erzielten schon immer die besseren Schulnoten und wurden seltener nicht versetzt. Aber erst durch die Diskussion um die Ungleichheit der Bildungschancen in den sechziger Jahren wurden sie dazu ermutigt, die besseren Schulleistungen auch in angemessene Bildungsabschlüsse umzusetzen. Ihr Defizit unter den Abiturjahrgängen ist in der Bundesrepublik Anfang der achtziger Jahre verschwunden, in der DDR war dies bereits etwa zwei Jahrzehnte vorher der Fall. Inzwischen hat sich der erhebliche weibliche Bildungsrückstand im allgemein bildenden Schulsystem in einen leichten Bildungsvorsprung verwandelt. Unter den Schulabgängern ohne und mit Hauptschulabschluss stellten Mädchen 1997 nur Minderheiten von 35 bzw. 43 Prozent, dafür waren sie unter den Realschulabsolventen (53 Prozent) und Abiturienten (52 Prozent) leicht überrepräsentiert. Die Barrieren, auf die junge Frauen auf dem Weg in die Hochschulen stießen, waren höher und schwerer aus dem Weg zu räumen. Noch 1965 waren in beiden deutschen Gesellschaften fast Dreiviertel der Studierenden Männer.

Durch eine stärkere Reglementierung bei der Zulassung zum Studium, aber auch durch eine gezielt mütterfreundliche Gestaltung von Studienbedingungen (kostenlose Kinderbetreuung an den Hochschulen, besondere Unterkünfte, Kinderzuschläge bei Stipendien, Sonderregelungen beim Studienablauf) konnten in der DDR die Studienchancen der Frauen innerhalb eines Jahrzehnts denen der Männer angeglichen werden. In der Bundesrepublik vollzog sich die Entwicklung zögerlicher. Der Frauenanteil unter den Universitätsstudierenden stagnierte in den achtziger Jahren bei gut 40 Prozent, 1995 lag er bei 44 Prozent. Unter den Studienanfängern

Anteil der Schulabgängerinnen mit unterschiedlichen Abschlüssen (in Prozent)

	Deutschland 1997	neue Bundesländer 1994
ohne Hauptschulabschluss	35	30
Hauptschulabschluss	43	36
Realschulabschluss	53	50
Allgemeine Hochschulreife	52	57

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Grund- und Strukturdaten 1998/99, S. 86 f.

konnten jedoch die jungen westdeutschen Frauen Mitte der neunziger Jahre erstmals die Männer überholen: seit 1995 liegt ihr Anteil bei 52 Prozent.

Die Geschlechterproportionen an den weiterführenden Bildungseinrichtungen beleuchten nur einen Aspekt der geschlechtstypischen Chancengleichheit. Mit Recht hebt die Frauenforschung hervor, dass traditionelle Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den Entscheidungen für bestimmte Schul- und Studienfächer und auch bei der Berufsausbildung weiterhin fortbestehen. Frauen tendieren nach wie vor dazu, sich auf „frauentypische" Studiengänge wie Erziehungs-, Sozial-, Sprach- und Kulturwissenschaften zu konzentrieren und bestimmte Studiengänge zu meiden. Unter den Studierenden der Ingenieurwissenschaften machen sie in den alten Ländern 1997 nicht einmal ein Fünftel und in Mathematik/Naturwissenschaften, aber auch in Jura/Wirtschaftswissenschaften nur ein gutes Drittel aus.

Die Distanz der Mädchen zu Mathematik, Physik, Chemie und Technik ist zum Teil direkt auf Umgangs- und Organisationsformen in den Schulen zurückzuführen. Es wurde in verschiedenen Studien belegt, dass Schülerinnen aus reinen Mädchengymnasien häufiger Leistungskurse der Mathematik, Physik und Chemie besuchen und dann später auch häufiger entsprechende Studiengänge wählen als Schülerinnen aus gemischten Klassen. So hatten zum Beispiel 47 Prozent der Informatikstudentinnen und 36 Prozent der Chemiestudentinnen an drei Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalens ein Mädchengymnasium besucht, während nur 14 Prozent aller Abiturientinnen in diesem Bundesland aus Mädchenschulen stammten. Offensichtlich entfalten traditionelle Vorurteile über geschlechtstypische „Begabungen", die in den Köpfen von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern vorhanden sind, in gemischten Klassen und Kursen eine erheblich stärkere Wirkung als in Gruppen, wo Mädchen unter sich bleiben.

Auch in der Berufsausbildung stoßen die Bemühungen um die Gleichstellung von Mädchen und Frauen auf Probleme. Trotz besserer Schulnoten und zum Teil höherer Ausbildungsniveaus sind die jungen Frauen die Verliererinnen im Wettbewerb um knappe Ausbildungsplätze. Von den unvermittelten Bewerbern um Lehrstellen waren 1997 53 Prozent weiblich, in den neuen Ländern waren es sogar 55 Prozent. Frauen werden auch nach dem Abschluss der Lehre schwerer in den Beruf übernommen und müssen ihre berufliche Laufbahn auf einem niedrigeren Statusniveau beginnen. Zudem sind sie – ähnlich wie die Studentinnen an den Hochschulen – in relativ wenigen Ausbildungsberufen zusammengedrängt. 1997 erlernten 54 Prozent der jungen Frauen lediglich zehn Berufe: Bürokauffrau, Arzthelferin, Zahnarzthelferin, Kauffrau im Einzelhandel, Friseurin, Industriekauffrau, Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk, Bankkauffrau, Hotelfachfrau, Kauffrau für Bürokommunikation (Reihenfolge nach der Anzahl der Auszubildenden). Obwohl wissenschaftlich begleitete Modellprojekte belegen, dass sich Mädchen in gewerblich-technischen Berufen genauso bewähren wie Jungen, sind sie – wie schon vor 25 Jahren – hauptsächlich in kaufmännischen Berufen und solchen mit „weiblichen Tätigkeitsprofilen" wie Pflegen, Helfen, Verkaufen, Assistieren oder Betreuen zu finden.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Achtzehnjährige Gymnasiastinnen in München. 1997 waren 52 Prozent der Gymnasiasten Mädchen, in den neuen Bundesländern liegt ihr Anteil noch darüber.

Arbeitswelt

Erfolgreich in der Schule – diskriminiert im Beruf" – dieser plakative Titel eines Aufsatzes von Hannelore Faulstich-Wieland weist mit Nachdruck darauf hin, dass sich bessere Bildungschancen der Frauen nicht angemessen in bessere Berufschancen umsetzen lassen. In der Arbeitswelt sind die Männerprivilegien widerstandsfähiger als im Bildungssystem.

Frauen sind in den letzten Jahrzehnten in allen entwickelten Gesellschaften immer stärker in den Arbeitsmarkt vorgedrungen. Die Erwerbstätigkeit gehört inzwischen zum Lebensentwurf der modernen Frau. In der früheren Bundesrepublik stieg die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren von 46 Prozent im Jahr 1970 auf 62 Prozent im Jahr 1999. In Ostdeutschland, wo die Berufstätigkeit aller Frauen zu DDR-Zeiten eine Selbstverständlichkeit war, ging sie wegen der fortdauernden Arbeitsmarktkrise von 82 Prozent im Jahr 1991 auf 73 Prozent im Jahr 1999 zurück. Im europäischen Vergleich nimmt Deutschland bei der Frauenerwerbstätigkeit einen mittleren Platz ein.

Der Anstieg der Erwerbsquoten ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass verheiratete Frauen und Mütter immer häufiger einer bezahlten Arbeit nachgehen bzw. nach der „Babypause" wieder in den Beruf zurückkehren. 1998 waren 55 Prozent der westdeutschen Mütter mit Kindern unter 15 Jahren erwerbstätig, in den neuen Ländern 70 Prozent. Die Erwerbsquote der verheirateten Frauen stieg in Westdeutschland von 46 Prozent im Jahr 1980 auf 59 Prozent im Jahr 1999, in den neuen Ländern betrug sie 1999 79 Prozent.

Obwohl Frauen zunehmend in die bezahlten Arbeitsprozesse einbezogen werden,

haben sich in der Arbeitswelt markante Ungleichheiten zu ihrem Nachteil erhalten. Zum einen existieren geschlechtsspezifisch geteilte Arbeitsmärkte, die für Frauen tendenziell schlechtere Arbeitsbedingungen, niedrigere Einkommen, ein niedrigeres Sozialprestige sowie höhere Armuts- und zum Teil auch Arbeitsplatzrisiken mit sich bringen, zum anderen stoßen Frauen auf erhebliche Hindernisse beim Aufstieg in die höheren Etagen der Berufshierarchien. Die durchschnittlichen Arbeitseinkommen der Frauen liegen vergleichsweise niedrig, weil mehr als ein Drittel von ihnen Teilzeitarbeit verrichten – 1999 waren es 38 Prozent im Vergleich zu fünf Prozent der Männer. Aber auch vollbeschäftigte Frauen verdienen erheblich weniger als Männer.

Die Einkommensunterschiede zwischen den Vollbeschäftigten beiderlei Geschlechts konnten zwar in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verringert werden, aber auch 1999 kamen westdeutsche Angestellte und Arbeiterinnen in den Bereichen Industrie, Handel, Banken und Versicherungen nur auf 73 Prozent des Bruttoverdienstes ihrer männlichen Kollegen. Da das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" weitgehend durchgesetzt ist, sind die Ursachen für die niedrigen Frauenverdienste weniger in „direkter Lohndiskriminierung" zu suchen. Sie hängen vor allem damit zusammen, dass Frauen häufiger in schlechter bezahlten Berufspositionen und Lohngruppen sowie in Branchen mit Niedriglöhnen beschäftigt sind. Des weiteren sind sie auf die Verpflichtungen der Frauen in den Familien und bei der Kinderbetreuung zurückzuführen. Die Folgen der häuslichen Einbindung sind weniger Überstunden, kürzere Arbeitszeiten, weniger übertarifliche Zulagen (zum Beispiel für Schichtarbeit) sowie weniger Berufsjahre und kürzere Betriebszugehörigkeiten, die sie am Aufstieg in höhere Lohngruppen hindern.

Auch in der DDR wurden die berufstätigen Frauen aus ähnlichen Gründen schlechter bezahlt als die Männer; sie waren häufiger in untere Lohngruppen eingestuft. Allerdings waren die Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern in Ostdeutschland etwas geringer ausgeprägt – eine Besonderheit, die sich bis heute erhalten hat. 1999 ist der Abstand zu den Männereinkommen in den neuen Ländern sowohl bei Angestellten (80 Prozent) als auch bei Arbeiterinnen (79 Prozent) etwas niedriger als im Westen. Untersuchungen belegen, dass sich Selbstständigkeit für Frauen noch am besten auszahlt. 1995 waren nur ein Viertel aller Selbstständigen Frauen, aber diese konnten im Durchschnitt 87 Prozent der Einkommen von selbstständigen Männern erzielen.

Frauen haben es erheblich schwerer als Männer, beruflich Karriere zu machen. Zwar rücken sie inzwischen zunehmend in die höheren Ebenen der Berufswelt vor, dennoch vollzieht sich beim Aufstieg in die leitenden Positionen eine deutliche Auslese nach Geschlecht. Es gilt weiterhin die Regel von der hierarchisch zunehmenden Männerdominanz: je höher die Ebene der beruflichen Hierarchie, um so kleiner der Anteil der Frauen. In den Chefetagen der Berufswelt – in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft, in Medien und Justiz – sind die Männer immer noch weitgehend unter sich. Dies gilt etwas abgeschwächt selbst für „feminisierte" Bereiche wie Gesundheits- und Bildungswesen, wo mehrheitlich Frauen arbeiten. So sind zum Beispiel die Spitzenpositionen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und Hörfunk bis ins Jahr 1999 immer noch „frauenfreie Zonen" geblieben: alle 18 Intendanten sind

Verdienste von Männern und Frauen (Vollbeschäftigte)

1950–1998

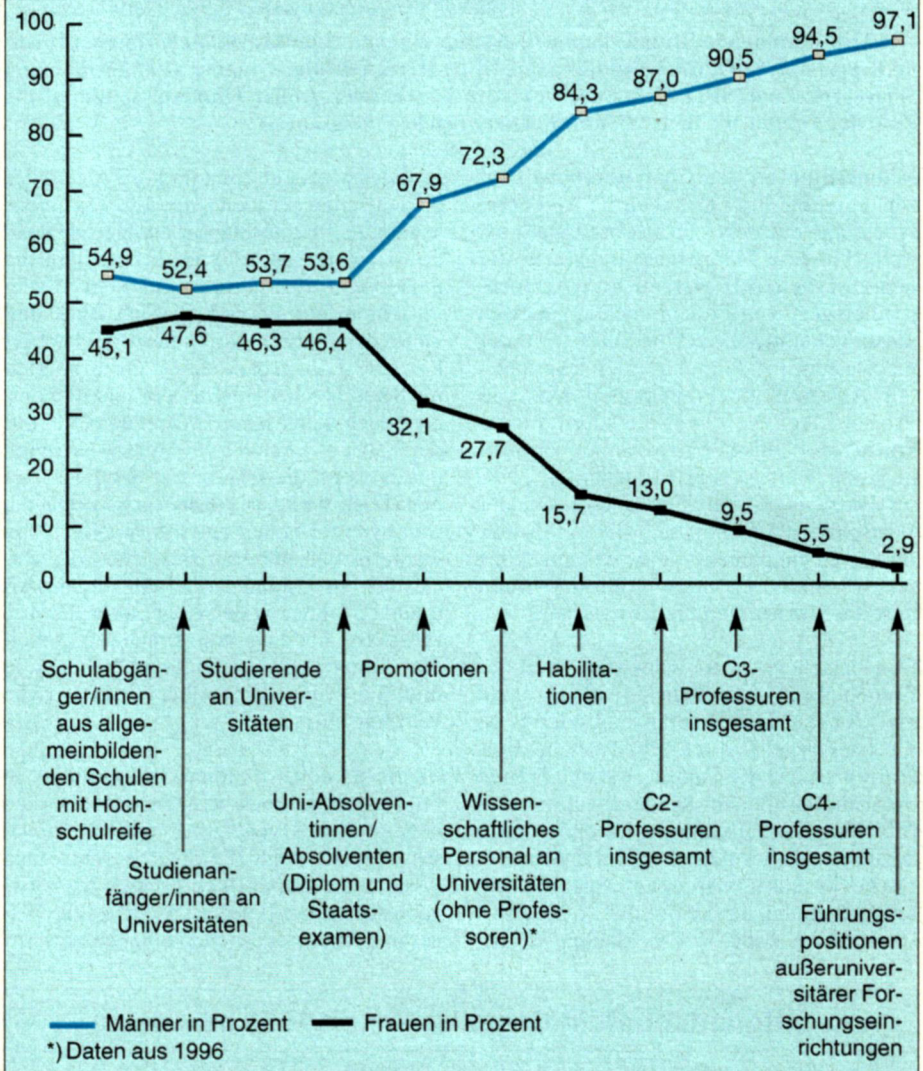
	durchschnittlicher Bruttostundenlohn von Arbeitern und Arbeiterinnen in der Industrie			durchschnittlicher Bruttomonatslohn von Angestellten in Industrie und Handel		
	Männer DM	Frauen DM	Prozent[1]	Männer DM	Frauen DM	Prozent[1]
1950	1,42	0,86	61			
1960	2,90	1,87	64	723	404	56
1970	6,52	4,47	69	1531	917	60
1980	14,16	10,25	72	3421	2202	64
1990	21,17	15,49	73	5037	3265	65
1998 West	28,30	21,28	75	6435	4476	70
1998 Ost	20,23	16,07	79	4852	3718	77

1950–1990 früheres Bundesgebiet

[1] Frauenverdienste in Prozent der Männerverdienste

Zusammengestellt nach Fachserien des Statistischen Bundesamtes.

Frauen und Männer in Bildung und Wissenschaft 1997



*) Daten aus 1996

Grund- und Strukturdaten 1998/99; Statistisches Bundesamt, Fachserie 11; BLK-Bericht Frauen in Führungspostionen, Heft 68.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Die Ministerinnen im Bundeskabinett: Andrea Fischer, Bündnis 90/Die Grünen; Christine Bergmann, SPD; Edelgard Bulmahn, SPD; Herta Däubler-Gmelin, SPD; Heidemarie Wieczorek-Zeul, SPD. Trotz nach wie vor bestehender großer Hindernisse nimmt die Zahl der Frauen, die in der Politik Karriere machen, langsam zu.

Männer, und in den Chefredaktionen sitzen nur fünf Frauen neben 22 Männern. Auch die deutsche Professorenschaft ist weiterhin eine Männergesellschaft. In der fein gestaffelten Hierarchie an den Hochschulen gelangen Frauen noch am ehesten in so genannte C 2-Professuren mit der niedrigsten Bezahlung und der schlechtesten Ausstattung (Frauenanteil 1997: 13 Prozent. Auf die C 4-Professuren an der Spitze der Universitätspyramide dringen nur sehr wenige vor (Frauenanteil 1997: 5,5 Prozent). In den Führungsetagen der Wirtschaft wiederholt sich dieses Muster. Im Topmanagement sind sie mit circa sechs Prozent vertreten, im mittleren und unteren Management etwas häufiger.

Die Ursachen für die Schwierigkeiten der Frauen beim beruflichen Aufstieg sind vielschichtig. Das wichtigste Hindernis ist die traditionelle geschlechtstypische Rollentrennung in der Familie, die den Frauen die Hauptlast bei der Kindererziehung und privaten Haushaltsführung aufbürdet (vgl. dazu Seite 49 ff.). Aber auch geschlechtstypische Sozialisationsprozesse sowie Vorurteile gegenüber Frauen in der Arbeitswelt spielen eine Rolle. 1995 beklagten 72 Prozent der westdeutschen und 79 Prozent der ostdeutschen Frauen, sie müssten mehr leisten als Männer, um in die gleiche Position zu kommen. Männer beobachten die aufstiegsmotivierte Frau offenbar häufig mit einem besonders kritischen Blick und zweifeln an ihrer Kompetenz, Belastbarkeit und Führungstätigkeit. Dazu können noch geschlechtstypische Vorbehalte kommen nach dem Muster: Wenn der Chef mit der Faust auf den Tisch haut, ist er dynamisch, wenn die Chefin mit der Faust auf den Tisch haut, ist sie hysterisch. Da die wichtigen formellen und informellen Netzwerke in den höheren Bereichen der Berufswelt von Männern beherrscht werden und da Männer in der Regel über den beruflichen Aufstieg von Frauen entscheiden, können die geschilderten Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Frauen reale Wirkung entfalten.

Mehrere neue Studien zu Frauen in Führungspositionen belegen, dass die Vorbehalte ihnen gegenüber einem empirischen Test nicht standhalten. Dorothea Assig und Andrea Beck bringen diese Ergebnisse auf die Formel: „Sie bewältigt insgesamt die modernen Management-Anforderungen besser als er." Managerinnen sind danach nicht nur kommunikativer und integrativer, teambewusster, ehrlicher und offener, sondern auch entscheidungsfreudiger, innovativer, wirtschaftlich erfolgreicher und planen besser. Eine Untersuchung aus dem Jahr 1996 über 22 000 französische Unternehmen förderte erstaunliche Ergebnisse zutage: Von Frauen geleitete Betriebe wuchsen doppelt so schnell und waren doppelt so rentabel wie Unternehmen, die von Männern geführt wurden.

Mitgliedschaft in Organisationen 1998 (in Prozent)

	West		Ost	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Parteien	3	6	3	4
Bürgerinitiativen	1	1	1	1
Gewerkschaften	6	19	10	16
Sportvereine	22	35	9	15
Kirchliche Vereine	10	7	3	2
Musik-/Gesangsvereine	5	8	2	2

Wohlfahrtssurvey 1998; zusammengestellt nach Anke Schöb in ISI (Informationsdienst Soziale Indikatoren) Ausgabe 22 / Juli 1999, S. 9.

Politik

Nach und nach fassen die Frauen auch im politischen Bereich Fuß; dennoch sind die Folgen der jahrhundertelangen Aussperrung der Frauen von der Politik auch heute noch deutlich spürbar. Das Allensbacher Institut für Demoskopie ermittelte, dass sich 1999 56 Prozent der Männer, aber nur 33 Prozent der Frauen für Politik interessieren. 76 Prozent der Männer lesen die innenpolitischen und 66 Prozent die außenpolitischen Meldungen der Tageszeitungen, von den Frauen sind es nur 61 Prozent bzw. 41 Prozent. Das politische Desinteresse hat Folgen für den Informationsstand: 48 Prozent der Männer im Vergleich zu 63 Prozent der Frauen können mit dem europapolitischen Konzept „Agenda 2000" nichts anfangen.

Obwohl sich Frauen häufiger als früher parteipolitisch engagieren, sind sie in den Parteien bis heute Minderheiten geblieben. Ende 1998 stellten sie bei der CSU nur 17 Prozent der Mitglieder, bei CDU und FDP je 25 Prozent und bei der SPD 29 Prozent. Die höchsten Frauenanteile finden sich bei Bündnis 90/Die Grünen mit 36 Prozent und bei der PDS mit 46 Prozent. 1998 waren in Westdeutschland sechs Prozent der Männer, aber nur drei Prozent der Frauen Mitglieder einer politischen Partei. Auch in den Gewerkschaften sind Frauen – trotz des vergleichsweise hohen weiblichen Organisationsgrades in den neuen Bundesländern – mit 31 Prozent der Mitglieder (1997) schwach vertreten. Im früheren Bundesgebiet machten sie 1998 nur ein Viertel der Mitgliedschaft aus.

Bemerkenswert ist die kontinuierlich wachsende Zahl der Parlamentarierinnen in den beiden letzten Jahrzehnten. Ihr Anteil unter den Bundestagsabgeordneten stieg von neun Prozent im Jahre 1980 über 21 Prozent 1990 auf 31 Prozent im derzeitigen 14. Bundestag. Die Werbung der Parteien um die Gunst der Wählerinnen, aber auch die Quotendiskussion dürften diese Entwicklung begünstigt haben. Auch in politischen Spitzenämtern tauchen Frauen inzwischen häufiger auf. Seit Bundeskanzler Konrad Adenauer 1961 mit Elisabeth Schwarzhaupt (CDU) die erste Frau in sein Kabinett holte, regierten bis 1987 auf Bundesebene stets ein bis zwei Frauen mit, sie waren allerdings – von einer Ausnahme abgesehen – für „frauentypische" Bereiche

wie Gesundheit, Familie, Jugend oder später auch Bildung zuständig. 1988 berief Helmut Kohl erstmals vorübergehend eine dritte Frau in seine Regierungsmannschaft, und 1992 eroberte eine Politikerin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), erstmals ein so genanntes klassisches Ressort, das Justizministerium. Auf Landesebene gelang es den Frauen leichter, in die Männerdomäne der Kabinette einzubrechen. 1996 hatten sie immerhin 46 von 172 Regierungsämtern (= 27 Prozent) inne. Allerdings dauerte es bis 1993, dass mit Heide Simonis (SPD) die erste und bisher einzige Frau zur Ministerpräsidentin gewählt wurde. Auffällig und erwähnenswert sind des weiteren Annemarie Renger (SPD) als erste Präsidentin des Bundestages (1972 bis 1976), ein Amt, das dann 1988 bis 1998 von Rita Süssmuth (CDU) ausgeübt wurde, Jutta Limbach als erste Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts seit 1994 oder auch Claire Marienfeld (CDU), die 1995 als erste Frau zur Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gewählt wurde. Im April 2000 gelang es Angela Merkel (CDU) als erster Frau, den Vorsitz in einer der beiden großen „Volksparteien" zu erobern. Die erste Bundeskanzlerin und die erste Bundespräsidentin lassen jedoch noch auf sich warten.

Rolle in der Familie

Die Schwierigkeiten bei der Gleichstellung der Frauen in Beruf und Politik hängen insbesondere mit ihrer Rolle in der Familie zusammen. Die Rollentrennung in der bürgerlichen Gesellschaft hatte dem Mann die bezahlte Erwerbsarbeit außer Haus sowie die öffentlichen Aktivitäten und der Frau die unbezahlten privaten Verpflichtungen bei der Haushaltsführung und der Kindererziehung zugewiesen. Veränderungen an diesem Muster der Arbeitsteilung in Beruf und Politik setzen voraus, dass sich auch die Arbeitsteilung in der Familie verändert. Wenn die Frau mit zusätzlichen Verpflichtungen in Beruf oder Politik belastet wird, muss man sie in der Familie entlasten, um sie nicht zu überlasten. Die eingefahrene traditionelle Rollentrennung zwischen Männern und Frauen in den Familien erweist sich jedoch als sehr zählebig. Obwohl Frauen immer häufiger einem Beruf nachgehen, nehmen ihnen die Männer nur zögerliche Teile der häuslichen Aufgaben ab. Am ehesten lassen sie sich noch dazu bewegen, die Vaterrolle zu spielen und sich an der Betreuung der Kinder zu beteiligen. Der harte Kern von traditionellen Hausarbeiten – Waschen, Putzen und Kochen – wird jedoch – das zeigen verschiedene Untersuchungen aus den neunziger Jahren – weiterhin in 75 bis 90 Prozent der Familien von den Frauen erledigt. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn erheblich mehr Frauen als Männer über Belastung durch Hausarbeit und knappe Freizeit klagen. Nach einer Studie des Mannheimer Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) fühl-

Frauen in Spitzenpositionen

In punkto Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt macht Deutschland keine gute Figur. Das größte Land Europas gehört neben Spanien, Portugal und Griechenland zu den Schlusslichtern in der Europäischen Union (EU). Zwar klingen die Statistiken viel versprechend: Über die Hälfte der deutschen Abiturienten sind Mädchen, und 42 Prozent derer, die ein Studium abschließen, sind Frauen. Aber im Topmanagement beträgt ihr Anteil nur zwischen fünf und acht Prozent. Auch das Lohngefälle ist im Vergleich zu Ländern wie Großbritannien oder Frankreich enorm. In Westdeutschland verdienen Frauen durchschnittlich 25 Prozent weniger als Männer in vergleichbaren Positionen. In den neuen Bundesländern liegen ihre Löhne und Gehälter zehn Prozent unter denen der Männer.

Die Ungleichbehandlung ist umso alarmierender, als in Deutschland Fachkräfte fehlen. Dieser Trend wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken. „Chancengleichheit ist deswegen auch ein Erfolgsfaktor in der Privatwirtschaft", sagt Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD). […] Bergmann fordert, öffentliche Aufträge an Firmen zu vergeben, die eine vorbildliche Frauenförderung betreiben. Firmen, die Gleichstellungsmaßnahmen verweigern, sollen Bußgelder zahlen.

Frauenförderung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist jedoch umstritten, denn der Staat gibt sein Geld überwiegend in zwei Branchen aus: Im Baugewerbe und in der Rüstungsindustrie. Gerade dort fehlt es aber an Frauen, die gefördert werden könnten.

[…]

Als Agnès Tourraine den Konferenzsaal betritt, verzieht ihr Geschäftspartner ein wenig das Gesicht: „Ist der Direktor nicht mitgekommen?" Tourraine überhört den sarkastischen Unterton und sagt einfach: „Die Direktorin bin ich." Die 45-Jährige ist stellvertretende Vorstandsvorsitzende und Direktorin der Multimedia-Sektion des französischen Medienkonzerns Havas, der weltweit zu den größten Unternehmen der Branche gehört.

In den neunziger Jahren ist in Frankreich der Frauenanteil in Führungspositionen der Wirtschaft sprunghaft angestiegen. Das Land beschäftigt heute mit 20 Prozent die meisten weiblichen Führungskräfte in der EU, vor Großbritannien mit 16 Prozent. „Aber die Vorurteile bleiben", sagt Tourraine. „Wenn sich Kollegen nach meiner Familie erkundigen, höre ich oft heraus: ‚Und wie geht es Ihren armen Kindern?'"

Der Zuwachs an weiblichen Managern ist denn auch weniger eine Folge der veränderten Mentalität. Er hat vielmehr mit den Besonderheiten des französischen Bildungssystems zu tun. Führungskräfte werden auf Elitehochschulen ausgebildet, die ihre Studenten in speziellen Verfahren – den so genannten *concours* – auswählen. Künftige Topmanagerinnen und Spitzenfunktionäre erkämpfen sich ihren Rang schon im Alter von 20 Jahren bei anonymen Aufnahmeprüfungen. Nur einem Bruchteil der Abiturienten gelingt nach einer zweijährigen Vorbereitungszeit die Aufnahme in eine der Kaderschmieden.

„Obwohl dieses System wegen der frühen Festlegung der Karrierechancen oft kritisiert wird, hat es auch Vorteile. Die Herkunft und das Geschlecht der Kandidaten spielen bei den Aufnahmeverfahren keine Rolle", sagt Nicole Ferry-Maccario, Direktorin der Pariser „Hautes Etudes Commerciales" (HEC), einer renommierten Hochschule für Wirtschaft. Im Herbst 1999 waren an der HEC 45 Prozent der Erstsemester Frauen. Sie dürfen an dieser Hochschule allerdings erst seit 1975 studieren.

„Im Durchschnitt haben Studentinnen bessere Noten als ihre männlichen Kommilitonen", sagt Ferry-Maccario.

Verlockende Stellenangebote sind ihnen damit sicher. Von den Schulen der Elite führt der Weg direkt in die Führungspositionen der Wirtschaft und des Staates. […]

Freilich sind junge Frauen in den unterschiedlichen Zweigen der besten Hochschulen noch ungleich vertreten. Während sie auf der HEC inzwischen fast die Hälfte der Studenten ausmachen, sind es in Ingenieurschulen wie der „Ecole Polytechnique" nur 19,3 Prozent. Seit dem Jahr 1980, als der Anteil 17 Prozent betrug, hat sich hier kaum etwas geändert. In den Geisteswissenschaften studieren dagegen heute annähernd so viele Frauen wie Männer. Einen regelrechten Ansturm erlebten auch Journalismus- und Kunsthochschulen, wo zwischen 75 und 80 Prozent der Studenten weiblich sind.

„In der Wirtschaft ist der Arbeitsmarkt für Frauen segmentiert. Die Studentinnen der HEC wählen überwiegend das Fachgebiet Marketing und fast nie Bankwesen und Finanzen", sagt Ferry-Maccario. Trotz der Fortschritte, die Frankreich in der beruflichen Gleichstellung der Frauen gemacht hat, bleibt ein Gefälle. Frauen verdienen im Schnitt zehn Prozent weniger als Männer und arbeiten dreimal so häufig als Teilzeitkräfte oder mit befristeten Verträgen. […]

Andrea Exler, Machtlos gegen Männer, und „Wie geht es Ihren armen Kindern?" in: Süddeutsche Zeitung vom 25. Oktober 2000.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Angela Merkel machte in der Politik eine Blitzkarriere. Im ersten Jahr nach ihrem Parteieintritt war sie bereits Ministerin, zehn Jahre später Bundesvorsitzende der CDU.

ten sich 1995 in den alten Ländern nur neun Prozent der Männer, aber 32 Prozent der Frauen durch Hausarbeit stark belastet, und nur 15 Prozent der Väter mit Kindern (6–12 Jahre) sehen sich in ihren Freizeitmöglichkeiten durch Familienpflichten eingeschränkt, aber 66 Prozent der Mütter.

Die Starrheit der herkömmlichen Arbeitsteilung in der Familie war und ist das Haupthindernis für die Gleichstellung der Frauen in Arbeitswelt und Politik. Die Aussage lässt sich unter anderem an den fünf folgenden Punkten konkretisieren:

◇ Viele Mütter mildern die Kollision von Familien- und Berufspflichten durch den vorübergehenden Ausstieg aus dem Beruf oder durch Teilzeitarbeit. Die Entscheidung für eine dieser Varianten ist gleichbedeutend mit mindestens vorübergehendem Verzicht auf beruflichen Aufstieg, in vielen Fällen bedeutet sie auch beruflichen Abstieg.

◇ Spitzenberufe sind meist „Anderthalb-Personen-Berufe". Sie sind auf einen helfenden Partner zugeschnitten, der dem Berufstätigen „den Rücken frei hält", damit dieser Zeit und Energien möglichst vollumfänglich dem Beruf widmen kann. Die Rolle der Helfenden fällt nach dem traditionellen Rollenverständnis der Frau zu und bedeutet für sie Abstriche an ihren eigenen beruflichen Ambitionen.

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Die mangelnde Bereitschaft der Männer, Hausarbeit zu teilen, führt zur Mehrfachbelastung der Frauen. Teilzeit-Arbeitsplätze werden daher in erster Linie von Frauen besetzt.

◇ Weitere wichtige Voraussetzungen für Spitzenkarrieren sind der Einstieg im richtigen Alter und das ständige „Am-Ball-Bleiben". Frauen können diese Bedingung häufig nicht erfüllen, weil wichtige Fundamente für den beruflichen Aufstieg in einer Lebensphase gelegt werden, in der sie durch Heirat und Kinder besonders stark in Anspruch genommen sind.

◇ Wenn die beruflichen Ambitionen der Frauen geringer sind als diejenigen der Männer, so liegt es unter anderem daran, dass sie eher bereit sind, Konflikte zwischen Beruf und Familie zugunsten der Kinder und des Partners zu lösen und Abstriche an ihren Karrierewünschen vorzunehmen.

◇ Welchen Verzicht im familiären Bereich diejenigen Frauen leisten müssen, die auf beruflichen Aufstieg setzen, wird aus einer Studie über Leitende Angestellte in der Wirtschaft deutlich. 1996 waren nur 3,5 Prozent der Männer in Führungspositionen ledig, aber 75 Prozent der Frauen. 2,5 Prozent der Männer waren geschieden im Vergleich zu acht Prozent der Frauen. Eine Untersuchung über die wenigen Professorinnen ergab ähnliche Resultate: Der Anteil von Unverheirateten war um das Zehnfache, der von Geschiedenen um das Dreifache höher als unter den Professoren. Nach zwei anderen Studien von 1997 und 1998 sind 80 Prozent der Managerinnen und 60 Prozent der Professorinnen kinderlos, von den Managern sind es nur ein Viertel, von den Professoren ein Fünftel.

Ostdeutsche Frauen

In der DDR gehörte die Gleichstellung der Frau von Anbeginn zu den offiziellen Zielen der sozialistischen Gesellschaftspolitik. Diese „Emanzipation von oben" vollzog sich paternalistisch-autoritär: Sie wurde von Männern gesteuert und war dem öffentlichen Diskurs entzogen. Motiviert war sie dreifach: ideologisch, politisch und ökonomisch. Ideologisch war die Gleichheit von Männern und Frauen ein Element der egalitären Utopie von der kommunistischen Gesellschaft. Politisch sollten die Frauen durch den Abbau von Nachteilen für das neue sozialistische System gewonnen werden. Ökonomisch stellten die Frauen ein dringend benötigtes Arbeitskräftepotenzial für die Wirtschaft dar. Empirische Daten belegen, dass diese Politik den Frauen in der DDR einen strukturellen Gleichstellungsvorsprung im Vergleich zu den westdeutschen Frauen eingebracht hatte – im Bildungssystem, in der Arbeitswelt, in einigen politischen Sektoren und – hier allerdings se9r abgeschwächt – auch in der Familie.

Junge Frauen studierten häufiger und wählten auch häufiger „männertypische" Studiengänge. 1989 stellten sie 49 Prozent der Studierenden an den Universitäten der DDR (West 1989: 41 Prozent), bei Mathe-

matik/Naturwissenschaften betrug der Frauenanteil 46 Prozent (West: 32 Prozent), bei den Ingenieurwissenschaften 25 Prozent (West: 12 Prozent). Die Berufstätigkeit der Frau gehörte in der DDR zu den Selbstverständlichkeiten, und auch der Aufstieg in höhere Positionen gelang den ostdeutschen Frauen etwas häufiger als den westdeutschen. So lag zum Beispiel der Frauenanteil 1989 unter den Richtern bei 50 Prozent (West: 18 Prozent) und unter den Schuldirektoren 1982 bei 32 Prozent (West 1988: 20 Prozent).

Unter dem Druck, um nicht zu sagen Zwang, zur gesellschaftlichen und politischen Aktivität in der DDR-Gesellschaft waren Frauen in den gleichgeschalteten Massenorganisationen (Freie Deutsche Jugend [FDJ], Gewerkschaft) ebenso präsent wie die Männer. In der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) stellten sie 1988 36 Prozent der Mitglieder. In den letzten Bezirkstagen der DDR waren 41 Prozent der Abgeordneten Frauen (Landtage 1989: 18 Prozent) und in der letzten Volkskammer waren sie mit 32 Prozent vertreten (Bundestag 1989: 15 Prozent) (Bei dieser Gegenüberstellung ist zu beachten, dass die „Volksvertretungen" der DDR im Hinblick auf ihren Einfluss auf politische Entscheidungen nicht mit den Parlamenten der Bundesrepublik vergleichbar sind). Das Zentrum der Macht war allerdings trotz aller Gleichstellungsbeteuerungen bis zum Schluss für Frauen nahezu hermetisch abgeriegelt. In den engsten Führungszirkel des Politbüros der SED wurde nie eine Frau als stimmberechtigtes Mitglied aufgenommen. Die LPG-Vorsitzende Margarete Müller und die ZK-Sekretärin für Frauenfragen Ingeborg Lange wurden zwar zu Kandidatinnen des Politbüros ernannt, aber sie warteten 26 bzw. 16 Jahre lang vergeblich darauf, von den Männern zu Vollmitgliedern kooptiert zu werden. Und Margot Honecker als „Minister" für Volksbildung, die wohl wichtigste Frau in der Ära Honecker, nahm sich im Kreis der 43 Männer des DDR-Ministerrats noch einsamer aus als die Ministerinnen der seinerzeitigen Bundeskabinette.

Obwohl in der DDR alle Frauen fast ohne Ausnahme berufstätig waren, lockerte sich die traditionelle Arbeitsteilung in den Familien nur geringfügig stärker auf als in der Bundesrepublik. So ergab eine Studie zur Arbeitsteilung in Familien mit vollerwerbstätigen Partnern: 70 Prozent der ostdeutschen Mütter leisteten 1990/91 mehr als 20 Stunden pro Woche Hausarbeit, aber nur 23 Prozent der Väter (alte Bundesländer 1988: Mütter 77 Prozent – Väter 17 Prozent). Auch in der DDR ist die Utopie von der Gleichstellung der Frauen auf halbem Wege stecken geblieben. Dem neuen offiziellen Frauenleitbild wurde kein neues Männerleitbild an die Seite gestellt. Die Kollision von Verpflichtungen in und außerhalb der Familie wurde – wie in Westdeutschland auch – als Frauenproblem und nicht als Männerproblem definiert. Die Hauptleidtragenden dieser Situation waren die Frauen selbst: sie hatten die tägliche Last, vielfach auch die tägliche Überlast zu ertragen, die ihnen die offiziell zugedachte Mehrfachrolle als Mutter, Hausfrau, Berufstätige und gesellschaftlich-politische Aktive mit sich brachte.

Anteil der Studentinnen[1] nach Fächergruppen 1997
(in Prozent)

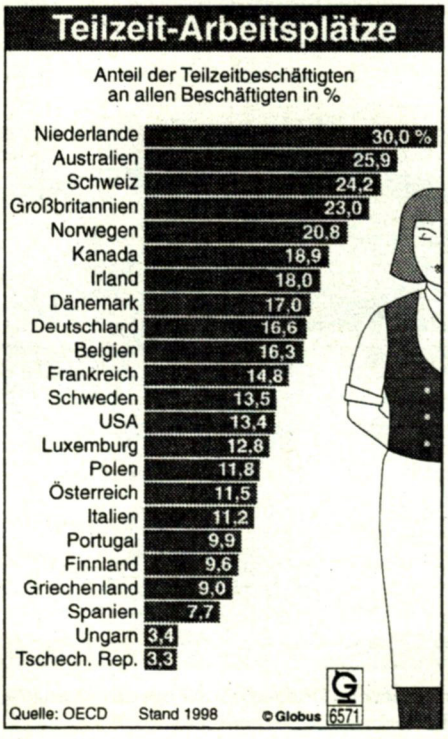
	alte Länder	neue Länder
Ingenieurwissenschaften	17	22
Jura, Wirtschaftswissenschaften	34	49
Mathematik, Naturwissenschaften	35	39
Medizin	50	53
Sprach- und Kulturwissenschaften	59	64
Soziologie, Psychologie, Pädagogik	65	74

[1] Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen

Zusammengestellt nach der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Bonn 1998, S. 292.

Gesunkene Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Nach der deutschen Vereinigung haben die ostdeutschen Frauen einen Teil ihres Gleichstellungsvorsprungs eingebüßt. Frauen sind auf dem krisengeschüttelten Arbeitsmarkt der neuen Länder stärker in Bedrängnis geraten als Männer. Wegen ihrer erheblich schlechteren Wiedereinstellungschancen lagen ihre Arbeitslosenquote, die Dauer der Arbeitslosigkeit und der Anteil unter den Langzeitarbeitslosen meist um 40 Prozent bis 100 Prozent höher als bei Männern, obwohl ihre Berufsneigung nach der Wende nicht etwa ab-, sondern zugenommen hat. 1998 wurden 22 Prozent der Frauen im Vergleich zu 17 Prozent der Männer als arbeitslos registriert, von den arbeitslosen Frauen waren 1997 wiederum 14 Prozent bereits mindestens zwei Jahre ohne Anstellung, bei den Männern lediglich sechs Prozent.



Da Frauen aus gehobenen und mittleren Berufspositionen häufiger verdrängt werden als aus niederen, nimmt die Männerdominanz in den höheren Ebenen der Berufshierarchie wieder zu. Verschiedene Mobilitätsuntersuchungen zeigen übereinstimmend, dass die Turbulenzen auf dem Arbeitsmarkt den Männern erheblich bessere Aufstiegschancen bieten. Diese klettern – je nach Studie – zwei- bis dreimal häufiger als Frauen auf der sozialen Leiter nach oben. Den Frauen werden dagegen die größeren Abstiegsrisiken beschert, sie finden sich nach einem beruflichen Wechsel doppelt so häufig wie Männer in einer niedrigeren Position wieder. Der Abbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und der staatlichen Hilfen für erwerbstätige Frauen haben die Doppelbelastung erhöht. Die Probleme am Arbeitsmarkt wirken auch auf die häusliche Arbeitsteilung zurück und verschärfen insbesondere bei den Arbeitslosen deren Geschlechtstypik.

Im Bildungssystem konnten die ostdeutschen Frauen dagegen ihren Gleichstellungsvorsprung weitgehend behaupten. Unter den Studierenden an Hochschulen (einschließlich Fachhochschulen) machten sie 1997 49 Prozent aus (West: 42 Prozent). Sie studieren auch häufiger „männertypische" Fachrichtungen. In den Fachbereichen Jura und Wirtschaftswissenschaften betrug der Frauenanteil 1997 49 Prozent (West: 39 Prozent), bei Mathematik und Naturwissenschaften 39 Prozent (West: 35 Prozent) und bei den Ingenieurwissenschaften 22 Prozent (West: 17 Prozent).

Auch im politischen Bereich sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in den neuen Ländern nicht so stark ausgeprägt wie im Westen. Während westdeutsche Männer nach dem Wohlfahrtssurvey 1998 im Vergleich zu den westdeutschen Frauen doppelt so häufig Parteimitglieder und dreimal so häufig Gewerkschaftsmitglieder sind, übertreffen die ostdeutschen Männer die ostdeutschen Frauen bei den Parteien nur um ein Drittel und bei den Gewerkschaften um gut die Hälfte. Im derzeitigen Bundestag beträgt der Frauenanteil unter den ostdeutschen Abgeordneten 39 Prozent gegenüber 31 Prozent unter den westdeutschen.

Modernisierung

Rainer Geißler

Für eine Bilanz der wichtigen Entwicklungstendenzen, die in den vorangehenden Kapiteln im Detail dargestellt wurden, bietet sich das Konzept der „Modernisierung" an. „Die Modernisierungstheorie befasst sich vornehmlich mit tief greifenden Wandlungsprozessen langfristiger Art, die zumindest ex post eine klare Richtung haben" – so ihr prominentester Vertreter in der deutschen Soziologie, Wolfgang Zapf. Das Konzept der Modernisierung ist durchaus nicht unumstritten. Es wird in verschiedenen Bedeutungsvarianten benutzt und birgt bei unbedachter Verwendung Gefahren: Bestehende Zustände in modernen Gesellschaften können idealisiert und zum einzigen Maßstab einer sinnvollen, wünschenswerten Entwicklung hochstilisiert werden; Widersprüche und Probleme der Moderne können dabei vernachlässigt oder übersehen werden. Dennoch ist dieser Begriff besser als andere in der Lage, wichtige Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur im geteilten und vereinten Deutschland zu bündeln und zu vergleichen. Daher wird in den folgenden Abschnitten die Situation in der DDR als „Modernisierungsdefizit" und der soziale Umbruch in Ostdeutschland als „nachholende Modernisierung" bezeichnet.

Diese Begriffe dürften die Bilanz eines Ost-West-Strukturvergleichs und den wesentlichen Zug der derzeit ablaufenden Transformationsprozesse zutreffend markieren. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Effizienzproblematik gewidmet. Leistungsdefizite führten zum Zusammenbruch des sozialistischen Systems, und um den Abbau dieser Defizite ging und geht es derzeit im Wesentlichen beim sozialen Umbruch in Ostdeutschland. Um den skizzierten Gefahren des Modernisierungskonzeptes zu entgehen, wird bei der folgenden Darstellung auch auf widersprüchliche Entwicklungen in den beiden deutschen Gesellschaften und auf Probleme und Konflikte des sozialen Umbruchs hingewiesen.

Grundlinien der Entwicklung

Die Haupttrends der sozialstrukturellen Modernisierung bzw. ihrer Ergebnisse, die in diesem Heft behandelt wurden – sie stellen lediglich einen Ausschnitt der modernen Gesellschaft dar und charakterisieren die Modernisierung nicht erschöpfend – lassen sich zu acht Punkten verdichten:

1. Die Herausbildung der Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft bei fortbestehender sozialer Ungleichheit: Die ökonomischen Triebkräfte der Marktwirtschaft lösen in Kombination mit einer pluralistischen Demokratie einen historisch einzigartigen, sich später abschwächenden und vorübergehend auch auf sehr hohem Niveau stagnierenden Anstieg von Lebensstandard und Massenkonsum aus, der mit hoher sozialer Sicherheit für eine große Bevölkerungsmehrheit verbunden ist. Er kommt – unter anderem wegen sozialstaatlicher Umverteilungen – fast allen Schichten zugute und hat die Entproletarisierung der Arbeiterschaft zur Folge.

Schichtspezifisch ungleiche Lebenschancen, unter anderem im Hinblick auf Einkommen, Vermögen und Bildungschancen, bleiben erhalten – teils verkleinert, teils unverändert, teils aber auch vergrößert. Da gleichzeitig das durchschnittliche Niveau des Lebensstandards und der Qualifikationen erheblich ansteigt, verlieren sie an gesellschaftspolitischer Brisanz. Ein gewisses, nicht präzise bestimmbares Ausmaß sozialer Unsicherheit ist eine Voraussetzung für die sozioökonomische Leistungskraft und Wohlstandsdynamik der Gesellschaft.

2. Die Herausbildung der industriellen Dienstleistungsgesellschaft mit bestimmten Umschichtungen in der Mitte: Steigende Produktivität und Wirtschaftswachstum sowie andere Faktoren soziokulturellen Wandels verlagern das Schwergewicht von Beschäftigung und Wertschöpfung zunehmend vom primären und sekundären auf den tertiären Produktionssektor, wobei ein großer Teil der Dienstleistungen direkt oder indirekt auf die Güterproduktion bezogen ist. Diese Verschiebungen werden von den folgenden Umschichtungen begleitet:

◇ Zusammenschmelzen der ehemals strukturprägenden Bauernschaft zu einer immer kleiner werdenden Minderheit (vgl. Seite 23 f.);

◇ Schrumpfen des alten bürgerlichen Mittelstandes auf einen derzeit zahlenmäßig stabilen, sozial heterogenen, leistungsmotivierten Kern mit wichtigen Funktionen und sozialen Privilegien (vgl. Seite 22 f.);

◇ Anwachsen der stark differenzierten und vertikal abgestuften Dienstleistungsschichten zu den quantitativ dominierenden Gruppen, wobei insbesondere die Gruppen der mittleren und höheren Angestellten und Beamten zunehmen (Umschichtung nach oben), die sich durch Individualismus, Leistung- und Aufstiegsorien-

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

Tourismus in Deutschland. Indikator für eine moderne Gesellschaft ist ein ausgeprägter Dienstleistungssektor, in dem 64 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten.

tierung sowie relativ hohe Identifikation mit der Arbeit auszeichnen; eine deutsche Besonderheit ist die überdurchschnittlich qualifizierte und privilegierte, politisch relativ aktive Beamtenschaft (vgl. Seite 21);

◇ Schrumpfen und Entproletarisierung der Arbeiterschaft, die in sich stark differenziert ist – in die wachsende Arbeiterelite (Meister, Vorarbeiter) mit Mittelschichtzügen, in die Facharbeiterschaft und in die Un- und Angelernten. Letztere sind zu einer Minderheit zusammengeschmolzen, die von sozialen Benachteiligungen betroffen und von sozialer Ausgrenzung bedroht ist.

3. Die Herausbildung der Wissens- und Bildungsgesellschaft: Verwissenschaftlichung, Technisierung und wachsende Komplexität der Gesellschaft sind die strukturellen Ursachen einer kontinuierlichen Höherqualifizierung der Bevölkerung mit nachhaltigen Auswirkungen auf viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

4. Umschichtung nach oben und höhere Aufwärtsmobilität, aber fortbestehende Mobilitätsbarrieren: Bildungsexpansion und die Ausdehnung des Dienstleistungsbereichs gehen einher mit einer Umschichtung nach oben; die Zahl der mittleren und höheren Positionen nimmt zu, die der unteren Positionen nimmt ab. Die Expansion in den mittleren und oberen Bereichen übt eine Sogwirkung auf Teile der mittleren und unteren Schichten aus und erhöht deren Aufstiegschancen sowie die Aufwärtsmobilität und vergrößert die dabei zurückgelegten Mobilitätsdistanzen, ohne dass auch gleichzeitig die Abstiegsgefahren für höhere Schichten und deren Kinder zunehmen (keine höhere Zirkulationsmobilität). Schichtspezifische Mobilitätsbarrieren bestehen jedoch in erheblichem Umfang fort.

5. Pluralistische Funktionseliten mit eingeschränkter Macht: An der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie haben sich Teileliten in den verschiedenen Funktionsbereichen der Sozialstruktur herausgebildet. Sie sind auch ein Geflecht von persönlichen Beziehungen miteinander verbunden, und ihre Macht ist durch die relative Autonomie der gesellschaftlichen Funktionsbereiche und zum Teil auch demokratisch beschränkt.

6. Mobilität am gesellschaftlichen Rand: Der steigende Wohlstand konnte die Randschicht derjenigen, die an oder unter der relativen Armutsgrenze leben müssen, verringern, aber nicht beseitigen. Als Risikofaktor für das Abgleiten in die Armut gewinnt insbesondere die strukturelle Arbeitsmarktkrise an Bedeutung, die den marktwirtschaftlichen Weg in die Moderne begleitet. „Moderne Armut" wird durch eine wachsende Armutskluft erschwert und durch eine bescheidene Teilhabe am Wohlstandsanstieg sowie durch hohe Mobilität über die Armutsgrenze hinweg (Armut auf Zeit) erleichtert.

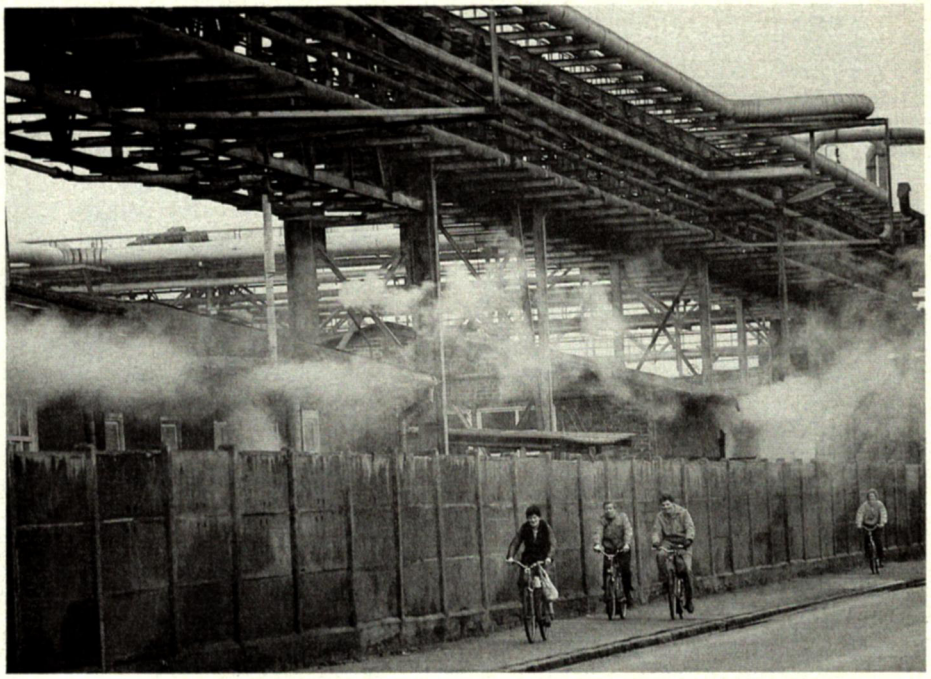


Foto: Christoph & Friends

Chemie-Kombinat Bitterfeld 1985. Die Wirtschaft der DDR wurde von der Großindustrie bestimmt. Der Dienstleistungsbereich konnte sich dagegen nur geringer entwickeln.

7. Verringerung der sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern: Geschlechtsspezifische Ungleichheiten verringern sich zunehmend – insbesondere im Bildungswesen, aber auch in Arbeitswelt und Politik, am wenigsten in der Familie. Die reduzierten, aber fortbestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern rücken allerdings stärker ins Bewusstsein einer dafür sensibilisierten Öffentlichkeit.

8. Geburtenrückgang und Alterung, verbunden mit Einwanderungsbedarf, Einwanderungsdruck und wachsenden ethnischen Minderheiten: Wohlstandsanstieg und Bildungsexpansion sowie Individualisierung und Frauenemanzipation sind wichtige Ursachen für niedrige Geburtenraten und für die Alterung der Bevölkerung. Beide Erscheinungen sind charakteristische Kennzeichen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Zuge der Modernisierung. Sie erzeugen einen ökonomischen und demografischen Einwanderungsbedarf; dieser kann gestillt werden, weil das Wohlstandsniveau eine Sogwirkung auf Menschen aus Gesellschaften mit schlechteren Lebensbedingungen ausübt. Wachsende ethnische Minderheiten sind die Folge.

Modernisierungsdefizite in der DDR

Auch die Sozialstruktur der DDR hat sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg modernisiert; in wichtigen Sektoren blieb die Entwicklung in der DDR jedoch hinter dem westdeutschen Modernisierungstempo zurück, oder sie wich vom Pfad der Modernisierung ab. In acht Bereichen der ostdeutschen Sozialstruktur lassen sich Modernisierungsdefizite ausmachen, die alle zum Symptom- und Ursachenkomplex der Leistungsschwäche des sozialistischen Systems gehören:

◇ Erhebliches Wohlstandsdefizit bei übermäßigen, leistungshemmenden sozialen Nivellierungen: die Ost-West-Wohlstandsschere öffnete sich wegen des zunehmenden sozioökonomischen Leistungsdefizits immer weiter, und die damit zusammenhängenden Entbehrungen dürften viele Ostdeutsche am meisten geschmerzt haben. Gleichzeitig wurde das Leistungspotenzial wichtiger Berufsgruppen – Hochqualifizierte, Selbstständige – durch Nivellierungen nach unten (Einkommen, Arbeitsqualität, Lebenschancen im allgemeinen) gebremst. Relative Nutznießer der Einebnungen waren Arbeiterschaft und Genossenschaftsbauern; vernachlässigt an den Rand gedrängt waren dagegen große Teile der Rentnerinnen und Rentner.

◇ Übermäßige Machtkonzentration: Macht blieb in hohem Maß zusammengeballt und verhinderte effizienzsteigernde Differenzierungsprozesse, die relative Autonomie und funktionale Eigendynamik von Teilbereichen der Sozialstruktur. Eine überalterte Machtelite, die durch übermäßige Machtkonzentration paralysiert war, reagierte unflexibel; sie stützte ihre Herrschaft auf eine personell aufgeblähte Dienstklasse von Funktionären und Staatsangestellten; dadurch wurden übermäßig viele Kräfte zur Herrschaftssicherung absorbiert, die dann in anderen gesellschaftlichen Bereichen fehlten.

◇ Politisierung der Sozialstruktur, oder genauer: des sozialen Ungleichheitsgefüges: Als Stütze der autoritären Herrschaft war ein weiterer leistungshemmender Mechanismus erforderlich: Sozialer Aufstieg war gekoppelt an politische Loyalität. Die Politisierung behinderte eine optimale Zuordnung und Nutzung der sachlich-funk-

Foto: Bilderdienst Süddeutscher Verlag

In der DDR noch an den Rand gedrängt, gehören die Rentner in den neuen Ländern zu den Gewinnern der Einheit, weil ihre Renten stark gestiegen sind.

tionalen Qualifikationen. Führungspositionen wurden häufig nicht mit denjenigen Fachleuten besetzt, die die besten Sachkenntnisse für die zu bewältigenden Aufgaben mitbrachten, sondern mit den loyalsten Anhängern der SED.

◇ Tertiärisierungsrückstand und deformierter Dienstleistungssektor: Eine Ausdehnung des Dienstleistungssektors im westdeutschen Umfang blieb in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren aus (vgl. Seite 20); dadurch wurde die Produktions- und Schichtstruktur „deformiert". Kennzeichen dafür waren überdimensionierte Arbeiter- und Bauernschaften sowie unterentwickelte Dienstleistungsschichten, insbesondere im privaten Bereich, wobei der leistungshemmende Effekt noch dadurch verstärkt wurde, dass die unterentwickelten Dienstleistungssegmente personell überbesetzt waren.

◇ Quasi-Vernichtung des alten Mittelstandes: der Mittelstand der Selbstständigen – Kennzeichen einer effizienten modernen Sozialstruktur – wurde auf 2,2 Prozent der Erwerbstätigen (alte Länder elf Prozent) zusammengedrückt und sein kleiner Rest durch politische Vorgaben zu einem Kümmerdasein verurteilt.

◇ Defizitäre Arbeitsgesellschaft: Die Erwerbstätigenquote war höher, die Arbeitswoche länger, die Bindungen an den Arbeitsplatz durch Arbeitskollektive und betriebliche Sozialpolitik stärker; Arbeit hatte im Leben der Ostdeutschen einen höheren Stellenwert, dennoch war vielfach ihre Leistungsbereitschaft gebremst und ihre Arbeitsdisziplin oft lockerer.

◇ Erstarrungstendenzen durch die soziale Schließung des Bildungssystems: Auch die zunehmende soziale Schließung der Erweiterten Oberschulen (Abitur) und der Hochschulen gegenüber Kinder aus unteren Schichten lässt sich in der Schlussphase der DDR (achtziger Jahre) als Vorstoß gegen das leistungsbezogene Prinzip der Chancengleichheit deuten.

◇ Niedrigere Lebenserwartungen und höhere Geburtenziffern verbunden mit Abwanderungsdruck und ethnischer Homogenität: Auch verschiedene demografische Besonderheiten signalisieren ein Hinterherhinken oder Gegenläufigkeit zum Modernisierungsprozess. Der Anstieg der Lebenserwartung war in der DDR wegen der schlechteren Lebensbedingungen hinter der westdeutschen Entwicklung zurückgeblieben, und der Rückgang der Geburtenrate fiel gemäßigter aus. Die Defizite an Wohlstand, Freiheit und Demokratie setzten die ostdeutsche Sozialstruktur unter einen kontinuierlichen Abwanderungsdruck; die Ost-West-Migration senkte die Leistungsstärke zusätzlich. Da die DDR-Wirtschaft nur wenige ausländische Arbeitskräfte benötigte, blieben die Ostdeutschen in einer ethnisch nahezu homogenen Gesellschaft weitgehend unter sich.

Nicht alle Ost-West-Unterschiede lassen sich als Modernisierungsdefizite deuten. In einem wichtigen Bereich war die Modernisierung der DDR deutlich weiter vorangeschritten: Die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern war weiter verringert worden – im Bildungssystem, in der Arbeitswelt, in der Politik und auch in der Familie, dort allerdings am wenigsten. Auch das Mehr an sozialer Sicherheit – keine Arbeitslosen, keine Wohnungslosen, keine manifeste Obdachlosigkeit, keine Armut unter der „Normalbevölkerung" – ist an dieser Stelle zu erwähnen. Es zeigt an, dass die DDR von einem wichtigen Modernisierungsproblem – dem Spannungsverhältnis zwischen Leistungsprinzip und sozialen Sicherheiten – verschont geblieben war.

Nachholende Modernisierung

Die ostdeutsche Sozialstruktur befindet sich seit dem Herbst 1989 in einer Phase der radikalen, ja man kann sagen der revolutionären Umwälzung. Der Austausch des politischen Institutionensystems, des Rechtssystems und der offiziellen Ideologie sowie die schnelle Transformation des ökonomischen Systems sind mit Umbrüchen in der Sozialstruktur verbunden. Die wesentlichen Tendenzen des sozialen Umbruchs lassen sich als „nachholende Modernisierung" bezeichnen. Der Kernbereich der Modernisierung ist derselbe, der im sozialistischen System wegen der diesbezüglichen Defizite eine zerstörerische Kraft entfaltet hatte: Es geht in erster Linie um den Abbau des Wohlstandsgefälles und seiner Ursachen, des Leistungsdefizits. Leistungshemmende Besonderheiten des sozialistischen Erbes müssen so schnell wie möglich beseitigt werden, die ostdeutsche Sozialstruktur stand und steht unter Modernisierungsdruck.

Im sozialstrukturellen Wirkungsgefüge lassen sich die folgenden acht Bereiche erkennen, wo sich nachholende Modernisierung mit durchaus unterschiedlichem Tempo und unterschiedlicher Radikalität vollzieht:

1. Dezentralisierung und Pluralisierung der Elitenstruktur: Dieser Wandel gehört – zusammen mit der Entpolitisierung (Punkt 2) – zu den schnellen, revolutionären Umwälzungen, die direkt mit dem Austausch des politischen Institutionensystems zusammenhängen. Die monopolistische sozialistische Machtelite wurde personell ausgetauscht und veränderte ihre Struktur grundlegend. Sie wurde durch neue pluralere, mit westdeutschem Personal durchmischte Funktionseliten mit einer größeren Teilung der Macht ersetzt. Im gleichen Atemzug ist auch die sozialistische Dienstklasse der vertriebenen Führungskaste verschwunden.

Die ostdeutschen Angehörigen der neuen Eliten weisen im Vergleich zu den Westeliten einige Besonderheiten auf: mehr Aufsteiger aus der gesellschaftlichen Mitte, mehr Frauen, mehr Jüngere, mehr Ingenieure, Naturwissenschaftler und Theologen, eine stärkere Reform- und Linksorientierung.

2. Entpolitisierung: Die Bedeutung politischer Loyalitäten für sozialen Aufstieg, für Privilegien und Benachteiligungen wird auf westliches „Normalmaß" reduziert. Beruflicher und sozialer Erfolg orientieren sich stärker an fachlichen Leistungskriterien.

3. Abrupte Schließung der Tertiärisierungslücke: Bei der krisenhaften Umwälzung der Wirtschaftsstruktur – Arbeitsmarktkrise, Industriekrise, Agrarkrise –

holte Ostdeutschland einen Tertiärisierungsrückstand von circa 25 Jahre quasi „über Nacht" – innerhalb von drei Jahren – auf. Der ökonomische Wandel wird von Umschichtungen begleitet: Die überdimensionierten Arbeiter- und Bauernschaften sind stark geschrumpft, die insgesamt unterentwickelten Dienstleistungsschichten expandieren, wobei personelle Überhänge in einzelnen Sektoren gestutzt werden.

4. Schneller Wohlstandsschub: Das West-Ost-Wohlstandsgefälle wurde deutlich verringert, aber nicht beseitigt. Die Stichworte dazu sind: rascher Anstieg der Renten, Löhne und Gehälter mit seinen Begleiterscheinungen (Motorisierungs- und Reiseboom, Ausstattungsschub der Haushalte, Verbesserung der Wohnqualität), Qualitätssprung im Waren- und Dienstleistungsangebot, Verbesserung der (übriggebliebenen) Arbeitsplätze, der Infrastrukturen und Umweltbedingungen.

5. Zunahme sozialer Ungleichheit – Differenzierung auf höherem Niveau: Mit dem Wohlstandsschub vergrößern sich die sozialen Abstände zwischen oben und unten – im Hinblick auf Einkommen, Besitz und Arbeitsqualität sowie auf die damit verknüpften Lebensbedingungen und Lebenschancen – auf einem insgesamt höheren Niveau. Die Arbeiterschaft büßt dabei ihre im Vergleich zu anderen Schichten der Mitte relativ günstige Position im Ungleichheitsgefüge ein. Innerhalb der wachsenden Dienstleistungsschichten entwickeln sich deutlichere vertikale Differenzierungen, die Mehrheit setzt sich im Hinblick auf ihre Lebensbedingungen stärker als vorher von den Arbeiterschichten ab.

Sieht man die drei zuletzt skizzierten Tendenzen – Tertiärisierungsschub, Wohlstandsschub und Zunahme der Ungleichheit – zusammen, so lässt sich die sozialstrukturelle Transformation folgendermaßen charakterisieren: Eine nach unten nivellierte, industrielle Arbeiter- und Bauerngesellschaft hat sich zu einer Dienstleistungsgesellschaft modernisiert mit größeren sozialen Abstufungen auf einem deutlich höheren Wohlstandsniveau – aber auch mit größeren sozialen Risiken.

6. Neuaufbau eines handwerklich-tertiären Mittelstandes: Der fast vernichtete „alte" Mittelstand durchlief und durchläuft eine schwierige Phase des Neuaufbaus als wichtiger Leistungsträger. Quantitativ hat er inzwischen fast den westdeutschen Umfang erreicht, qualitativ weicht er jedoch noch erheblich vom westdeutschen Muster ab: größere Unterschiede im Hinblick auf die soziale Herkunft, mehr Klein- und Kleinstbetriebe, geringere Einkommen und größere Polarisierung der Einkommen.

Ein wirklicher ostdeutscher Sonderweg zeichnet sich in der personell dramatisch geschrumpften Landwirtschaft ab. Das Stichwort dazu lautet: postsozialistische „Großagrarier". Es passt nicht nur auf die Nachfolgegesellschaften der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die weiterhin Landwirtschaft als arbeitsteilige Großunternehmen betreiben, sondern auch auf viele der neuentstandenen Einzelhöfe (vgl. Seite 23 f.).

7. Abflauen des Abwanderungsdrucks: Der übermäßige Abwanderungsdruck von Ost nach West ist im Zuge des Wohlstandsschubs zurückgegangen, gleichzeitig haben die neuen Länder eine gewisse Sogwirkung auf westdeutsche Chancensucher aus gehobenen und höheren Schichten entfaltet. Die West-Ost-Wanderungen haben zugenommen mit vorteilhaften und auch nachteiligen Folgen: Nützlich ist der Transfer modernen Know-hows, konfliktträchtig dagegen die partielle westdeutsche Überschichtung Ostdeutschlands. Die Zuwanderungen aus dem Ausland in die neuen Länder waren bisher wegen der Umbruchsprobleme minimal, an der ethnischen Homogenität der ostdeutschen Bevölkerung hat sich nur wenig verändert.

8. Höhere Lebenserwartungen, Rückgang der Eheschließungen und Geburtenziffern: Die Verbesserung der Lebensbedingungen hat den Abstand in den Lebenserwartungen zwischen Ost und West deutlich verringert. Die massiven, sprunghaften Einbrüche bei der Zahl der Eheschließungen und Geburtenziffern sind in erster Linie Krisensymptome der außergewöhnlichen Umbruchsituation. Dahinter dürften sich jedoch auch – so wie beim weiteren Anstieg des Heiratsalters – Anpassungstendenzen an die westdeutschen Verhaltensmuster verbergen.

Die wesentliche Grundtendenz des sozialen Umbruchs in Ostdeutschland ist die nachholende Modernisierung, aber es gibt eine wichtige gegenläufige Entwicklung, die sich als De-Modernisierung interpretieren lässt: die erneute Verschärfung der Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern. Das Merkmal Geschlecht hat als Bestimmungsfaktor sozialer Ungleichheit wieder an Bedeutung gewonnen. Ostdeutsche Frauen sind auf dem krisengeschüttelten Arbeitsmarkt stärker in Bedrängnis geraten als Männer, dabei nimmt auch die geschlechtstypische Hierarchisierung der Arbeitswelt wieder schärfere Konturen an. Der Abbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und staatlichen Hilfen für erwerbstätige Frauen erschwert ihre Situation zusätzlich. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt wirken auf die häusliche Arbeitsteilung zurück und akzentuieren deren Geschlechtstypik. Im Bildungssystem und der Politik haben die ostdeutschen Frauen allerdings ihren Gleichstellungsvorsprung halten können.

Das hässliche Gesicht der Modernisierung ist die „neue große Unsicherheit". Eine sicherheitsgewohnte (durch staatliche Regulierung und Fürsorge stark betreute) Bevölkerung wird über Nacht überdimensionalen sozialen Unsicherheiten ausgesetzt. Besonders einschneidend und weit verbreitet sind die Arbeitsplatzrisiken, dazu kommen Armutsrisiken für neue Bevölkerungsgruppen, neue Risiken der offenen Wohnungslosigkeit und hohe Kriminalitätsrisiken. Besonders betroffen von der neuen Unsicherheit sind vier Problemgruppen:

◇ Un- und Angelernte werden besonders häufig aus dem Arbeitsmarkt hinausgedrängt; Lähmungserscheinungen und Handlungsschwäche, Sorgen, Ängste, Orientierungslosigkeit und Unzufriedenheit sind unter ihnen besonders weit verbreitet.

Foto: dpa

Positive Veränderungen im Straßenbild der neuen Länder, hier Leipzig, zeigen sich an vielen neuen oder sanierten Gebäuden, im Straßenbau und in der übrigen Infrastruktur.

◇ Auch die Bevölkerung auf dem Lande trifft der Umbruch besonders hart. Die erwähnten enormen Arbeitsplatzverluste im Agrarsektor treffen mit weiteren regionalen Nachteilen zusammen, wobei sich die Negativeffekte häufen: In den strukturschwachen Agrargebieten der neuen Länder fehlen häufiger als anderswo Beschäftigungsalternativen. Landfrauen sind von diesen Engpässen wiederum besonders betroffen.

◇ Eine dritte Problemgruppe bildet die Generation von Erwerbstätigen, die 1989 etwa 45 bis 55 Jahre alt waren. Für diese Generation kam der Umbruch gleichzeitig zu früh, weil sie noch nicht alt genug ist, um – wie die Rentner – von der neuen Situation zu profitieren, und zu spät, weil sie nicht mehr jung genug ist, um erfolgreich in der Konkurrenz um die knappen Arbeitsplätze zu bestehen.

◇ Neue Problemgruppen entstehen schließlich dadurch, dass sich die Armutszone am Rand der Gesellschaft allmählich nach dem westdeutschen Muster umschichtet. Das Armutsrisiko trifft insbesondere vier Gruppen, die es in der DDR nicht oder nicht als Randgruppen gab: Langzeitarbeitslose, allein erziehende Mütter, kinderreiche Familien sowie – damit zusammenhängend – Kinder und Jugendliche.

Insgesamt reagiert die ostdeutsche Bevölkerung auf die nachholende Modernisierung zunehmend positiv – trotz aller Probleme, Krisenerscheinungen und Schocks, die mit radikalen Umwälzungen dieser Art verbunden sind. Ein Vergleich der Wohlfahrtssurveys von 1993 und 1998 fördert Folgendes zutage: Der Anteil der Ostdeutschen, deren Lebensbedingungen sich nach eigener Einschätzung nach der Vereinigung verbessert haben, stieg von 48 Prozent im Jahr 1993 auf 59 Prozent im Jahr 1998 an; gleichzeitig nahm der Anteil der „Vereinigungsgeschädigten", deren Lebensbedingungen sich nach eigener Einschätzung verschlechtert haben, von 23 Prozent auf 16 Prozent ab.

Facetten der modernen Sozialstruktur – Modelle und Kontroversen

Rainer Geißler

Um die Sozialstruktur einer modernen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu analysieren und zu gliedern, stehen der Soziologie drei Ansätze mit unterschiedlichen Fragestellungen und Modellen zur Verfügung – die Modelle der sozialen Schichten, der sozialen Lagen und des sozialen Milieus.

Soziale Schichten

Die Schichtungsanalyse kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Sie wurde von Theodor Geiger (1891–1952) – einem von den Nationalsozialisten nach Skandinavien vertriebenen Klassiker der deutschen Soziologie – in Auseinandersetzung mit der Klassentheorie von Karl Marx (1818-1883) in den dreißiger Jahren entwickelt und wird heute noch in modernisierten Varianten eingesetzt. Schichtungsanalytiker untergliedern die Bevölkerung nach „Schichten" – manche sprechen auch von „Klassen" in einer modernen, nichtmarxistischen Version – und beachten dabei Unterschiede in zwei Bereichen: Zu einer Schicht werden Menschen mit ähnlichen „äußeren" Lebensbedingungen sowie ähnlichen „inneren", „psychischen" Merkmalen zusammengefasst.

Foto: Christoph & Friends

Abteilungsleiterin der Westdeutschen Landesbank in New York im Gespräch mit Mitarbeitern. Eine solche Position bringt hohes Einkommen, Sozialprestige und Einfluss.

Zu den äußeren Lebensbedingungen gehören insbesondere die Berufsposition, Einkommen und Besitz, das Qualifikationsniveau sowie Einfluss und Sozialprestige. Häufig orientieren sich Schichteinteilungen an der Berufsposition, weil damit die anderen Kriterien für eine Schichtenzuweisung tendenziell verknüpft sind. So setzen hohe Berufspositionen in aller Regel eine gute Qualifikation voraus und ermöglichen vergleichsweise hohe Einkommen, hohes Sozialprestige und hohen Einfluss.

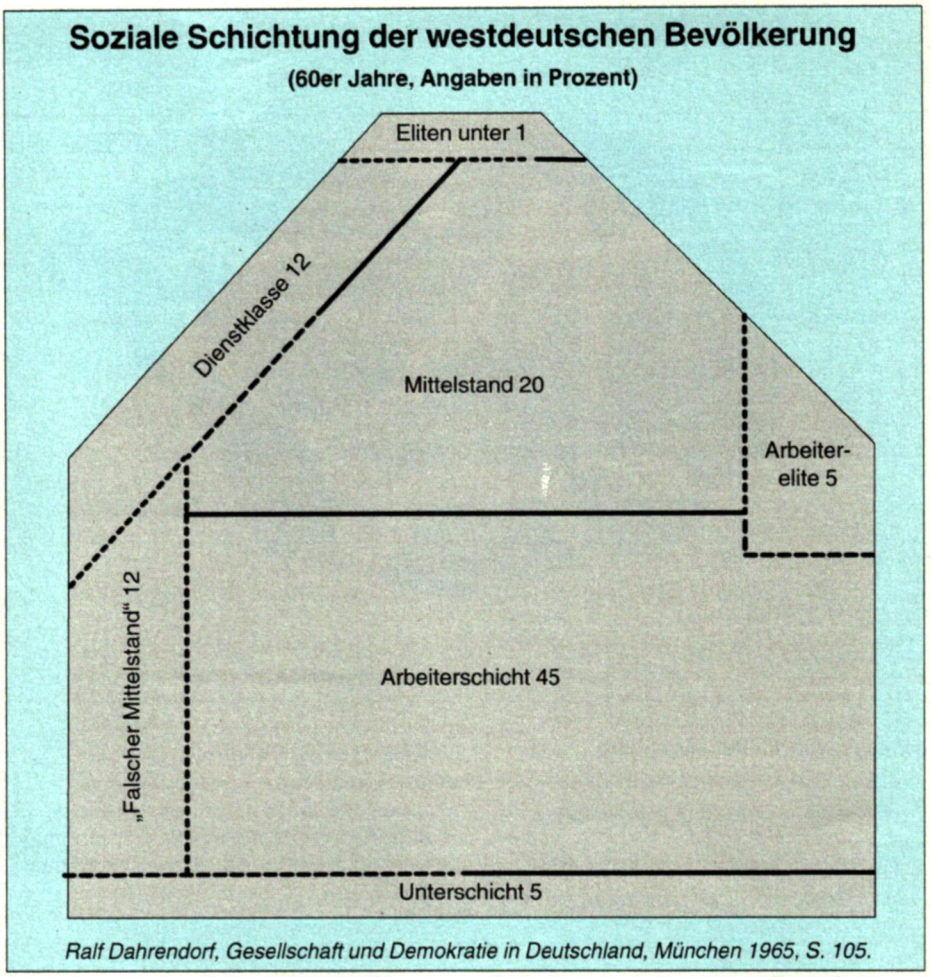
Die Schichtanalyse geht davon aus, dass Menschen in ähnlichen Lebensbedingungen ähnliche Lebenserfahrungen machen und dass die „äußere Lebenslage" daher einen gewissen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung und auf das Verhalten der Menschen ausübt. Man nimmt an, dass sich schichttypische Mentalitäten und Lebensstile herausbilden. Dabei wird nicht deterministisch unterstellt, dass das Sein das Bewusstsein bestimme bzw. dass die „äußeren" Lebensbedingungen die „inneren" Merkmale und Verhaltensweisen festlegen. Aber es wird empirisch überprüft, in welchen Bereichen und wie stark innere und äußere Strukturen zusammenhängen. Eine weitere wichtige Grundannahme ist, dass das Zusammenwirken von schichttypischen Lebensbedingungen und schichttypischen Mentalitäten und Verhaltensweisen dementsprechende Lebenschancen zur Folge hat; Schichten unterscheiden sich in der Regel auch durch typische Privilegien und Benachteiligungen.

Schichtmodelle

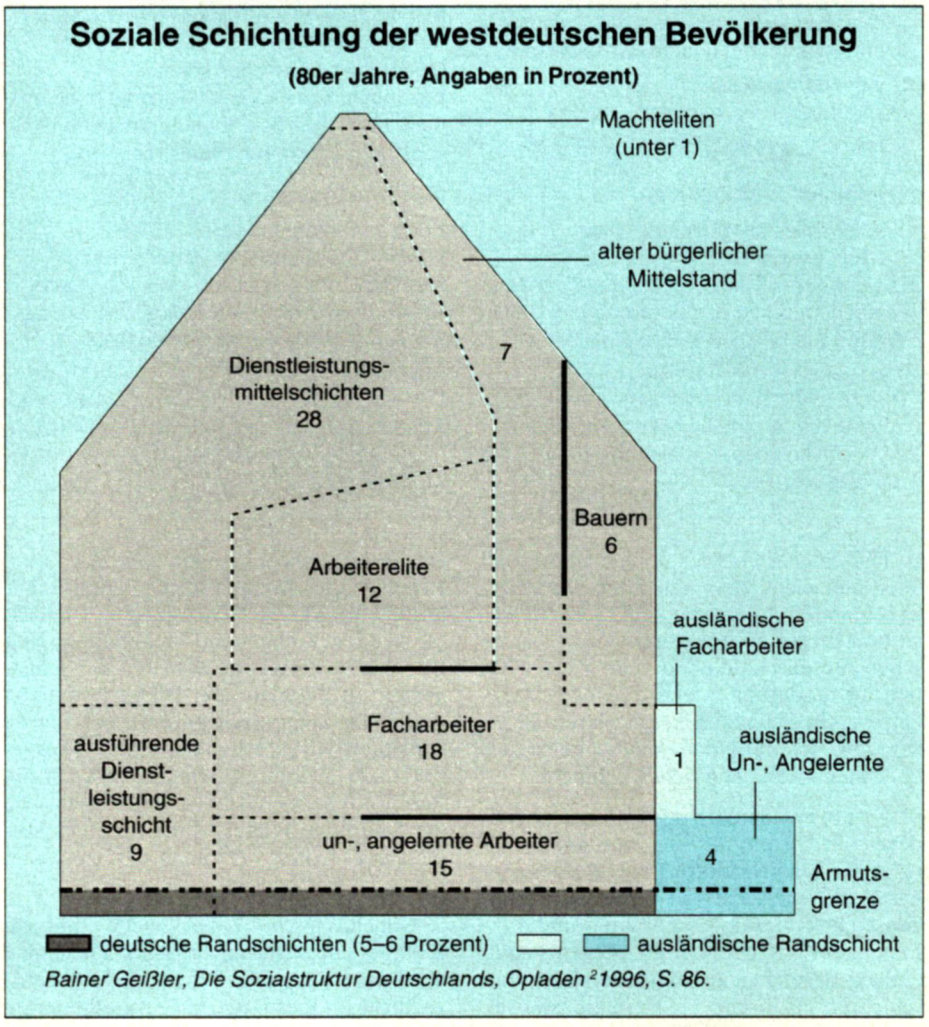
Die Versuche in den fünfziger und sechziger Jahren, die komplexen realen Strukturen auf wesentliche Grundmuster zu vereinfachen, haben zu unterschiedlichen Schicht- und Klassenmodellen und zu widersprüchlichen Vorstellungen über die Sozialstruktur geführt. Das Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" ging davon aus, dass die kollektiven Auf- und Abstiegsprozesse in einer hochmobilen Gesellschaft die Klassen und Schichten aufgelöst und zu einer sozialen Nivellierung in der gesellschaftlichen Mitte geführt haben. Ralf Dahrendorf wies dagegen auf die nach wie vor bestehenden Mobilitätsbarrieren hin und setzte der Nivellierungsthese sein „Hausmodell" der sozialen Schichtung entgegen, in dem er sieben Klassen und Schichten unterschied: Die Spitze der Gesellschaft bilden die Eliten. Im Obergeschoss residieren nebeneinander die bürokratischen Helfer der Eliten, die Dienstklasse, „insbesondere nicht-technische Verwaltungsangestellte aller Ränge" sowie der alte Mittelstand der Selbstständigen. Im Hauptgeschoss wohnen die große Arbeiterschicht und die einfachen Dienstleistungsberufe, deren soziale Stellung sich nicht von derjenigen der Arbeiter unterscheidet, die sich jedoch ihrem Selbstverständnis nach „fälschlicherweise" zur Mittelschicht zählt. Die Arbeiterelite (Meister, Vorarbeiter) hat sich dagegen nach oben hin vom Rest der Arbeiterschaft abgesetzt. Der Keller des Hauses ist bevölkert von der dünnen Unterschicht der „Dauererwerbslosen, Unsteten, Rückfallkriminellen, und Halbanalphabeten", die zuweilen als „Bodensatz der Gesellschaft", als „sozial Verachtete" oder auch als „Lumpenproletariat" bezeichnet werden.

Ein modernisiertes Hausmodell für die soziale Schichtung der westdeutschen Bevölkerung in den achtziger Jahren orientiert sich an dem von Ralf Dahrendorf erkannten Grundmuster, zieht jedoch einige weitere Differenzierungslinien ein und berücksichtigt auch einige Umschichtungen. Der alte Mittelstand ist kleiner geworden und in bürgerlichen und bäuerlichen Teil getrennt. Deutlich gewachsen sind die Dienstleistungsschichten (Angestellte und Beamte) im mittleren und oberen Bereich. Auch die Arbeiterelite (Meister, Vorarbeiter) ist größer geworden, im Gegensatz zur geschrumpften Arbeiterschicht, die in Facharbeiter einerseits- und Un- und Angelernte andererseits untergliedert ist. Hinzugekommen ist ein „Aufbau" für die „ausländische Randschicht". Die Unterbringung der „Ausländer" neben dem Haus der Deutschen signalisiert, dass diese neue Schicht sozioökonomisch und soziokulturell nicht voll in die Kerngesellschaft integriert ist.

Um Missverständnissen bei der Interpretation von Schichtmodellen vorzubeugen, sind vier Besonderheiten der Schichten in modernen Sozialstrukturen zu beachten:



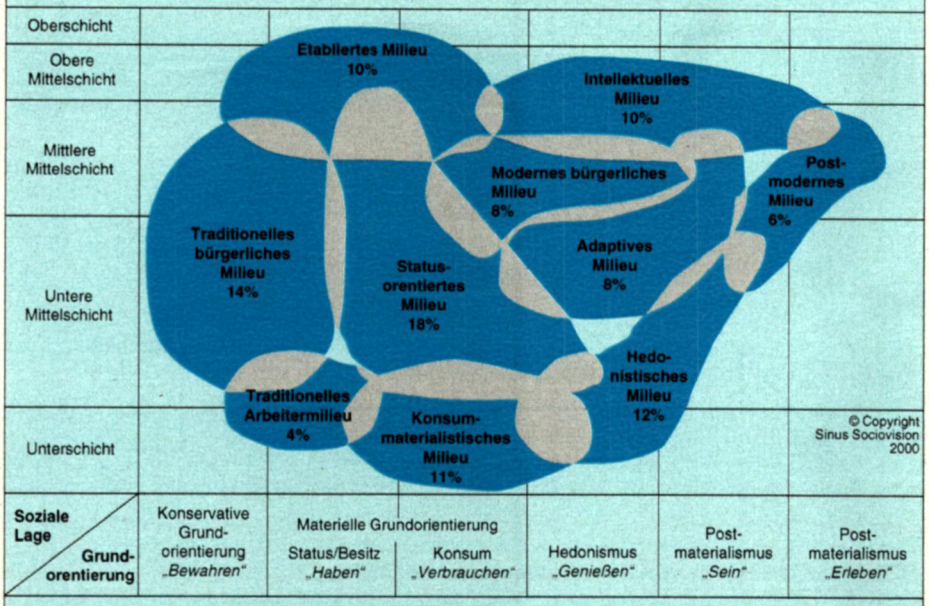
Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 105.



Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen ²1996, S. 86.

Die Sinus Milieus in Deutschland West 2000

Soziale Lage und Grundorientierung



Gesellschaftliche Leitmilieus

Etabliertes Milieu
(vorher: Konservativ-technokratisches Milieu)
Die erfolgsorientierte Konsum-Elite unserer Gesellschaft mit ausgeprägten Exklusivitätsansprüchen

Intellektuelles Milieu
(vorher: Liberal-intellektuelles Milieu)
Die aufgeklärte, postmaterielle orientierte Werte-Avantgarde unserer Gesellschaft

Postmodernes Milieu
Die individualistische, „multi-optionale" Life Style-Avantgarde unserer Gesellschaft

Traditioneller Mainstream

Traditionelles bürgerliches Milieu
(vorher: Kleinbürgerliches Milieu)
Die Sicherheits- und Status quo-orientierte Kriegsgeneration, die an den traditionellen Werten wie Pflicht und Ordnung festhält

Traditionelles Arbeitermilieu
Die an den Notwendigkeiten des Lebens ausgerichtete traditionelle Arbeiterkultur der Eckkneipen, Kleintierzüchter und Schützenvereine

Modernes Mainstream

Adaptives Milieu
(vorher: Modernes Arbeitnehmermilieu)
Der gut ausgebildete, mobile und pragmatische Mainstream der jungen modernen Mitte

Statusorientiertes Milieu
(vorher: Aufstiegsorientiertes Milieu)
Die beruflich und sozial aufstrebende untere Mitte – die Erfolgsinsignien unserer Konsumgesellschaft im Blick

Modernes bürgerliches Milieu
Die konventionelle neue Mitte, die nach einem harmonischen, behüteten Leben in gesicherten Verhältnissen strebt

Moderne Unterschicht

Konsum-materialistisches Milieu
(vorher: Traditionsloses Arbeitermilieu)
Die stark materialistisch geprägte Unterschicht, die Anschluss halten will an die Konsum-Standards der breiten Mitte

Hedonistisches Milieu
Die unangepasste junge Unterschicht, die Spaß haben will und sich den Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft verweigert

◊ Die eingezeichneten Linien im Modell bedeuten nicht, dass Schichten scharf gegeneinander abgegrenzt sind. Scharfe Abstufungen dieser Art existieren in ständischen Gesellschaften oder im Kastensystem; in modernen Sozialstrukturen dagegen weisen Schichten keine klaren Grenzen auf, sie gehen vielmehr ineinander über und überlappen sich zunehmend.

◊ Es gibt eine langfristige historische Tendenz zur Differenzierung und Auflockerung der Schichtstruktur. Die Zusammenhänge zwischen äußeren Lebensbedingungen einerseits und Mentalitäten und Verhaltensweisen andererseits lockern sich in einigen Bereichen auf; schichttypische und schichtunspezifische Verhaltensweisen existieren nebeneinander. So sind zum Beispiel die Minimalformen politischer Teilnahme wie die Beteiligung an Bundestagswahlen weitgehend unabhängig von Schichtzugehörigkeit, während das Engagement in Parteien oder Bürgerinitiativen deutlich schichttypisch variiert: In höheren Schichten ist es erheblich stärker ausgeprägt als in unteren Schichten. Auch die Parteipräferenzen unterscheiden sich, wie der Soziologe Walter Müller in einer Studie aus dem Jahr 1999 nachwies, weiterhin deutlich schichttypisch.

◊ Schichttypische Unterschiede sind im Zeitalter des Massenkonsums manchmal nicht „auf den ersten Blick" an der lebensweltlichen Oberfläche zu beobachten, sie müssen erst durch sozialwissenschaftliche Studien sichtbar gemacht werden. So steht zum Beispiel heute in den Wohnungen aller Schichten das sofort wahrnehmbare Farbfernsehgerät, aber die Art, wie es genutzt wird, welche Sendungen gesehen werden, ist nach wie vor schichttypisch unterschiedlich.

◊ Schließlich sind die Schichten durch soziale Mobilität durchlässiger geworden. Die Etagen und Räume im modernen Haus der sozialen Schichtung sind nicht streng gegeneinander abgeschottet, sondern Durch- und Übergänge ermöglichen häufiger als früher „offenes Wohnen".

Bisher fehlt es an einem Versuch, ein differenziertes Schichtungsmodell für Ostdeutschland zu entwerfen. Ein einfaches Drei-Schichten-Modell, das lediglich die subjektive Schichteinstufung als Kriterium heranzieht, macht Ost-West-Unterschiede deutlich. Die Auswertung des repräsentativen Wohlfahrtssurveys durch die Sozialstrukturforscher Roland Habich und Heinz-Herbert Noll zeigt, dass sich Westdeutschland schon seit langem als „Mittelschichtengesellschaft" versteht – 1998 stuft sich eine Mehrheit von 59 Prozent in die Mittelschicht ein, nur 28 Prozent sehen sich als Angehörige der Arbeiterschicht an. Ostdeutschland dagegen ist von seinem Selbstverständnis her weiterhin eine Unterschichten- und Arbeitergesellschaft geblieben. Eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent ordnet sich der Unter- und Arbeiterschicht zu und nur 36 Prozent der Mittelschicht. Vermutlich wirkt in den neuen Ländern noch die sozialistische Arbeiterideologie nach, und eventuell spielt bei der niedrigeren Selbsteinstufung der Ostdeutschen auch das verkleinerte, aber weiterhin bestehende Lebensstandarddefizit gegenüber dem Westen eine Rolle, das überdimensioniert wahrgenommen wird.

Soziale Lagen

Schichtmodelle berücksichtigen im Wesentlichen so genannte „vertikale" Ungleichheiten zwischen Oben und Unten. Sie sind weitgehend blind für so genannte „horizontale" Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, zwischen Alt und Jung, zwischen verschiedenen Generationen oder auch Regionen, zwischen Verheirateten und Ledigen, Kinderreichen und Kinderlosen. Um die Vielgestaltigkeit und Vieldimensionalität der Ungleichheitsstruktur besser zu erfassen, wurden gegen Ende der achtziger Jahre Modelle der „sozialen Lagen" entwickelt. Sie berücksichtigen neben den vertikalen gleichzeitig auch horizontale Ungleichheiten. Als Theoretiker der Lagenmodelle ist Stefan Hradil hervorgetreten, empirisch und sozialpolitisch wurden sie insbesondere in der Wohlfahrtsforschung eingesetzt.

Die Wohlfahrtsforschung untersucht, wie materiellen Ressourcen („objektive Wohlfahrt") und „Lebenszufriedenheit" („sub-

jektive Wohlfahrt") über die Bevölkerung verteilt sind und verwendet dazu auch das feine Raster des Lagenmodells. So werden zum Beispiel für ein am WZB benutztes Modell neben dem „vertikalen" Kriterium Berufsposition die „horizontalen" Kriterien Geschlecht und Alter (unter/über 60 Jahre) herangezogen.

Aus der Kombination der drei Merkmale entstehen 42 Soziallagen, die einen relativ differenzierten Einblick in die Verteilung der materiellen Ressourcen und die Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden der westdeutschen Bevölkerung vermitteln. So lassen sich etwa folgende Problemgruppen mit geringen Ressourcen und einem hohen Grad an Unzufriedenheit identifizieren: Landwirte, Arbeitslose, nichterwerbstätige Männer im Erwerbsalter, Un- und Angelernte sowie ältere Menschen, die früher nicht erwerbstätig waren. Das beispielhaft angeführte Lagenmodell macht deutlich, dass der Versuch, die Vielgestaltigkeit der Ungleichheitsstruktur gesamthaft in einem Modell einzufangen, schnell an Grenzen stößt. Obwohl in dem Beispiel wichtige Ungleichheitskriterien wie Ost-West-Unterschiede, Stadt-Land-Unterschiede, Unterschiede nach Nationalität, Familienstand und Generation unberücksichtigt bleiben, mutet es bereits recht unübersichtlich an.

Soziale Milieus

Neben dem Soziallagenansatz gehört insbesondere die Milieuforschung zu den wichtigen neueren Ansätzen der deutschen Sozialstrukturanalyse. Sie wurde in den achtziger Jahren vom Sinus-Institut für die Markt- und Wahlforschung entwickelt und danach von den Sozialwissenschaften übernommen, wo sie vor allem zu einem Boom von Lebensstiluntersuchungen führte. Man kann sie als „subjektivistischen" oder „kulturalistischen" Ansatz der Sozialstrukturanalyse bezeichnen.

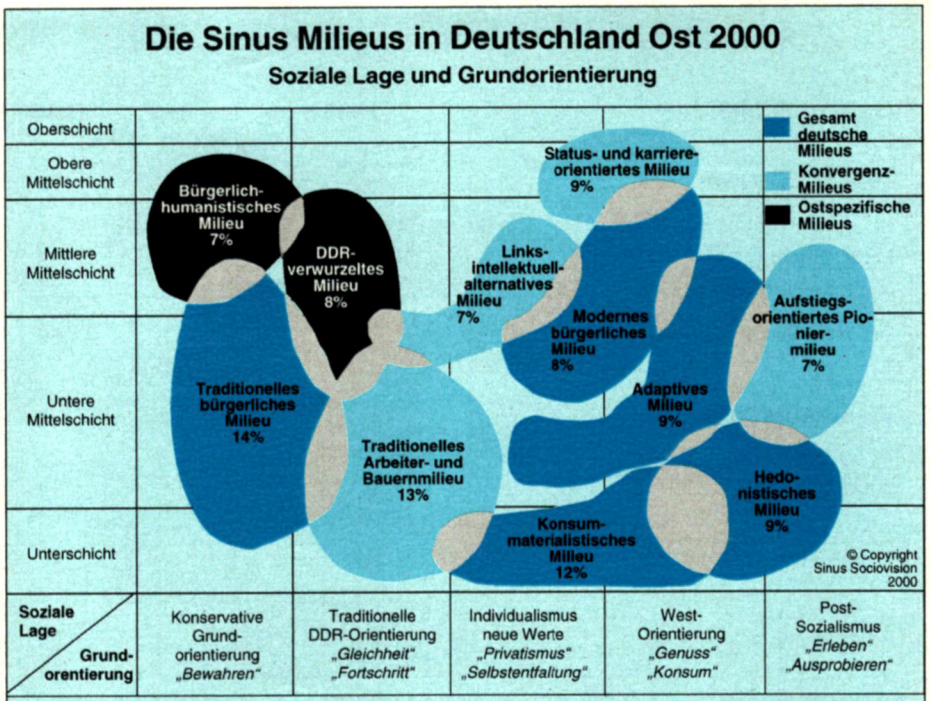
Während die Schichtanalyse eine Bevölkerung zunächst nach ähnlichen „objektiven Lebensbedingungen" oder „objektiven Soziallagen" untergliedert und dann untersucht, welche Mentalitäten, Einstellungen, Verhaltensweisen und Lebenschancen mit diesen unterschiedlichen Lebensumständen typischerweise verknüpft sind, gruppiert der Milieuansatz die Menschen zunächst nach Unterschieden in ihren Wertorientierungen und Lebensstilen. Das Sinus-Institut definiert den zentralen Milieu-Begriff wie folgt: „Soziale Milieus fassen, um es vereinfacht auszudrücken, Menschen zusammen, die sich in Lebensauffassung und Lebensweise ähneln, die also gleichsam ‚subkulturelle' Einheiten innerhalb der Gesellschaft bilden." Die Bevölkerung wird nach ihren Wertorientierungen und Lebenszielen, nach ihren Einstellungen zu Arbeit, Freizeit und Konsum, zu Familie und Partnerschaft, nach ihren Zukunftsperspektiven, politischen Grundüberzeugungen und Lebensstilen befragt und dann nach diesen Merkmalen zu „sozialen Milieus" bzw. „‚subkulturellen' Einheiten" zusammengefasst. Die Abgrenzungen zwischen den sozialen Milieus ähneln den Grenzlinien in den Schichtmodellen: Sie markieren keine scharfen „realen" Grenzen, Milieus sind – wie Schichten – keine klar gegeneinander abgrenzbaren Gruppen, sondern es gibt fließende Übergänge, Zwischenformen und Überschneidungen.

Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen in den vier Jahrzehnten der deutschen Teilung ist es nicht verwunderlich, dass die Milieustruktur in Westdeutschland andere Konturen hat als in Ostdeutschland. Gemeinsam sind den alten und neuen Ländern zwei Eigenarten der „Milieu-Landkarten":

◊ Die Milieus in den oberen, mittleren und unteren Ebenen der Schichtungshierarchie unterscheiden sich typischerweise. In diesem Punkt bestätigt die Milieuanalyse die Annahmen der Schichtungssoziologie

◊ Auf den verschiedenen Ebenen der Schichtungshierarchie gibt es nicht nur ein typisches Milieu, sondern mehrere – jeweils zwei, drei oder, insbesondere in der gesellschaftlichen Mitte der neunziger Jahre, sogar fünf oder sechs. Die Milieumodelle sind also differenzierter, „pluraler" als Schichtmodelle, sind sensibler gegenüber soziokulturellen Unterschieden (Wertorientierungen, Lebensstile) innerhalb von Schichten und spiegeln die kulturelle Vielfalt der modernen Sozialstruktur besser wider als Schichtanalysen.

Die groben Konturen der Milieustruktur lassen sich für das Jahr 2000 wie folgt charakterisieren:



Überblick über ost-spezifische und Konvergenz-Milieus

Ost-spezifische Milieus

Bürgerlich-humanistisches Milieu

Das konservative Bildungsbürgertum, das noch die alten protestantischen Tugenden hochhält
(Entspricht dem früheren Konservativen gehobenen Milieu im Westen)

DDR-verwurzeltes Milieu

Ehemals staatstragendes Milieu der „abgewickelten" Führungskader in Partei, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur
(Bis heute kein Angleichung an westdeutsche Lebenswelten)

Konvergenz-Milieus

Linksintellektuell-alternatives Milieu

Idealistisch-konsumkritisches Intellektuellenmilieu mit konsequenten postmateriellen Ansprüchen
(Konvergenz mit dem Intellektuellem Milieu im Westen)

Status- und karriereorientiertes Milieu

Die status- und prestigeorientierten „Wendehälse" der ersten Stunde, die sich mit den westlichen Lifestyle-Normen identifizieren
(Konvergenz mit dem etablierten Segment des statusorientierten Milieus im Westen)

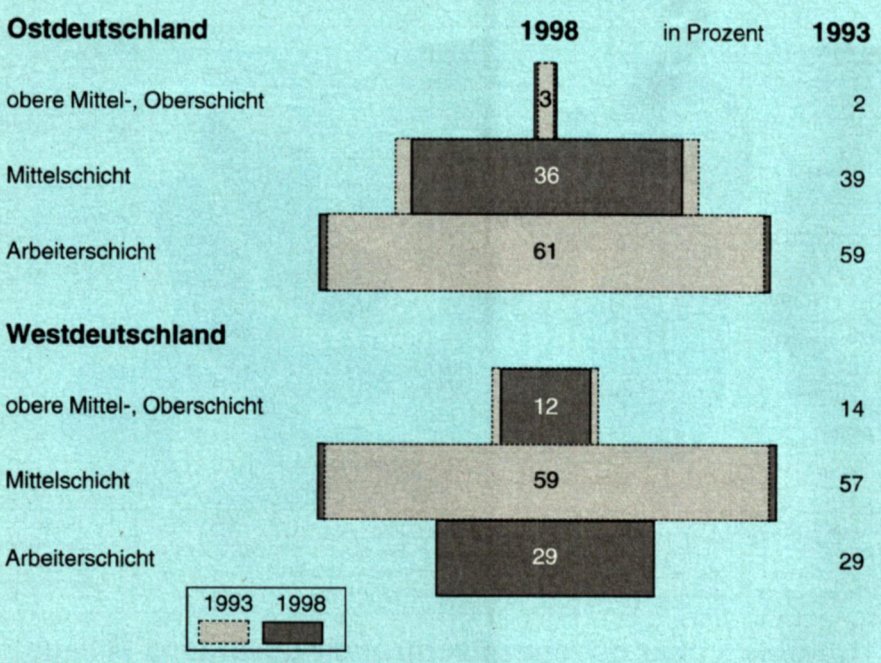
Aufstiegsorientiertes Pioniermilieu

Das Milieu der unkonventionellen neuen Aufsteiger, die sich als „Gewinner der Einheit" verstehen
(Konvergenz mit dem leistungsorientierten Segment des Postmodernen Milieus)

Traditionelles Arbeiter- und Bauernmilieu

Von den Nachwende-Verhältnissen enttäuschtes altproletarisches Milieu der Facharbeiter und Genossenschaftsbauern
(Viele Ähnlichkeiten mit dem Traditionellen Arbeitermilieu im Westen)

Subjektive Schichteinstufung 1993 und 1998



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998.

Roland Habich / Heinz-Herbert Noll: Soziale Schichtung und soziale Lagen. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 1999. Bonn 2000, S. 553.

◇ Das obere Fünftel der westdeutschen Bevölkerung ist in zwei etwa gleich große Milieus gespalten: in das etablierte Milieu mit stärker traditionellen Orientierungen und in das intellektuelle Milieu mit stärker sozialen, ökologischen und individualistischen Einstellungen. In Ostdeutschland ist der obere gesellschaftliche Bereich vom Umfang kleiner und zerfällt in das bürgerlich-humanistische Milieu mit konservativen Zügen und das status- und karriereorientierte Milieu mit hoher Erfolgs- und Westorientierung.

◇ Im unteren Bereich der gesellschaftlichen Hierarchie – in Westdeutschland umfasst er etwa ein Viertel der Bevölkerung, in Ostdeutschland etwa ein Drittel – ähneln sich die Milieustrukturen in Ost und West teilweise stark. In beiden Teilen Deutschland lassen sich circa ein Zehntel der Bevölkerung jeweils dem konsum-materialistischen Milieu (frühere Bezeichnung: traditionsloses Arbeitermilieu) und dem so genannten „hedonistischen" (genussorientierten) Milieu zuordnen. Ost-West-Unterschiede gibt es dagegen beim traditionellen Arbeitermilieu, das in den alten Ländern stark zusammengeschrumpft ist; in den neuen Ländern ist es erheblich umfangreicher, stärker vom Klassenbewusstsein und Arbeiterstolz geprägt sowie mit bäuerlichen Elementen durchmischt, daher wird es als traditionelles Arbeiter- und Bauernmilieu bezeichnet.

◇ Kennzeichen der umfangreichen Mitte der Gesellschaft ist ein recht unübersichtliches Kunterbunt von Einstellungen und Lebensstilen mit einigen Ost-West-Unterschieden.

Die jährlich erhobenen Daten des Sinus-Instituts lassen auch zwei wichtige Verschiebungen bzw. Entwicklungstendenzen in der Milieustruktur seit 1982 erkennen:

◇ Der allgemeine Wertewandel von traditionellen zu so genannte „postmaterialistischen" Orientierungen spiegelt sich im Wandel von Milieus wider: Der Umfang der traditionsorientierten Milieus im unteren und mittleren Bereich – des traditionellen Arbeitermilieus und des traditionellen bürgerlichen Milieus – hat sich zwischen 1982 und 2000 halbiert. Gewachsen sind dagegen Milieus mit konventionellen und individualistischen Einstellungen sowie mit Orientierungen, in deren Zentrum Erleben, Genuss und Lebensfreude stehen. Dieses Bündel von Orientierungen wird häufig als „postmaterialistisch" bezeichnet oder auch mit dem noch unschärferen Etikett „postmodern" versehen.

◇ Die Milieustruktur ist insgesamt differenzierter geworden. In der gesellschaftlichen Mitte haben sich in den neunziger Jahren in West und Ost jeweils zwei neue Milieus herausgebildet; Ende der neunziger Jahre lassen sich somit in den alten Ländern zehn und in den neuen Ländern elf Milieus erkennen.

Jenseits von Klasse und Schicht?

In der deutschen Sozialstrukturforschung wird seit den achtziger Jahren eine kontroverse Diskussion zu der Frage geführt, ob sich die Klassen und Schichten im Zuge der Modernisierung der Gesellschaft auflösen oder bereits aufgelöst haben. Zu den Anhängern der Auflösungsthese – in der wissenschaftlichen Literatur wird sie häufig „Entstrukturierungsthese" genannt – gehören unter anderem Ulrich Beck („Risikogesellschaft" 1986) und Gerhard Schulze („Erlebnisgesellschaft" 1993), zu ihren Kritikern gehören zum Beispiel Michael Vester („Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel" 1992) und Rainer Geißler („Die Sozialstruktur Deutschlands" 1996).

Die Auflösungstheoretiker heben insbesondere die folgenden sozialstukturellen Entwicklungstendenzen hervor:

◇ Steigender Wohlstand und Massenkonsum lassen – begünstigt durch staatliche Umverteilung – auch die unteren Schichten zunehmend an den Privilegien der mittleren und oberen Schichten teilhaben (an komfortablen Wohnungen, Autos, Farbfernsehern und Urlaubsreisen). Frühere Statussymbole haben ihre unterscheidende Kraft verloren, weil sie heute nahezu allen zugänglich sind.

◇ Auch die neuen Risiken der „Risikogesellschaft" – wie sie Ulrich Beck nennt – kennen keine Schichtgrenzen, sie sind „demokratisiert". Von Massenarbeitslosigkeit, Umweltgefährdungen oder atomarer Bedrohung sind alle Gruppen der Gesellschaft bedroht.

◇ Schichttypische Milieus mit entsprechenden schichttypischen Mentalitäten, Einstellungen und Verhaltensweisen haben sich nach und nach aufgelöst. Dieser Entwicklung liegen zwei zentrale Ursachen zugrunde: Zum einen werden die Lebensbedingungen, die Soziallagen immer differenzierter und vielfältiger (Differenzierung und Diversifizierung der Sozialstruktur); zum anderen hat der ökonomische, soziale und kulturelle Wandel einen starken Individualisierungsschub ausgelöst, der die Menschen aus ihren bisherigen Bindungen löst und ihre Verhaltensspielräume erheblich erweitert. Steigender Wohlstand lockert die materiellen Bindungen, der moderne Sozialstaat traditionelle Solidaritäten, zunehmende Freizeit die zeitlichen Bindungen, zunehmende Mobilität die sozialen und räumlichen Bindungen und das höhere Bildungsniveau schließlich die psycho-sozialen Bindungen, da es mehr Nachdenklichkeit und Selbstfindung ermöglicht und fordert.

◇ Die Schichten verschwinden immer mehr aus dem Bewusstsein der Menschen. Sie werden im Alltag immer weniger wahrgenommen und bestimmen immer weniger die alltäglichen Handlungen und Beziehungen. Menschen identifizieren sich nicht mehr mit bestimmten Schichten.

◇ Die zunehmende soziale Mobilität wirbelt die Lebenswege und Lebenslagen der Individuen durcheinander und verhindert die Herausbildung schichttypischer Milieus.

Ulrich Beck hat die Auflösungsthese in seinem Buch „Risikogesellschaft" (1986) am pointiertesten formuliert. In einem Kapitel, das den bezeichneten Titel „Jenseits von

Klasse und Schicht" trägt, schreibt er: „Wir leben trotz fortbestehender und neu entstehender Ungleichheiten heute in der Bundesrepublik bereits in Verhältnissen jenseits der Klassengesellschaft. [...] In der Konsequenz werden subkulturelle Klassenidentitäten und -bindungen ausgedünnt oder aufgelöst. Gleichzeitig wird ein Prozess der Individualisierung und Diversifizierung von Lebenslagen und Lebensstilen in Gang gesetzt, der das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterläuft und in seinem Wirklichkeitsgehalt in Frage stellt."

Auch die Gegner der Auflösungsthese sehen den Anstieg des Lebensstandards, die zunehmende Vielfalt der Lebensbedingungen, den Individualisierungsschub und die zunehmende Mobilität als wichtige Entwicklungstendenzen in der modernen Sozialstruktur an. Aber sie werfen den Auflösungstheoretikern vor, die entstrukturierenden Auswirkungen dieses Wandels auf das Schichtungssystem zu überzeichnen. Die Schichtstruktur der modernen Gesellschaft – so ihre These – ist nicht verschwunden, sondern sie ist dynamischer, mobiler und pluraler geworden. Kennzeichen einer modernen Gesellschaft ist nicht die Auflösung der sozialen Schichtung, sondern ein dynamisches, pluralisiertes Schichtgefüge, das wegen seiner Vielfalt auch unübersichtlicher und auf den ersten Blick schwerer erkennbar geworden ist. Die Schichtungstheoretiker führen die folgenden, empirisch belegten Argumente ins Feld:

◊ Wichtige Lebenschancen (wie Bildungs- und Aufstiegschancen, Chancen auf politische Teilnahme, Chancen auf angenehme und qualifizierte Arbeit) und wichtige Lebensrisiken (wie Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit, Kriminalisierung) sind auch heute noch schichtspezifisch verteilt.

◊ Auch viele Wertorientierungen, Lebensstile und Verhaltensweisen – einige davon mit abgrenzendem Charakter – variieren weiterhin von Schicht zu Schicht. Dazu gehören unter anderem die Erziehungsziele, die Mediennutzung oder die Partnerwahl. So sind zum Beispiel nur zwei Prozent der Frauen mit Hauptschulabschluss mit einem Akademiker verheiratet, und von den Männern mit Hauptschulabschluss haben nur ein Prozent eine Ehepartnerin mit Hochschulausbildung. Auch die zu sozialen Milieus zusammengefassten Lebensauffassungen und Lebensweisen sind im oberen Bereich des Schichtgefüges anders ausgeprägt als in der Mitte und dort wiederum anders als in den unteren Ebenen.

◊ Die oft erwähnten Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse erfassen nicht gleichmäßig alle gesellschaftlichen Gruppen, sondern vollziehen sich in höheren Schichten intensiver; denn mit hohem Wohlstand ist eine starke Freisetzung aus materiellen Zwängen und mit höherem Bildungsniveau ein höheres Maß an Selbstreflexion und eine weitergehende Lösung aus traditionellen Bindungen verknüpft.

◊ Schließlich spiegelt sich der traditionelle „Klassengegensatz" zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auch heute noch in der Wahrnehmung von Konflikten durch die Bevölkerung wider, die der Wohlfahrtssurvey 1998 zutage gefördert hat. Zusammen mit den Konflikten zwischen Deutschen und ethnischen Minderheiten sowie dem neuen Ost-West-Gegensatz gehört er zu den dominanten Konfliktlinien, während die Konflikte zwischen Jung und Alt oder zwischen den Geschlechtern lediglich als zweit- bzw. drittrangig eingestuft werden.

Die Kontroverse um die Auflösung der Klassen und Schichten ist im Wesentlichen auf die deutsche Sozialstrukturforschung beschränkt. In Frankreich und Großbritannien, in den USA und in Kanada gibt es kaum Sozialwissenschaftler, die das Fortbestehen der sozialen Schichtung in der modernen Sozialstruktur anzweifeln.

Literaturhinweise

Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt a. M. 1986. 361 S.

Das unter Fachleuten umstrittene Buch hat die fachwissenschaftliche und öffentliche Debatte um die Struktur der modernen Gesellschaft neu belebt. Seine zentralen Thesen und Konzepte – Risikogesellschaft, Individualisierung, Auflösung der Klassen und Schichten, reflexive Modernisierung – werden auch heute noch unter Wissenschaftlern und Politikern diskutiert.

Berger, Peter A.: *Individualisierung, Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt.* Opladen 1996. 335 S.

Eine präzise dokumentierte Analyse der Mobilitätsprozesse in der deutschen Gegenwartsgesellschaft und deren Folgen für die Sozialstruktur. Als Folge zunehmender Mobilität werden insbesonders die Individualisierung, die Vielfalt sozialer Erfahrungen und die damit verbundenen sozialen Unsicherheiten herausgearbeitet. Die Darstellung ist wissenschaftlich anspruchsvoll und setzt bei den Lesern und Leserinnen sozialwissenschaftliche Vorkenntnisse voraus.

Berger, Peter A./Vester, Michael (Hg.): *Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen.* Opladen 1998. 387 S.

Der Sammelband enthält 15 wichtige soziologische Beiträge zur Diskussion über das Fortbestehen von Schichten und Klassen in der modernen pluralisierten Gesellschaft. Aus unterschiedlichen Perspektiven werden verschiedene Aspekte dieser Problematik behandelt wie Veränderungen der Klassen- und Schichtstrukturen, neue Milieubildungen, neue soziale Ausgrenzungen und Spaltungstendenzen, Elitenbildung, Mobilität und Mobilitätsbarrieren, die Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit im Ungleichheitsgefüge. Sozialwissenschaftliche Vorkenntnisse erleichtern die Lektüre dieses wissenschaftlich anspruchsvollen Bandes.

Bürklein, Wilhelm/Rebensdorf, Hilke u. a.: *Eliten in Deutschland, Rekrutierung und Integration.* Opladen 1997. 482 S.

Die sogenannte „Potsdamer Elitestudie" (sie wurde an der Universität Potsdam durchgeführt) stützt sich auf eine empirische Erhebung aus dem Jahr 1995 zu den westdeutschen und neuen ostdeutschen Eliten in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Massenmedien, Wissenschaft, Kultur und Militär. Sie untersucht die soziale Herkunft der Eliten, ihre typischen Werdegänge, ihre Beziehungen und Kontakte untereinander sowie ihre Wertorientierungen und politischen Einstellungen.

Geißler, Rainer (Hg.): *Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland.* 2., völlig neu bearbeitet und aktualisierte Auflage. Stuttgart 1994. 260 S.

In den einzelnen Kapiteln werden empirische Materialien zu den schichtspezifischen Chancen und Risiken in sechs wichtigen Lebensbereichen (Bildungssystem, politische Teilnahme, Arbeitswelt, Gesundheit, Kriminalität, Alter) präsentiert. Sie verdeutlichen, dass Ungleichheiten dieser Art weiterhin ein wichtiger Bestandteil der deutschen Gegenwartsgesellschaft sind.

Geißler, Rainer: *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Zwischenbilanz zur Vereinigung.* 2., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Opladen 1996 (mit einem

Beitrag von Thomas Meyer). 421 S. (Eine aktualisierte Auflage erscheint im Herbst 2001.)

Das viel benutzte Studienbuch bietet einen umfassenden, empirisch fundierten Überblick über die sozialstrukturelle Entwicklung und Perspektiven des sozialen Wandels im Deutschland nach und vor der Wiedervereinigung. Durch die Zusammenfassung des Forschungsstandes zum sozialen Umbruch in den neuen Bundesländern wird eine Zwischenbilanz zur deutschen Vereinigung gezogen.

Glatzer, Wolfgang/Ostner, Ilona (Hg.): *Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Ein Sonderband der Zeitschrift* GEGENWARTSKUNDE: Opladen 1999. 387 S.

Die 24 Beiträge dieses Sammelbandes – meist verfasst von Soziologen und Politikwissenschaftlern – behandelt verschiedene Facetten des sozialstrukturellen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland insbesonders nach der deutschen Vereinigung. Das Themenspektrum ist breit: Es reicht von Wohlfahrtsentwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Migration und Mobilität über Elitenbildung, Lebenschancen spezifischer Gruppen wie Frauen, Kinder, alte Menschen bis hin zu Aspekten des europäischen und globalen Strukturwandels.

Hradil, Stefan: *Soziale Ungleichheit in Deutschland.* 7. Auflage. Opladen 1999. 536 S.

Das gängige Lehrbuch vermittelt einen Überblick über die Entwicklung und Struktur sozialer Ungleichheit in Deutschland. Behandelt werden unter anderem soziale Ungleichheiten der Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, der Einkommen und Vermögen, der Macht und des Ansehens, der Wohn- und Arbeitsbedingungen und der Randgruppen.

Noll, Heinz-Herbert/Habich, Roland (Hg.): *Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland.* Frankfurt/New York 2000. 324 S.

Auf der Basis von repräsentativen Daten bilanzieren die Autoren des Sammelbandes den Verlauf des Einigungs- und Transformationsprozesses aus unterschiedlichen Perspektiven und mit Blick auf verschiedene Teilbereiche der Gesellschaft. Sie gehen der Frage nach, wie weit die nachholende Modernisierung in den neuen Ländern vorangekommen und das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen, erreicht worden ist.

Schäfers, Bernhard: *Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Mit einem Anhang: Deutschland im Vergleich europäischer Sozialstrukturen.* 7., neu bearbeitete Auflage. Stuttgart 1998. 349 S.

Das bewährte Studienbuch führt in die wichtigsten Bereiche der Sozialstruktur und des sozialen Wandels – wie Bevölkerung und Familie, Bildung und Kultur, Staat und Politik, Wirtschaft und Sozialstaat – ein und berücksichtigt dabei auch die Ausgangsbedingungen und Folgen der Wiedervereinigung. Ein Anhang veranschaulicht die Besonderheiten der deutschen Sozialstruktur im Vergleich zu den Staaten der Europäischen Union.

Schäfers, Bernhard: *Politischer Atlas Deutschland.* 2. aktualisierte und verbesserte Ausgabe, Bonn 1998. 128 S.

Grundinformationen zur Struktur der deutschen Gesellschaft sowie zu Wirtschaft und Staat werden in der ungewöhnlichen, aber sehr anschaulichen Darstellung in Form von farbigen Karten präsentiert. Die Themenpalette ist breit (zum Beispiel Bevölkerung und Wanderungen, Schichten und Milieus, Armut und soziale Sicherung, Bildung, Haushaltsformen und Wohnen, Arbeit und Freizeit).

Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands.* 2., verbesserte und erweiterte Auflage. Opladen 2000. 792 S.

Dieses Standardwerk enthält circa 70 Artikel zu den zentralen Themen der deutschen Gesellschaft. Wichtige soziale Probleme und Entwicklungstendenzen werden von Experten zu den jeweiligen Gebieten übersichtlich, anschaulich, empirisch fundiert und auf dem neuesten Forschungsstand für einen breiten, interessierten Leserkreis dargestellt.

Schulze, Gerhard: *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart.* Frankfurt am Main/New York 1993. 764 S.

Die sorgfältige, umfangreiche kultursoziologische Analyse rückt den Wandel der Lebensauffassungen in den Mittelpunkt und befasst sich mit den verschiedenen Ausprägungen des deutschen Alltagslebens. Ihre These, dass die Erlebnisorientierung in ihren verschiedenen Facetten das Kennzeichen der modernen Lebensart ist, fand große Resonanz in der Wissenschaft und Massenmedien.

Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. (hg. von Gunnar Winkler): *Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern.* Bonn 1999. 382 S.

Ein Nachschlagewerk der Sozialberichterstattung über die neuen Bundesländer. Ostdeutsche Sozialwissenschaftler informieren auf der Basis repräsentativer Daten über die Entwicklung der Lebensbedingungen (Arbeitsmarkt, Einkommen, Verbrauch, Wohnverhältnisse, Gesundheit, Familie, Umwelt) und der Orientierungen (zum Beispiel Zufriedenheit, politische Einstellungen) in Ostdeutschland.

Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA): *Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland.* Bonn 2000. 623 S.

Das Standardwerk der Sozialberichterstattung über Gesamtdeutschland. Statistiker und Sozialwissenschaftler präsentieren übersichtlich und gut aufbereitet (viele Grafiken und Tabellen) eine große Fülle von Daten aus repräsentativen Erhebungen zu einer breiten Palette von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Themen. Viele Vergleiche zwischen den Entwicklungen in den alten und neuen Bundesländern sowie zwischen Deutschland und anderen europäischen Ländern.

Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Greiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung.* Köln 1993. 423 S. (Eine aktualisierte Auflage erscheint Ende 2000 im Suhrkamp Verlag.)

Vester, Michael/Hofmann, Michael/Zierke, Irene (Hg.): *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Verfall und Neubildung.* Köln 1995. 383 S.

Ein Team von westdeutschen und ostdeutschen Sozialwissenschaftlern gibt auf der Basis repräsentativer Daten, qualitativer Analysen und verschiedener Fallstudien einen Überblick über den Wandel der Mentalitäten, Lebensstile und sozialen Milieus in West- und Ostdeutschland. Der erste Band zeichnet die Entwicklungslinien in den alten Bundesländern nach, den Folgen des Milieuwandels für die politischen Orientierungen wird dabei besondere Beachtung geschenkt. Der zweite Band stellt den Wandel ostdeutscher Milieus am Beispiel verschiedener regionaler Fallstudien – wie Kohlearbeitermilieu von Leipzig-Espenhain, Leipziger Alternativmilieu, traditionelles Arbeitermilieu in Brandenburg – dar. Die teilweise anspruchsvolle Darstellung – insbesondere im Band über Westdeutschland – ist nicht immer einfach zu lesen.

Zapf, Wolfgang/Habich, Roland: *Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1999.* In: Kaase, Max/Schmid, Günther (Hg.): Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. WZB-Jahrbuch 1999, Berlin 1999, S. 285–314.

Ein Überblick über den langfristigen sozialen Wandel in Westdeutschland und im vereinten Deutschland aus der Perspektive der Wohlfahrtsforschung. Auf der Basis repräsentativer Daten wird die Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen (wie Einkommen, Armut, Haushaltsausstattung, Wohnverhältnisse, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit) und des subjektiven Wohlbefindens der Bevölkerung (ihre Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in verschiedenen Teilbereichen, ihre Sorgen und Ängste) skizziert.

Informationen
zur politischen Bildung

Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB),
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Fax-Nr.: 0 18 88/5 15-3 09,
Internet-Adresse: http://www.bpb.de
E-mail: ag4@bpb.bund.de

Redaktion: Elke Diehl, Jürgen Faulenbach (verantwortlich, BpB),
Christine Hesse, Ulf Marwege.

Manuskript und Mitarbeit: Elke Diehl, Bonn; Jürgen Faulenbach, Bonn;
Rainer Geißler, Siegen; Roland Habich, Berlin; Ulf Marwege, Bonn;
Bernhard Schäfers, Karlsruhe.

Technische Gestaltung: Hans-Jürgen Binder, Karin Leszinski, München.

Titelbild: dpa.

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis' print & media GmbH,
Karlstraße 35, 80333 München.

Druck: Tiefdruck Schwann-Bagel GmbH & Co. KG,
Betriebsstätte Bruckmann Tiefdruck, Mittenheimer Straße 64,
85764 Oberschleißheim.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 920 000.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: November 2000.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Anforderungen

bitte nur schriftlich an Franzis' print & media, Postfach 15 07 40,
in 80045 München per Postkarte oder Fax 0 89/51 17-292
(Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung
bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

Für telefonische Auskünfte (keine Bestellungen) steht der INFO-Service
unter Tel. 0 89/2 73 01 93 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10–13 Uhr
zur Verfügung.